



**Internationale wissenschaftliche  
Korrespondenz zur Geschichte  
der deutschen Arbeiterbewegung**

**24. JAHRGANG, SEPTEMBER 1988, HEFT 3**

**KARL HEINRICH POHL:**

**Hope Bridges Adams Lehmann und die  
Frauenemanzipation im deutschen Kaiser-  
reich: Zur Person, Vorstellungswelt und  
politischen Tätigkeit einer Münchener  
Sozialdemokratin und Frauenrechtlerin  
im wilhelminischen Deutschland**

**JAN FOITZIK:**

**Revolution und Demokratie. Zu den  
Sofort- und Übergangsplanungen des  
sozialdemokratischen Exils für Deutschland  
1943 - 1945**

**PEDRO RIBAS:**

**Die Marx-Rezeption in Spanien (1869 - 1939)**

**WERNER MÜLLER:**

**Hermann Weber 60 Jahre**

**PETRA HUBER:**

**Auswahlbibliographie der Schriften  
von Hermann Weber**

**FORSCHUNGS- UND PUBLIKATIONSVOR-  
HABEN  
NEUE LITERATUR**

# Neuerscheinungen aus dem Bund-Verlag



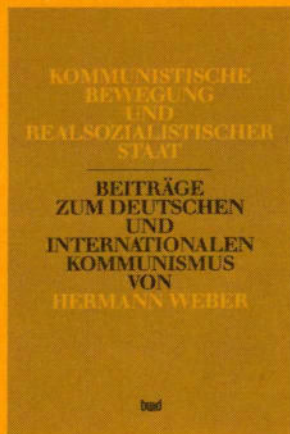
## Blick in die Zeit

Pressestimmen des In- und Auslandes zu Politik, Wirtschaft und Kultur  
Reprint der Jahrgänge 1933, 1934 und 1935  
Mit einem Vorwort von Herta Mendel und einer Einführung von Peter Lösche und Michael Scholing  
Drei Bände gebunden in Kassette

Mit neuerstelltem Personen- und Sachregister  
1988. Insgesamt 1816 Seiten,  
Subskriptionspreis bis 31. 12. 1988: 248,00 DM,  
danach 298,00 DM  
ISBN 3-7663-3129-9

»Blick in die Zeit«, von der Geschichtsschreibung vergessen, war das heimliche Zentralorgan des sozialdemokratischen Widerstandes gegen den Nationalsozialismus. Woche für Woche erhielten Hunderttausende ehemaliger Parteimitglieder von 1933 bis 1935 nicht nur einen Pressespiegel, sondern auch die Chance, politische und persönliche Kontakte aufrechtzuerhalten und die eigene Identität zu wahren.

Hermann Weber  
**Kommunistische Bewegung und realsozialistischer Staat**  
Beiträge zum deutschen und internationalen Kommunismus.  
Ausgewählt, herausgegeben und eingeleitet von Werner Müller  
1988. 356 Seiten,  
gebunden 39,80 DM  
ISBN 3-7663-3139-6



Die Beiträge von Hermann Weber zum deutschen und internationalen Kommunismus, die für diesen Band ausgewählt wurden – und von denen drei erstmals in deutscher Sprache erscheinen – wollen bewußt über den Kreis von Fachwissenschaftlern hinaus wirken. Sie vermitteln, verständlich geschrieben, einen fundierten Überblick über Theorie und Praxis der kommunistischen Bewegung von ihren Anfängen bis heute. Darüber hinaus wird deutlich, wie wenig überholt die Ergebnisse älterer Analysen sind, wie aktuell also seine Fragen und Antworten gegenwärtig noch sind.

Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert

## DIE GEWERKSCHAFTEN IN DER ENDPHASE DER REPUBLIK 1930–1933

Bearbeitet von Peter Jahn

bund

Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert  
Band 4

## Die Gewerkschaften in der Endphase der Republik 1930–1933

Bearbeitet von Peter Jahn  
1988. 1.024 Seiten, gebunden  
98,00 DM (Einzelpreis)  
ISBN 3-7663-0904-8

Subskriptionspreis bei Bezug der insgesamt 9 Bände  
jeweils 84,00 DM.

Jeder Band kann auch einzeln bezogen werden.

Die letzten Jahre der ersten deutschen Republik standen im Zeichen von Weltwirtschaftskrise und Aufstieg des Nationalsozialismus. Seit dem Sturz der letzten parlamentarischen Regierung im März 1930 büßten die Gewerkschaften zusehends an Handlungs- und Durchsetzungsfähigkeit ein. Der vierte Band der »Quellen-Edition« macht ihre Bemühungen nachvollziehbar, unter diesen schwierigen Bedingungen die Substanz der sozialen Demokratie von Weimar über die schwere Staats- und Wirtschaftskrise hinwegzureretten.





# Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung

Im Auftrage der Historischen Kommission zu Berlin herausgegeben von Henryk Skrzypczak  
Wissenschaftlicher Beirat: Helga Grebing, Peter Lösche, Hans Mommsen, Hans-Josef Stein-  
berg und Hermann Weber

|               |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                         |        |
|---------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------|
| <b>Inhalt</b> | <b>KARL HEINRICH POHL: Hope Bridges Adams Lehmann und die Frauenemanzipation im deutschen Kaiserreich: Zur Person, Vorstellungswelt und politischen Tätigkeit einer Münchener Sozialdemokratin und Frauenrechtlerin im wilhelminischen Deutschland</b> . . . . .                                                                                                                        | S. 295 |
|               | <b>JAN FOITZIK: Revolution und Demokratie. Zu den Sofort- und Übergangsplanungen des sozialdemokratischen Exils für Deutschland 1943 - 1945</b> . . . . .                                                                                                                                                                                                                               | S. 308 |
|               | <b>PEDRO RIBAS: Die Marx-Rezeption in Spanien (1869 - 1939)</b> . . . . .                                                                                                                                                                                                                                                                                                               | S. 342 |
|               | <b>WERNER MÜLLER: Hermann Weber 60 Jahre</b> . . . . .                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                  | S. 357 |
|               | <b>PETRA HUBER: Auswahlbibliographie der Schriften von Hermann Weber</b> . . . . .                                                                                                                                                                                                                                                                                                      | S. 360 |
|               | <b>FORSCHUNGS- UND PUBLIKATIONSVORHABEN zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und angrenzender Gebiete (76). Bearbeitet von Franz Jean Frohn</b> . . . . .                                                                                                                                                                                                                      | S. 372 |
|               | <b>NEUE LITERATUR</b>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                   |        |
|               | Methoden der Biographie- und Lebenslaufforschung. Hrsg. von Wolfgang Voges, Opladen 1987 ( <i>Rüdiger Hachtmann</i> ) . . . . .                                                                                                                                                                                                                                                         | S. 384 |
|               | Branko Lazitch, Biographical Dictionary of the Comintern, Stanford, Cal. 1986 ( <i>Werner Müller</i> ) . . . . .                                                                                                                                                                                                                                                                        | S. 385 |
|               | Aspects of International Socialism, 1871-1914. Essays by Georges Haupt. Transl. by Peter Fawcett, Cambridge et. al. 1986 ( <i>Peter Schöttler</i> ) . . . . .                                                                                                                                                                                                                           | S. 386 |
|               | Viktor Agartz, Wirtschafts- und Steuerpolitik. Expansive Lohnpolitik. Hrsg. von Hans Willi Weinzen, Berlin 1986; Viktor Agartz, Partei, Gewerkschaft, Genossenschaft. Hrsg. von Hans Willi Weinzen, Frankfurt/M. 1985; Non-Market Socialism in the Nineteenth and Twentieth Centuries. Ed. by Maximilien Rubel and John Crump, Houndsmills et. al. 1987 ( <i>Karl Kühne</i> ) . . . . . | S. 387 |
|               | Die Gewerkschaft. Probenummer und Jahrgänge 1897-99. Originalgetreuer Nachdruck. Mit einl. Beiträgen von Dieter Schneider und Manfred Scharrer, Stuttgart 1986 ( <i>Willy Buschak</i> ) . . . . .                                                                                                                                                                                       | S. 390 |
|               | Strategien der Deutschen Arbeitsfront. Jahrbücher des Arbeitswissenschaftlichen Instituts der Deutschen Arbeitsfront 1936-1940/41. Bd.1: Jahrbuch 1936. Reprint, München et. al. 1986 ( <i>Gunther Mai</i> ) . . . . .                                                                                                                                                                  | S. 391 |



|                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                               |        |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------|
| Dittmar Dahlmann, Land und Freiheit. Machnovščina und Zapatismo als Beispiele agrarrevolutionärer Bewegungen, Stuttgart 1986<br>(Wolfgang Haug) .....                                                                                                                                                                                                                                                                                                                         | S. 392 |
| Günter Könke, Organisierter Kapitalismus, Sozialdemokratie und Staat, Stuttgart 1987;<br>Benno Fischer, Theoriediskussion der SPD in der Weimarer Republik, Frankfurt/M. et. al. 1987 (Franz Walter) .....                                                                                                                                                                                                                                                                    | S. 393 |
| Werner Maser, Friedrich Ebert, der erste deutsche Reichspräsident, München 1987;<br>Peter-Christian Witt, Friedrich Ebert. Parteiführer, Reichskanzler, Volksbeauftragter, Reichspräsident, Bonn 1987 (Walter Mühlhausen) .....                                                                                                                                                                                                                                               | S. 396 |
| Gerhard Müller, Für Vaterland und Republik. Monographie des Nürnberger Schriftstellers Karl Bröger, Pfaffenweiler 1986<br>(Werner Schartel) .....                                                                                                                                                                                                                                                                                                                             | S. 398 |
| Sabine Lemke-Müller, Ethischer Sozialismus und soziale Demokratie. Der politische Weg Willi Eichlers vom ISK zur SPD, Bonn 1988<br>(Dieter Haselbach) .....                                                                                                                                                                                                                                                                                                                   | S. 400 |
| Birgit Hormann-Reckeweg, Ludwig Müller — aus dem Leben eines Gewerkschafters, Köln 1986 (Dieter Emig und Lutz W. Ewald) .....                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                 | S. 402 |
| Paul Müller, "Wir wollten die Welt verändern". Stationen im Leben eines Altsozialisten, Frankfurt/M. 1987 (Hermann Wichers) .....                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                             | S. 403 |
| Harry Naujoks, Mein Leben im KZ Sachsenhausen 1936-1942. Erinnerungen des ehemaligen Lagerältesten, Köln 1987 (Klaus Bästlein) .....                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                          | S. 404 |
| Proletariat. Kultur und Lebensweise im 19. Jahrhundert. Hrsg. von Dietrich Mühlberg, Köln et. al. 1986 (Claudia Albert) .....                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                 | S. 406 |
| Hundert Jahre Rheinische Evangelische Arbeiterkolonie Lühlerheim: 1886-1986. Redaktion: Heinrich Bruckmann, Schermbeck 1986<br>(Jochen-Christoph Kaiser) .....                                                                                                                                                                                                                                                                                                                | S. 407 |
| "Das war 'ne ganz geschlossene Gesellschaft hier". Der Lindenhof: Eine Genossenschafts-Siedlung in der Großstadt. Hrsg. von der Berliner Geschichtswerkstatt, Berlin 1987 (Adelheid von Salderm) .....                                                                                                                                                                                                                                                                        | S. 408 |
| Zur Geschichte der Bezirksparteiorganisation Gera der SED. Bd.1: Von den Anfängen der Arbeiterbewegung bis zum August 1961. Autorenkollektiv, Gera 1986 (Werner Müller) .....                                                                                                                                                                                                                                                                                                 | S. 409 |
| Arbeiterbewegung, Freidenkertum und organisierte Religionskritik. Hrsg. von der Arbeitsgruppe "Ausstellungsprojekt" im DFV, Berlin 1983 (Jochen-Christoph Kaiser) .....                                                                                                                                                                                                                                                                                                       | S. 409 |
| Bibliographie zur Geschichte der Arbeiterbewegung des Ruhrgebiets. Bearb. von Dirk Jessen, Bochum 1985;<br>Staatliche Reaktionen auf politische Auseinandersetzungen in Bochum und Dortmund 1929-1933. Bearb. von Peter Lessmann, Bochum 1984;<br>Karl Rohe, Vom Revier zum Ruhrgebiet. Wahlen, Parteien, Politische Kultur, Essen 1986 (Stefan Immerfall) .....                                                                                                              | S. 410 |
| Geschichtstreff. Beiträge zur Geschichte der Bodenseeregion. Hrsg. von Oswald Burger und Elmar L. Kuhn, 2 Bde, Friedrichshafen 1986;<br>Gerhard Raichle et. al. Die "ausgesperrte" Geschichte. Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung und des Nationalsozialismus in Friedrichshafen, 2., veränd. Aufl., Friedrichshafen 1985;<br>Elmar L. Kuhn, Literaturverzeichnis zur Regional- und Lokalgeschichte des Bodenseekreises, Friedrichshafen 1986 (Lutz W. Ewald) ..... | S. 411 |



|                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                         |        |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------|
| Michael Grüttner, Arbeitswelt an der Wasserkante.<br>Sozialgeschichte der Hamburger Hafenarbeiter 1886-1914,<br>Göttingen 1984 ( <i>Klaus Weinbauer</i> ) .....                                                                                                                                                                         | S. 413 |
| Hans-Joachim Franzen, Auf der Suche nach politischen Handlungs-<br>spielräumen. Die Diskussion um die Strategie der Partei in den regionalen<br>und lokalen Organisationen der badischen Sozialdemokratie zwischen<br>1890 und 1914, Frankfurt/M. et. al. 1987 ( <i>Adelheid von Saldern</i> ) .....                                    | S. 414 |
| Sigrid Vestring, Die Mehrheitssozialdemokratie und die Entstehung<br>der Reichsverfassung von Weimar 1918/1919, Münster 1987<br>( <i>Klaus Riebschläger</i> ) .....                                                                                                                                                                     | S. 415 |
| Detlev J.K. Peukert, Jugend zwischen Krieg und Krise. Lebenswelten<br>von Arbeiterjungen in der Weimarer Republik, Köln 1987;<br>Curt Bondy, Die Proletarische Jugendbewegung in Deutschland mit<br>besonderer Berücksichtigung der Hamburger Verhältnisse. Reprint der<br>Ausg. 1922, Münster 1987 ( <i>Dagmar Reese-Nübel</i> ) ..... | S. 416 |
| Cornelius Schley, Die Sozialistische Arbeiterjugend Deutschlands<br>(SAJ), Frankfurt/M. 1987;<br>Georg Vollmers, Der politische Anspruch der Sozialistischen Arbeiter-<br>Jugend und ihre Praxis in Hannover, Hannover 1986 ( <i>Roland Gröschel</i> ) .....                                                                            | S. 418 |
| Klaus Mammach, Widerstand 1939-1945. Geschichte der deutschen<br>antifaschistischen Widerstandsbewegung im Inland und in der Emigration,<br>Berlin/DDR 1987 ( <i>Klaus Bästlein</i> ) .....                                                                                                                                             | S. 421 |
| Aktion T 4. 1939-1945. Die "Euthanasie"-Zentrale in der Tiergartenstr. 4.<br>Hrsg. von Götz Aly, Berlin 1987;<br>Ernst Klee, "Euthanasie" im NS-Staat. Die "Vernichtung unwerten<br>Lebens", Frankfurt/M. 1985;<br>Dokumente zur "Euthanasie". Hrsg. von Ernst Klee, Frankfurt/M. 1985<br>( <i>Hans Halter</i> ) .....                  | S. 422 |
| Michael Klein, Antifaschistische Demokratie und nationaler Befreiungs-<br>kampf. Die nationale Politik der KPD 1945-1953, 2., durchges. Aufl.,<br>Berlin 1986 ( <i>Manfred König</i> ) .....                                                                                                                                            | S. 423 |
| Alexander Drexler, Planwirtschaft in Westdeutschland 1945-1948,<br>Stuttgart 1985 ( <i>Werner Abelshauser</i> ) .....                                                                                                                                                                                                                   | S. 424 |
| Ingrid Krau und Manfred Walz, Wer weiß denn schon, was Kontischicht<br>bedeutet. Zum Zusammenhang von Arbeit und Leben außerhalb des<br>Werktors: Kooperatives Forschen in der Stahlindustrie, Frankfurt/M.<br>und New York 1986 ( <i>Franz Josef Brüggemeier</i> ) .....                                                               | S. 425 |
| Fritz Pohle, Das mexikanische Exil. Ein Beitrag zur Geschichte der<br>politisch-kulturellen Emigration aus Deutschland (1937-1946),<br>Stuttgart 1986 ( <i>Helmar Klier</i> ) .....                                                                                                                                                     | S. 426 |
| Peter Schöffner, Der Wahlrechtskampf der österreichischen Sozial-<br>demokratie 1888-1897, Stuttgart 1986 ( <i>Helmut Konrad</i> ) .....                                                                                                                                                                                                | S. 427 |
| The Federal Republic of Germany and the United States. Changing<br>Political, Social, and Economic Relations. Ed. by James A. Cooney<br>et al., Boulder und London 1984 ( <i>Karl Kühne</i> ) .....                                                                                                                                     | S. 428 |
| Karl-Egon Lönne, Politischer Katholizismus im 19. und 20. Jahrhundert<br>Frankfurt/M. 1986 ( <i>Hans Dieter Denk</i> ) .....                                                                                                                                                                                                            | S. 430 |
| MITTEILUNGEN, ERGÄNZUNGEN UND BRIEFE AN<br>DIE REDAKTION .....                                                                                                                                                                                                                                                                          | S. 431 |
| PROJEKTFRAGEBOGEN .....                                                                                                                                                                                                                                                                                                                 | S. 433 |



Autorinnen und Autoren dieses Heftes:

Jan Foitzik, Dr. phil., Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Sozialwissenschaften der Universität Mannheim, Arbeitsbereich Geschichte und Politik der DDR, L 9, 1-2, D 6800 Mannheim 1.

Petra Huber, M.A., Käfertaler Str. 51, D 6800 Mannheim 1.

Werner Müller, Dr. phil. habil., Privatdozent für Politische Wissenschaft und Zeitgeschichte an der Universität Mannheim, A 5, D 6800 Mannheim 1.

Karl Heinrich Pohl, Dr. phil., Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Fakultät für Geschichtswissenschaft und Philosophie der Universität Bielefeld, Ravensberger Str. 77, D 4800 Bielefeld 1.

Pedro Ribas, Dr. phil., Professor in der Abteilung Philosophie der Universidad Autónoma de Madrid, E-28049 Madrid.

ISSN 0046-8428

INTERNATIONALE WISSENSCHAFTLICHE KORRESPONDENZ ZUR GESCHICHTE DER DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG (Zitierweise: IWK)

Verleger im Sinne des Pressegesetzes: Historische Kommission zu Berlin e.V., Kirchweg 33, D 1000 Berlin 38.

**Redaktion: Gerhard Beier, Franz Jean Frohn, Gunter Krüschet (verantw.), Peter Lösche, Walter Momper, Dirk H. Müller.**

**Für den Anzeigenteil verantwortlich: Gunter Krüschet.**

**Anschrift der Redaktion: Historische Kommission zu Berlin, IWK-Redaktion, Kirchweg 33, D 1000 Berlin 38, Tel.: 030-816 001 41 (Direktwahl) 816 001-0 (Zentrale)**

Vertrieb: Verlag Berliner Vereinszeitungen, Dudenstr. 22, D 1000 Berlin 61.

Die IWK wird regelmäßig im "Sozialwissenschaftlichen Literaturinformationssystem SOLIS" des Informationszentrums Sozialwissenschaften, Lennéstr. 30, D 5300 Bonn, erfaßt.

Die mit dem Verfassernamen gekennzeichneten Beiträge geben nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers wieder. Die Verfasser sind verantwortlich für die Richtigkeit der in ihren Beiträgen mitgeteilten Tatbestände. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Rezensionsexemplare übernimmt die Redaktion keinerlei Haftung. Für alle Beiträge behält sich die Historische Kommission alle Rechte vor, auch die Rechte des Nachdrucks, der Übersetzung in fremde Sprachen, der fotomechanischen Wiedergabe, sowie der Speicherung auf Datenträger.

Gerichtsstand: Berlin (West)

Die IWK erscheint viermal jährlich (März, Juni, September, Dezember). Preise ab 1.1.1983: Einzelheft DM 20,-, Studenten, andere Auszubildende und Arbeitslose DM 15,-, jeweils zuzüglich einer Pauschale für Versandkosten von DM 1,50. Jahresabonnement DM 67,-, Studenten, andere Auszubildende und Arbeitslose DM 40,-, jeweils zuzüglich DM 5,- für Versandkosten. Zahlung nach Erhalt unserer Rechnung auf das Postgirokonto Historische Kommission - Sonderkonto L, Nr. 215515-105, beim Postgiroamt Berlin-West. Das Abonnement kann mit einer Frist von 6 Wochen zum Ende des Geschäftsjahres (IWK-Jahrgang) gekündigt werden. Andernfalls verlängert sich das Abonnement automatisch um ein weiteres Geschäftsjahr (IWK-Jahrgang). Von den älteren Heften sind noch lieferbar die Nummern 5,7,8,13-19/20, und Jg. 10 (1974), Jg. 13 (1977), Jg. 14 (1978), H. 1 und 4 und Jg. 15 (1979)ff.

**Redaktionsschluß: 15.8.1988**

Zur Zeit gilt Anzeigenpreisliste Nr. 4 vom 1.5.1985.

Gedruckt mit Unterstützung des Senators für Wissenschaft und Forschung, Berlin.

Gesamtherstellung: Union-Press Hass + Co., Spanische Allee 92, D 1000 Berlin 38.



# HOPE BRIDGES ADAMS LEHMANN UND DIE FRAUENEMANZIPATION IM DEUTSCHEN KAISERREICH: ZUR PERSON, VORSTELLUNGSWELT UND POLITISCHEN TÄTIGKEIT EINER MÜNCHENER SOZIALDEMOKRATIN UND FRAUENRECHTLERIN IM WILHELMINISCHEN DEUTSCHLAND

Von Karl Heinrich Pohl

Zweifelloos zeigt sich in Bayern, und besonders in München, während der Ära des Prinzregenten Luitpold (1886-1912) eine Vielzahl von Entwicklungstendenzen, die das allmähliche Hineinwachsen der bayerischen Arbeiterschaft und ihrer Organisationen in den Staat dokumentieren. Dazu gehören die enge Kooperation zwischen der liberalen Regierung Podewils und der Sozialdemokratischen Partei, eine beschränkte Partizipation der Arbeiter an den Entscheidungen von Regierung und Verwaltung sowie eine ständige Verbesserung auch der rechtlichen Position der Arbeiter und ihrer Organisationen. Insofern ist es nicht weiter überraschend, daß in München eine Vielzahl von vorwärtsweisenden sozialintegrativen Institutionen existierte, wie beispielsweise Gewerbegerichte und paritätisch besetzte Arbeitsämter, oder auch, daß die Konfliktregelungsmechanismen zwischen Arbeitgebern, Arbeitern und Staat relativ weit entwickelt waren, was sich etwa in der Durchsetzung des Tarifvertragssystems und in der umfassenden Tätigkeit des Schlichtungsamtes zeigt. In anderen Bereichen hat die Forschung für München (und Bayern) bislang jedoch keine derartigen vorwärtsweisenden Entwicklungen feststellen können. Hierzu gehören insbesondere der Bereich der Rechtsgleichheit der Geschlechter sowie die Emanzipation der Frauen insgesamt. Hier gilt das Bayern des Kaiserreiches eher als zurückgeblieben, eine Beurteilung, die durch eine — im allgemeinen kaum reflektierte — bis heute wirkende Einschätzung des bayerischen "Volkscharakters" mitbeeinflusst wird. Wie aber bereits auf dem Gebiet der Integration der Arbeiterbewegung in den Staat, der "politischen Kultur", des Wahlrechtes oder der kulturellen Partizipation der Arbeiter, zeigt sich auch beim Problem der Frauenemanzipation, daß eine genauere Untersuchung durchaus lohnt und zu überraschenden Ergebnissen gelangen kann. Dies beweist etwa die Tätigkeit des sozialdemokratischen Münchener Ärzteehepaares Karl Lehmann und Hope Bridges Adams Lehmann, deren Leben und Wirken nicht allein ein Stück bayerischer, deutscher *und* sozialdemokratischer Geschichte widerspiegelt, sondern auch, neben den Auswirkungen in Gesundheits- und Schulpolitik, für die Entwicklung der Emanzipation der Frauen in Bayern und Deutschland von erheblicher Bedeutung geworden ist. Nicht zuletzt, weil die Forschungen zur Geschichte der Frauen und ihrer Emanzipation<sup>1</sup> — trotz der intensiven Bemühungen in den letzten Jahren — noch erhebliche Lücken aufweisen und das Wirken der Person von Adams Lehmann bis heute, trotz einer Vielzahl von veröffentlichten Artikeln,<sup>2</sup> noch nicht einmal auf ihrem Spezialgebiet, dem Gesundheitswesen, gewürdigt worden ist,<sup>3</sup> scheint es daher gerechtfertigt zu sein,

1 Vgl. hierzu nur die neueren Studien von Barbara Franzoi, *At the very Least She Pays the Rent. Women and German Industrialization 1871 - 1914*, London 1985; Ute Frevert, *Frauen-Geschichte. Zwischen bürgerlicher Verbesserung und neuer Wirklichkeit*, Frankfurt/M. 1986, sowie die von Annette Kuhn u.a. herausgegebene Reihe: *Frauen in der Geschichte*, Düsseldorf 1979ff.

2 Vgl. eine Zusammenfassung ihrer wichtigsten Arbeiten in Anm. 22.

3 Vgl. hierzu nur Ute Frevert, "Fürsorgliche Belagerung": Hygienebewegung und Arbeiterfrauen im 19. und



wenigstens einige Aspekte ihres Lebens und ihrer Tätigkeit bis zum Ersten Weltkrieg zu skizzieren. Ihr Leben im Ersten Weltkrieg, bis zu ihrem frühen Tod im Jahre 1916, wäre sicherlich einer weiteren Studie wert.

Die am 17.12.1855<sup>4</sup> in Hallfort bei London geborene Hope Bridges Adams ist eine der bedeutendsten Frauen ihrer Zeit gewesen, dies bescheinigt ihr sogar ihre ansonsten keineswegs wohlgesonnene Stieftochter Gerda Walther.<sup>5</sup> Nach Studien in England und Deutschland (Leipzig) legte Hope Adams in der Schweiz ihr medizinisches Staatsexamen ab, dessen Anerkennung auch für Deutschland später durch die Protektion der Kaiserin Auguste Victoria ermöglicht wurde. Anfang der 80er Jahre heiratete sie in London den Spezialisten für Lungenkrankheiten, Otto Walther. Beide kehrten bald darauf nach Deutschland zurück und praktizierten in Frankfurt am Main. Dort sympathisierte das Paar sofort mit der Sozialdemokratie. Zu ihrem Freundeskreis gehörten Ludwig Bamberg, Ludwig Opficius, Clara Zetkin und Wilhelm Liebknecht. Friedrich Engels hatten die beiden bereits in London kennengelernt.

Einer drohenden Verhaftung wegen sozialdemokratischer Umtriebe entzogen sich die beiden Ärzte Ende der 80er Jahre durch einen raschen Umzug nach Baden, wo Adolf Geck ihnen im Brandeck, der badischen "Parteivilla" der Sozialdemokraten, Unterschlupf gewährte. Nach Ausheilung einer Lungenkrankheit von Hope Adams gründete das Paar 1891 im Schwarzwald, im Nordrachthal, ein Sanatorium für Lungenkranke. Einer der dortigen ärztlichen Praktikanten war auch Karl Lehmann, den Hope Adams schätzen und lieben lernte und den sie schließlich 1896 — in zweiter Ehe — heiratete. Zu diesem Zeitpunkt waren beide bereits nach München gezogen, wo Karl Lehmann seine Ausbildung beendete. Das gastfreie Haus des gesuchten Ärzteehepaares war fortan Mittelpunkt einer Vielzahl von sozialdemokratischen Aktionen und offener Anlaufpunkt für politisch interessierte Persönlichkeiten des linken Parteienspektrums.

frühen 20. Jahrhundert, in: *Geschichte und Gesellschaft*, Jg.11 (1985), S.420-446; Claudia Huerkamp, *Der Aufstieg der Ärzte im 19. Jahrhundert. Vom gelehrten Stand zum professionellen Experten. Das Beispiel Preußens*, Göttingen 1985, sowie dies., *Medizinische Lebensformen im späten 19. Jahrhundert. Die Naturheilbewegung in Deutschland als Protest gegen die naturwissenschaftliche Universitätsmedizin*, in: *Vierteiljahrshefte für Wirtschafts- und Sozialgeschichte*, Jg.73 (1986), S.158-182. *Frauenemanzipation und Sozialdemokratie*. Hrsg. von Heinz Niggemann (künftig zitiert: *Frauenemanzipation*), Frankfurt/M. 1981, S.303, bietet immerhin eine (allerdings sehr unvollständige) Kurzbiographie von Adams Lehmann. In seinem Textband spielt Adams Lehmann — nur mit einem Artikel vertreten (Die Arbeit der Frau, a.a.O., S.98-106) — allerdings eine höchst untergeordnete Rolle. Vgl. ferner ders., *Emanzipation zwischen Sozialismus und Feminismus. Die sozialdemokratische Frauenbewegung im Kaiserreich*, Wuppertal 1981, S.295. Bei Elisabeth Plössl, *Weibliche Arbeit in Familie und Betrieb. Bayerische Arbeiterfrauen 1870-1914*, München 1983, spielt Adams Lehmann ebenfalls keine Rolle. — Florian Tennstedt, *Arbeiterbewegung und Familiengeschichte bei Eduard Bernstein und Ignaz Zadek. Hilfswissenschaftliche Mitteilungen zu persönlichen Aspekten von Revisionismus und Sozialreform bei deutschen Sozialdemokraten* (künftig zitiert: *Familiengeschichte*), in: *IWK*, Jg.18 (1982), S.451-481, hier: S.465, weist immerhin auf die Notwendigkeit hin, sich mit Adams Lehmann und ihren Tätigkeiten zu beschäftigen.

4 Meldebogen im Stadtarchiv München.

5 Gerda Walther, *Zum anderen Ufer. Von Marxismus und Atheismus zum Christentum*, Remagen 1960 (künftig zitiert: *Ufer*), S.17; nach ihr auch die folgenden biographischen Einzelheiten. Prof. Dr. Carl Müller, der Sohn des damaligen stellvertretenden Vorsitzenden der bayerischen Sozialdemokratie und engen Freundes der Familie Lehmann, Adolf Müller, hat diese Einzelheiten, soweit er sich noch persönlich erinnern konnte, aus dem Gedächtnis und privaten Unterlagen ergänzt. Der Restnachlaß Adolf Müller befindet sich seit Ende 1987 im Archiv für Zeitgeschichte der Eidgenössischen Technischen Hochschule in Zürich.



Der am 8.7.1865 in Offenburg geborene Karl Lehmann<sup>6</sup> — ein "Riese" von Gestalt, Sportler, einer der ersten Motorradfahrer Münchens,<sup>7</sup> Abenteurer hohen Grades, stammte aus einer gutbürgerlichen, reichen Gerberfamilie.<sup>8</sup> "Sein Werdegang" — so die "Münchener Post" in einem Nachruf — "ist charakteristisch für das Leben so manches intelligenten Sprößlings aus den Kreisen der Besitzenden. Nach der Absolvierung seines einjährig-freiwilligen Militärdienstes sollte der junge Lehmann das väterliche Geschäft, eine einträgliche Gerberei übernehmen, zeigte dazu nach seiner ganzen Anlage jedoch keinerlei besondere Lust".<sup>9</sup> Der junge "Stürmer und Dränger" — wie er in seinem Nachruf wohl zu Recht bezeichnet wurde — spielte bereits während der Zeit des Sozialistengesetzes eine bedeutende Rolle bei der Verteilung illegaler Parteiliteratur, reiste quer durch Europa (Zürich, London, Hamburg), konnte aber trotz dieser Aktivitäten im berühmten Freiburger Sozialistenprozeß seinen Freispruch erwirken.

Während des Studiums in Straßburg — in dem er wahrscheinlich mit dem dort ebenfalls studierenden späteren stellvertretenden Landesvorsitzenden und langjährigen Chefredakteur der "Münchener Post", Adolf Müller, Freundschaft schloß, die bis zu dem frühen Tode Lehmanns im Jahre 1915 andauerte — und bei seinen Praktika im Nordrachthal lernte Lehmann Hope Adams kennen und heiratete sie bald darauf. Lehmann ließ sich allerdings auch durch diese Ehe nicht von seinem abenteuerlichen Leben abhalten. 1899 bereiste er beispielsweise zusammen mit Parvus-Helphand<sup>10</sup> vier Monate lang unter schwierigsten Bedingungen Rußland, wo Parvus steckbrieflich gesucht wurde.<sup>11</sup> Die Reise fand ihren Niederschlag in einem gemeinsamen Buch, zu dem Lehmann im wesentlichen die tagebuchähnlichen und die medizinischen Teile verfaßte und in einer engen Freundschaft zwischen diesen beiden so verschiedenen Charakteren. "Das hungern-de Rußland. Reiseeindrücke, Beobachtungen und Untersuchungen",<sup>12</sup> bestach vor allem durch die politische und ökonomische Analyse der Ursachen der dortigen Hungersnot. In ihm profilierte sich Lehmann zu einem der wenigen deutschen Sozialdemokraten, die sich über Rußland und die dort herrschenden Verhältnisse ein eigenes Bild gemacht hatten.<sup>13</sup>

Die Familie Lehmann machte sich jedoch nicht nur um Parvus verdient, dem sie den Weg bei den bayerischen Behörden ebnete, den sie durchfütterte und in der Wohnung in der Gabelsberger Straße logieren ließ, sondern auch um Lenin in dessen Münchener Zeit. Lehmann war es, der einen Großteil der geheimen Korrespondenz des russischen

6 Personaldaten im Stadtarchiv München.

7 Zur Person Lehmanns konnte auch noch Prof. Dr. Carl Müller (Bern) Auskünfte und Informationen geben.

8 Vgl. hierzu u.a. Wilfried Scharlau und Zbynek A. Zeman, *Freibeuter der Revolution. Parvus-Helphand. Eine politische Biographie*, Köln 194, S.62.

9 Münchener Post vom 16.4.1915 "Dr. C.A. Lehmann †".

10 Zur Münchener "Sozialisation" von Parvus-Helphand im Hause Lehmann vgl. das Schreiben von Lehmann an K. Kautsky vom 30.1.1899, in: Internationales Institut für Sozialgeschichte, Amsterdam (künftig zitiert: IISG), NL Kautsky D 1/47.

11 Winfried B. Scharlau und Zbynek A. Zeman, *Freibeuter der Revolution*, S.62ff, und Friedrich Hitzer, *Lenin in München*, München 1977, S.124.

12 Stuttgart 1900; Verleger war J.H.W. Dietz.

13 Zum Problemkreis vgl. einführend Dietrich Geyer, Zur "Ostpolitik" der deutschen Sozialdemokratie vor dem Ersten Weltkrieg, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht*, Jg.35 (1984), S.145-154.



Revolutionärs erledigte,<sup>14</sup> und die Wohnung in der Gabelsberger Straße 20a sollte bald zur wichtigsten Deckadresse für Lenin werden.<sup>15</sup> Die enge, nahezu freundschaftliche Bindung zu Lenin beruhte sicherlich auch auf Lehmanns detaillierten Kenntnissen über Rußland. Nicht zuletzt war die Wohnung Lehmanns eine besonders geeignete illegale Anlaufstation. Ein angesehener Arzt, selber Literat, mit einer prominenten Ausländerin verheiratet, in einem weltoffenen Haus mit internationalen Verbindungen bot sich für ein solches Unternehmen geradezu an.<sup>16</sup> Unter diesen Umständen war es selbstverständlich, daß auch Bebel, wann immer er nach München kam, bei den Lehmanns logierte.<sup>17</sup> Schließlich hatte Adams Lehmann die erste englische Übersetzung seines Buches "Die Frau und der Sozialismus" besorgt. Allerdings mußte Bebel bei diesen Aufenhalten immer erhebliches Taktgefühl aufbringen, wenn er den einen Teil des Tages mit dem gegenwärtigen, den anderen Teil mit dem ehemaligen Ehemann von Frau Lehmann verbrachte, denn auch Dr. Walther in Starnberg, ein alter Genosse, erhob Ansprüche auf Bebel.<sup>18</sup> In jedem Falle aber müssen die Besuche Bebels im Hause von Adams Lehmann sehr eindrucksvoll gewesen sein. Eine Freundin Rosa Luxemburgs schilderte diese Begegnungen in einer geradezu poetisch überhöhten Weise: "Bebels sympathisch vornehmen, weißhaarigen Löwenkopf, die herrliche Leidenschaftlichkeit seines klugen Kämpferhauptes im Verein und im Gespräch mit Hope Lehmanns klassisch-schönen, ruhig belebten Zügen zu sehen, war ein einzigartiger Anblick, das Sinnbild zweier dominierender Elemente, die sich in glücklichem Gleichmaß und inniger Würdigung für einander die Waagschale hielten".<sup>19</sup> Daß schließlich auch Clara Zetkin mit ihren beiden Söhnen Kostja und Maxim in der Gabelsberger Straße quasi Hausrecht genoß, ebenso wie Franz Blei, der Schwager Lehmanns, ergänzt nur das Bild dieses gastlich-offenen Hauses.

Beide Lehmanns verfolgten neben ihren gemeinsamen ärztlichen und gesundheitspolitischen Tätigkeiten und neben ihrem gemeinsamen Engagement in der "Münchener Kommission für Arbeiterhygiene und -Statistik" (einer bislang in ihrer Bedeutung für die Entwicklung sozialdemokratischer Gesundheitspolitik noch nicht einmal ansatzweise gewürdigten Institution)<sup>20</sup> eine breitgefächerte Palette weiterer politischer Interessen. Karl Lehmann etwa war erster sozialdemokratischer Landrat von Oberbayern, Verbandspolitiker im Ärzteswesen und Gemeindebevollmächtigter der Stadt München,<sup>21</sup> wo er auf

14 Nadeshada Krupskaja, *Erinnerungen an Lenin*, Berlin 1960, S.67. Vgl. dazu auch Franz Blei, *Zeitgenössische Bildnisse*, Amsterdam 1940, S.11ff: "Lenin".

15 Zu den Einzelheiten der Zusammenarbeit Lenin — Lehmann vgl. Friedrich Hitzer, *Lenin in München*, S.217ff. Als wichtiger illegaler Transporteur der von Lenin in München herausgegebenen "Iskra" spielte auch Epstein, der Initiator der Münchener Kommission für Arbeiterhygiene und -Statistik, eine hervorragende Rolle (vgl. Friedrich Hitzer, *Lenin in München*, S.200). Epstein und die Familie Lehmann wiederum waren miteinander durch die Kommissionsarbeit gut bekannt.

16 Zum gesamten Komplex Lenin und München vgl. insbesondere Ernst Bäumler, *Verschörung in Schwabing. Lenins Begegnung mit Deutschland*, Düsseldorf und Wien 1972. Zu Lenin vgl. a.a.O., S.24ff.

17 Vgl. dazu die Schreiben von Carl Lehmann an August Bebel vom 25.2.1900 und 9.3.1900, in: IISG Amsterdam, NL A. Bebel 123.

18 Ernst Bäumler, *Verschörung* . . ., S.26; Gerda Walther, *Ufer*, S.95ff.

19 So eine unbekannte Freundin Rosa Luxemburgs, zitiert nach Ernst Bäumler, *Verschörung* . . ., S.26.

20 Vgl. hierzu ansatzweise Florian Tennstedt, *Vom Proleten zum Industriearbeiter. Arbeiterbewegung und Sozialpolitik in Deutschland, 1800 bis 1914*, Köln 1983, S.555ff., und ders., *Arbeiterbewegung und Familiengeschichte* . . ., S.451ff.

21 Vgl. die Mitgliederlisten zum oberbayerischen Landrat.



sozialpolitischem Gebiete eine große Wirksamkeit entfaltete. Hope Bridges Adams Lehmann wiederum war schriftstellerisch sehr produktiv.<sup>22</sup> Hierbei standen, neben Gesundheitsfragen und pädagogischen Aspekten, vor allem Probleme der Emanzipation der Frau im Mittelpunkt. Ohne jede Übertreibung oder lokale Engsichtigkeit wird man sagen können, daß Adams Lehmann nicht nur eine der aktivsten, produktivsten und *erfolgreichsten* sozialdemokratischen Kämpferinnen für die Frauenemanzipation war, sondern (um es noch einmal zu betonen) auch eine bisher nahezu völlig unbekannte.<sup>23</sup> Dies ist um so erstaunlicher, weil Adams Lehmann nicht nur mit Bebel und seinen Vorstellungen gut vertraut war, sondern gleichzeitig auch ein sehr enges, freundschaftliches Verhältnis zu Clara Zetkin, *der* sozialdemokratischen Frauenrechtlerin,<sup>24</sup> pflegte. Adams Lehmann stand also im Zentrum der Diskussion der deutschen Sozialdemokratie und ihrer frauenpolitischen Vorstellungen — eine Tatsache, die näher zu eruieren und im einzelnen darzustellen sich sicher lohnen würde.<sup>25</sup>

Ansatzpunkt der Überlegungen von Adams Lehmann zur Frauenemanzipation war ihre — auch persönlich — täglich erfahrene, von Gesellschaft und Staat, ja von den eigenen Genossen<sup>26</sup> akzeptierte und praktizierte Benachteiligung und Unterdrückung.<sup>27</sup> Allein

- 22 Vgl. hierzu u.a.: Hope Bridges Adams Walther, ab 1896: Adams Lehmann, Die Vorbereitung der Frau zur Lebensarbeit, o.O. 1899; dies., Das Frauenbuch. Ein ärztlicher Ratgeber für die Frau in der Familie und bei Frauenkrankheiten, Bd.1, Stuttgart o.J.; dies., Mann und Weib, in: Die Neue Zeit (künftig zitiert: NZ), Jg.12 (1894), Bd.2, S.388-394 und S.420-428; dies., Das Weib in seiner Geschlechtsindividualität, in: NZ, Jg.15 (1897), Bd.1, S.741-750; dies., Zur Psychologie der Frau, in: NZ, Jg.15 (1897), Bd.2, S.591-595; dies., Die Frau vor der Wissenschaft, in: NZ, Jg.16 (1898), Bd.2, S.251-253; dies., Das Weib und der Stier, in: NZ, Jg.19 (1901), Bd.2, S.4-14; dies., Neue Geschlechtsbahnen, in: Sozialistische Monatshefte (künftig zitiert: SM), Jg.5 (1901), S.863-867; dies., Eine moderne Frau vor hundert Jahren, in: NZ, Jg.21 (1903), Bd.1, S.622-627; dies., Die Arbeit der Frau, in: SM, Jg.9 (1905), S.1031-1037; dies., Sexuelle Pädagogik, in: SM, Jg.11 (1907), S.749-760; dies., Das wilde Heer, in: SM, Jg.12 (1908), S.1166-1172; dies., Mutter-schutz, in: SM, Jg.12 (1908), S.1242-1248; dies., Beruf und Ehe, in: SM, Jg.16 (1912), S.1204-1208.
- 23 Vgl. neben der bereits genannten Literatur Richard J. Evans, Sozialdemokratie und Frauenemanzipation im deutschen Kaiserreich, Berlin und Bonn 1979; Sabine Richebächer, Uns fehlt nur eine Kleinigkeit. Deutsche proletarische Frauenbewegung 1890-1914, Frankfurt/M. 1982; Willy Albrecht u.a., Frauenfrage und deutsche Sozialdemokratie vom Ende des 19. Jahrhunderts bis zum Beginn der zwanziger Jahre, in: Archiv für Sozialgeschichte, Bd.19 (1979), S.459-510; Susanne Müller, Frauenfrage und Sexismus in der deutschen Sozialdemokratie, in: Sozialismus in Theorie und Praxis. Festschrift für Richard Löwenthal zum 70. Geburtstag. Hrsg. von Hannelore Horn u.a., Berlin und New York 1978, S.542-571; Werner Thönessen, Frauenemanzipation: Politik und Literatur der deutschen Sozialdemokratie zur Frauenbewegung 1863-1933, Frankfurt/M. 1969. In keiner dieser Arbeiten wird Adams Lehmann auch nur erwähnt, geschweige denn, daß ihre Tätigkeit gewürdigt würde. Hinweise auf Adams Lehmann, wie bereits erwähnt, bei Heinz Niggemann, Frauenemanzipation, S.303, und ders., Emanzipation zwischen Sozialismus . . . , S.295. Nach wie vor gilt Tennstedts Feststellung (Arbeiterbewegung und Familiengeschichte . . . , S.465, Anm.48): "Carl Lehmann und seine Frau Hope Bridges Adams Lehmann sowie deren erster Mann, Otto Walther (1855-1919), sind in der Geschichtsschreibung der Arbeiterbewegung, vor allem der sozialdemokratischen Frauenbewegung, zu Unrecht völlig vernachlässigt worden".
- 24 Heinz Niggemann, Emanzipation zwischen Sozialismus . . . , S.9.
- 25 Diese Thematik muß auch in diesem Aufsatz ausgeklammert bleiben. Im Rahmen einer geplanten Biographie über den Landespolitiker und späteren Deutschen Gesandten in der Schweiz, Adolf Müller, wird auch die Tätigkeit von Adams Lehmann im Ersten Weltkrieg partiell gewürdigt werden.
- 26 Heinz Niggemann, Frauenemanzipation, S.16: "Daß die Frau ins Haus gehöre, ihr eigentlicher Beruf Ehe und Mutterschaft sei, war Gedankengut von Konservativen und Liberalen, von Männern und Frauen, Kirchenvertretern und Sozialdemokraten".
- 27 Vgl. Hope Bridges Adams Walther, Mann und Weib, S.391: "So ist der Frau im Laufe der Jahrtausende unter allen Unterdrückten die tiefste Stelle zugewiesen worden, und zwar ist es gerade ihr höchstes Verdienst, gerade die von ihr allein ausführbare Leistung, welcher die Gesellschaft die eigene Erhaltung verdankt, die ihre Erniedrigung herbeigeführt hat".



die Tatsache, um ein banales Beispiel aus der Münchener Arbeiterbewegung zu nennen,<sup>28</sup> daß der Genosse Mauerer, ein führender Kulturpolitiker der Sozialdemokratischen Partei, mit der Genossin Friedrich, einer parteipolitisch sehr aktiven Frau, in "wilder" Ehe lebte, entfachte unter den Münchener Genossen schon einen "kleinbürgerlichen" Sturm der moralischen Entrüstung. Eduard Schmid wiederum — einflußreicher politischer Redakteur der "Münchener Post" und sozialdemokratischer Landtagsabgeordneter — konnte (um ein weiteres Beispiel zu nennen) in einer programmatischen Rede zum Problem Frauen und Familie unter allgemeinem Beifall der Genossen als sozialdemokratische Grundposition feststellen: "Die Frau soll wieder mehr auf den häuslichen Herd beschränkt sein [. . .] Gerade in diesem Konkurrenzkampf [wenn die Frau ebenfalls arbeite], welchen die Frau mit dem Manne aufgenommen habe, liege die Ursache der Sittenverderbnis."<sup>29</sup>

Diese und andere Äußerungen vieler bayerischer Genossen bestätigten Adams Lehmann die Notwendigkeit, die Gleichberechtigung der Frauen mit besonderer Energie durchzusetzen. Zudem waren die Rechtsverhältnisse, welche die an sich schon geringeren Rechte der Frauen noch weiter einschränkten, in Bayern besonders drückend. Hier wurden die Frauen beispielsweise noch länger als in Preußen von Versammlungen ausgeschlossen, und sie durften oft nicht einmal an Mai- oder Märzfeiern teilnehmen (bis 1898).<sup>30</sup> Diesen Komplex aus Ungleichheit und Unterdrückung auf den verschiedensten Ebenen galt es — so Adams Lehmann — abzubauen, um in einem ersten Schritt wenigstens die formale Gleichberechtigung der Geschlechter zu erreichen. Ausgehend von der medizinisch nicht zu bestreitenden Tatsache, daß Männern und Frauen "Größe und Kraft unter Umständen gleichmäßig, unter Umständen aber in sehr verschiedenem Maße zugeteilt sind", grundsätzlich aber *nicht* zu Gunsten der Männer sprachen,<sup>31</sup> vertrat sie entschieden die Meinung, daß das "jetzt herrschende Verhältnis [der Ungleichheit . . .] kein im Geschlecht begründetes [. . .], sondern durch anderweitige Bedingungen veranlaßt" worden war.<sup>32</sup>

Aufgabe der Frauenbewegung insgesamt und der sozialistischen im besonderen sei es, diese Bedingungen zu verändern und die Gleichberechtigung der Geschlechter, erst ihre rechtliche und danach auch ihre faktische in Staat, Gesellschaft und Familie, zu erringen. Wie Bebel<sup>33</sup> in dem von ihr übersetzten Buch "Die Frau und der Sozialismus" sah sie in der rechtlichen Gleichstellung allerdings nur einen *ersten* Schritt. Der formalrechtlichen Gleichstellung der Frau gegenüber den Männern — also der Beseitigung der geschlechtsspezifischen Benachteiligung<sup>34</sup> — mußte im kleineren Rahmen der Familie so-

28 Vgl. das Schreiben Eduard Schmids an den Parteivorsitzenden Georg von Vollmar vom 5.8.1895, in: IISG Amsterdam, NL Vollmar 1846: "Nun hatte der Schwachkopf [Mauerer] auch noch die Stirn, den Münchener Genossen Spießbürgerei vorzuwerfen, da sie fast in Ohnmacht fallen, wenn die 'sozialistische Lehre' einmal praktisch bestätigt wird, wenn eine Frau konsequent handelt und sich die Freiheit nimmt, von der wir alle träumen".

29 Vgl. die programmatischen Ausführungen von Eduard Schmid am 19.11.1893 in Traunstein, in: Staatsarchiv München, RA Fasz. 3785/57795.

30 Vgl. Heinz Niggemann, Frauenemanzipation, S.18f.

31 Hierzu ausführlich Hope Bridges Adams Lehmann (künftig zitiert: A.L.), Die Frau vor der Wissenschaft, S.251ff.

32 A.L., Mann und Weib, S.391.

33 August Bebel, Die Frau und der Sozialismus, 60. Aufl., Berlin 1962, S.28f.

34 Sabine Richebächer, Uns fehlt nur eine Kleinigkeit, S.156.



wie, wichtiger noch, im Rahmen der Lösung der sozialen Frage die allgemeine rechtliche und praktische Befreiung folgen. Emanzipation der Frauen fand damit bei Adams Lehmann auf verschiedenen Ebenen statt: auf der geschlechtsspezifischen, der persönlichen innerhalb der Familie und der gesellschaftlichen, innerhalb der allgemeinen Emanzipation der Arbeiterklasse im Zuge der allgemeinen sozialen Revolution. Die verschiedenen Emanzipationsbestrebungen sollten jedoch so weit wie möglich gleichzeitig in allen Bereichen stattfinden, um sich ergänzen und gegenseitig fördern zu können.

Die Grundvoraussetzung eines Erfolges bestand allerdings darin, davon ging Adams Lehmann aus, daß diese Bestrebungen im wesentlichen von den Frauen selber, nicht aber von den Männern, getragen wurden: "Also der Mann soll die Frau befreien? Und die Moral und die Sitten verbessern? Der Herrscher also die Geknechteten emporheben und die Idee ihr Milieu schaffen? So war der Gang der Geschichte noch nie und wird es wohl auch diesmal nicht werden. Jedenfalls werden die Frauen nicht darauf warten, und sie tun gut daran".<sup>35</sup>

Auf allen genannten Ebenen entwickelte Adams Lehmann nun eine Reihe von Vorstellungen zur Verwirklichung dieses Emanzipationsanspruches, und auf allen Ebenen — was einzigartig in der Frauenbewegung war — entwickelte sie auch konkrete Projekte, den Emanzipationsanspruch praktisch durchzusetzen. Nicht zuletzt zeigte ihr gelebtes Leben und die Verwirklichung der eigenen Vorstellungen in ihrer Ehe mit Karl Lehmann, daß sie *die* Prüfung für die Realisierung des emanzipatorischen Gedankengutes und, wenn man so will, für die Glaubwürdigkeit der emanzipatorischen Bemühungen überhaupt, erfolversprechend bestehen konnte — emanzipiertes Leben zu praktizieren. Gerade dies, die Übereinstimmung von Theorie und Praxis, kennzeichnete den Emanzipationsanspruch von Adams Lehmann in hohem Maße. Damit trifft die im allgemeinen wohl berechtigte Kritik von Niggemann,<sup>36</sup> daß zwischen Theorie und Praxis der Frauenemanzipation eine tiefe Kluft gelegen habe, für die Münchener Ärztin nicht zu. Partnerschaft in Beruf und politischer Arbeit, gemeinsame Kindererziehung, aber auch gegenseitige berufliche, politische und private Freiheit, beruhten in der Familie Lehmann auf der tatsächlichen Gleichberechtigung beider Ehepartner — unter denen Frau Lehmann von den Zeitgenossen sogar eher als der stärkere und energischere angesehen wurde.<sup>37</sup> Der Preis für dieses Leben war allerdings eine hohe Belastung beider Ärzte, und der Hintergrund dieses emanzipatorischen Lebens war — dies sei besonders betont — eine großbürgerliche finanzielle Rückendeckung.

Ein erster wichtiger Ansatz bei der Realisierung der faktischen Gleichberechtigung — mit Folgen bis in die Struktur der Familie und der Gesellschaft hinein — war für Frau Lehmann die Chancengleichheit der Frau im Beruf bzw. ihr Recht, den von ihr gewählten Beruf tatsächlich auch ausüben zu können:<sup>38</sup>

"Die Berufstätigkeit der Frau ist eine der wichtigen Hauptfragen unserer gesellschaftlichen Organisation. Von ihrer Lösung hängt die Physiognomie der sozialistischen Zu-

35 A.L., *Die Frau vor der Wissenschaft*, S.253.

36 Heinz Niggemann, *Emanzipation zwischen Sozialismus . . .*, S.9.

37 Vgl. hierzu die Schilderung von Prof. Dr. C. Müller sowie den Nachruf von Paul Kampffmeyer, in: *Münchener Post* vom 16.4.1916.

38 Sabine Richebächer, *Uns fehlt nur eine Kleinigkeit*, S.151, die diese Forderung als Hauptanliegen der bürgerlichen Frauenbewegung bezeichnet.



kunft in erster Linie mit ab [. . .]. Es scheint mir wenigstens von hoher Wichtigkeit, daß die sozialistische Welt über diese Hauptfrage ihres Glaubensbekenntnisses einen einheitlichen Standpunkt einnimmt. Wir können uns zum Beispiel keine Meinungsverschiedenheiten denken über solche Dinge wie die Gleichwertigkeit der gesellschaftlichen Arbeit, über die Verpflichtung aller zur Teilnahme an der Arbeit, über die Notwendigkeit einer arbeitssparenden Organisation, über den gemeinsamen Besitz der Produktionsmittel. Das sind eben Grundsteine unserer sozialistischen Anschauung. Und ebenso ist die Verpflichtung der Frau zur Teilnahme an der gesellschaftlichen Arbeit ein Grundstein unserer sozialistischen Anschauung".<sup>39</sup>

Deswegen forderte Adams Lehmann diese Teilnahme bereits für die Gegenwart: "Allen Frauen ein Beruf, das heißt eine Arbeit, die der Allgemeinheit gewidmet ist und die die Frau aus dem engen Kreise des Familienegoismus hinausführt".<sup>40</sup> Praktisch sah Adams Lehmann bei der Verwirklichung dieses Zieles jedoch erhebliche Schwierigkeiten. Diese lagen besonders in der zeitgenössischen Form der Ehe und der Haushaltsführung: "Das Problem von Ehe und Beruf gehört zu den allerschwersten, mit denen wir fertig werden müssen, ja, es ist nicht nur schwer, sondern unter heutigen Bedingungen, von glücklichen, besonders günstig gelagerten Ausnahmefällen abgesehen, unlöslich. Weder als Mutter noch als Frau kann man das sein, was man sein müßte und sein möchte, wenn man gleichzeitig in einem vollen Beruf steht".<sup>41</sup>

Einen Weg, die Chancen der Frauen zu verbessern, sah Adams Lehmann daher in einer allgemeinen Verkürzung der Arbeitszeit. Darauf hinzuwirken, müsse die gemeinsame Anstrengung von Frauen und Männern (vor allem in der Sozialdemokratie) sein. Die Arbeitszeit solle so reduziert werden, daß es "keine 10stündige Arbeitszeit mehr [gibt], weder für Mann noch Frau, und damit wird auch der Mann endlich erfahren, wie froh es macht, Vater zu sein"<sup>42</sup> — und die Frau entlastet werden, um ihrerseits Arbeit aufnehmen zu können. Im übrigen ging Adams Lehmann davon aus, daß im Sozialismus die Arbeitszeit generell auf fünf bis sechs Stunden vermindert werden würde, so daß Mann und Frau beide gleichberechtigt einen Beruf ausüben könnten.

Dieses Beispiel zeigt, wie sehr die Emanzipationsforderungen auf allen Ebenen miteinander verknüpft waren. Die allgemeine Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiterbevölkerung durch erhebliche Verkürzung der Arbeitszeit würde die Chancen auch für eine Berufstätigkeit der Frauen erhöhen, allerdings nur dann, wenn sich gleichzeitig auch das Verhältnis von Männern und Frauen in Ehe und Familie entscheidend wandeln würde. "Daß Männer Kinder aufziehen, unterrichten und für sie sorgen könnten, kam [selbst] Bebel [noch] nicht in den Sinn, ebensowenig der Gedanke, sie könnten bei der Hausarbeit helfen".<sup>43</sup> Genau das aber forderte Adams Lehmann in der von ihr propagierten neuen Partnerschaft von den Männern:

"Den Schlüssel zum Glück in Beruf und Ehe trägt der Mann. Wenn er seiner Frau nicht nur Liebe sondern auch Zärtlichkeit entgegenbringt, wenn er Verständnis für ihre

39 A.L., *Die Arbeit der Frau*, S.1032.

40 A.L., *Beruf und Ehe*, S.1208.

41 A.L., *Beruf und Ehe*, S.1206.

42 A.L., *Beruf und Ehe*, S.1208.

43 Richard J. Evans, *Sozialdemokratie und Frauenemanzipation . . .*, S.51.



Arbeit hat und die Störungen, die sie verschuldet, auszugleichen sucht, statt sie zu betonen, wenn er ihren Tag im Geist miterlebt, wenn er bereit ist, für sie einzuspringen, ihr kleine Dienste zu leisten, sie mit seiner Heiterkeit und seinem Mut zu unterstützen, ihr Teilnahme und Achtung zu schenken, wenn er auch Sinn für die Kinder hat und sich mit Väterlichkeit und Konsequenz an der Erziehung beteiligt, dann wird eine liebende Frau in ihrem Verhältnis zum Mann eine unerschöpfliche Quelle von Elastizität und Lebensfreude finden".<sup>44</sup>

Um diese Veränderungen zu erreichen, bedurfte es allerdings auch einer beachtlichen Härte gegenüber den Männern. Denn, so die realistische Einschätzung Adams Lehmanns: "Der Mann ist egoistisch. Er nimmt, was er braucht und was ihm behagt und denkt an andere zuletzt. [. . .] Moral: Die Frau muß selbst zugreifen, wenn sie etwas will [. . .]. Wenn sie aber das Zugreifen gelernt haben wird, könnte es passieren, daß der Mann zurückstehen müßte, weil es für ihn nicht mehr reicht [. . .]. Wenn der Mann das nicht haben möchte, so muß er jetzt schon von der Frau das Zurückstehen lernen, während sie von ihm das Zugreifen lernt".<sup>45</sup>

Diese Forderung an den Mann mußte natürlich auch Rückwirkungen auf Ehe und Beruf haben.<sup>46</sup> Hier sah Adams Lehmann — neben dem bereits genannten Abbau der allgemeinen Arbeitszeit — zwei Möglichkeiten, den Frauen das Nebeneinander von Ehe und Beruf zu ermöglichen: zum einen flankierende und schützende Maßnahmen für die Mutter durch den Staat und die Öffentlichkeit — einer Aufgabe, der sie sich in der Praxis und in der Kommission für Arbeiterhygiene und -Statistik intensiv widmete — zum anderen die sexuelle Emanzipation der Frau und damit die Neubewertung der Ehe und ihrer Funktion.

Ein wichtiger Indikator auf diesem Felde war das Verhalten gegenüber den Müttern. In dem Schutz der jungen Frau und Mutter durch Gesellschaft und Staat sah Adams Lehmann einen gewaltigen Fortschritt: "Unter den großen Erscheinungen unserer Zeit gibt es keine, die das Wort Liebknechts von dem Hineinwachsen in den Sozialismus treffender illustriert als der Mutterschutz. Denn der Sozialismus bedeutet uns nicht nur die

44 A.L., *Beruf und Ehe*, S.1208. Vgl. dazu auch A.L., *Arbeit der Frau*, S.1033: "Es gibt stets eine Anzahl von Verrichtungen, die jeder braucht, und die wenig ausmachen, wenn jeder den Teil übernimmt, der ihn trifft. Der Mann lehnt sie aber meistens teils wegen Überbürdung, teils aus Faulheit ab und überträgt sie der Frau [. . .]. In einer besseren Zeit werden sich Vater und Mutter bei der Kinderpflege unterstützen und ablösen [. . .]. Auch der Mann muß alles vom Sozialismus erhalten. Nur der Sozialismus kann ihm die Mühe schenken, endlich einmal Vater zu sein. Auch dadurch wird die Frau entlastet".

45 A.L., *Das Weib und der Stier*, S.11.

46 A.L., *Beruf und Ehe*, S.1206: "Kinder leben 12 Stunden lang im Tag, und ein Beruf beansprucht 10. Die Rechnung ist glatt. Schauen wir das in der Wirklichkeit an. Die Mutter ist Fabrikarbeiterin, Kellnerin, Verkäuferin, Kontoristin, Konfektionsnäherin, Directrice, Gärtnerin, Geschäftsinhaberin, Ärztin, Zahnärztin, Apothekerin, Fabrikinspektorin, Chemikerin, Bibliothekarin, wissenschaftliche Assistentin. In all diesen Berufen ist der Arbeitstag durchschnittlich 10 Stunden, bei der Kellnerin 15, bei der Saisonnäherin mehr. Was bleibt für die Kinder? Und wie wenig bleibt für den Mann! Auch bei den unregelmäßigen Berufsarbeiten: Hebamme, Pflegerin, Journalistin, Schauspielerin, Artistin, Malerin, Musikerin, Bildhauerin, steht es, trotz anderer Zeiteinteilung und gelegentlicher Pausen, nicht viel besser. Die Heimarbeiterin ist auch kaum anders daran. Sie ist zwar zuhause, aber festgenagelt, und es ist kein Vorteil, sehen zu müssen, wie alles drunter und drüber geht, ohne eingreifen zu können. Nur einigermaßen gut geht es bei den Berufen mit wesentlich kürzerer Dienstzeit, zum Beispiel bei der Lehrerin oder der Schriftstellerin, die ihre Arbeit einteilen kann, wie sie will".



ökonomische Freiheit, sondern auch deren Zwillingschwester, die individuelle".<sup>47</sup> Die individuelle Freiheit jeder einzelnen Mutter würde durch den Mutterschutz und seine Erweiterung gewährleistet werden. Deswegen unternahm Adams Lehmann — und mit ihr die Münchener organisierte Arbeiterbewegung — alles, um hier Fortschritte zu erzielen — und dies mit nicht geringem Erfolg. Eine der ersten Maßnahmen der 1903 etablierten und von der Sozialdemokratie "beherrschten" Münchener Ortskrankenkasse war es beispielsweise, sofort den Mutterschutz zu verlängern und diese Maßnahme auch bis zum Kriege zu verteidigen, obwohl sich die Kassenführung wegen erheblicher Defizite ständig einer scharfen öffentlichen Kritik ausgesetzt sah.

Auch auf dem Gebiet der direkten Hilfe für die jungen Mütter gelangen Adams Lehmann wegweisende Durchbrüche — dies ebenfalls mit Hilfe der Münchener Partei und der Ärzteorganisationen. 1906 etwa konnte sie die Grundlinien für ein neukonzipiertes Frauenheim veröffentlichen. Dieses Heim sollte in genossenschaftlichem Besitz und unter genossenschaftlicher Verwaltung stehen. Ziel dieser neuen Institution war es, die Entbindung von der Privatwohnung an einen optimal ausgerüsteten Ort zu verlegen, um so "die Lage der Frau in jeder Weise besser und angenehmer [zu] gestalten als zu Hause [. . .], nicht nur in bezug auf Reinlichkeit, Ruhe und ärztliche Hilfe [. . .]. Die Frau [. . .] soll dort [auch] eine reichlichere Ernährung und einen größeren Komfort genießen, als es der Arbeiterfrau zu Hause beschert ist".<sup>48</sup> Flankierend dazu war beabsichtigt, den Frauen eine kostenlose Haushaltshilfe zu stellen, um so die Abwesenheit von Arbeiterfrauen auch praktisch zu ermöglichen. Anschließend an diese erste Phase — etwa nach dem zweiten Lebensjahr des Kindes — sollte als weitere Entlastung der Frau von Kindern und Familie der Kindergarten treten. Er sollte es den Frauen ermöglichen, "außer ihrer Arbeitsleistung als Mutter einen halben Arbeitstag, den Rest ihres Lebens voll beruflich tätig sein zu können. Dabei rechne ich [Adams Lehmann] mit einem Arbeitstag von sechs bis acht Stunden, wie er schon in der heutigen Gesellschaft vielfach vorkommt und in der sozialistischen Gesellschaft gewiß nicht überschritten werden wird".<sup>49</sup>

Mit einer Einrichtung wie dem Frauenheim und dem kommunalen Kindergarten sah Adams Lehmann auch erste Schritte auf dem Wege zur Kindererziehung in einer sozialistischen Gesellschaft verwirklicht — ihrem zweiten politischen Arbeitsfeld. Kernpunkt ihrer Überlegungen hierbei war, daß zwar die Allgemeinheit Pflichten der Eltern mitübernehmen müsse,<sup>50</sup> in keinem Falle aber die Eltern grundsätzlich ersetzen könne. Denn, so ihr unerschütterliches Credo, "Mann und Frau gehören zusammen, und das Kind braucht [eigene] Eltern".

Eine weitere wesentliche Errungenschaft zur Sicherung der Emanzipation der Frau sah Adams Lehmann, neben der materiellen und ideellen Befreiung, in der geschlechtlichen Freiheit und Gleichberechtigung: "Die Grundquadern [. . .] [der Freiheit] heißen materielle Unabhängigkeit der Geschlechter und uneingeschränkte Liebeswahl. Auf ihnen läßt sich der Oberbau einer eng gefügten Zusammengehörigkeit errichten, eine Ehe, wel-

47 A.L., Mutterschutz, S.1242.

48 A.L., Das Frauenheim. Referat gehalten in der Kommission für Arbeiterhygiene und -Statistik, 9.1.1906, abgedruckt u.a. in: Bayerisches Ärztliches Correspondenzblatt, Jg.9 (1906), S.9-12, hier: S.10.

49 A.L., Die Arbeit der Frau, S.1036.

50 A.L., Mutterschutz, S.1245; danach auch das folgende Zitat.



che keines Surrogates bedarf".<sup>51</sup> Von dem, was zu ihrer Zeit von vielen Zeitgenossen unter Ehe verstanden wurde, hielt Adams Lehmann dementsprechend nichts: "Die heutige Ehe ist [nur] eine Zusammenkoppelung von einem stärkeren und einem schwächeren Teile, und zwar ist der Mann in jeder Beziehung, Körper, Geist, Erfahrung, Besitz, Gesetz und öffentlicher Achtung, günstiger gestellt als die in allen diesen Dingen ärmere Frau. Um Frieden zu erhalten, Vorteile zu erlangen und Unangenehmes abzuwehren, stehen ihr, als dem schwächeren Teile, nur zwei Mittel zu Gebote, Unterwürfigkeit und Verstellung".<sup>52</sup>

Hier galt es, Abhilfe zu schaffen. Nach Ansicht von Adams Lehmann mußte die Ehe eine ganz neue Funktion erhalten: "Ich glaube, die sozialistische Gesellschaft wird zunächst die erste Jugend so gesund, so glücklich, so anregend, so voll Interessen, die dem Alter entsprechen, zu gestalten wissen, daß Nervosität und Frühreife verschwinden und physiologische Anfechtungen auf ein Minimum reduziert werden. Ich glaube, sie wird Krankheiten durch die nötigen Maßnahmen der Isolierung und rechtzeitiger und ausreichender Behandlung ausrotten. Ich glaube, sie wird ein gewisses Alter und auch gewisse Krankheiten bestimmen, in denen das Zeugen und Gebären von Kindern verboten ist, als Schutz für Minderjährige und im Interesse der Rasse. Nach Überschreitung dieser Altersgrenze wird sie das Eingehen und die Auflösung von geschlechtlichen Beziehungen dem individuellen Ermessen überlassen, ohne davon in irgend einer Weise Kenntnis zu nehmen. Nur für den Fall, daß Kinder aus der Verbindung hervorgehen, wird sie das Paar für eine bestimmte Periode — etwa 3 bis 5 Jahre — als Eheleute betrachten und sie zur gemeinsamen Sorge für die Kinder anhalten. Nach Verlauf dieser Zeit wird es ihnen freistehen, auseinanderzugehen, mit dem Recht freier Vereinbarung über die weitere Kinderversorgung; im Fall der Uneinigkeit wird das Gericht entscheiden. Für Kinder, die ohne Eltern verbleiben, wird die Gesellschaft sorgen. Solche Kinder wird es wahrscheinlich sehr wenige geben, denn es wird der Frau gestattet sein, eine unerwünschte Schwangerschaft innerhalb einer bestimmten Zeit durch ärztliche Hilfe unterbrechen zu lassen".<sup>53</sup>

Die hier skizzierten Vorstellungen sah Adams Lehmann in Ansätzen bereits in der wilhelminischen Gesellschaft angelegt. Der endgültige Durchbruch der neuen Formen hing ihrer Meinung nach allerdings im wesentlichen von einer Bewußtseinsänderung der Frauen und der Gesellschaft ab: "Was jetzt heimlich, schuldbewußt, entehrend, verbrecherisch, gefährlich, unzulänglich oder grausam vor sich geht, geschieht in einer sozialistischen Gesellschaft offen, schuldfrei, mit natürlichem Verstand unter Beihilfe der Wissenschaft, der öffentlichen Fürsorge und der Gerichtsbarkeit, zur Schlichtung von Schwierigkeiten und Wahrung des allseitigen Rechts". Auf dieser Basis einer neu definierten Lebensgemeinschaft hielt Adams Lehmann es für möglich, auch die weitere Befreiung der Frau auf dem Wege gleichberechtigter Berufsarbeit zu gewährleisten.<sup>54</sup>

51 A.L., *Neue Geschlechtsbahnen*, S.867.

52 A.L., *Das Weib in seiner Geschlechtsindividualität*, S.744f.

53 A.L., *Sexuelle Pädagogik*, S.759; danach auch die folgenden Zitate.

54 Einen besonders intensiven Kampf foht Adams Lehmann gegen das Tragen des Korsetts als Symbol von "geistig beschränkten Modenärinnen und gemütsarmen Kokotten" (A.L., *Rezension von Fr. Brosin, Ein Ideal der Frauenwelt. Beiträge zur Bekleidungsfrage*, in: *NZ*, Jg.17 (1899), Bd.1, S.677). Vgl. hierzu auch die Tätigkeit des Vereins für Kleiderreform, in: *Erlebtes — Erschautes. Deutsche Frauen kämpfen für Frei-*



Einen besonderen Stellenwert hatte für Adams Lehmann die Bildung. Zum einen war sie fest davon überzeugt, daß es keine "männliche" oder "weibliche" Bildung geben könne,<sup>55</sup> sondern nur eine allgemeine oder eine Fachbildung (unabhängig vom Geschlecht). Hier entwickelte sie eine Reihe von Modellen und Curricula, die weit nach vorn wiesen, in der internen sozialdemokratischen Diskussion allerdings nicht unumstritten waren<sup>56</sup> — in der Diskussion um sozialdemokratische Schulvorstellungen und -politik bisher aber noch unentdeckt sind. Zum anderen sah es Adams Lehmann als eine Hauptaufgabe an, die Erziehung der Kinder — außerhalb des Schulbereiches — in die Hände *beider* Elternteile zu legen, um so das klassische Rollenverständnis, daß die Frau als Mutter zur Erziehung der Kinder besonders geeignet — und dementsprechend auch verpflichtet — sei, zu verändern.

Auf dieser Ebene der Gleichbehandlung von Mädchen und Jungen lag auch ihre Forderung nach der Koedukationsschule: "Der Mittelpunkt ihres [Adams Lehmann] Denkens war daher diese Schulform. Sie schuf in München den Versuchskindergarten. Uner-schöpflich war sie in immer neuen Vorschlägen zur Hebung der Schule und zur Verbesserung der Unterrichtsmethode. In gemeinsamer geistiger und körperlicher Arbeit sollte hier eine neue, lernfreudige Jugend erstehen [. . .]. Sie forderte stürmisch die gleiche Erziehung für Mann und Frau. Die Frau sollte nicht mehr als geistig verkümmertes Hausmütterchen *unter* dem Manne *hertrippeln*, sie sollte mit dem Mann in gleichem Schritt dem gleichen Ziel zustreben".<sup>57</sup> Dementsprechend forderte Adams Lehmann daher auch für den Hochschulbereich, durch eigene Erfahrung belehrt, die ungehinderte Zulassung der Frauen zum Hochschulstudium, eine Forderung, in der sie insbesondere von dem Vorsitzenden und führenden Kopf der bayerischen Partei, Georg von Vollmar — zu dem sie wegen gemeinsamer literarischer Ambitionen freundschaftliche Kontakte pflegte — unterstützt wurde. Nicht zuletzt dank ihrer Initiative brachte von Vollmar dieses Problem immer wieder im Reichstag und im Landtag zur Sprache.<sup>58</sup>

Der Einfluß der Vorstellungen und der politischen Arbeit von Adams Lehmann auf die Politik der (bayerischen) Sozialdemokraten ist schwer einzuschätzen. Ginge es allein nach ihrem Bekanntheitsgrad in der wissenschaftlichen Forschung, dürfte er nur sehr gering gewesen sein. Fest steht, daß Adams Lehmann in der organisierten *Frauenbewegung* — in der sozialdemokratischen und in der bürgerlichen — keine wesentliche Rolle spielte. Sie trat nicht als Volksrednerin oder als Führerin einer Frauenorganisation in Erscheinung. Politisch wirkte sie allein in den Organisationen der Arbeiterbewegung und vor allem durch ihre Persönlichkeit. In beiden Fällen gelang es ihr jedoch sehr häufig, frauenemanzipatorische Gesichtspunkte in die Diskussion einzubringen.

heit, Recht und Frieden 1850-1940. Lida Gustava Heymann und Anita Augspurg. Hrsg. von Margrit Twellmann, Meisenheim 1972, S.49.

55 A.L., Arbeit der Frau, S.1031ff.

56 Vgl. hierzu nur die Kritik von Oda Olberg, Polemisches über die Schule der Zukunft, in: NZ, Jg.25 (1907), Bd.1, S.846-850.

57 Gedenkrede von Paul Kampffmeyer zum Tode von H.B. Adams Lehmann, in: Münchener Post vom 14.10.1916.

58 Dazu u.a. Reinhard Jansen, Georg von Vollmar. Eine politische Biographie, Düsseldorf 1958, S.71. Vollmar war schon allein deswegen an allen schul- und hochschulpolitischen Fragen aufs höchste interessiert, weil seine Frau Julia regen Kontakt zu den verschiedensten Schulreformern hielt und mit der Pädagogin und Reformerin Ellen Key eng befreundet war.



Ihre langfristigen Einflüsse auf die deutsche Arbeiterbewegung und die Frauenemanzipation sind eher indirekt gewesen. Zum einen hatte sie eine breite Resonanz durch ihre Tätigkeit in der Kommission für Arbeiterhygiene und -Statistik. Deren sozialpolitische Erfolge waren immer auch zugleich ihre persönlichen Erfolge. Zum anderen wirkte sie durch ihre schriftstellerische Tätigkeit. Ihre Artikel in der "Neuen Zeit" und den "Sozialistischen Monatsheften" sowie ihre vielgelesenen Bücher fanden eine breite Resonanz — allerdings wohl kaum bei den einfachen Arbeiterfrauen. Nicht zuletzt war aber auch ihr persönliches Beispiel richtungweisend für manche Frau in München. Nur — und dies ist sicherlich eine entscheidende Einschränkung — ein Vorbild für emanzipiertes *proletarisches* Leben konnte Adams Lehmann niemals abgeben, so sehr sie sich auch darum bemühen mochte und wie gut sie auch aus persönlichen und beruflichen Erfahrungen die Situation der Arbeiterinnen kannte.

Vorbildhaften Charakter konnte ihre persönliche Lebensführung aber sicherlich für weite Teile der Bürgerschicht in München haben, eine Schicht, die der Münchener Sozialdemokratie aus vielen Gründen sehr nahe stand. Aus diesem Grunde blieb Adams Lehmann auch die Isolation von der bürgerlichen Frauenbewegung erspart. Kooperation mit allen infrage kommenden Partnern war für sie — wie für die Münchener Sozialdemokraten insgesamt — kein Tabu. Hierin unterschied sie sich erheblich von der übrigen sozialistischen Frauenbewegung.<sup>59</sup> In dieser Kooperationsfähigkeit lag wahrscheinlich ein besonderes Element ihres politischen Wirkens. Ihr Anliegen, wie das der bayerischen Partei insgesamt, war die Öffnung zu und die Kooperation mit allen bürgerlichen Kräften, das Heranziehen aller "Gutwilligen":

"Es hat eine Zeit gegeben, in der Sozialisten nichts von Bewegungen wissen wollten, die anderweitig herkamen. Jetzt sind wir, Gott sei Dank, erfahrener und verständiger geworden; wir haben eingesehen, was es mit dem Hineinwachsen in den Sozialismus für eine Bewandnis hat; wir haben begriffen, daß unsere Bewegung darum so groß geworden ist, weil sie alles mit sich zieht, weil nicht nur Wissende sondern auch Unwissende mit ihr marschieren, ihre Diener geworden sind. Ist der Sozialismus der Heerstrom unserer Zeit, so müssen alle Nebenströme in ihn hineinfließen und dürfen von ihm darum freudig und kameradschaftlich begrüßt werden, denn sie bedeuten ein Anschwellen der Kraft, mit der er alle Hindernisse des Flußlaufs überwindet".<sup>60</sup>

In diesem Sinne hat Adams Lehmann sicherlich eine Ausstrahlungskraft besessen, die bis in die Sozialdemokratie der Bundesrepublik Deutschland hineinreicht.

59 Richard J. Evans, Sozialdemokratie und Frauenemanzipation . . . , S.110.

60 A.L., Mutterschutz, S.1243.



## REVOLUTION UND DEMOKRATIE.

### ZU DEN SOFORT- UND ÜBERGANGSPLANUNGEN DES SOZIALDEMOKRATISCHEN EXILS FÜR DEUTSCHLAND 1943 - 1945

Von Jan Foitzik

In ihrer kritischen Bestandsaufnahme zur deutschen Nachkriegs-Historiographie haben Bernd Klemm und Günter J. Tittel<sup>1</sup> daran erinnert, daß es notwendig sei, die "Vorgeschichte" der Bundesrepublik nicht nur aus retrospektiven Positionen, sondern stärker aus der "Nachgeschichte" der Weimarer Republik und der NS-Diktatur zu erschließen. Daß dabei auch das Exil gebührend zu berücksichtigen ist, liegt darin begründet, daß es zunächst die historische Kontinuität der Lernprozesse, eine im Verhältnis zur Entwicklung im Inland ungebrochene Verbindungslinie zwischen der Weimarer Republik und der Nachkriegsentwicklung darstellt und somit mit Hilfe dieser Kontrastgröße die nach 1945 abgelaufenen politischen Enkulturationsprozesse differenziert analysiert werden können.

Mit der sozialdemokratischen Planung für Maßnahmen in der unmittelbaren Nachkriegszeit und den Schritten zu deren Verwirklichung wird ein kleiner Ausschnitt exemplarisch vorgestellt, um darauf aufmerksam zu machen, daß retrospektive Betrachtungsweisen durchaus geeignet sein können, den Blick für die Wirklichkeit zu verstellen. Im Raum steht zunächst der Vorwurf Theo Pirker's insbesondere an die Adresse der Gewerkschaften, sie hätten es nach 1945 nicht verstanden, den "machtfreien Raum" in den Betrieben auszufüllen und damit die "Erbsünde der deutschen Arbeiterbewegung" begangen,<sup>2</sup> an dem inzwischen Rolf Steiniger erste Korrekturen anbrachte.<sup>3</sup> Zumindest als tangiert erscheinen ebenfalls die Ergebnisse der Forschungen von Lutz Niethammer, Ulrich Borsdorf und Peter Brandt,<sup>4</sup> die für die unmittelbare Nachkriegszeit auf die noch rudimentäre Arbeiterbewegung in Deutschland möglicherweise zu vorschnell das Rechts-Links-Schema anwandten und durch diese Idealtypisierung teilweise Sachverhalte konstruieren, die sich in der von ihnen analysierten Form induktiv nicht hinreichend belegen lassen. Als unbegründet erscheint schließlich auch die idealtypisierende Gegenüberstellung von "revisionistischem Exil" und der "revolutionären Spontaneität" der Inlandskräfte. Die Widersprüche in der Nachkriegspolitik der SPD stellen sich vielmehr als Begleiterscheinungen und teilweise auch Resultate der Anpassung sozialdemokratischer Strategien in der Auseinandersetzung mit einer durch eine besondere Dynamik gekennzeichneten Wirklichkeit dar. Sie dokumentieren einen Lernprozeß, dessen komplexe Determinantenstruktur durch die verkürzten summarischen Hinweise auf die Prädomi-

1 Bernd Klemm und Günter J. Tittel, Ein untauglicher Versuch. Die Nachkriegspolitik im Spiegel der neuen Historiographie. Zu zwei Bestandsaufnahmen von Uwe Uffermann, in: IWK Jg.21 (1985), H.1, S.1-20.

2 Theo Pirker, Die blinde Macht. Die Gewerkschaftsbewegung in Westdeutschland, 1. Teil, 1945-1952, München 1960, S.117.

3 Rolf Steiniger, England und die deutsche Gewerkschaftsbewegung 1945/46, in: Archiv für Sozialgeschichte, Jg.18 (1978), S.41-118, hier insbes. S.89.

4 Vgl. Arbeiterinitiative 1945. Antifaschistische Ausschüsse und Reorganisation der Arbeiterbewegung in Deutschland. Hrsg. von Lutz Niethammer, Ulrich Borsdorf und Peter Brandt, Wuppertal 1976, sowie: Zwischen Befreiung und Besatzung. Analysen des US-Geheimdienstes über Positionen und Strukturen deutscher Politik 1945. Hrsg. von Ulrich Borsdorf und Lutz Niethammer, Wuppertal 1976.



nanz der Westalliierten, vor allem der USA, und dessen heuristische Einbettung in einen antagonistisch-bipolar charakterisierten und monokausal erklärten Ost-West-Konflikt, für die weitere Analyse eher versperrt, denn weiter aufbereitet wurde. Über Ernst-Ulrich Huster<sup>5</sup> hinaus, der sich diesem differenzierten Ansatz besonders verpflichtet weiß, erscheint es geboten, die Blickrichtung von den exogenen noch weiter weg zunächst auf die endogenen Faktoren zu lenken, vor allem auf die organisierte Arbeiterbewegung und ihre reale soziale und politische Basis.

## I. DIE EXILPLANUNG

### 1. Die Identität von Revolution und Demokratie als Kernaxiom der sozialdemokratischen Exilprogrammatisierung

Die revolutionäre Zielsetzung des "Prager Manifests" vom Januar 1934 blieb für das sozialdemokratische Exil bis Kriegsende integratives Leitbild, 1944 wurde diese im deutschen Untergrund am meisten popularisierte<sup>6</sup> programmatische Erklärung von der "Sozialdemokratischen Partei Deutschlands" (Sopade) in einer gekürzten Fassung abermals veröffentlicht.<sup>7</sup> Von den linken, ursprünglich Sopade-oppositionellen, doch zumindest in den letzten Kriegsjahren in der Regel mit ihr nach dem Vorbild der im britischen Exil 1941 gebildeten "Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien" (künftig zitiert: "Union") kooperierenden Gruppen wurde diese Erklärung niemals in irgendeiner Form akzeptiert. Der Stellenwert des "Prager Manifests" für die programmatische Entwicklung des sozialdemokratischen/sozialistischen Exils ist umstritten. Die Beurteilung reicht von der Charakterisierung als "vorübergehende Renaissance marxistisch-revolutionärer Gedankengänge" und Wirklichkeitsflucht in die eschatologische Siegesgewißheit der Ideologie<sup>8</sup> über den Vorwurf der Taktiererei und des politischen Opportunismus der sozialdemokratischen "Rechten"<sup>9</sup> bis zur These von der Durchsetzung klassenbewußter linker Teile in der Sopade.<sup>10</sup> Obwohl die Mehrheit der Autoren

5 Vgl. vor allem Ernst-Ulrich Huster, *Die Politik der SPD 1945-1950*, Frankfurt/M. 1978.

6 Von der "Sozialistischen Aktion", in der sie veröffentlicht wurde, gingen 10-15.000 Exemplare nach Deutschland. Die Tarnausgabe unter dem Titel "Die Kunst des Selbstrasierens" hatte eine Auflage von 40.000. Vgl. Heinz Niemann, *Zur Vorgeschichte und Wirkung des Prager Manifests der SPD*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* (künftig zitiert: ZfG), Jg.13 (1965), H.8, S.1355-1364, hier S.1359 *passim*.

7 In den "Sozialistischen Mitteilungen", London, Nr.60/61 vom März/April 1944 fehlten die Abschnitte "Bedingungen des revolutionären Kampfes", "Die Ziele der Massenbewegung", "Revolution der Gesellschaft" und "Einheit des revolutionären Sozialismus". Mir erscheint es übertrieben, dahinter "Hinweise" auf "ungelöste Probleme der politisch-ideologischen Diskussion innerhalb der Union" zu sehen. Vgl. Johannes Klotz, *Das "kommende Deutschland". Vorstellungen und Konzeptionen des sozialdemokratischen Parteivorstandes im Exil 1933-1945 zu Staat und Wirtschaft*, Köln 1983, S.193, zumal zu allen Punkten zu diesem Zeitpunkt detaillierte Planungsarbeit stattfand bzw. ausgearbeitete Programme bereits vorlagen. Vom kriegsbedingten Papier- und chronischem Geldmangel abgesehen, veränderten sich die "strategischen Bedingungen des antifaschistischen Kampfes" (Klotz) gegenüber 1934 wohl grundlegend. — Abgedruckt ist das "Prager Manifest" in: *Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie*. Hrsg. und eingeleitet von Dieter Dowe und Kurt Klotzbach, Berlin und Bonn 1984, S.225-238.

8 In Anlehnung an Curt Geyer durch Erich Matthias, *Sozialdemokratie und Nation. Ein Beitrag zur Ideengeschichte der sozialdemokratischen Emigration in der Prager Zeit des Parteivorstandes 1933-1938*, Stuttgart 1952, S.26f.

9 Vgl. insbes. Jutta von Freyberg, *Sozialdemokraten und Kommunisten. Die Revolutionären Sozialisten Deutschlands vor dem Problem der Aktionseinheit 1934-1937*, Köln 1973, S.33ff, insbes. S.39-42.

10 Heinz Niemann, *Zur Vorgeschichte und Wirkung des Prager Manifests der SPD*, in: ZfG, Jg.13 (1965),



der Sopade in diesem Zusammenhang taktisches Kalkül unterstellt<sup>11</sup> und in der Exildiskussion noch in den dreißiger Jahren eine Schwerpunktverschiebung zugunsten der parlamentarischen Demokratie sowie eine stufenweise, keineswegs aber durchgehende, Relativierung des revolutionären Durchgangsstadiums der Machteroberung und -sicherung stattfand, blieben davon die Kernforderungen des Manifests nach einschneidenden ökonomischen und sozialen Veränderungen unberührt. Zwei Kausalzusammenhänge stehen im "Prager Manifest" im Vordergrund: erstens die Notwendigkeit der Beseitigung der sozioökonomischen Grundlagen des Nationalsozialismus, wie er sie in der Weimarer Republik nach der unvollendeten Revolution von 1918 als politische Basis vorfand, und zweitens die historisch-aktuell durch die NS-Herrschaft geschaffene Identität der im allgemeinen Verständnis demokratischen mit sozialrevolutionären Maßnahmen in engerem Sinne. Beide zusammen bestimmen die Art der Machteroberung und Machtsicherung. Es ist auch die Identität der demokratischen mit der sozialen Revolution, die sich als roter Faden durch alle programmatischen Diskussionen des sozialdemokratischen und sozialistischen Exils von "rechts" bis "links" verfolgen läßt und worin die Grundlage der späteren organisatorischen Vereinheitlichung zu erblicken ist. Eine Identität, die innerhalb der Sopade aus einer Quelle gespeist wurde: aus der Kritik an Weimar, das trotz einer weitreichenden demokratischen Verfassung Opfer antidemokratischer Kräfte geworden war, weil deren ökonomische und politische Basis unangetastet geblieben war. An diesen Auffassungen hielten selbst "Rechte" wie Friedrich Stampfer oder Fritz Tarnow sogar in den vierziger Jahren fest, als sie unmißverständlich die Forderung nach radikalen Eingriffen in den ökonomischen und sozialen Bereich als unabdingbare Voraussetzungen einer verbesserten demokratischen Verfassung wiederholten, und Tarnow gar noch im März 1945 für eine "demokratische Erziehungsdiktatur" in der Übergangszeit eintrat, ein Paradigma der "Linken" seit 1933.<sup>12</sup>

Daß im "Prager Manifest" Hinweise auf die internationale Situation, auf die Interdependenz der angestrebten Revolution weitgehend fehlten bzw. die vorhandenen nur sehr allgemein blieben, wird verständlich auf dem Hintergrund der Gesamtkonzeption. "Es ist nicht die Aufgabe der Sozialdemokratie, auf den Sturz der Despotie durch den Krieg zu hoffen. Es ist vielmehr ihre Aufgabe, den Krieg zu verhindern",<sup>13</sup> heißt es im Manifest. Die wachsende Einsicht in die Aussichtslosigkeit eines Sturzes des NS-Regimes durch Kräfte des inneren Widerstandes beeinflusste den späteren Diskussionsverlauf in Verbindung mit der Selbstkritik, bei der Verfolgung der eigenen politischen Ziele in der

H.8, S.1355-1364, hier S.1358; Dieter Lange, Das Prager Manifest von 1934, in: A.a.O., Jg.20 (1972), H.7, S.843-872, hier S.851.

- 11 Z.B. Erich Matthias, Sozialdemokratie und Nation, a.a.O.; Lewis J. Edinger, Sozialdemokratie und Nationalsozialismus. Der Parteivorstand der SPD im Exil 1933-1945, Hannover und Frankfurt/M. 1960, S.43ff u.a. Beide überbewerten die radikale Phraseologie Hilferdings, teilweise in Unkenntnis anderer Quellen.
- 12 Vgl. beispielsweise die Erklärung der German Labor Delegation (U.S.A.) von Ostern 1945. Abgedruckt in: Mit dem Gesicht nach Deutschland. Eine Dokumentation über die sozialdemokratische Emigration. Hrsg. im Auftrage der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien von Erich Matthias. Bearb. von Werner Link, Düsseldorf 1968, S.690-695, insbes. S.691, sowie Fritz Tarnow; Die Stellung der sozialdemokratischen Partei nach Hitler. Vortrag in der Ortsgruppe Stockholm am 9. März 1945, in: Archiv der sozialen Demokratie, Bonn (künftig zitiert: AsD), Bestand Emigration-Sopade, Mappe 185.
- 13 Zitiert nach: Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie. Hrsg. und eingel. von Dieter Dowe und Kurt Klotzbach, Berlin und Bonn 1984, S.235f.



Vergangenheit einseitig sozioökonomisch orientiert gewesen zu sein und darüber die allgemeinen kulturell-emanzipatorischen Prozesse völlig außer acht gelassen zu haben. Die Exildiskussion in der Sopade um das "Warum" der jüngsten Vergangenheit wie um das "Wie" der Zukunft fand noch in den dreißiger Jahren einen Schnittpunkt in dem Ziel einer freiheitlichen Demokratie, die durch eine neue, in der Phase des Sturzes der Diktatur und des Übergangs zum geordneten Parlamentarismus zu etablierende, sozioökonomische Basis gesichert werden sollte.

Zumindest an der Oberfläche bewegte sich diese Diskussion im "nationalen" Rahmen, blieb autochton. In den dreißiger Jahren wurden zwar in der Öffentlichkeit kaum Reflexionen über die internationale Interdependenz des Sturzes des NS-Regimes angestellt, doch flossen seit Mitte der dreißiger Jahre historische Erfahrungen der Gastländer in stärkerem Maße in diese Diskussion ein. Daß sich nach dem Kriegsausbruch — ein sehr wichtiges Detail: und nach den sowjetischen Einfällen in Polen und Finnland — Hans Vogel in einer Rede vor der "Sozialistischen Arbeiter-Internationale" (SAI) unmißverständlich an die Seite der Demokratien des Westens stellte<sup>14</sup> — wie schon vor ihm der Autor des "Prager Manifests", Rudolf Hilferding, im Krieg um die "Freiheit und Menschenwürde [. . .] rückhaltslos und ohne Vorbehalte den Sieg Frankreichs und Englands" bejaht hatte<sup>15</sup> —, war also nur ein folgerichtiger Schritt.

Die linken Kleinorganisationen transportierten im Exil ihre radikalen Programme der frühen dreißiger Jahre weiter, nur in den Akzenten wurden sie gegen Ende des Jahrzehnts präzisiert. "Neu Beginnen" und die "Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands" (SAPD) lehnten ihre Konzepte an das Räteprinzip an: Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte würden von unten soziale und ökonomische Umwälzungen durchsetzen und eine "demokratische Kontrolle" gewährleisten.<sup>16</sup> Einen Aufbau der "Sozialistischen Republik" von unten auf mit Hervorhebung der demokratischen Funktion der lokalen Selbstverwaltungskörperschaften sah auch das Programm des "Internationalen Sozialistischen Kampfbundes" (ISK) von 1937 vor. Als Ziel proklamierte es die demokratische Verfassung, zu errichten allerdings erst nach einer revolutionären Übergangsphase der "Diktatur der Sozialisten" zur radikalen Bekämpfung der Konterrevolution. In der makropolitischen Zielsetzung wich der ISK allein mit dem Stichwort von der "sozialistischen Marktwirtschaft" von anderen noch organisatorisch und politisch handlungsfähigen sozialistischen Exilgruppen ab.<sup>17</sup> Die das "Prager Manifest" der Sopade kennzeichnende Identität von demokratisch-revolutionären und sozialistischen Maßnahmen wurde schließlich auch im Programmdokument der "Arbeitsgemeinschaft für (sozialistische) Inlandsarbeit" zwischen der SAPD, der Gruppe "Neu Beginnen" und den "Revolutionären Sozialisten Österreichs" (RSÖ)<sup>18</sup> "Der kommende Weltkrieg" von 1939,<sup>19</sup> fi-

14 Vgl. Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Mitteilungen des Parteivorstands, Paris, März 1940, Nr.3/1940.

15 Dr. Richard Kern (d.i. Rudolf Hilferding), Der Sinn des Krieges. Verteidigung von Freiheit und Menschenwürde, in: Neuer Vorwärts, Paris, Nr. 341 vom 31. Dez. 1939. S.1-2, hier S.2.

16 Vgl. Werner Röder, Deutschlandpläne der sozialdemokratischen Emigration in Großbritannien 1942-1945, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Jg.17, (1969), H.1, S.72-86.

17 Die Sozialistische Republik. Das Programm des ISK, London 1937. Vgl. v.a. S.17f., S.20 und S.26.

18 Ob auch der ISK der Pariser "Arbeitsgemeinschaft" angehörte, ist nicht eindeutig festzustellen. Es liegen Primärquellen vor, die beide Lesarten zu belegen scheinen. Immerhin waren aber in ihr Einzelpersonen aktiv, die sehr enge Kontakte zum ISK unterhielten.



xiert.<sup>20</sup> Zwar konnte infolge gruppeninterner Querelen in der SAPD dieses Dokument nicht als verbindliches Programm des Kartells angenommen werden, doch gibt diese maßgeblich von Richard Löwenthal beeinflusste Plattform den damaligen Stand der Diskussion in den unabhängigen Linksgruppen wieder. Sie dokumentiert gleichzeitig den im Verhältnis zur Sopade weit höheren Grad der Reflexion über die internationale Abhängigkeit einer künftigen deutschen Revolution.

Mag es auch scheinen, daß nach Curt Geyers "Partei der Freiheit"<sup>21</sup> der Akzent bei der Sopade zuletzt stärker auf dem liberal-demokratischen Prinzip, bei den Kleinorganisationen — einschließlich des ISK — dagegen auf dem sozialrevolutionär-demokratischen gelegen habe, der "revolutionären Übergangsperiode" widmete jedoch auch die Sopade ihre volle Aufmerksamkeit. In einem Referat zeichnete Erich Ollenhauer am 6. Dezember 1942 vor einer Mitgliederversammlung der "Union" ein Szenario der Übergangsmaßnahmen,<sup>22</sup> das in den Grundzügen von seinen im Dezember 1943 vorgetragenen Vorstellungen kaum abwich, den Beschlüssen von Casablanca und Teheran nur insoweit Rechnung tragend, als mit dem Sturz des NS-Systems erst infolge eines Sieges der Alliierten und mit anschließender Besetzung Deutschlands gerechnet wurde.<sup>23</sup> Dem im Oktober 1943 veröffentlichten Programm "Die neue deutsche Republik", das ausdrücklich für Illegale in Deutschland bestimmt war, lag das Modell einer demokratischen Erneuerung von der Basis her zugrunde: Erwartet wurde zunächst eine Regeneration demokratischer Elemente in den Betrieben, die in der ersten Phase mit politisch aktiven illegalen Widerstandsgruppen in Personalunion verschmelzen würden; auf dem flachen Land und in Wohngebieten rechnete Ollenhauer mit der Herauskristallisation der Sozialdemokratie um alte Vertrauensleute der Partei.<sup>24</sup> Diese disparaten autonomen und spontanen lokalen Ansätze zur Selbstorganisation programmatisch und organisatorisch zu koordinieren, war das erste Teilziel der gesamten Planungsarbeit des Exils, und bereits das veröffentlichte Programm trug diesem Zweck Rechnung.

Schwankungen in der Zielsetzung erzeugte kaum die Situation im deutschen Untergrund, über die sich das Exil in den letzten Kriegsjahren aufgrund der spärlichen Informationen kein zusammenhängendes Bild verschaffen konnte, sondern vielmehr die Imponderabilien der Politik der Alliierten. Die Ereignisse des 20. Juli 1944 ließen zunächst Pessimismus aufkommen, den Erwin Schoettle am klarsten zum Ausdruck brachte, als er in seinem Referat über die Lage in Deutschland auf der Beiratssitzung der "Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien" im August 1944 voraussah, daß "die Chancen für den Beginn eines primitiven Wiederaufbaus geringer sein werden als wir uns heute denken können."<sup>25</sup> Seine Hinweise auf die atomisierten und apathischen

19 Der kommende Weltkrieg. Aufgaben und Ziele des deutschen Sozialismus. Eine Diskussionsgrundlage, Paris o.J. [1939].

20 Vgl. ebda. vor allem S.18f.

21 Curt Geyer, Die Partei der Freiheit, in: Drei Schriften aus dem Exil. Hrsg. und eingel. von Kurt Klotzbach, Berlin u.a. 1974.

22 Vgl. Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie, a.a.O., S.240.

23 Vgl. Die politische Arbeiterbewegung in Deutschland, London 1943, in: AsD, Bestand Emigration-Sopade, Mappe 156.

24 Die neue deutsche Republik. O.O., o.J. [London 1943].

25 Die Lage in Deutschland. Referat Schoettle auf der Beiratssitzung der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien am 26. und 27. August 1944, in: AsD, Bestand Emigration-Sopade, Mappe 45.



Massen, die unfähig seien, aus eigenem Antrieb zu handeln, um so weniger als die Terrorwelle nach dem Staatsstreichversuch den Beweis für die Intaktheit des faschistischen Staatsapparates erbracht habe, waren fast deckungsgleich mit damaligen Berichten angloamerikanischer Agenten aus Deutschland.<sup>26</sup> Nachrichten aus Deutschland kumulierten zu "sehr düsteren Perspektiven", übrig geblieben seien nur lokale Gruppen, teilte damals Willy Brandt einem SAPD-Genossen mit.<sup>27</sup>

Die ersten genaueren Berichte über das Ausmaß der Mitwirkung von Teilen der Arbeiterbewegung beim Umsturzversuch der Offiziere betrachtete aber wiederum Erich Ollenhauer als Bestätigung seiner eigenen Einschätzung der Resistenz- und Regenerationskraft der Sozialdemokratie.<sup>28</sup> Wenngleich erhebliche Schwankungen und damit Unsicherheit die Entwicklung kennzeichneten, als Ollenhauer beispielsweise noch vor der Jalta-Konferenz im November 1944 wiederum pessimistische Töne anschlug und feststellte: "Nicht am Ausgangspunkt der sozialistischen Revolution, am Ausgangspunkt des Kampfes um die elementaren Menschenrechte: Frieden, Freiheit und Recht . . ." stehe die Sozialdemokratie,<sup>29</sup> so kann dennoch nicht ohne Einschränkung der Auffassung von Werner Röder zugestimmt werden, wonach zwischen 1943 und 1945 "die Planungsarbeit für eine eindeutig nichtkommunistische Republik und eine neue europäische Staatenordnung vor dem Hintergrund seiner [d.i. des Parteivorstands] weltpolitischen Perspektive gesehen werden" müsse,<sup>30</sup> — im Gegensatz zu den ehemaligen Oppositionsgruppen, die allein in die Unionsverhandlungen vor allem den "Aspekt der zukünftigen sozialistischen Einheitsbewegung und eines revolutionären *fait accompli* unmittelbar nach Hitlers Sturz" eingebracht hätten.<sup>31</sup> Ebenso kann das "Unions"-Programm von 1945 nicht generell als "der revolutionären Sofortmaßnahmen aus dem Jahre 1943 entkleidet" bezeichnet werden.<sup>32</sup> Vielmehr ist die von Werner Röder gezeichnete Entwicklungslinie der sozialdemokratischen Exilplanung in Großbritannien um eine zweite Parallellinie zu ergänzen. Auf ihr bewegten sich die Vorstellungen, möglicherweise waren es manchmal nur Hoffnungen und Erwartungen, über Sofort- und Übergangsmaßnahmen von unten, die ein integraler Bestandteil des Programms von 1945 waren,<sup>33</sup> in dessen Rahmen sie mit der Einschränkung, "Notprogramm [. . .] für eine Situation, die, wenn überhaupt, nur vereinzelt oder vorübergehend bestanden hat" zu sein, allerdings nur auszugsweise, veröffentlicht wurden, zugleich aber mit der Begründung, welche auch die Unsicherheit der Akteure spüren läßt, "weil ihre Ziele in wesentlichen Teilen noch der Verwirklichung harren".<sup>34</sup>

26 Vgl. beispielsweise Joseph E. Persico: Geheime Reichssache. Der US-Geheimdienst im Untergrundkampf gegen die deutsche Kriegsführung, Wien u.a. 1979, S.112-115.

27 Willy Brandt an Herbert [George], Brief vom 24. Okt. 1944, in: AsD, Sammlung Willy Brandt, Allgemeine Korrespondenz 1933-1944, Ordner 417.

28 Vgl. z.B. Erich Ollenhauer an Willi Jesse, Brief vom 11. Febr. 1945, in: AsD, Bestand Emigration-Sopade, Mappe 84.

29 Erich Ollenhauer, Rededisposition, Nov. 1944, in: a.a.O., Mappe 156.

30 Werner Röder, Deutschlandpläne . . ., a.a.O., S.81.

31 Ebda.

32 A.a.O., S.80.

33 Sofortprogramm für die örtliche Selbstverwaltung, in: Sozialistische Mitteilungen, London, Nr.75/76 — 1945 (Juni-Juli 1945), S.3-19. Dort auf S.19 vermerkt, daß dieses Programm auch als Broschüre erschienen sei.

34 Die zitierte Stelle befindet sich in der Broschüre: Zur Politik deutscher Sozialisten. Politische Kundgebungen



## 2. Die Grundziele der Nachkriegsplanung des sozialdemokratischen Exils

In seiner Rede im Londoner Transport House rückte Hans Vogel am 14. Februar 1941 neben dem Hinwirken auf den Sturz Hitlers die Vorbereitung auf den Nachkriegsaufbau in den Vordergrund.<sup>35</sup> Schon elf Tage später trafen sich am selben Ort Vogel, Ollenhauer und Willi Sander von der Sopade, Ernst Fröhlich von der SAPD, Willi Eichler als Vertreter der Gruppe ISK, Erwin Schoettle und Hans Gottfurcht als Delegierte von "Neu Beginnen" bzw. der Gewerkschaftsgruppe, um eine handlungsfähige sozialdemokratische Exilvertretung zu installieren.<sup>36</sup> Die wichtigste Voraussetzung für eine einheitliche Nachkriegsplanung stellte die Bildung der "Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien" im März 1941 dar, einer kartellmäßigen Zusammenfassung der hinter der Sopade, dem ISK und der SAPD stehenden Landesgruppen. Die Gruppe "Neu Beginnen" gehörte der "Union" nur als Teil der Sopade an.

Bevor 1943 in größerem Maßstab mit konkreten Planungen für die Nachkriegszeit begonnen wurde, erfolgte eine Klärung der Standpunkte. Hierbei spielten Fritz Heines 1942 entstandenes Gutachten über die Haltung der Sozialdemokraten zu den Kommunisten<sup>37</sup> und Ollenhauers darauf basierende Ausführungen im Referat "Möglichkeiten und Aufgaben einer geeinten sozialistischen Partei in Deutschland" vom 6. Dezember 1942<sup>38</sup> eine bedeutende Rolle.

Ollenhauer ging in der Konzeption der Übergangsmaßnahmen davon aus, daß der Sturz der Diktatur "die Folge eines eindeutigen militärischen Sieges der Alliierten und einer revolutionären Erhebung der antifaschistischen Kräfte in Deutschland selbst sein wird."<sup>39</sup> Auf der Grundlage der auf das "Prager Manifest" zurückgehenden Identität von sozialistischer und demokratischer "Revolution" in Deutschland<sup>40</sup> basierte die Prämisse, daß die Alliierten die Entwicklung der Arbeiterbewegung nicht behindern würden. Da, wie es dort weiter hieß, der Umfang und Inhalt der Maßnahmen in der Übergangszeit "von entscheidender Bedeutung" sein würden, müsse das Programm "Maßnahmen prinzipieller Natur zur dauernden Sicherung der neuen deutschen Demokratie enthalten. Diese Maßnahmen dürfen sich nicht beschränken auf die Vernichtung und Unschädlichmachung der Träger des Nazisystems [ . . . ]. Das wesentliche Ziel der neuen Partei in dieser revolutionären Übergangsperiode muß vielmehr ein tiefer Einschnitt in die alte gesellschaftliche Ordnung sein. Zur dauernden Sicherung der neuen deutschen Demokratie, ihres sozialen Charakters und ihrer friedlichen Außenpolitik muß dem Großgrundbesitz, der Schwerindustrie und der Hochfinanz, der nazistisch-reaktionären

und programmatische Richtlinien der Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien, O.O., o.J. [London 1945], S.21 passim. In dieser Broschüre wurde das Sofortprogramm für die örtliche Selbstverwaltung aus unbekannten Gründen nicht veröffentlicht.

35 Vgl. Anthony Glees, *Exile Politics during the Second World War. The German Social Democrats in Britain*, Oxford 1982, S.88.

36 A.a.O., S.91.

37 Fritz Heine, *Wir und die Kommunisten. Bemerkungen zur organisatorischen Seite des Problems der Einheit*, o.D. [1944]. Diese letzte Fassung der Denkschrift wurde mir von Fritz Heine dankenswerterweise zur Verfügung gestellt. Eine frühere Fassung befindet sich auch im Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, München (künftig zitiert: IfZ), ED 200/2.

38 Vgl. den Text in: *Programmathe Dokumente der deutschen Sozialdemokratie*, a.a.O., S.239-255.

39 A.a.O., S.241.

40 A.a.O., S.242.



Bürokratie und dem Militarismus die Verfügungsgewalt über Produktion und Staatsapparat für dauernd entzogen werden."<sup>41</sup> Einen Schritt vorwärts müsse die Sozialdemokratie auch auf politischem Gebiet tun und insbesondere der Tatsache Rechnung tragen, daß "neben dem Verlangen nach sozialer Sicherheit [. . .] das Verlangen nach Freiheit und Rechtssicherheit die stärkste Triebkraft aller oppositionellen Regungen gegen das Naziregime [ist]."<sup>42</sup> Zugleich wurde jedoch ausdrücklich festgehalten, "daß vor allem in der Übergangszeit [. . .] die Grundlagen der neuen Ordnung nicht auf demokratisch-parlamentarischem Weg im alten Sinne durchgesetzt werden können und daß die Notwendigkeit der Sicherung der Demokratie die Gewährung der staatsbürgerlichen Rechte unterschiedslos für alle Staatsbürger in der Übergangszeit ausschließt."<sup>43</sup>

Das Verhältnis zu den Kommunisten ist bestimmt durch deren Haltung zur Demokratie: "Die kommunistischen Parteien sind [. . .] auf organisatorischen Prinzipien begründet, die im unvereinbaren Gegensatz zu unseren Vorstellungen stehen". Die Prinzipien des "freiheitlichen Sozialismus" schließen eine Kooperation mit einer weisungsgebundenen Sektion der Komintern aus.<sup>44</sup> blieb die Sopade in ihrem Bekenntnis zu den demokratischen Werten des Westens unerschütterlich, so wurde die internationale Position Deutschlands nicht besonders thematisiert. Von den "linken" Hoffnungen auf eine Demokratisierung der Sowjetunion infolge einer erfolgreichen sozialistischen Revolution in Deutschland und in Mitteleuropa, ein Rezept aus den dreißiger Jahren, ließ sie sich nicht beeinflussen.

### Die Detailplanung

Nach Werner Röder hatte der Londoner Parteivorstand (PV) seit Ende 1941 seine wichtigste Aufgabe in der Ausarbeitung von Plänen für die "Übergangszeit [. . .] zwischen dem Sturz der Diktatur und der Schaffung der neuen demokratischen Ordnung"<sup>45</sup> gesehen. Die Berücksichtigung des Exils bei den Entscheidungen über die Besatzungspolitik der Alliierten wurde dabei als zentrales Anliegen betrachtet.<sup>46</sup> Die konkrete Planungsarbeit ging jedoch nur schleppend voran, zum einen aus Mangel an geeigneten Mitarbeitern, zum anderen infolge fehlender konkreter Beschlüsse der Alliierten. Als einziger größerer Diskussionsbeitrag wurden im Juni 1943 Arno Uhlmanns "Vorstellungen über die soziale Demokratie in Deutschland nach dem Sturz der Hitler-Diktatur" vorgelegt,<sup>47</sup> in denen sich der Verfasser in sehr allgemeiner "marxistischer" Diktion (Röder) für die "Synthese von westlichem Kapitalismus und Staatssozialismus der Sowjetunion" stark machte.<sup>48</sup> "Schmus und Quatsch" vermerkte ein damaliger Leser am

41 Ebda.

42 A.a.O., S.247.

43 A.a.O., S.253.

44 A.a.O., S.254.

45 Vgl. Schreiben Hans Vogels an William Gillies vom 28. Okt. 1941, zitiert nach Werner Röder, Die deutschen sozialistischen Exilgruppen in Großbritannien 1940-1945. Ein Beitrag zur Geschichte des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus (künftig zitiert: Werner Röder, Großbritannien), Hannover 1968, 2.Aufl., Bonn u.a. 1973, S.221.

46 Ebda.

47 Vorstellungen über die soziale Demokratie in Deutschland nach dem Sturz der Hitler-Diktatur. Eine soziale Studie von Arno Uhlmann, hektographiert, o.O., o.J. [London 1943].

48 Werner Röder, Großbritannien, S.222.



Rand,<sup>49</sup> und als schädlich, unklar, die Konzeption als lächerlich oder als Konjunkturerrscheinung lehnte Gottfurcht eine Diskussion darüber im Arbeitsausschuß der "Union" schlichtweg ab.<sup>50</sup> Zur Konkretisierung kam es erst im Rahmen der Beratungen der "Union".<sup>51</sup>

Die Ordnungsbilder der SAPD, der Gruppe "Neu Beginnen" und des ISK waren bereits nahezu identisch, alle genannten Splittergruppen traten für eine nach dem Räteprinzip aufgebaute "dezentralisierte Demokratie" ein, die durch eine proletarische deutsche Revolution mit Zustimmung der Besatzungsmächte zu erreichen sein sollte. Initiiert im Rahmen der spontanen Sofortmaßnahmen der Übergangszeit, sollte von den kommunalen Räten die Sozialisierung der Schlüsselindustrien und die Enteignung des Großgrundbesitzes bewerkstelligt werden, später sollten diese Institutionen als Selbstverwaltungskörperschaften die "demokratische Kontrolle von unten" gewährleisten. Der ISK plädierte darüber hinaus für die Garantie eines "freien Sektors" zur Sicherung der freien Entfaltung persönlicher Initiativen.

Zwei Arbeitskommissionen wurden im März 1943 gebildet: Unter dem Vorsitz von Ollenhauer (Sopade) und Wilhelm Heidorn (d.i. Werner Hansen) (ISK) eine Kommission "Aktionsprogramm" mit insgesamt elf Arbeitsgruppen. Den hier relevanten Arbeitsgruppen "Maßnahmen in der Übergangszeit zur Liquidierung des Nazisystems, einschließlich Strafmaßnahmen" saß das frühere KPD-Mitglied Rudolf Möller-Dostali vor, den Fachausschuß "Funktionen der Bewegung in der Verwaltung und in der öffentlichen Versorgung in der Übergangszeit" betreute Ollenhauer persönlich. In der zweiten Kommission unter dem Vorsitz von Erwin Schoettle ("Neu Beginnen") und Richard Neumann (SAPD) mit sechs Arbeitsgruppen war wiederum Ollenhauer Leiter der Arbeitsgruppe "Richtlinien für den Aufbau der Organisation in der Übergangszeit".<sup>52</sup> Das erste gemeinsame Programm wurde Ende 1943 unter dem Titel "Die neue deutsche Republik"<sup>53</sup> veröffentlicht. Sein Hauptgewicht lag auf Sofort- und Übergangsmaßnahmen für den Zeitraum unmittelbar nach dem Sturz des Hitlerregimes, im Mittelpunkt stand die Bildung örtlicher Selbstverwaltungsorgane aus Vertretern der Widerstandsgruppen, denen als Aufgaben die Zerschlagung des nationalsozialistischen Machtapparates, die Übernahme der vorläufigen Verwaltung, der Rechtsprechung, der Polizeigewalt und der Lebensmittelversorgung sowie weitere Funktionen auf dem kulturellen und Erziehungssektor zugewiesen wurden. Im Bereich der Wirtschaftspolitik blieben die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien, die Aufteilung des Großgrundbesitzes und die zentrale demokratische Investitionslenkung Hauptanliegen, ebenso die Sicherung der Meinungsfreiheit und der demokratischen Erziehung im politischen Sektor.

Unabhängig davon waren schon 1941/42 in privater Initiative verschiedene Detailpläne entstanden. Bereits im Mai 1942 lagen Fritz Heines "Bemerkungen über den Wiederaufbau der sozialdemokratischen Presse" und ein Verzeichnis von rund 300 ehemaligen sozialdemokratischen Redakteuren vor, die voraussichtlich auch nach der Niederwerfung

49 So im Exemplar der Bibliothek des AsD, Bestandsverzeichnisnummer Ci/IV, 7.

50 Hans Gottfurcht an Hans Vogel, Erich Ollenhauer und Willi Sander, Brief vom 6. Juli 1943, in: AsD, Emigration-Sopade, Mappe 45.

51 Werner Röder, Großbritannien, S.223-225.

52 Vgl. Protokoll der Sitzung der "Union" vom 5. März 1943, in: AsD, Emigration-Sopade, Mappe 5.

53 Die neue deutsche Republik, o.O., o.J. [London 1943], 18 S.



des nationalsozialistischen Regimes für diese Funktionen in Frage kommen würden.<sup>54</sup> Geldknappheit und Dienstverpflichtung der Emigranten behinderten weitere Detailplanungen nachhaltig. Neben seiner Tätigkeit bei Sefton Delmer, doch unter Ausnutzung ihm dort zugänglicher Quellen, erstellte Fritz Heine ebenfalls privat eine biographische Dokumentation über etwa 10.000 NS-Größen und dank des Interesses der Amerikaner an dieser Liste wurde es möglich, für den arbeitslosen Erich Ollenhauer eine Halbtagsstätigkeit bei der Londoner US-Botschaft zu organisieren, während der er von den handschriftlichen Notizen Heines eine maschinenschriftliche Reinschrift anfertigte.<sup>55</sup> Systematischer wurde die Detailvorbereitung in den USA betrieben: wenn nicht gar in enger Zusammenarbeit, so doch mit erheblicher finanzieller Förderung durch amerikanische Stellen, allerdings in der Regel durch bereits naturalisierte ehemalige sozialdemokratische Emigranten aus Deutschland. Im August 1942 wurde hierzu ein "Office of European Labor Research" (OELR) gegründet, eine "semi-autonome private Agentur" ohne offizielle Verbindung zu amtlichen Stellen, faktisch jedoch eine Filiale des "Office of Strategic Services" (OSS), in dem seit Herbst 1942 in enger Kooperation mit kleinen Exilgruppen das "Who's Who in European Labor" erarbeitet wurde.<sup>56</sup> Die Nachkriegsplanung des Exils wurde seit diesem Zeitpunkt Bestandteil der amerikanischen Nachkriegsplanung. In diesem organisatorischen Rahmen entstanden die diversen "Schwarzen", "Grauen" und "Weißen" Listen, Verzeichnisse deutscher Generäle und Kardinäle, wie beispielsweise eine Liste der 1932/33 aus dem Staatsdienst entlassenen Polizeibeamten oder eine tausend Seiten starke sogen. Heine-Liste mit Namen deutscher Industrieller und Wirtschaftsmanager.<sup>57</sup>

## II. KONTAKTE UND KOOPERATION MIT DEN WESTALLIIERTEN

Die Frage nach dem Einfluß des deutschen politischen Exils auf die Nachkriegsplanung der Alliierten wird in der Literatur kontrovers behandelt, seine Bewertung scheint von der jeweiligen Fragestellung abzuhängen. Unter den Autoren, die ihre Aufmerksamkeit auf die makropolitischen Prozesse konzentrieren, besteht Übereinstimmung, daß es ihn nicht gegeben habe.<sup>58</sup> Die Zersplitterung der deutschen Emigration wird dafür als Hauptursache genannt.<sup>59</sup> Anthony Glees zitiert aus amtlichen britischen Akten, daß es Ende 1942 sowohl im State Department als auch im britischen Foreign Office als ausge-

54 [Fritz Heine] Bemerkungen über den Wiederaufbau der sozialdemokratischen Presse, Mai 1942, 33 S., und [Fritz Heine] Redakteure sozialdemokratischer Zeitungen, o.D. 13 S. Beide im Privatbesitz von Fritz Heine, Bad Münstereifel.

55 Mitteilung Fritz Heines an den Verf. vom 11. Aug. 1985.

56 Anthony Cave Brown, *The Secret War Report of the OSS*, New York 1976, S.84.

57 Einige Auszüge veröffentlichte Henric L. Wuermeling, in: *Die weiße Liste. Umbruch der politischen Kultur in Deutschland 1945*, Berlin u.a. 1981, S.283-294. Ich bin skeptisch, ob Wuermeling mit ihren etwa nur 1500 Namen (vgl. a.a.O., S.22) die weiße Liste gefunden hatte, zumal eine der von mir aufgefundenen Lokallisten ehemaliger Mitglieder der SPD allein über fünfzig Namen enthielt.

58 Vgl. Lothar Kettenacker, *Der Einfluß der deutschen Emigranten auf die britische Kriegszielpolitik*, in: *Exil in Großbritannien. Zur Emigration aus dem nationalsozialistischen Deutschland*. Hrsg. von Gerhard Hirschfeld, Stuttgart 1983, S.80-105.

59 Anthony J. Nicholls, *American views of Germany's future during World War II*, in: *Das "Andere Deutschland" im Zweiten Weltkrieg. Emigration und Widerstand in internationaler Perspektive*. Hrsg. von Lothar Kettenacker, Stuttgart 1977, S.77-87.



machte Sache galt, Emigranten keinerlei Konzessionen zu machen.<sup>60</sup> Die Briten seien darüber hinaus davon ausgegangen, daß die Emigranten nach ihrer Rückkehr keinen politischen Einfluß erringen oder nicht in der Lage sein würden, die Alliierten in Deutschland substantiell zu unterstützen.<sup>61</sup> Ähnlich stellte sich die Situation den Amerikanern dar: Franklin D. Roosevelt sprach sich noch am 20. Oktober 1944 grundsätzlich gegen jede Detailplanung über Deutschland aus und plädierte für eine Politik der Härte.<sup>62</sup> Dem amerikanischen Geheimdienst standen im Rahmen der Kriegsgefangenenbefragungen durch die Briten gewonnene Erkenntnisse darüber, daß die politische Emigration auf massive Ablehnung stieß, zur Verfügung. Nur die "sehr intelligenten" Gefangenen waren bereit, sich im günstigsten Fall die Ratschläge der Emigranten anzuhören.<sup>63</sup>

Die detailorientierten Spezialisten kommen durchweg zu differenzierteren Einschätzungen. Für Jürgen Klein waren die Emigranten "wichtiger Bestandteil der alliierten Besatzungspolitik und ihrer Deutschlandplanung in der ersten Nachkriegszeit",<sup>64</sup> besondere Funktionen in der Besatzungszeit — meistens angeblich destruktive — werden ausnahmslos ihnen zugewiesen;<sup>65</sup> einige Autoren heben an konkreten Beispielen deren indirekten Einfluß auf die Planungsarbeit punktuell hervor.<sup>66</sup> Auf der anderen Seite berührt Rolf Steininger in seinem sehr informativen und detailverpflichteten Aufsatz über die britische Gewerkschaftspolitik diesen Punkt an keiner einzigen Stelle direkt.<sup>67</sup> — Überraschenderweise gehen mit den "Spezialisten" die ideengeschichtlich orientierten Generalisten wie beispielsweise Joachim Radkau und Hans-Peter Schwarz<sup>68</sup> konform, die den in unserem Zusammenhang relevanten konzeptionellen Einfluß vor allem der Exilpublizistik auf die öffentliche Meinung in ihren Gastländern verhältnismäßig hoch ansetzen.

Aus Platzgründen sei hier als Arbeitsprämisse nur festgehalten, daß der Stellenwert des exildeutschen Anteils an der Deutschlandplanung bei den Amerikanern und Briten unterschiedlich war. Er müßte für einzelne Phasen genauer differenziert werden, unerlässlich ist ebenfalls eine Verständigung über die Einfluß- und Wirkungsmechanismen des Exils.

60 Anthony Glee, *Exile Politics . . .*, a.a.O., S.18.

61 A.a.O., S.198.

62 Zitiert nach Harold Hurwitz, *Die Stunde Null der deutschen Presse. Die amerikanische Pressepolitik in Deutschland 1945-1949*, Köln 1972, S.27.

63 Intelligence reports (British) on Germany, Left-wing Opposition Movements in Germany & Austria [March 45?], in: IfZ, MF 260, AGTS 13/5.

64 Jürgen Klein, *Vereint sind sie alles? Untersuchungen zur Entstehung von Einheitsgewerkschaften in Deutschland*, Hamburg 1972, S.146.

65 Vgl. beispielsweise: Heinz-Dieter Fischer, *Parteien und Presse in Deutschland seit 1945*. München 1971; Caspar Schrenck-Notzing, *Charakterwäsche. Die amerikanische Besatzung in Deutschland und ihre Folgen*, Stuttgart, 3. Aufl., 1965; Johannes Klotz, *Das "kommende Deutschland"*, a.a.O., u.v.a.m.

66 Michael Fichter, *Besatzungsmacht und Gewerkschaften. Zur Entwicklung und Anwendung der US-Gewerkschaftspolitik in Deutschland 1944-1948*, Opladen 1982, S.59ff.

67 Vgl. Rolf Steininger, *England und die deutsche Gewerkschaftsbewegung 1945/46*, a.a.O.

68 Joachim Radkau, *Die deutsche Emigration in den USA. Ihr Einfluß auf die amerikanische Europapolitik 1933-1945*, Düsseldorf 1971; Hans-Peter Schwarz, *Vom Reich zur Bundesrepublik. Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945-1949*, Neuwied u.a. 1966.



Das sensible amerikanisch-britisch-russische Dreiecksverhältnis, in dem die beiden erstgenannten Partner auf den Junior-Teilhaber größte Rücksicht nahmen, die USA einen britisch-russischen Deal in Europa befürchteten, die Briten ein amerikanisches "Big Business" mit den Deutschen, und in dem die Sowjets schließlich grundsätzlich beiden Partnern mißtrauten, war nach der für die Amerikaner und Briten überraschenden Gründung des Moskauer Nationalkomitees "Freies Deutschland" im Sommer 1943 ernsthaften Friktionen ausgesetzt. Die Einstellung zur deutschen politischen Emigration änderte sich nach diesem Datum: Der britische Geheimdienst MI 5 begann mit der geheimen Beobachtung der britischen Exilszenerie,<sup>69</sup> obwohl vor allem jüngere Beamte im Foreign Office an ihrer Meinung festhielten, das Exil sei "really very unimportant" und daß der MI 5 die kommunistische Gefahr überschätze.<sup>70</sup> Das amerikanische Gegenstück zum MI 5, das OSS, suchte, rigoroser als die Briten, im Gegenzug zu der sowjetischen Suche nach Verbündeten unter den Feinden die Kooperation mit Anti-Kommunisten.<sup>71</sup>

### 1. Die Zusammenarbeit mit westalliierten Geheimdiensten

Die deutsche Nachkriegsentwicklung wurde oftmals auf eine elegante Art mit dem Wirken "dunkler Mächte" in Verbindung gebracht. Elegant deshalb, weil man sich nur auf vage "geheimnisvolle Andeutungen" beschränkte, anstatt den vorhandenen Quellensplittern nachzugehen. Im folgenden wird kursorisch versucht, dieses Problem systematisch im Gesamtzusammenhang zu reflektieren. Aus Platzgründen sei mir die persönliche Bemerkung erlaubt, daß ich von der Einsichtsfähigkeit des Lesers ausgehe, daß ein Geheimdienst wie jeder bürokratische Apparat an Regelverfahren gebunden ist, die notwendigerweise logisch sein müssen, und ferner, daß die "Macht" von Geheimapparaten zu einem erheblichen Teil als eine Resultante psychogener Kompensationsbedürfnisse anzusehen ist. Mit anderen Worten: Ein in jahrelanger konspirativer Arbeit praktisch geschulter Widerständler oder Emigrant war in der Regel in den sogen. verdeckten Arbeitspraktiken besser bewandert als die Mitarbeiter eines damals noch sehr jungen und dilletierenden amerikanischen Geheimdienstes und nicht notwendigerweise unterlegen innerhalb der Arbeitsprozesse des finanziell karg ausgestatteten britischen Secret Service. Erste offiziöse Gespräche zwischen Sopade-Vertretern und britischen Stellen datieren vom Sommer 1939, als der frühere Chefredakteur der "Times", Wickham Steed, und der bekannte Historiker R. W. Seton-Watson, Berater des Foreign Office und des ihm angeschlossenen Secret Service für mitteleuropäische und slawische Fragen, den Leiter der Landesgruppe, Willi Sander, zu einem als privat bezeichneten Gespräch einluden.<sup>72</sup> Folgt man Anthony Glee, dann kamen die Mitglieder des Parteivorstands, Hans Vogel, sein Stellvertreter Ollenhauer sowie Curt Geyer und Fritz Heine auf ausdrücklichen Wunsch und mit tatkräftiger Unterstützung des Ministers for Economic Warfare im Kriegskabinett Winston Churchills und Leiters der "Special Operations Executive"

69 Anthony Glee, *Exile Politics* . . . , a.a.O., S.192.

70 A.a.O., S.200.

71 A.a.O., S.193.

72 Vgl. Erich Rinner an Fritz Tarnow, Brief vom 26. Juli 1939, in: Archiv des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) Düsseldorf, NL Fritz Tarnow, II.



(SOE), des antikommunistischen Labour-Politikers Hugh Dalton, nach Großbritannien.<sup>73</sup> Die ersten kurzen Gespräche nach Kriegsausbruch führten Vogel und Ollenhauer mit Beamten des Foreign Office, Vertretern der Labour Party und des Trade Union Congress auf Drängen der Labour Party bereits im Dezember 1939.<sup>74</sup> Nach Rückkehr der beiden Sopade-Führer nach Paris wurde Friedrich Stampfer in die USA geschickt.<sup>75</sup> Seit Mitte 1940 lassen sich bereits zahlreiche Einzelkontakte zu Stellen der britischen geheimen Kriegführung und Kriegspropaganda feststellen. Sowohl die BBC als auch die SOE im Blenheim Park legten darauf Wert, mit Privatpersonen und nicht mit Organisationen zu kooperieren.<sup>76</sup> Auf der anderen Seite achteten die Emigranten peinlich darauf, ihre politische Identität und Integrität nicht aufs Spiel zu setzen und in ihrem Einsatz für die Kriegsziele der Alliierten den Rahmen ihrer 1933 begonnenen politischen Widerstandstätigkeit gegen das Hitler-System nicht zu verlassen. Ein massiver Vorstoß Stampfers während seines England-Aufenthalts im Winter 1941/1942 mit dem Ziel, die Sopade offiziell und korporativ an der Kriegspropaganda zu beteiligen, gewissermaßen im Status einer quasi-alliierten Körperschaft, war für die Briten nicht nur wegen der starken vansittartistischen Stimmungen absolut indiskutabel und endete in einem bösen Zerwürfnis.<sup>77</sup>

Flexibler war die Haltung der Amerikaner, gingen sie doch vor allem im Hinblick auf die Sowjetunion von anderen politischen Überlegungen aus als die Briten. Konzentrierten sich die letzteren nach dem Sommer 1941 auf einen gemeinsamen Deal mit den Sowjets, behielt für die USA die durch den Abschluß des Hitler-Stalin-Paktes geschärfte Aufmerksamkeit einen zentralen Stellenwert auch nach dem deutschen Einfall in die Sowjetunion, betrieb doch die UdSSR gegenüber dem Hauptkriegsgegner Amerikas, Japan, eine neutrale Politik, nachdem sich Stalin durch seinen Pakt mit Hitler aus den kriegereischen Auseinandersetzungen mit der ostasiatischen Vormacht lösen können. Schon vor der Bildung des "Office of Strategic Services" (OSS) nach dem japanischen Überfall auf Pearl Harbor standen beispielsweise Friedrich Stampfer und Rudolf Katz in regelmäßigem Kontakt zu seinem späteren Leiter General William J. Donovan, damals noch im Rang eines Obersten.<sup>78</sup> Während des Zweiten Weltkriegs waren 37 namentlich bekannte deutsche Emigranten im OSS, 24 im "Office of War Information" (OWI) sowie 31 weitere in anderen, vor allem militärischen, Stellen der amerikanischen Intelligence hauptamtlich tätig. Berücksichtigt man, daß allein im britischen "Intelligence Corps" schätzungsweise 450 Emigranten aus Deutschland gewirkt haben sollen,<sup>79</sup> muß davon ausgegangen werden, daß die Amerikaner insgesamt mehr als eintausend Emigranten in die Intelligence-Arbeit eingebunden hatten. Darunter befanden sich hoch-

73 Anthony Glee, *Exile Politics* . . . , a.a.O., S.118.

74 Vgl. Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Mitteilungen des Parteivorstands, Paris, Anfang Januar 1940 - 1/1940, S.1.

75 Ebda.

76 Vgl. Werner Röder, Großbritannien, a.a.O., S.182; Anthony Glee, *Exile Politics* . . . , a.a.O., S.73; Conrad Pütter, Deutsche Emigranten und britische Propaganda. Zur Tätigkeit deutscher Emigranten bei britischen Geheimsendern, in: *Exil in Großbritannien*, a.a.O., S.106ff.

77 Vgl. Werner Röder, Großbritannien, a.a.O., S.188; Anthony Glee, *Exile Politics* . . . , S.115 u.a.

78 Anthony Glee, *Exile Politics* . . . , a.a.O., S.115 und S. 118.

79 Zitiert nach Francis L. Carsten, Deutsche Emigranten in Großbritannien 1933-1945, in: *Exil in Großbritannien*, a.a.O., S. 138ff, hier S. 152.



karätige Spezialisten in Spitzenpositionen: Beispielsweise Hajo Holborn als Leiter der "Research und Analysis Branch" des OSS,<sup>80</sup> in der unter anderem auch der Jurist und Politologe Franz Leopold Neumann,<sup>81</sup> der Philosoph Herbert Marcuse<sup>82</sup> und der Staatsrechtler Otto Kirchheimer<sup>83</sup> wirkten.

Mit der Bildung einer Labor Division innerhalb der Hauptabteilung Secret Intelligence (entspricht der Beschaffungsabteilung) betrat das OSS einen unorthodoxen Weg der nachrichtendienstlichen Arbeit durch Verbindungs- und Kooperationsaufnahme mit Vertretern der emigrierten europäischen Arbeiterbewegung. Einer der ersten Kontaktleute war der Sekretär der Internationalen Transportarbeiter-Föderation" (ITF), Omar Becu;<sup>84</sup> hier scheint das OSS zumindest teilweise Kontakte übernommen zu haben, die die ITF schon in den dreißiger Jahren zum britischen Geheimdienst unterhielt.<sup>85</sup> In London, dem Sitz der meisten Exilvertretungen aus den von Hitler-Deutschland okkupierten Ländern, richtete die Labor Division im August 1942 ihr erstes Feldbüro ein,<sup>86</sup> das für kurze Zeit vom Chef der OSS/Labor Division Arthur J. Goldberg und seit Herbst von George O. Pratt geleitet wurde.<sup>87</sup> Zu diesem Zeitpunkt beschäftigten die Briten einen einzigen "Labour"-Fachmann im Rahmen der SOE hauptamtlich, getarnt als Berater der Psychological Warfare Executive.<sup>88</sup> Die Labor Division des OSS zog innerhalb eines Jahres nach ihrem Einzug in London ein Netz von Feldbüros mit Stützpunkten in London, Nordafrika, Bern, Stockholm, Kairo, Bari, Neapel, Istanbul, Buenos Aires und Santiago de Chile auf.<sup>89</sup> Die Unterscheidung zwischen dem britischen und dem amerikanischen Geheimdienst wird danach außerhalb der USA schwierig. Gewiß waren beide aufeinander angewiesen — der erstere wurde finanziell kurz gehalten, der zweite war auf das Knowhow der Briten angewiesen und gleichzeitig — wie übrigens wegen der Tiefe ihres Front-Hinterlandes lange Zeit auch die Sowjets — auf die logistische Unterstützung der Operationen durch leichte britische Flugzeuge. Damit könnte wahrscheinlich auch die häufig zu beobachtende Fluktuation vom britischen zum amerikanischen Dienst in erster Linie erklärt werden. Doch dürfte ebenso eine unbürokratische Ausnützung der aus dieser engen Kooperation resultierenden Vorteile in Anschlag kommen.

80 Vgl. International Biographical Dictionary of Central European Emigres 1933-1945. Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933 (künftig zitiert: BHB). Hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte, München, und von der Research Foundation for Jewish Immigration, Inc., New York, unter der Gesamtleitung von Werner Röder und Herbert A. Strauss, 3 Bde, München u.a. 1980-1983, Bd.2, T.1, S.521.

81 Vgl. a.a.O., Bd.2, T.2, S.856.

82 A.a.O., Bd.2, T.2, S.778f.

83 A.a.O., Bd.2, T.1, S.620f. Vgl. dazu auch: Zur Archäologie der Demokratie in Deutschland. Analysen politischer Emigranten im amerikanischen Geheimdienst. Bd.1: 1943-1945. Hrsg. von Alfons Söllner, Frankfurt/M. 1982.

84 Joseph E. Persico, Geheime Reichssache, a.a.O., S.37.

85 Darüber gibt es zahlreiche, allerdings aus verständlichen Gründen mehr oder weniger nur indirekte Belege. U.a. wurde Edo Fimmen, der ITF-Generalsekretär, nach der Entführung der britischen Geheimdienstoffiziere, Captain Best und Major Stevens durch den Sicherheitsdienst der SS aus Holland im November 1939 als Mitglied des britischen Spionagerings in den Niederlanden auf die "Sonderfahndungsliste Großbritannien" des Reichssicherheitshauptamts (RSHA) gesetzt.

86 Vgl. Anthony Cave Brown, The Secret War . . . , a.a.O., S.82; Joseph E. Persico, Geheime Reichssache, a.a.O., S.38.

87 Ebda.

88 Anthony Cave Brown, The Secret War . . . , a.a.O., S.81.

89 A.a.O., S.82.



Auf der institutionellen Ebene verhandelten die Briten und die Amerikaner seit Juni 1942 über gemeinsame geheime Operationen. Die Verhandlungen gipfelten in der Bildung eines einheitlichen Special Force Headquarters (SFHQ) zwischen der Special Operations Branch des OSS und der britischen SOE am 1. Mai 1944, dessen gemeinsame Geheimoperationen nach dem Prinzip der dualen Kontrolle abgewickelt werden sollten.<sup>90</sup>

Bleibt nun schon das Geflecht der amerikanischen und britischen Aktionen im einzelnen unentwirrbar, so wird das Puzzle noch zusätzlich kompliziert durch das Einbringen der politischen Programmatik des Exils. Die Konturen zwischen unmittelbaren Zielen des Exils und denen des OSS verlieren sich im Unbestimmbaren. Je nach Sichtweise scheint es einmal, daß das sozialdemokratische Exil im operativen Rahmen der Alliierten seine eigenen politischen Ziele verfocht, aus einem anderen Blickwinkel betrachtet, erscheint allein die apparative Überlegenheit des OSS und der SOE als das auffallendste Moment dieser Kooperation. Eine sachliche Analyse kommt um die Tatsache nicht herum, die operative Überlegenheit der Alliierten hervorzuheben: Ihr hervorstechendstes Merkmal bestand darin, daß die westlichen Alliierten in der Lage waren, den selbständig vom Exil entwickelten Plänen die logistische Unterstützung nach eigenem politischen Kalkül ganz zu versagen oder sie nach eigenen Erfordernissen zu begrenzen. Nur mit dieser Einschränkung waren die Nachkriegskonzepte des sozialdemokratischen Exils zugleich Teile der Nachkriegsplanung in erster Linie der Amerikaner.

Das erste Gespräch zwischen Arthur J. Goldberg, im Zivilleben juristischer Chefberater der amerikanischen Gewerkschaft "Congress of Industrial Organizations" (CIO), und Hans Gottfurcht, dem Leiter der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien sowie Mitglied der Exekutive der "Union", fand am 14. Oktober 1942 statt.<sup>91</sup> Fünf Wochen später wurden zwischen ihm und dem Leiter des Londoner Feldbüros, George O. Pratt, Arbeitskontakte auf der Research- und Planning-Ebene vereinbart. Zumindest gesprächsweise dürften auch operative Aspekte in Aussicht gestellt worden sein, denn die Zusammenarbeit ging von Anfang an in einem größeren Rahmen vor sich: Seit dem Frühjahr 1943 intensivierte die New Yorker Arbeitsgruppe "European Labor Research" ihre Kontakte zu sozialdemokratischen Exilgruppen in London und in der Schweiz,<sup>92</sup> im Frühsommer 1943 vermittelte Erich Ollenhauer Verbindungen zwischen Mitarbeitern der US-Botschaft in Schweden und der dortigen sozialdemokratischen Exilgruppe.<sup>93</sup> Unabhängig davon wurden durch ITF-Funktionäre ebenfalls schon 1942 Kontakte zwischen der Londoner OSS-Niederlassung und dem Leiter des ISK, Willi Eichler, vermittelt.<sup>94</sup> Der ISK setzte auf dieser Grundlage konsequent seine militante antinationalsozialistische Kampflinie fort, die ihn schon früher in eine engere Fühlungnahme mit dem britischen Geheimdienst geführt hatte.

90 A.a.O., S.336f.

91 Persönliche Aufzeichnungen von Hans Gottfurcht, in: DGB-Archiv, NL Gottfurcht, 37.

92 Vgl. a.a.O.

93 Vgl. Erich Ollenhauer an Siegfried Ortloff und Erich Lindstädt, Brief vom 9. Juni 1943, in: AsD, Emigration-Sopade, 82.

94 Werner Link, Die Geschichte des Internationalen Jugend-Bundes (IJB) und des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes (ISK). Ein Beitrag zur Geschichte der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik und im Dritten Reich (künftig zitiert: ISK), Meisenheim am Glan 1964, S.312.



Doch schien sich indes der direkte Kontakt Gottfurchts zum OSS ungefähr ein Jahr lang nicht weiter oder aber nach außen nicht sichtbar bzw. belegt entwickelt zu haben. Erst im September 1943 traf sich Gottfurcht zum ersten Mal mit I.S. Dorfman, dessen Interesse den Lebensläufen "on all important subjects"<sup>95</sup> galt. Seit Dezember 1943 war Gottfurcht mit biographischen Recherchen beschäftigt.<sup>96</sup> Weiter geht aus seinen Notizen hervor, daß er seit Winter 1943/44 wöchentliche Besprechungen mit Pratt geführt hatte.<sup>97</sup> Im Januar 1944 erfolgte für das OSS eine detaillierte Erfassung deutscher Emigranten.<sup>98</sup> Die Zusammenarbeit konzentrierte sich auf drei Elemente: Research, Personalities und Kriegsgefangenenarbeit. Unmittelbar operative Momente sprach Ollenhauer zum ersten Mal in einem Brief an Max Hofmann in Lissabon vom 27. Januar 1944 an. Es gelte, schrieb Ollenhauer, "so früh als möglich, vielleicht schon vor Besetzung deutschen Gebietes durch alliierte Truppen, mit unseren Freunden in Deutschland in Verbindung zu kommen", was unter den gegebenen Umständen nur im Einvernehmen und mit Unterstützung der Alliierten möglich sei. Er rechne mit entsprechender Hilfe und bat Max Hofmann um Namen geeigneter Kandidaten in Südfrankreich und der Schweiz, sowie um Ratschläge, ob sie als französische Arbeiter mit falschen Papieren nach Deutschland eingeschleust werden könnten. Gleichzeitig erbat er Originale amtlicher französischer Dokumente.<sup>99</sup> Auf der Grundlage kleiner Quellsplinter und Indizien kann mit Vorbehalt gefolgert werden, daß Pratt am 12. Oktober 1943 ein erstes konkretes operatives Angebot gemacht hatte.

Mit der weiteren Entwicklung war man in London unzufrieden. Tarnow teilte Ollenhauer im März 1944 mit, daß die Freunde in den USA (um Katz und Stampfer) schon weiter seien. Dort durften bereits deutschsprachige Druckerzeugnisse an Kriegsgefangene verteilt werden.<sup>100</sup> Und schon einige Tage später beschwerte sich Ollenhauer wieder, diesmal bei Fritz Heine, daß der früher angekündigte Ausbau nicht erfolgt sei. Zwar sei das zugestandene Recht der Beratung bei der Auswahl der Mitarbeiter für die "Spezial-research-Arbeit" eingelöst worden, doch sei der versprochene Ausbau der Kooperation nicht erfolgt. Zudem sei nicht mehr P., also Pratt, als Leiter des OSS in London, sondern D., wahrscheinlich I.S. Dorfman, ein Mitarbeiter der Londoner US-Botschaft, neuerdings der ständige Kontaktmann.<sup>101</sup>

Damit kündigten sich bereits Konflikte zwischen dem State Department und dem OSS an, die später großen Einfluß auf die gesamte Aktion haben sollten. Gottfurcht notierte am 23. März 1944 über eine Unterredung mit P[ratt] und "(partly)" D[orfman], daß es mit Pratt Konflikte wegen einiger Stellen von nicht näher bezeichneten Manuskripten der Deutschen gegeben habe. Also vermutlich einen politischen Konflikt, denn Gottfurcht argumentierte im Gesprächsverlauf sehr massiv mit der Unabhängigkeit der Gewerkschaften als Organisationen; Kontakte zu alliierten Institutionen gäbe es schließlich nur auf individueller Basis. Die Folge war, daß Pratt den Kontakt an Dorfman überge-

95 Persönliche Aufzeichnungen von Hans Gottfurcht, in: DGB-Archiv, NL Gottfurcht, 37.

96 A.a.O.

97 A.a.O.

98 A.a.O.

99 Erich Ollenhauer an Max Hofmann, Brief vom 27. Januar 1944, in: AsD, Emigration-Sopade, 83.

100 Erich Ollenhauer an Fritz Tarnow, Brief vom 24. März 1944, in: AsD, Emigration-Sopade, 83.

101 Erich Ollenhauer an Fritz Heine, Brief vom 29. März 1944, in: a.a.O.



ben habe. Eine Notiz vom 28. März 1944 lautet: daß Dorfman "[Political Advisor Capacity]" "willing to co-operate"<sup>102</sup> sei. — Möglicherweise stand der erwähnte Konflikt auch im Zusammenhang mit einem Statement von Hans Vogel, Erich Ollenhauer, Victor Schiff und Hans Gottfurcht vom 25. März 1944, in dem an die Westalliierten appelliert worden war, den Deutschen in Verbindung mit dem Exil eine positive politische Aufbauperspektive für die Nachkriegszeit zu vermitteln.<sup>103</sup>

Im März 1944 liefen in London konkrete Ausbildungsprogramme an mit dem Ziel, Kontakt mit illegalen deutschen Gewerkschaftern aufzunehmen, um den Wiederaufbau der Gewerkschaften vorzubereiten.<sup>104</sup> Einige Emigranten, darunter Ludwig Rosenberg, Ollenhauer, Möller-Dostali und Hellmut von Rauschenplat (d.i. Fritz Eberhard), waren zu diesem Zeitpunkt mit "research work" beschäftigt,<sup>105</sup> verbürgt sind auch nicht näher bezeichnete Schulungen, die im Zusammenhang mit Dorfman stattfanden und in welche Ollenhauer, Gottfurcht, Richard Löwenthal und Heidorn involviert waren.<sup>106</sup> Erhalten ist nur ein Exposé Gottfurchts "Sozialpolitik und Gewerkschaftsbewegung in Deutschland. Kursusplan Hans Gottfurcht, verwendet für Schulungskurse vom 29.5.44 bis zum 26.6. 1944".<sup>107</sup> Zwar ist die Zielgruppe nicht bekannt, doch mit Sicherheit wurden Vorträge in deutschen Kriegsgefangenenlagern gehalten. Wie Fritz Heine kommentierte, "nicht eine Hilfsarbeit für irgendwelche alliierte Institution, sondern eine höchst erwünschte Gelegenheit, mit unseren eigenen Landsleuten sprechen zu können, ihnen unsere Politik und Haltung deutlich zu machen und natürlich auch für ein künftiges freies Deutschland zu werben".<sup>108</sup>

Erich Ollenhauer gehörte neben Eichler, Hans Jahn und Hans Gottfurcht einem Kreis an, der Mitte 1944 mit Gerhard P. Van Arkel, dem Stellvertreter Pratts, in einem intensiven Meinungsaustausch stand.<sup>109</sup> Van Arkel war es, der bis Juli 1943 in Nordafrika für das OSS die ersten 16 deutschen Agenten rekrutierte und mit ihnen erste Arbeitserfahrungen gesammelt hatte.<sup>110</sup> (Der Ausdruck "Agent" wird ausschließlich im technischen Sinne benutzt.) Im September 1944 wurde Van Arkel unter Allen W. Dulles, dem später CIA-Chef, Leiter der OSS/Labor Division in Bern, wo er sofort ein enges Kooperationsverhältnis mit dem ISK-Mitglied René Bertholet herstellte,<sup>111</sup> der bereits mit der Abteilung DF ("clandestine communications") der SOE Verbindungen unterhielt.<sup>112</sup> Nach dem Krieg wurde Van Arkel Leiter der Labor Division bei der OSS-Mission for Germany in der Zentrale in Bieberich bei Wiesbaden.

Ab November 1942 wurde Bern unter der Leitung von Allen W. Dulles neben London zur zweiten operativen Zentrale der amerikansichen geheimen Kriegführung in Europa.

102 Persönliche Aufzeichnungen von Hans Gottfurcht, in: DGB-Archiv, NL Gottfurcht, 37.

103 A.a.O.

104 A.a.O.

105 A.a.O.

106 A.a.O.

107 Archiv des DGB, NL Gottfurcht, "Sondermappe".

108 Mitteilung Fritz Heines an den Verf. vom 11. Aug. 1985.

109 Persönliche Aufzeichnungen von Hans Gottfurcht, in: DGB-Archiv, NL Gottfurcht, 37.

110 Joseph E. Persico, Geheime Reichssache, a.a.O., S.39; Anthony Cave Brown, The Secret War . . . , a.a.O., S.555.

111 Werner Link, ISK, a.a.O., S.313.

112 Michael R.D. Foot, S.O.E. in France. An Account of the World of the British Special Operations Executive in France, 1940-1944, London 1966, S.100f., S.157f. und S.218.



Die Stellung Dulles' als Sonderbeauftragter des Präsidenten, er war unabhängig vom State Department und hatte direkten Zugang zu Roosevelt, verschaffte dem dortigen OSS-Büro vor allem auf politischem Gebiet weit größeren Einfluß als aus dem formellen Organisationsschema des OSS gefolgert werden könnte. Zu deutschen Eliten sowohl des Regimes als auch der Opposition pflegte der Sonderbeauftragte intensive Kontakte, nach außen weit besser abgeschirmt als das Londoner OSS-Büro. 1942 wurde durch Noel H. Field Leo Bauer als erster von der KPD-Exilgruppe in der Schweiz für Informationskontakte mit dem OSS gewonnen,<sup>113</sup> und in der deutschen OSS-Zentrale wurde nach dem Krieg die Kommunistin Erika Glaser die Sekretärin und Übersetzerin Van Arkels.<sup>114</sup> Unter dem Codenamen "Crown Jewels" organisierte Emmy Rado in Dulles' Team politische Kontakte zu oppositionellen Kreisen der deutschen katholischen und evangelischen Kirche in der Überzeugung, sie zur Grundlage der politischen Rekonstruktion im Nachkriegsdeutschland zu machen.<sup>115</sup>

## 2. Amerikanische Pläne . . .

Es ist nicht einfach, sich ein genaues Bild der Entwicklung zu machen. Die arbeitsteilige Verfahrensweise mit der besonderen Qualität "geheim" erfordert gleichzeitig die größtmögliche Quellennähe auf der einen und abgrundtiefes Mißtrauen gegenüber bürokratisch kanalisierten Informationen auf der anderen Seite. Deutlichere Konturen gewann die Planung der amerikanischen Geheimoperationen im Sommer 1944. Die Organisation der Widerstandsbewegung solle schwerpunktmäßig von der militärischen Aufklärung weg zur politischen hin entwickelt werden, schrieb der Brigadier J.E. Lewis von der US-Group im Control Council im Hauptquartier in einem Memorandum für General Wickersham am 17. August 1944<sup>116</sup> und begründete dies mit möglichen Versuchen des Feindes, den Siegern wichtige industrielle Informationen vorzuenthalten oder politisch in den Untergrund zu gehen. Von nun an sei das OSS für das Control Council nicht nur wie bis jetzt als Instanz für die Planung und Analyse hilfreich, sondern auch als unmittelbare Informations- und Auskunftsquelle. Im Interesse der Einheitlichkeit der Militärregierung schlug Brigadegeneral Lewis vor, das OSS dem US-Element des Tripartite Military Control Council zu attachieren, unmittelbar dem Hauptquartier zu unterstellen und direkt mit der militärischen Intelligence kooperieren zu lassen.<sup>117</sup> Bereits am 24. August 1944 teilte General Wickersham dem Stabschef des europäischen Operationsgebietes der US-Army, Generalleutnant Walter Bedell Smith, mit, daß ein entsprechendes Agreement mit dem OSS-Chef, General Donovan, und seinen Leuten getroffen worden sei,<sup>118</sup> und am 13. September 1944 folgte eine im wesentlichen inhaltsgleiche Mitteilung

113 Peter Brandt, Jörg Schumacher, Götz Schwarzrock und Klaus Sühl, *Karrieren eines Außenseiters. Leo Bauer zwischen Kommunismus und Sozialdemokratie 1912 bis 1972*, Berlin und Bonn 1983, S.99ff.

114 Richard H. Smith, *O.S.S.: The Secret History of America's First Central Intelligence Agency*, Berkeley, Cal., 1972, S.227.

115 A.a.O., S.223 und S.236.

116 Secret; Headquarters, US Group CC, J.E. Lewis, Brig. General/Memorandum: General Wickersham; Subject: OSS/17 August 1944, in: IfZ/MF 260/USGCC 44-45/16/6.

117 Ebda.

118 Secret; US Group CC, C.W.W. Wickersham, Brigadier General/Lt. General W.B. Smith, Chief of Staff/Subject: Employment of OSS in Germany/24 August 1944, in: IfZ/MF 260/USGCC 44-45/16/6.



des Stabschefs des "United States Forces European Theatre" (USFET) an die Vereinigten Militärischen Stabschefs der USA in Washington.<sup>119</sup>

Robert Murphy, Political Adviser des Oberstkommandierenden und später der US-Militärregierung für Deutschland, kabelte am 13. Februar 1945 nach Washington, daß eine gemeinsame Aktion des OSS und der SOE über den Einsatz von Fallschirmagenten in Deutschland unter der Leitung des Supreme Headquarter geplant sei. Ihr Ziel sei die Desintegration der Wehrmacht u.a. durch Herstellung von Kontakten zu organisierten Arbeitergruppen und durch Aufrufe zu Streikaktivitäten, falls dies erfolgversprechend erscheinen sollte. Schwerpunktmäßige Konzentration auf Beschäftigte im Verkehrswesen, in der Telekommunikation, in Kraftwerken und Kraftstofflagern war vorgesehen. Planmäßig sollte jedoch diese Sabotagetätigkeit in ein Subversions-Langzeitprogramm übergehen.<sup>120</sup> Doch auf eine Intervention von Murphy hin verbot das State Department mit dem Telegramm Nr. 1049 bereits am 10. Februar 1945<sup>121</sup> die Verwendung deutscher Emigranten durch das OSS in Deutschland ohne Genehmigung des State Department und darüber hinaus am 23. März 1945 mit Telegramm Nr. 2246 den Einsatz auswärtiger Deutscher für den Wiederaufbau von Gewerkschaften.<sup>122</sup> Gleichzeitig behielt es sich vor, die Rückkehr deutscher Emigranten von seiner Genehmigung abhängig zu machen.

Aus einem Kabel des Stellvertreters des Stabschefs der G-5 Division, der Stabsabteilung für Zivilangelegenheiten also, des Supreme Headquarter, Brigadegeneral Frank J. McSherry, an Murphy vom 6. Juni 1945 geht hervor, daß die Militärs einen Vorschlag Donovans akzeptiert hatten, Deutsche für den Einsatz in öffentlichen Funktionen in Deutschland durch Emigranten auszusuchen, wobei ausdrücklich dementiert wurde, daß Emigranten für solche Aufgaben geschult würden. Vielmehr seien die Kandidaten, von denen bis zu diesem Zeitpunkt 20 bereits eingesetzt worden waren und 40 weitere sich in Ausbildung befanden, lediglich durch Emigranten ausgewählt worden.<sup>123</sup> Louis A. Wiesner, Arbeitsoffizier im Büro des Political Adviser und früherer OSS-Offizier, faßte in einem Memorandum vom 15. Juni 1945 die undurchschaubar gewordene Situation folgendermaßen zusammen: Es seien einige dreißig Emigranten mit OSS-Hilfe als Zivilisten zurückgekehrt und einige von ihnen hätten den Wiederaufbau von Gewerkschaften versucht. Allerdings hätten sie dabei keinen Erfolg gehabt, weil sie bei den deutschen Arbeitern auf Mißtrauen gestoßen seien.<sup>124</sup> Dies waren Schutzbehauptungen, denn der Konflikt zwischen Militärs und Diplomaten war offen zutage getreten. Wiesner demen-

119 Secret; Headquarters European Theater of Operations, U.S. Army, Office of the Chief of Staff; W.B. Smith, Lt. General, Chief of Staff/The Secretary: U.S. Joint Chiefs of Staff, Washington, D.C./Subject: OSS Mission for Germany/13 September 1944; in: IfZ/MF 260/USGCC 44-45/16/6.

120 Top Secret, Robert Murphy/The Secretary of State, Washington, D.C./Subject: Coordination of OSS and SOE Activities in Germany/February 13, 1945, in: IfZ/MF 260/POLAD TS 32/63.

121 Top Secret; US Group CC, Political Division; Memorandum/Louis A. Wiesner/Ambassador Robert Murphy/Subject: Activities of German Refugees Brought into Germany by OSS/June 15, 1945, in: IfZ/MF 260/POLAD TS 32/10.

122 Ebda.

123 Secret; Supreme Headquarters, Allied Expeditionary Force, G-5 Division; Frank J. McSherry, Brig. General, Deputy Assistant Chief of Staff, G-5/Robert Murphy, U.S. Political Adviser for Germany/6 June 1945, in: IfZ/MF 260/POLAD 731/16.

124 Siehe Anm. 121.



tierte sich auch selbst, als er weiter über Hans Jahn schrieb, daß er in Deutschland in amerikanische Uniform gekleidet sei. Doch was hier nur deduktiv erschlossen werden konnte, bestätigte direkt Laukhuff von der Political Division in einer Mitteilung an Murphy: daß sich das OSS an das Verbot des State Department nicht gehalten habe.<sup>125</sup> Was es schließlich mit Plänen, die G-5 des "Supreme Headquarters, Allied Expeditionary Forces" (SHAEF) zusammen mit Donovan ausgebrütet haben soll, um über 1.000 Agenten, vornehmlich politische Emigranten, zur Unterstützung der Alliierten Militärregierungen nach Deutschland zu bringen,<sup>126</sup> was Mitte Mai 1945 gerüchterweise bekannt geworden war, auf sich hatte, kann nicht beurteilt werden. Murphys aufgeregte Anfragen bei militärischen Instanzen und ihre ausweichenden Antworten indizieren lediglich, daß der Konflikt zwischen militärischen und politischen Stellen fortbestand und sich weiter verschärfte. Im Oktober 1945 präzisierte Murphy dem Außenminister seine Haltung: Die Aversionen deutscher Politiker gegen die Emigranten nannte er als Motiv für seine dilatorische Haltung in der Rückkehrfrage. Die Remigration wurde zur Privatsache erklärt bzw. auf die Ebene der politischen Bezugsgruppen der Emigranten verlagert, offizielle Hilfe durch die Besatzungsmacht sollte ihnen nicht gewährt werden. Versöhnlich stimmte Murphy nur das Argument, daß die kommunistischen Emigranten mit offizieller sowjetischer Hilfe in die SBZ zurückgekehrt waren. Und schließlich gab Murphy auch zu bedenken, daß eine offene Kooperation mit Remigranten den US-Interessen schaden könnte. Als positives Beispiel für eine Zusammenarbeit nannte er den bayerischen Ministerpräsidenten Wilhelm Hoegner,<sup>127</sup> der durch unmittelbares Eingreifen des Chefs des OSS in Deutschland, Allen W. Dulles, in sein Amt eingesetzt wurde.

Äußerst kühl im Verhältnis zum Statement Murphys klang das Abschieds-Memorandum von Allen W. Dulles für Generalleutnant Lucius D. Clay vom 9. Oktober 1945. Trotz der Auflösung des OSS durch Präsident Harry S. Truman zum 1. Oktober 1945 setzte sich Dulles für die Fortsetzung der Anwerbung geeigneter Kontakte in Deutschland und den USA im Hinblick auf die spätere Bildung *einer* Central Intelligence Agency ein. Befriedigt äußerte sich Dulles über die bereits vorhandenen Kontakte.<sup>128</sup>

Positiv standen zu den Plänen des OSS auch niedrigere militärische Chargen, wie der Acting Director der Manpower Division in der US Group des Control Council, Major David Morse, der sich im Januar 1945 beispielsweise für die Entsendung Hans Jahns und anderer Emigranten nach Deutschland aussprach, wohl wissend, daß sie sich nicht auf Unterstützung der alliierten Entnazifizierungsmaßnahmen beschränken, sondern sofort den Aufbau von Gewerkschaften in Angriff nehmen würden.<sup>129</sup> Günstig standen die Chancen für die politische Emigration auch aus anderen Gründen: Die Direktive Nr.

125 Top Secret; HQ US Group CC, Political Division; Memorandum/Mr. Laukhuff/Ambassador Robert Murphy/June 19, 1945, in: IfZ/MF 260/POLAD TS 32/10.

126 Memorandum; Brewster Morris/Ambassador Murphy/Subject: OSS Project for Return to Germany of German Political Refugees and their Employment by Military Government there/May 21, 1945, in: IfZ/MF 260/POLAD 731/16.

127 Vgl. Secret; Robert Murphy/The Secretary of State, Washington/Subject: Return of German Exiles to Germany/Berlin, October 3, 1945, in: IfZ/MF 260/POLAD 738/38.

128 Secret; Memorandum/Allen W. Dulles/Lt. Gen. Lucius D. Clay/9 October 1945, in: IfZ/MF 260/1945-46/70/1 — AG.

129 Horst W. Schmollinger, Entstehung und Zerfall der antifaschistischen Aktionseinheit in Leipzig, phil. Diss., Berlin 1976, S.428.



551 der Combined Chiefs of Staff (CCS) vom 28. April 1944 wies Dwight D. Eisenhower an, für den Zeitraum bis zur Niederlage oder Kapitulation "die Bildung einer demokratischen Gewerkschaftsbewegung [. . .] zu genehmigen", allerdings wurde gleichzeitig jede nicht genehmigte politische Tätigkeit sowie die Beteiligung emigrierter deutscher Politiker am gewerkschaftlichen Wiederaufbauprozess untersagt.<sup>130</sup> Die Bildung demokratischer, von politischen Gruppen unabhängigen Gewerkschaften erlaubte auch die einstweilige SHAEF-Direktive vom 10. September 1944.<sup>131</sup> Schließlich äußerte sich auch Eisenhower am 14. Dezember 1944 in dem Sinne, daß im SHAEF-Bereich sobald wie möglich Gewerkschaften zugelassen würden.<sup>132</sup>

Hoffnungen machten sich die Exilgewerkschafter auch wegen der gewerkschaftsfreundlichen Politik der Alliierten in Italien, wo sie die internationalen Verbände beim gewerkschaftlichen Wiederaufbau gewähren ließen. Demgegenüber vertrat Walter Schevenels, der Generalsekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB), schon im Januar 1944 die Auffassung, daß die Besatzungsmächte während der ersten Etappe der Militärregierung weder Betriebsausschüsse noch Gewerkschaften dulden sollten.<sup>133</sup>

### **. . . und das sozialdemokratische Exil**

Die Londoner sozialdemokratische Emigration intensivierte ungefähr seit dem Frühjahr 1944 spürbar ihre Vorbereitungen, nachdem am Jahresanfang die personalpolitische Erfassung der Emigranten abgeschlossen worden war. Intern konsultierte Ollenhauer bereits im Januar 1944 Max Hofmann in Lissabon, wie oben erwähnt, wegen günstiger Einschleusungsmöglichkeiten nach Deutschland. In London kristallisierte sich ein Kreis heraus, dem neben Gottfurcht, dem Sprecher und Koordinator, Eichler, Ollenhauer und Hans Jahn angehörten. Auf die zu diesem Zeitpunkt aufkommenden Konflikte zwischen den Amerikanern und den deutschen Sozialdemokraten wurde bereits hingewiesen.

Der zeitliche Zusammenhang mit der Direktive Nr. 551 der Combined Chiefs of Staff vom 28. April 1944 betreffs Bildung freier Gewerkschaften vor der Kapitulation ist zu beachten. In einem umfangreichen Exposé, betitelt "Gewerkschaftsbewegung in Deutschland. Vergangenheit, Gegenwart, Zukunft" vom Juni 1944 ging Gottfurcht<sup>134</sup> von der Annahme aus, daß in der Übergangsperiode verschiedene Bestrebungen nebeneinander in Erscheinung treten würden. Also sowohl spontane Initiatoren von unten als auch unmittelbare Versuche zur Rekonstruktion der alten Gewerkschaftszentralen aus der Zeit vor ihrer Gleichschaltung. Kernstück des Wiederaufbau-Plans war eine enge Kooperation zwischen spontanen Betriebsgewerkschaftszellen und heimkehrenden Emigranten, "deren Mitwirkung am Wiederaufbau sachlich und personell nützlich sein wird" mit dem Ziel, "in kürzester Zeit" zentrale Leitungen zu installieren.<sup>135</sup> Im Som-

130 Zitiert nach Michael Fichter, *Besatzungsmacht und Gewerkschaften*, a.a.O., S.72.

131 Ebda.

132 Vgl. Jürgen Klein, *Vereint sind sie alles?*, a.a.O., S.153f.

133 Vgl. Walter Auerbach, *Wiederaufbau deutscher Gewerkschaften*, in: *Die Zeitung*, London, vom 13. Okt. 1944.

134 *Gewerkschaftsbewegung in Deutschland. Vergangenheit, Gegenwart, Zukunft*. Von Hans Gottfurcht, London, Juni 1944, in: IfZ/F 207/Sammlung Oppenheimer 1942-1946.

135 A.a.O.



mer 1944 scheinen gegenüber den amerikanischen Stellen zum ersten Mal die operativen Aspekte des Gewerkschaftsprojekts erwähnt worden zu sein. Gottfurcht notierte, daß C[arl] A[uerbach] und seine Leute den Fragen mit Sympathie gegenüberstünden, eine Denkschrift zu dieser Frage solle am Anfang stehen.<sup>136</sup> Am 21. Juli 1944 stellte er Eichler, Jahn und Ollenhauer Kopien des für Pratt gemachten Entwurfs: "Einige Bemerkungen zum Problem des Wiederaufbaus der deutschen Gewerkschaftsbewegung" zu und bat um Stellungnahmen.<sup>137</sup> Ollenhauer mokierte sich in einem Brief an Gottfurcht über dessen "Fleißaufgaben für P.", als er ihm Argumente mitteilte, die für die Industrieverbände sprachen.<sup>138</sup> — Es ist übrigens die einzige Stelle, aus der der Schluß gezogen werden könnte, daß von amerikanischer Seite Zielvorgaben bzw. Korrekturen vorgenommen wurden. Allerdings ist es sehr schwer vorstellbar, an welcher Stelle materielle Korrekturen überhaupt denkbar gewesen wären, zumal die Planungen des Exils zu diesem Zeitpunkt bereits sehr weit fortgeschritten waren; im Einzelfall lassen sich auch keine Berichtigungen nachweisen. So ist eher zu vermuten, daß das OSS das Ziel verfolgte, die Aktion zu behindern und zu verzögern.<sup>139</sup>

Operative Momente wurden im September 1944 an- und durchgesprochen. In einem acht Punkte umfassenden Memorandum wurde notiert, daß mit der Auflistung von antifaschistisch eingestellten Persönlichkeiten und ihrer Überprüfung, mit der Erfassung von aktiven Nazis und ihren Sympathisanten sowie politisch neutralen Fachleuten begonnen werden müsse. Wichtig in unserem Zusammenhang ist der vierte Punkt, in dem die Notwendigkeit der Kooperation mit aktiven antifaschistischen Gruppen, Betriebszellen, politischen und religiösen Gruppen sowie semipolitischen Stammtischrunden betont wird, um zunächst herauszufinden, ob sie "have only sentimental value or real political significance". Es sei das Ziel, die politisch bedeutenden von ihnen in die Lage zu versetzen, sich zu Nuclei neuer politischer Gruppen oder Organisationen zu entwickeln. Desgleichen sei zu überlegen, auf welche Weise eine beiderseitig nützliche Zusammenarbeit zwischen den Okkupationsmächten und "of all those who are willing to participate actively in the ensuing work or to accept without much hesitation the introduction of an entirely new regime", zu bewerkstelligen sei. Ferner wird noch die Notwendigkeit des Kontaktes zu den in Deutschland befindlichen Fremdarbeitern sowie die Feststellung der Haltung der Bevölkerung zu aktuellen politischen Fragen betont. Plädiert wurde schließlich für die Entsendung von sechs bis acht Personen zählenden Initiativgruppen mit Quartiermacherfunktion. Danach sollten jeweils 2-3 Gruppenmitglieder zurückkehren, um auf der Grundlage aktueller Informationen die weiteren Einsätze zu optimieren.<sup>140</sup> Mit keinem Wort erwähnt wurde in diesem Dokument, daß zu einem späteren Zeit-

136 Persönliche Aufzeichnungen von Hans Gottfurcht, in: DGB-Archiv, NL Gottfurcht, Mappe 37. C.A. steht vermutlich für Carl Auerbach, wahrscheinlich Mitarbeiter der Londoner US-Botschaft.

137 Brief von Hans Gottfurcht an Willi Eichler, Fritz Kramer (d.i. Hans Jahn) und Erich Ollenhauer vom 21. Juli 1944, in: AsD, Emigration-Sopade, 45.

138 Brief Erich Ollenhauers an Hans Gottfurcht vom 29. Aug. 1944, in: DGB-Archiv, NL Gottfurcht, Mappe 37.

139 Im Detail kann ich auf die Planungsstadien nicht eingehen. 1942 ließ Gottfurcht die Frage der gewerkschaftlichen Organisation noch offen, spätestens seit Juni 1943 trat er für die Bildung von Industriegruppen ein.

140 Memorandum in englischer Sprache, ohne Briefkopf und Unterschrift vom 19. Sept. 1944, paraphiert mit: st.



punkt der Einsatz einer Gruppe mit Stabsqualitäten geplant war, der von Anfang an ein größerer Aktionsradius zugestanden werden sollte. Aus diversen Bemerkungen geht dies eindeutig hervor, der Plan war ebenfalls Gegenstand der Verhandlungen mit den Amerikanern. Vorgesehen waren dafür in erster Linie Gottfurcht, Ollenhauer, Eichler und Jahn.

Konkreten operativen Charakter nahm die Entwicklung im Januar 1945 an. Aus einer 63 Namen von Emigranten umfassenden Liste aus dem Umfeld der "Union" vom 21. September 1944<sup>141</sup> wurden am 29. Januar 1945 in einer Besprechung mit dem neuen Leiter des OSS in London, Devoe, zwei sogen. Vorzugslisten erstellt. Eine enthielt sieben, die zweite acht Namen geeignet erscheinender Kandidaten.<sup>142</sup> Sechs von ihnen wurden später zweifelsfrei in Deutschland eingesetzt. Am selben Tag wurden die Deutschen darüber informiert, daß diejenigen, die als "guides" zu operieren bereit waren, leichter und schneller berücksichtigt werden könnten. Am 5. Februar wurde in einer Besprechung zwischen Dev[oe], Au[erbach], Ma[rgolius], Go[ttfurcht] und Oll[enhauer] Übereinstimmung darüber erzielt, daß die Guide-Funktion nur 7-14 Tage dauern solle und höchstens einmal verlängert werden dürfe. Danach sei die Uniform mit der Zivilkleidung zu vertauschen und die Betreffenden sollten untertauchen, um "... die Aktivitäten, die wir allgemein in Aussicht genommen hatten", zu beginnen. Während der Guide-Periode dürfe zwar kein politisches Programm-Material mitgenommen werden, doch werde sichergestellt, daß nach Ablauf der Guide-Funktion über die nächstgelegene OSS-Feldeinheit die Aktivisten mit solchem Material versorgt würden.<sup>143</sup> Am 29. März 1945 notierte Gottfurcht, daß insgesamt 31 Personen ausgewählt worden seien: 13 von der Londoner Liste, 3 ISK-Mitglieder, 4 aus den USA, 10 aus Frankreich und eine aus der Schweiz. Geplant war weiter, Gottfurcht und Ollenhauer "etwas später und mit mehr Bewegungsmöglichkeit etc" nach Deutschland zu bringen.<sup>144</sup>

Am 12. April 1945 wurden mit den Amerikanern die Ergebnisse der ersten Einsätze analysiert. Zwei Mitglieder der ersten Einsatzgruppe seien sofort politisch tätig geworden, ein Mitglied habe sogar ein gewerkschaftliches Programm mitgenommen; die Amerikaner protestierten. Pannen habe es gegeben, weil Einsätze in Orten stattgefunden hätten, wo politische Gruppen bereits über Kontakte zu den Amerikanern verfügten. Der Einsatzplan sollte noch einmal überprüft werden. Gegen die Abreise von Gottfurcht und Ollenhauer sprachen sich die Amerikaner offen aus, weil sie eine eindeutig politische Dimension habe. Massive Proteste gegen die Preisgabe der Kollektividee des Planes zugunsten einer individuellen Ausnutzung von Persönlichkeiten wurden von deutscher Seite vorgetragen, schließlich aber dennoch eine neue Kandidaten-Liste mit 80 Namen übergeben. Hinter 27 Namen stand der Vermerk: "to be deleted", nur acht hätten bereits einen Vertrag unterschrieben.<sup>145</sup>

Weder Gottfurcht noch er sei über die Entwicklung "unserer Reiseangelegenheit" erfreut, schrieb Ollenhauer dem Sozialdemokraten Max Lippmann vom Pariser OSS-

141 In: DGB-Archiv, NL Gottfurcht, Mappe 37.

142 Ebda.

143 Ebda. — Bei Auerbach handelte es sich höchstwahrscheinlich um den Amerikaner Carl Auerbach und nicht um den Emigranten Philipp Auerbach.

144 Ebda.

145 Ebda.



Büro.<sup>146</sup> Ein britisches understatement. Ernst Roth schüttete er am selben Tag sein Herz aus: Es sei ein Trauerspiel und das einzige, was man für die Freunde in Deutschland tun könne, sei, in möglichst engem Kontakt zu bleiben.<sup>147</sup> Nach Deutschland in Uniformen der Alliierten zu gehen, lehnte er für die Sopade strikt ab.<sup>148</sup>

### III. DER EINSATZ

In der Nacht zum 1. September 1944 setzte bei Papenburg eine britische Maschine den ehemaligen ISK-Funktionär Jupp Kappius mit dem Fallschirm ab. Kappius kam bei Gesinnungsgenossen in Bochum illegal unter.<sup>149</sup> Als Quartiermacherin reiste bereits im April 1944 über die Schweiz seine Frau Änne Kappius als Rot-Kreuz-Schwester getarnt nach Deutschland ein. Es war der Höhepunkt jahrelanger Vorbereitungen des ISK, für die schon vor dem Kriegsausbruch erste systematische Schritte eingeleitet worden waren. Änne Kappius gelang es, das Untergrundnetz des ISK zu reaktivieren und mit Gruppen in Bochum, Hannover, Göttingen, Hamburg, Bremen, Kiel und Berlin persönlich Kontakte herzustellen.<sup>150</sup> Feste Verbindungen nach weiteren Regionen knüpften Inlandsmitglieder des ISK, in erster Linie der Kurier Kappius', Friedel Knigge. Sowohl Jupp Kappius als auch seine Frau Änne führten Mikrofilme der Programmschrift "Die neue deutsche Republik" nach Deutschland ein.<sup>151</sup> Und obwohl in die von Änne Kappius während ihrer drei Kurierreisen reaktivierte Infrastruktur im Dezember 1944 die Gestapo mit Hilfe einer Provokationsagentin "einbrach" und in Berlin, Göttingen und Hannover insgesamt sieben Personen verhaftete,<sup>152</sup> war das Untergrundnetz des ISK stabil genug, um die Provokateurin isolieren und die Verbindungen "abdichten" zu können. So blieb von dem konspirativen Unfall die von Jupp Kappius und Friedel Knigge vom Ruhrgebiet aus aufgebaute Struktur mit Ausläufern nach Hannover, Berlin, Hamburg, Köln, Kassel, Göttingen, Frankfurt am Main, Darmstadt und Ulm<sup>153</sup> weitgehend verschont. Die lokalen Gruppen erhielten entweder schriftliche Programm-Dokumente oder ihre aktiven Mitglieder wurden mündlich über die politischen Ziele des Exils instruiert. Nach Bremen beispielsweise gelangte das "Unions"-Programm "Die neue deutsche Republik" im Januar 1945. Es bildete nach dem Zeugnis des Mitbegründers und Vorstandsmitglieds der dortigen "Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus" (KGF), Hermann Lücke, "eine sehr geeignete Diskussionsgrundlage" und hatte Einfluß auf das Sofortprogramm dieser Antifa-Gruppe.<sup>154</sup> Laut Peter Brandt<sup>155</sup> verfügte der kleine Widerstandszirkel sogar über die Programmschrift der Stockholmer SAPD-Gruppe von 1944 "Zur Nachkriegspolitik der deutschen Sozialisten".

146 Erich Ollenhauer an Max Lippmann, Brief vom 17. April 1945, in: AsD, Emigration-Sopade, 84.

147 Erich Ollenhauer an Ernst Roth, Brief vom 17. April 1945, in: A.a.O.

148 Mitteilung Fritz Heines an den Verf. vom 14. Mai 1985.

149 Werner Link, ISK, a.a.O., S.313.

150 A.a.O., S.314.

151 Ebda.

152 A.a.O., S.321.

153 A.a.O., S.315.

154 Hermann Lücke, Bremen im Kampf gegen den Nationalsozialismus, in: Das andere Deutschland, Buenos Aires, Nr. 46/15, Juli 1947, S.7-8.

155 Peter Brandt, Antifaschismus und Arbeiterbewegung. Aufbau, Ausprägung, Politik in Bremen 1945/46, Hamburg 1976, S.325, Anm. 320.



Die "Operation Downend", so der OSS-Codename für Kappius' Einsatz, war die erste von insgesamt 38 erfolgreichen Operationen des SFHQ hinter der Front in den letzten neun Kriegsmonaten.<sup>156</sup> Vier Teams wurden noch auf dem Einsatzweg getötet, von den verbliebenen 38 wurden 7 in Westösterreich abgesetzt.<sup>157</sup> Als Einsatz-Schwerpunkte in Deutschland benennt Brown folgende Verkehrsknotenpunkte: Stuttgart, Berlin, Münster, Regensburg, München, Landshut, Leipzig, Plauen, Straubing, Passau, Würzburg, Dortmund, Kassel, Magdeburg, Erfurt, Chemnitz, Schwerin.<sup>158</sup> R. Harris Smith bezifert die Zahl der allein im Frühjahr 1945 hinter den Linien in Deutschland eingesetzten OSS-Agenten mit 150,<sup>159</sup> wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß es sich nicht nur um Deutsche handelte.

Es ist nicht einfach, die Quellensplitter in ein Puzzle-Bild einzufügen. Die amerikanischen Darstellungen des geheimen Krieges stehen in Detailfragen oft im Widerspruch zum aufgefundenen Quellenmaterial, und über Operationen der britischen SOE in Deutschland liegen zu diesem Spezialkomplex bis heute so gut wie keine Angaben vor. Bekanntgewordene britische Einsätze lassen sich beispielsweise nicht immer in das von amerikanischer Seite vermittelte Bild einfügen, wie etwa der tödlich verlaufene Einsatz von Hilde Monte im April 1945<sup>160</sup> oder der Einsatz einer fünfköpfigen Gruppe unter der Leitung von Albert Exler im Sudetengebiet Anfang Mai 1944.<sup>161</sup> Auch hier ist es wiederum unmöglich, amerikanische und britische Aktionen sauber auseinanderzuhalten. Kappius gehörte neben den ISK-Mitgliedern Paul Schalmey, Wilhelm Kirstein und Anna Beyer zu einer Gruppe, die — gemeinsam mit je einem Mitglied der SPD und der SAPD — im Frühjahr/Herbst 1944 in England für ihren Einsatz ausgebildet worden war.<sup>162</sup> Ihre Namen tauchen in keiner der zitierten Gottfurcht-Listen auf, so daß es logisch folgerichtig erscheint, den oben skizzierten Operationsrahmen etwas weiter zu fassen. Dies auch deshalb, weil noch andere Emigranten in der letzten Kriegsphase in Deutschland eingesetzt wurden, deren Namen in keines der vorgestellten Operationsschemata passen.

Von der gesamten ISK-Gruppe konnte sich nur das Ehepaar Kappius in Deutschland halten. Wilhelm Kirstein wurde kurz nach dem Grenzübertritt aus der Schweiz an der Jahreswende 1944/45 verhaftet, nachdem die Gestapo durch einen weiblichen Konfidenten von der Operation Kenntnis erhalten hatte.<sup>163</sup> Danach wurden keine weiteren Mitglieder dieser Gruppe nach Deutschland eingeschleust. Ein Mitglied lehnte den Einsatz ab, nachdem es konkrete Anweisungen zur Sabotage mit Hilfe von Sprengstoff erhalten hatte.

Drei Aufgaben hatte Kappius in Deutschland laut Brown zu erfüllen:

1. Sammlung von Informationen für das OSS,
2. den Aufbau von Widerstandsgruppen für die SOE sowie

156 Anthony Cave Brown, *The Secret War* . . . , a.a.O., S.542.

157 Ebda.

158 A.a.O., S.514 und S.542.

159 Richard H. Smith, *O.S.S.* . . . , a.a.O., S.225.

160 Vgl. BHB, Bd.1, S.507.

161 A.a.O., Bd.1, S.163.

162 Werner Link, *ISK*, a.a.O., S.313.

163 Mündliche Mitteilung. — Frau Dr. Susanne Miller, Bonn, teilte mir am 4. Okt. 1985 ergänzend mit, daß die Konfidentin nicht Mitglied des ISK war.



### 3. die Organisierung von politischen Gruppen für den ISK.<sup>164</sup>

Ein Bündel von Aufgaben, das inhaltlich in totaler Konkurrenz zu allen nationalen Dienstanweisungen stand, formal aber keine einzige zu tangieren brauchte. Nachdem Kappius am 9. April 1945 von amerikanischen Truppen überrannt worden war, wurde er von der geheimdienstlichen Abteilung der US-Armee nicht nur zur militärischen Lage, sondern auch über pro-alliiert eingestellte Persönlichkeiten befragt.<sup>165</sup>

Aus den zusammengetragenen Daten ergibt sich folgendes Bild: 1944/45 kamen 59 namentlich bekannte KPD-Mitglieder aus dem westlichen Exil nach West-Deutschland, also im wesentlichen nur in das spätere Bundesgebiet, zurück, davon 7 noch 1944. Zu dieser Zahl dürfen mindestens 7 weitere unmittelbar als OSS-Agenten eingesetzte Kommunisten addiert werden, deren Namen nur zum Teil bekannt sind. Die Zahl der im selben Zeitraum unter gleichen Umständen zurückgekehrten Sozialdemokraten betrug 77. Darin sind auch 10 frühere Emigranten enthalten, die unmittelbar in Besatzungsbehörden aktiv wurden und z.T. bereits die amerikanische Staatsbürgerschaft besaßen und/oder nicht in Deutschland geblieben sind.

Tabelle 1: Verteilung der namentlich erfaßten Rückkehrer von 1944/45 auf die westlichen Besatzungszonen (die Tabellen beruhen auf eigenen Auszählungen)

|                              | KPD | SPD |
|------------------------------|-----|-----|
| Amerikanische Besatzungszone | 28  | 35  |
| Britische Besatzungszone     | 11  | 23  |
| Französische Besatzungszone  | 8   | 8   |
| Berlin                       | 2   | 1   |
| Saargebiet                   | 10  | 9   |
| unbekannt                    | 3   | 1   |
| Kontrollsumme:               | 63  | 77  |

Tabelle 2: Einsatzorte in der Amerikanischen Besatzungszone

|              | KPD | SPD   |
|--------------|-----|-------|
| Bremen       | 3   | 1     |
| Frankfurt/M. | 8   | 8     |
| Wiesbaden    | 1   | 2 (?) |
| Bad Nauheim  | 0   | 1     |
| Groß-Gerau   | 1   | 0     |
| Aachen       | 0   | 1     |
| Stuttgart    | 2   | 2     |
| Mannheim     | 1   | 0     |
| Heidelberg   | 1   | 0     |
| Karlsruhe    | 1   | 0     |
| München      | 3   | 4     |
| Augsburg     | 0   | 1     |
| Nürnberg     | 0   | 3     |
| Coburg       | 0   | 2     |
| Kulmbach     | 0   | 1     |
| Hof          | 0   | 1     |

164 Anthony Cave Brown, *The Secret War* . . . , a.a.O., S.545.

165 A.a.O., S.546.



|                        |    |    |
|------------------------|----|----|
| Hessen - unbekannt     | 2  | 1  |
| Bayern - unbekannt     | 2  | 0  |
| Raum Baden-Württemberg | 1  | 0  |
| Süddeutschland         | 1  | 0  |
| unbekannt              | 1  | 7  |
| Kontrollsumme:         | 28 | 35 |

Tabelle 3: Einsatzorte in der Britischen Besatzungszone

|                 | KPD | SPD |
|-----------------|-----|-----|
| Hamburg         | 1   | 5   |
| Hannover        | 1   | 1   |
| Braunschweig    | 1   | 4   |
| Düsseldorf      | 1   | 1   |
| Dortmund        | 0   | 1   |
| Mönchengladbach | 1   | 0   |
| Solingen        | 1   | 1   |
| Essen           | 1   | 1   |
| Köln            | 2   | 8   |
| Westfalen       | 1   | 1   |
| unbekannt       | 1   |     |
| Kontrollsumme:  | 11  | 12  |

Tabelle 4: Einsatzorte in der Französischen Besatzungszone  
(ohne Saargebiet)

|                          | KPD | SPD |
|--------------------------|-----|-----|
| Bodenseegebiet           | 2   | 0   |
| Schwenningen/Württemberg | 2   | 0   |
| Ludwigshafen/Rhein       | 1   | 0   |
| Tuttlingen               | 1   | 0   |
| Pirmasens                | 1   | 0   |
| Koblenz                  | 1   | 0   |
| Mainz                    | 0   | 2   |
| Baden-Baden              | 0   | 1   |
| Pfalz                    | 0   | 3   |
| Baden                    | 0   | 1   |
| Kontrollsumme:           | 8   | 7   |

Tabelle 5: Letztes Aufenthaltsland der Rückkehrer von 1944/45

|                        | KPD | SPD |
|------------------------|-----|-----|
| Frankreich             | 25  | 22  |
| Großbritannien         | 0   | 26  |
| Schweiz                | 25  | 13  |
| Andere Anliegerstaaten | 3   | 2   |
| Schweden               | 1   | 4   |
| Europa-Rest            | 0   | 2   |
| US-Armee               | 1   | 5   |
| Kontrollsumme:         | 56  | 74  |



Von Interesse dürfte noch der Umstand sein, daß das Durchschnittsalter der 1945er Rückkehrer bei der KPD 40,02 (Grundlage: 52 Personen) und 47,08 Jahre bei der SPD (Grundlage: 69 Personen) betragen hat. In die Sowjetisch Besetzte Zone sind im übrigen 1945 und später — außer kommunistischen fellow travellers — nur einige wenige sozialdemokratische Emigranten aus privaten Gründen zurückgegangen, nachdem Wilhelm Jesse nach seiner Rückkehr nach Rostock im August 1945 einem scharfen Verhör durch den sowjetischen Geheimdienst unterzogen worden war, und die Londoner Exilleitung eine entsprechende Empfehlung ausgegeben hatte.

Zwar handelt es sich bei den vorgestellten Zahlen um keine "repräsentative Untersuchung" der Rückkehrer, doch ist mit Sicherheit ein sehr hoher Prozentsatz aus den Jahren 1944 und 1945 erfaßt, so daß auf dieser Grundlage gesicherte Rückschlüsse möglich sind.

Ein noch imposanteres Bild erlauben die summarischen Zahlen. So sollen allein aus Frankreich von den ungefähr 400 in der Confédération Générale du Travail (CGT) organisierten Emigranten über 150 bis Sommer 1945 nach Deutschland zurückgekehrt sein.<sup>166</sup> Von der 200köpfigen KPD-Emigrantengruppe in der Schweiz kamen bereits vor Kriegsende mehr als 20 Mitglieder nach Deutschland zurück<sup>167</sup> und weitere 45 nach dem 8. Mai,<sup>168</sup> so daß noch 1945 ein Drittel der Exilgruppe bereits in Deutschland in der Parteiarbeit stand. Im Herbst 1945 wurden 7 von insgesamt 16 KPD-Bezirken in den drei Westzonen von Remigranten geführt (Weser-Ems — Wilhelm Knigge; Niederrhein — Hugo Paul; Hessen-Frankfurt — Walter Fisch; Württemberg — Hermann Nuding; Südbayern — Ludwig Ficker; Pfalz — Herbert Müller; Saar — Fritz Nickolay). Die SPD nannte 1946 in fünf Bezirken (von 21) Remigranten in Leitungspositionen (Nordwest-Bremen — Walter Rother-Romberg; Oberrhein-Köln — Robert Görlinger; Schwaben-Augsburg — Valentin Baur; Pfalz-Neustadt — Franz Böglér; Saar — Franz Glauben).

Seit März bis in die Sommermonate des Jahres 1945 sind zweifelsfrei folgende sozialdemokratische Emigranten im Rahmen der US-Armee als "guides" eingesetzt worden: Aachen Karl Mössinger, Bremen August Enderle und Frau Irmgard im Juni 1945, Rother-Romburg kam im Juni 1945 aus Frankreich zurück.<sup>169</sup> In Städten der Nordseeküste (u.a. Bremen, Lübeck) wurde bereits vor Kriegsende das SAPD-Mitglied Arno Behrich eingesetzt.<sup>170</sup> Seit März 1945 waren in Köln Robert Neumann, SAPD, Wilhelm Heidorn (d.i. Werner Hansen),<sup>171</sup> ISK, der Sozialdemokrat Alfred Kiss und der Parteilose Wilhelm Necker<sup>172</sup> aktiv; in Braunschweig Alfred Dannenberg und Otto Benne-  
mann, beide ISK;<sup>173</sup> in Frankfurt am Main Max Strauß,<sup>174</sup> parteilos, Anna Beyer,

166 CGT — Deutsche Sprachgruppe/Union Centre in Great Britain/3. Aout 1945, in: DGB-Archiv, NL Gottfurcht, 9.

167 Günter Benser, Die KPD im Jahre der Befreiung. Vorbereitung und Aufbau der legalen kommunistischen Massenpartei (Jahreswende 1944/1945 bis Herbst 1945), Berlin [Ost] 1985, S.33.

168 A.a.O., S.75.

169 Vgl. BHB, Bd.1, S.621.

170 Willy Brandt an Theo [Hacke] Brief vom 22. Juni 1945, in: AsD, Sammlung Willy Brandt, Allgemeine Korrespondenz 1945, Ordner 418. Sowie schriftliche Mitteilung von Arno Behrich.

171 Zwischen Befreiung und Besatzung. a.a.O., S.41.

172 A.a.O., S.322.

173 A.a.O., S.44.



ISK, seit dem 2. Juni 1945,<sup>175</sup> Kurt Scheer, SAPD, und Paul Walter,<sup>176</sup> gleichfalls SAPD, der sich unter dem Pseudonym Paul Kronberger sofort in den Gewerkschaftsaufbau einschaltete,<sup>177</sup> sowie der frühere SAPD-Funktionär Hermann (wahrscheinlich Hermann Ebeling).<sup>178</sup> Nach Leipzig ging im April 1945 Hans Jahn; in Pirmasens wurden Adolf Ludwig aktiv, in Stuttgart Fritz Eberhard, in München Paul Bondy und Ernst Anspach;<sup>179</sup> Richard Broh wurde in Nürnberg eingesetzt,<sup>180</sup> Karl Molt wurde vom OSS nach Stuttgart<sup>181</sup> und Georg Richter im Oktober 1945 nach Wiesbaden gebracht<sup>182</sup> — beide kamen aus der Schweiz; der Schweden-Emigrant Fritz Schreiber wurde in Gießen eingesetzt.<sup>183</sup> Im Rahmen einer britischen Informationsabteilung kamen gleichfalls schon im Sommer 1945 die aus Danzig stammenden Sozialdemokraten Erich Brost, Richard Teclaw und Heinrich Gräbner in die Britische Zone.<sup>184</sup> Die meisten der Genannten wurden vom OSS aus London über Maastricht nach Deutschland gebracht. Offensichtlich ist, daß sie allein schon aufgrund ihrer Dislokation nicht alle als "guides" für US-Truppen infrage kamen. Robert Neumann, Wilhelm Heidorn und Kurt Scheer (die weiteren Teilnehmer sind namentlich nicht bekannt) verließen am 9. März 1945 England; Köln, wo zwei von ihnen eingesetzt wurden, war am 6. März von US-Truppen erobert worden. Eine zweite achtköpfige Gruppe wurde am 16. April 1945 aus England ausgeflogen: Darunter befand sich Fritz Eberhard, der in das am 20./21. April von den Franzosen besetzte Stuttgart dettachtet wurde, Otto Bennemann und Alfred Dannenberg mit dem Bestimmungsziel Braunschweig, am 12. April von US-Truppen eingenommen; Paul Bondy für München und Alfred Kiss für Köln. Eine dritte Gruppe mit sozialdemokratischem Hintergrund figurierte unter dem Schild der ITF, "managed to get a considerable number of their German refugees into Germany as OSS agents. The OSS officials who are supervising their work have told us that these refugees are in fact active as trade union organizers".<sup>185</sup> Hans Jahn, führendes Mitglied der Staffel, schilderte seinen Einsatz Hans Gottfurcht etwas anders. Seine Aufgabe sei es, während eines drei- bis vierwöchigen Aufenthalts Eindrücke und Erfahrungen zu sammeln, um die Möglichkeiten zum Wiederaufbau von Gewerkschaften auszukundschaften. Ausdrücklich hielt er fest, daß es ihm nicht um den Aufbau von Gewerkschaften gehe, sondern die Sammlung von Informationen für die ITF im Mittelpunkt stehe.<sup>186</sup>

174 Jürgen Klein, Vereint sind sie alles?, a.a.O., S.160.

175 Interview mit Frau Anna Beyer, Frankfurt/M. am 20. März 1985.

176 Frieda Walter an Willy Brandt, Brief vom 28. August 1945, in: AsD, Sammlung Willy Brandt, Allgemeine Korrespondenz 1945, Ordner 418.

177 Vgl. BHB, Bd.1, S.793.

178 Vgl. Frieda Walter an Willy Brandt, Brief vom 28. August 1945, vgl. Anm. 176, sowie BHB, Bd.1, S.143.

179 Zwischen Befreiung und Besatzung, a.a.O., S.335 und S.232.

180 Arbeiterinitiative 1945, a.a.O., S.291.

181 Vgl. BHB, Bd.1, S.506.

182 A.a.O., S.601.

183 A.a.O., S.667.

184 Mitteilung von Erich Brost an den Verf. vom 7. März 1984.

185 Louis Wiesner/Otis Mulliken/28. July 1945, in: IfZ/MF 260/17/257-2/9.

186 Hans [Jahn] an Hans [Gottfurcht], Brief vom 11. März 1945. In: DGB-Archiv, NL Gottfurcht, "Sondermappe".



Nicht zu vergessen sind die Feldeinheiten des OSS. Zu ihren Mitarbeitern aus den Reihen der SPD besaß der Exilvorstand vorzügliche Verbindungen. Beispielsweise zu Max Lippmann von der OSS/Labor Division Paris, Max Abraham — bereits im Sommer 1945 in Deutschland, Dyno Löwenstein beim OSS/Labor Division Österreich mit Kontakten nach Bayern und München, Hermann Ebeling von der SAPD, Leutnant beim OSS, im Frühjahr 1945 im Raum Frankfurt/Main eingesetzt.<sup>187</sup> Es ist quellenmäßig belegt, daß durch Kanäle in der amerikanischen und britischen Armee zwischen Inlands- und Exilkräften der SPD organisations- und programmpolitische Informationen ausgetauscht wurden, einschließlich schriftlicher Exilprogramme. Ebenfalls ist belegt, daß viele Rückkehrer es entgegen ausdrücklicher Verbote riskierten, Exil-Programme nach Deutschland mitzunehmen. Zu diesem Thema heute befragt, neigen sie zwar eher zu genteiligen Aussagen, doch wäre dann kaum zu erklären, wie das Programm-Material des Exils unmittelbar nach Kriegsschluß nach Deutschland kam, wo es von Armee-Einheiten rigoros beschlagnahmt wurde, sobald es nur entdeckt wurde. Aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes wird hier auf den Hinweis auf entsprechende eindeutige schriftliche Quellen verzichtet. — Nicht anders verhielt es sich übrigens bei den KPD-Gruppen, die ebenfalls Wege und Mittel fanden, um ihre organisationspolitischen und program-matischen Ziele in Deutschland zu verbreiten.

Als operative Maßnahme zur Durchführung des sozialdemokratischen Übergangsprogramms erwies sich die Aktion als ein Schlag ins Wasser. Nicht nur in den durch die Alliierten geschaffenen politischen Rahmenbedingungen waren die Ursachen dafür zu suchen: Die Rückkehrer kamen in ein zerstörtes Land, stießen auf eine demoralisierte Bevölkerung. Bei der Besetzung Kölns im März 1945 hatten beispielsweise 42 000 Menschen, das waren 7,9 % der Vorkriegsbevölkerung, das letzte halbe Jahr als "Maulwürfe" in Kellern gelebt; Mitte Juni stieg ihre Zahl auf 110-135 000, Anfang Juli auf 230 000.<sup>188</sup> Im Juli kostete dort eine Zigarette 5 Mark, 1 Pfund Butter 50 und eine Armbanduhr 120 Zigaretten.<sup>189</sup> Aus Wiesbaden berichtete Robert Neumann, daß von den 27 auf einer aus London mitgebrachten Liste aufgeführten Gewerkschaftern im Alter zwischen 40 und 70 Jahren 10 tot waren, 3 befanden sich beim Militär bzw. in der Kriegsgefangenschaft, einer war verzogen. Hinter fünf Namen stand der Vermerk "lebt", allerdings war nur eine einzige Adresse auf dem nach London zurückgebrachten Namensverzeichnis vermerkt.<sup>190</sup> In Deutschland war keine Revolution, keine grundlegende Veränderung möglich. Ohne künstliche Beatmung gab es nach dem 20. Juli 1944 in diesem "kaputten" Land kein politisches Leben. Präventive Vorkehrungen hatte noch die Gestapo getroffen, als sie im Rahmen ihrer netzartig angelegten Verhaftungsaktionen "Gitter" und "Gewitter" am 28. August 1944 überfallartig alle früheren, einschließlich der lokalen, Mandatäre der SPD, der KPD und des Zentrums in Konzentrationslagern festsetzte,<sup>191</sup> nachdem die Alliierten die deutsche Grenze erreicht hatten. In

187 Frieda Walter an Willy Brandt, Brief vom 28. August 1945, wie Anm. 176.

188 Vgl. Köln nach dem Nationalsozialismus. Der Beginn des gesellschaftlichen und politischen Lebens in den Jahren 1945/46. Hrsg. von Otto Dann, Wuppertal 1981, S.38 und Erich Brost, Bericht vom 13. Juni 1945, in: AsD, Emigration-Sopade, 24.

189 A.a.O.

190 In: DGB-Archiv, NL Gottfurcht, 9.

191 Vgl. Reichsführer der SS, Verfügung vom 17. Aug. 1944, in: Bundesarchiv Koblenz, R 58/775.



Deutschland war eine Revolution im klassischen marxistischen Sinne nicht einmal denkbar, bestand doch die "deutsche Arbeiterklasse" mindestens zu einem Viertel aus Zwangsarbeitern fremder Nationalitäten,<sup>192</sup> deren — objektiv — "lumpenproletarisches Bewußtsein" nicht nur in seinen "arbeiteraristokratischen" Formen vermutlich auch in breiten Teilen der übrigen Kriegsbeschäftigten verbreitet gewesen sein dürfte.

Die Enttäuschung des sozialdemokratischen Exils über die Reduktion ihrer offensiven Pläne durch die Alliierten war ohne Zweifel verfrüht und sachlich nicht gerechtfertigt. Die Emigranten entdeckten noch rechtzeitig, daß eine forcierte Entfaltung der innerdeutschen Widerstandsbewegung in der letzten Kriegsphase nur die Totenlisten verlängert und einen politischen Selbstmord bedeutet hätte. Einem Mitarbeiter US-amerikanischer Stellen teilte deshalb Ollenhauer im Februar 1945 zwar noch einige Namen Kölner Sozialdemokraten mit, allerdings ohne dazugehörige Adressen. Diese stellte er erst in Aussicht, sobald Köln besetzt sein würde, damit keine neue Gefährdung durch die Gestapo entstehen könne.<sup>193</sup>

Eine Revolution war nicht möglich in einem Land, in dem der Terror allgegenwärtig gewesen war und dem der Hunger, das Flüchtlingselend unmittelbar folgten. Es gelang aber dem Exil durch die solidarische Hilfe, die Erscheinungen der allgemeinen Deprivation zumindest in den eigenen politischen Bezugsgruppen zu mildern und sehr schnell zu überwinden. Alle befragten ehemaligen Emigranten stimmen vollkommen in dem Punkt überein, daß eine Situation, wie sie sie 1945 in Deutschland vorfanden, für sie schier unvorstellbar gewesen war. Zentrale Teile der Nachkriegspläne des sozialdemokratischen Exils waren illusorisch, die Programme basierten auf unrealistischen Voraussetzungen. Die Feststellung mag zynisch klingen, doch allein schon aus physiologischen Gründen waren die Emigranten für Illusionen weniger anfällig, ihre Lernprozesse setzten früher ein als bei den in eine oppositionell-passivische Haltung hineingezwungenen Inlandskräften, deren Selbstbewußtsein sich während der zwölf Jahre der Diktatur objektiv und subjektiv von der Wirklichkeit weitgehend gelöst hatte. Damit ist keine Herabsetzung verbunden. Im Gegenteil, denn gerade darin drückte sich im Nachhinein eine wesentliche Leistung der Widerstandsbewegung aus, zumal deren "falsches Bewußtsein" ihre politische Identität konservierte und ihre Träger vor aussichtslosen Aktionen bewahrte. Diese reaktivierten Inlandskräfte rekonstruierten nach dem Kriegsende die SPD. Die Funktionäre sind in der Regel über 40 Jahre alt, und ungefähr 75 % von ihnen wurden durch die Weimarer SPD politisch sozialisiert.<sup>194</sup>

Frühe Einflüsse der Rückkehrer? Der Verfasser der Richtlinien "Arbeit und Organisation einer örtlichen Verwaltungsstelle der Einheitsgewerkschaft", der sogen. 13 Aachener Punkte, Karl Mössinger, war Frankreich-Remigrant;<sup>195</sup> er stand in Verbindung mit Gottfurcht in London, dem er regelmäßig berichtete.<sup>196</sup> Die am 18. März 1945 gegrün-

192 Vgl. hierzu: Ulrich Herbert, *Fremdarbeiter. Politik und Praxis des "Ausländer-Einsatzes" in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches*, Berlin und Bonn 1985.

193 Erich Ollenhauer an I.P. Mayer, Brief vom 6. Februar 1945, in: AsD, *Emigration-Sopade*, 84.

194 Vgl. dazu vor allem Helga Grebing, *Zur Problematik der personellen und programmatischen Kontinuität in den Organisationen der Arbeiterbewegung in Westdeutschland 1945/46*, in: *Herkunft und Mandat. Beiträge zur Führungsproblematik in der Arbeiterbewegung*. Frankfurt/M. 1976, S.171ff.

195 Vgl. BHB, Bd.1, S.505.

196 Vgl. Jürgen Klein, *Vereint sind sie alles?*, a.a.O., S.167 und S.243.



dete und von der Besatzungsmacht zugelassene Aachener "Eintopfgewerkschaft" war identisch mit der von der britischen Landesgruppe konzipierten, nach Industriegruppen organisierten Einheitsgewerkschaft. Sie diente als Vorbild für die im April 1945 unter der amerikanischen Besatzung in Mitteldeutschland gegründeten Gewerkschaften.<sup>197</sup> An der SPD-Konferenz von Wennigsen vom 5. bis 7. Oktober 1945 nahmen neben den drei offiziellen Abgesandten der "Union", Ollenhauer, Heine und Schoettle, auch August Enderle (SAPD-Schweden), Jupp Kappius (ISK-Großbritannien) und Günter Markscheffel (SPD-Frankreich) teil.<sup>198</sup>

Während bei den Sozialdemokraten der individuelle Einsatz dominierte, fällt bei der KPD der Kollektivcharakter der frühen Initiativen auf: Aus der Schweiz gingen bereits vor Kriegsende "über 20"<sup>199</sup> KPD-Funktionäre illegal nach Deutschland, schwerpunktmäßig nach München und Südbaden. Ludwig Ficker als erster schon Anfang September 1944.<sup>200</sup> Süd- und Südwestdeutschland blieb entsprechend dem KPD-Organisationsstatut aus den dreißiger Jahren auch nach dem 8. Mai 1945 Zielgebiet der schweizerischen KPD-Emigrantengruppe, die mit tatkräftiger Unterstützung des OSS unmittelbar nach Kriegsschluß ca. 45 Mitglieder<sup>201</sup> — illegal, halblegal — außer Landes brachte. Viele Kommunisten und mit dem Nationalkomitee "Freies Deutschland" für den Westen (CALPO) kooperierende Sozialdemokraten aus der französischen Gewerkschaftsgruppe, von denen laut Jürgen Klein<sup>202</sup> 1945 schon 150 zurückgekehrt seien, waren ebenfalls in Frankfurt/M. stark vertreten.<sup>203</sup>

Wenn die KPD-Emigrationsleitung für Frankreich, Belgien und Luxemburg Ende Januar 1945 der Moskauer Zentrale mitteilte, daß sie versuchte, "Genossen legal in besetzte deutsche Gebiete zu entsenden",<sup>204</sup> dann war dies unter Berücksichtigung der tatsächlichen und rechtlichen Lage ein Bekenntnis zur Kooperation vor allem mit dem OSS. Der OSS-Verbindungsmann in der britischen KPD-Landesgruppe, Reinold Henschke, stand im direkten Kontakt mit dem Pariser CALPO-Ausschuß.<sup>205</sup> Aller Wahrscheinlichkeit nach wurden die etwa im April 1945 vom französischen Exil aus eingesetzten 12 KPD-Mitglieder sowie eine weitere Gruppe aus der Schweiz<sup>206</sup> unmittelbar im Rahmen der OSS-Aktion aktiv. Und auch hier fällt, wie generell, auf: Das OSS brachte mehr moskauorientierte Kommunisten nach Deutschland als Sozialdemokraten und Mitglieder von Splittergruppen. Ginge man von der Hypothese aus, daß die hier vorgestellten Operationen im Rahmen einer konzertierten alliierten Planung stattfanden, wofür viele Indizien sprechen (möglicherweise wurde diese "Kooperation" nur indirekt durch "Verrat" erfolgreich organisiert), dann könnte dies sehr einfach damit erklärt

197 A.a.O., S.179.

198 Vgl. Albrecht Kaden, *Einheit oder Freiheit. Die Wiedergründung der SPD 1945/46*, Berlin u.a. 1980, S.152. Dort ist August Enderle nicht erwähnt.

199 Günter Benser, *Die KPD im Jahre der Befreiung*, a.a.O., S.39.

200 Hans Teubner, *Exilland Schweiz. Dokumentarischer Bericht über den Kampf emigrierter deutscher Kommunisten 1933-1945*, Frankfurt/M. 1975, S.252.

201 Günter Benser, *Die KPD im Jahre der Befreiung*, a.a.O., S.75.

202 A.a.O., S.111.

203 Jürgen Klein, *Vereint sind sie alles?*, a.a.O., S.184.

204 Günter Benser, *Die KPD im Jahre der Befreiung*, a.a.O., S.35.

205 Ruth Werner (d.i. Ursula Beurton, geb. Kuczynski), *Sonjas Rapport*, 5. Aufl., Berlin (Ost) 1979, S.308.

206 Günter Benser, *Die KPD . . .*, a.a.O., S.35. Laut Hans Teubner, *Exilland Schweiz*, a.a.O., S.253 gingen im März/April 4 KPD-Mitglieder aus der Schweiz nach Deutschland.



werden, daß das OSS mehr Vertrauen in die kommunistische Disziplin als in die sozialdemokratischen Programme gesetzt hatte.

Von England aus führte der Leutnant Joseph Gould, 1944-45 beim OSS/Labor Division und seit Mai 1945 bei der Manpower Division des "Office of Military Government for Germany, United States" (OMGUS) in Berlin, nach eigenen Angaben fünf Operationen mit insgesamt sieben Mitgliedern der KPD-Exilgruppe in England durch. Seine Aufgaben umschreibt er schlicht als "intelligence" für die Streitkräfte. Zwar habe es "politische Untertöne" gegeben, doch seien sie nur von nachrangiger Bedeutung gewesen.<sup>207</sup>

Den Kontakt zwischen der KPD-Landesgruppe und dem OSS vermittelte in London Jürgen Kuczynski, damals Mitarbeiter beim United States Strategic Bombing Survey und gleichzeitig geheimer Verbindungsmann des sowjetischen militärischen Nachrichtendienstes GRU. Über seine Schwester Ursula, die hauptberuflich im Dienst der GRU stand, ließen sich die deutschen Kommunisten ihre Zusammenarbeit mit dem OSS durch die Moskauer Zentrale in allen Details genehmigen.<sup>208</sup> Mit gewisser Berechtigung dürfen daher auch die im April/Mai 1945 auf dem Territorium der Sowjetisch Besetzten Zone eingesetzten sogen. Initiativgruppen der Moskauer KPD-Emigration in Organisation und Aufgabenstellung mit den Operationen des OSS im Westen gleichgesetzt werden.<sup>209</sup> Allerdings war der Aktionsradius der ersteren ungleich größer. Dazu trug nicht nur die Tatsache bei, daß der für diese Aufgaben verantwortlichen Politischen Hauptverwaltung der Roten Armee schon während des Krieges gleich zweieinhalbtausend deutsche Mitarbeiter zur Verfügung standen, die nach Kriegsende innerhalb eines Jahres in die SBZ gebracht wurden.<sup>210</sup> Dort wurden sie bereits bei Kriegsende nicht nur im lokalen Rahmen eingesetzt, wie bei den Engländern und Amerikanern, sondern waren gleichzeitig auch regional aktiv. Damit war ihre Tätigkeit vergleichbar mit der geplanten zweiten Stufe des ursprünglichen sozialdemokratischen Einsatzplans, deren Durchführung allerdings die Amerikaner aus politischer Rücksichtnahme auf die Alliierten unterbunden hatten. Die KPD gewann auf diese Weise gegenüber der SPD einen organisatorischen Vorsprung von annähernd einem Jahr.

Aus dem Vergleich mit den kommunistischen Initiativgruppen folgt angesichts der Tatsache, daß das OSS mehr KPD-Exilierte nach Deutschland brachte als sozialdemokratische Emigranten, ebenfalls, daß die amerikanisch-britische Aktion zu Unrecht als anti-kommunistisch stigmatisiert wurde. Auch der Hinweis auf das Nationalkomitee "Freies Deutschland", wenngleich zumindest bei den Amerikanern ein Intelligence-Interesse an der freideutschen Bewegung zweifellos gegeben und im Operationskalkül relevant war oder es zu sein schien, trägt gleich aus mehreren Gründen nicht. Nicht zuletzt auch deshalb, weil einheits- und/oder volksfrontpolitische Tendenzen in den vor der deutschen

207 Mitteilung Joseph Goulds an den Verf. vom 7. Sept. 1984.

208 Vgl. Ruth Werner, Sonjas Rapport, a.a.O., S.306ff. — Ruth Werner schreibt über die OSS-Agenten etwas mißverständlich: "sie wurden hoch bezahlt und erhielten eine beachtliche Lebensversicherung" (a.a.O., S.308). Die Hinterbliebenen erhielten die damals bei amerikanischen Agenten übliche Lebensversicherungssumme von 10.000 Dollar; sofern die Agenten am Leben blieben, wurden sie während des Einsatzes mit 175 Dollar monatlich entlohnt.

209 Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in 8 Bden. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK dder SED, Berlin (Ost) 1966, Bd.5, S.435f.

210 Michail Ivanovič Semirjaga, Vtoraja mirovaja vojna i proletarskij internacionalizm. [Der Zweite Weltkrieg und der proletarische Internationalismus], Moskau 1962, S.203.



Kapitulation befreiten westlichen Ländern kaum eine Rolle spielten, vielmehr blieb der traditionelle Gegensatz zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus, mit einer gewissen Ausnahme in Norwegen, bestehen, er verschärfte sich nach Kriegsende sogar. Und auch die angebliche organisationspolitische Solidarität der Illegalen, die als Erklärung für einheitsfrontpolitische Emotionen instrumentalisiert wurde, ist in Wirklichkeit kaum zu belegen. Die Anstrengungen und Anspannungen des politischen Untergrundkampfes erzeugten in der Regel geradezu entgegengesetzte Wirkungen. Kurt Schumachers Hypothese, daß nicht diejenigen Sozialdemokraten, die 1933 für den illegalen Widerstand gegen den Nationalsozialismus eintraten, sondern vielmehr jene Kräfte, die 1933 einen Ausgleich mit dem nationalsozialistischen Regime anstrebten, sich nach 1945 ähnlichen Illusionen gegenüber dem Kommunismus hingaben und für die Einheit mit den Kommunisten eintraten, verdient in diesem Zusammenhang, festgehalten zu werden.

Schließlich steht als interpretatorisches Paradigma noch das von Lutz Niethammer entwickelte Bild einer konkurrierenden spontanen Antifa-Bewegung auf der einen und der Reste der traditionellen Organisationen, vertreten vor allem durch das Exil, auf der anderen Seite zur Diskussion. Abgesehen von dem Hinweis auf den physischen und psychischen Zustand der Individuen — man darf sich nicht darüber hinwegtäuschen, daß Care-Pakete, Kleidung usw. als Hilfsmaßnahmen des Exils an erster Stelle standen — fällt die Identität der Einsatzorte der OSS-Abgesandten und deren Verbindungsstrukturen mit den lokalen Schwerpunkten der Antifa-Bewegung unmittelbar ins Auge. Die eingesetzten Funktionäre waren praktisch und theoretisch systematisch in verdeckten Arbeitspraktiken geschult, in einzelnen Orten schalteten sie sich unter ihren Klar-, an anderen unter Decknamen in die Antifa-Bewegung aktiv ein. Kein Zweifel darf darüber bestehen, daß die Westalliierten im Rahmen von Kriegsgefangenen-Befragungen ein detailliertes Bild der Untergrundszenerie gewannen, und belegt ist schließlich zur Genüge, daß die Feldeinheiten des OSS unter Umgehung des Exils direkte Kontakte zu oppositionellen Inlandskräften herstellten und daß die Bereitschaft dazu auch in den Antifa-Ausschüssen sehr groß war. Für Spontaneität blieb kein Raum. Wendet man das im Exil entwickelte Schema auf die Antifa-Bewegung an, dann muß man zu dem Ergebnis kommen, daß sich sehr bald herausgestellt hatte, daß diese Form der politischen Bewegung primär von sentimentaler und nicht von realer politischer Signifikanz war. Positiv ergibt sich in einem Punkt objektiv eine Deckungsgleichheit zwischen der Haltung der SPD und der KPD. Beide Exilparteien stießen nach der Jalta-Konferenz auf Widerstände: Durch Eingriffe des State Departments wurde die OSS-Aktion, auf die die Exil-Sozialdemokratie große Hoffnungen gesetzt hatte, gestoppt; sie konnte nicht mehr im geplanten Ausmaß vom Exil politisch exploriert werden. Die KPD revidierte zur gleichen Zeit radikal ihr Nachkriegsprogramm von 1944 und beschränkte sich im wesentlichen auf Unterstützungsmaßnahmen für die Besatzungsmacht in dem von der Roten Armee okkupierten Teil Deutschlands.<sup>211</sup>

211 Vgl. Richtlinien für die Arbeit der deutschen Antifaschisten in dem von der Roten Armee besetzten deutschen Gebiet, in: Horst Laschitz, *Kämpferische Demokratie gegen Faschismus. Die programmatische Vorbereitung auf die antifaschistisch-demokratische Umwälzung in Deutschland durch die Parteiführung der KPD*, Berlin (Ost) 1969, S.247-153. Diese Richtlinien wurden als einziges Programmdokument der Exil-KPD aus dem Jahr 1945 vom Politbüro formell als Beschluß angenommen. Vgl. a.a.O., S.137.



Zusammenfassend bleibt festzuhalten, daß der Hauptakzent der vom OSS 1944/45 durchgeführten Aktionen mit Exilmitgliedern der KPD, der SPD und der Splittergruppen unzweideutig im Bereich der *Intelligence* lag. Zwar überwog das Interesse an militärischer Aufklärung, doch ging diese nahtlos in die politische Aufklärung über. Ihr Inhalt war vorrangig die Entnazifizierung. Ein positives politisches Kalkül stand noch 1945 bei den Amerikanern nicht auf der Tagesordnung, es wurde ausschließlich durch die politisch motivierten deutschen Mitarbeiter in diese Operationen hineingetragen. Das relative Übergewicht der Splittergruppen in den sozialdemokratischen Einsatzgruppen unterstreicht auf eine spezifische Weise das an diese Operationen allgemein geknüpfte politische Kalkül des Exils: Sie versuchten durch ihren Aktivismus einen organisationspolitischen Vorsprung vor der Sopade zu erzielen, um sich für die Zukunft in der SPD eine politische Präsenz zu sichern.

## **DIE MARX-REZEPTION IN SPANIEN (1869-1939)**

### **Von Pedro Ribas**

Wenngleich es für alle Länder zutreffend ist, daß man Internationalismus nicht mit Marxismus gleichsetzen kann, so bewahrheitet sich dies im Falle der spanischen Arbeiterbewegung doch in besonderem Maße. Denn von den siebziger Jahren des neunzehnten bis zu den dreißiger Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts war bei den spanischen Arbeitern der Anarchismus die treibende Kraft. Über die Ursachen des großen anarchistischen Einflusses nach den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts ist schon viel geschrieben worden. Ich möchte hier nur daran erinnern, daß dem Marxismus während der genannten Periode eine geringere Bedeutung zukommt als dem Anarchismus, sowohl was die gewerkschaftliche Mitgliedschaft als auch was die Anziehungskraft der kulturellen Vorbilder betrifft: Für die kulturelle Wichtigkeit der Anarchisten sprechen die beachtlichen Zahlen, die sie bei ihren Buch- und Presseveröffentlichungen erreichten, während die entsprechenden Zahlen der Marxisten erst in den dreißiger Jahren dieses Jahrhunderts an Bedeutung gewannen. Nach dieser Klarstellung möchte ich einige Bemerkungen über folgende Punkte machen: 1. Die Übersetzungen Marxscher Werke; 2. Den Ursprung des spanischen Marxismus; 3. Die Hauptzüge der spanischen Marx-Rezeption.

#### **1. Die Übersetzungen Marxscher Werke**

Zwischen 1869 und 1939 ist das "Manifest der Kommunistischen Partei" das meistübersetzte Buch von Marx. Die erste spanische Auflage erschien 1872 im Wochenblatt "La Emancipación" (Madrid, 1871-73). Das "Manifest" wurde in der Zeit von 1872 bis 1930 ungefähr alle fünf Jahre veröffentlicht.<sup>1</sup> Erst in den dreißiger Jahren gibt es einen spektakulären Zuwachs der Auflagen, wie aus der im folgenden abgedruckten Liste zu ersehen ist.

An zweiter Stelle der meistübersetzten Werke Marx' steht "Das Kapital", dessen erste Übersetzung ins Spanische 1886-87 in der föderalistischen Zeitung "La República" er-

<sup>1</sup> Siehe Pedro Ribas, *La introducción del marxismo en España*, Madrid 1981.



schiene ist. Es handelt sich dabei um eine sehr mangelhafte Übersetzung<sup>2</sup> der französischen Fassung von Joseph Roy. Das erste Buch des "Kapital" wurde 1897/98 von dem Argentinier Juan Bautista Justo erstmals direkt aus dem Deutschen übersetzt. Diese Übersetzung ist zuverlässig. Sie wurde, genau wie die vorhergehende, in Heftserien verkauft, wie dies bei für die Arbeiterschaft bestimmten Schriften üblich und vorteilhaft war. Im ganzen habe ich für den untersuchten Zeitraum sechs Ausgaben des "Kapital" gefunden, von denen eine außer dem ersten auch das zweite und dritte Buch enthält. Zu den erwähnten sechs Ausgaben kommen dann noch mindestens 16 Zusammenfassungen des "Kapital", von denen einige beträchtlichen Erfolg verzeichnen konnten, so daß man dieser Form des Hauptwerkes von Marx sogar eine gewisse Popularität zusprechen kann. Bei den Zusammenfassungen handelt es sich um Übersetzungen der französischen Fassung von Gabriel Deville und der italienischen von Carlo Cafiero. Will man eine Liste der ins Spanische übersetzten Werke von Marx erstellen, so sind folgende Titel hervorzuheben:<sup>3</sup>

| Titel:                                                          | Jahr:   |
|-----------------------------------------------------------------|---------|
| "Manifiesto inaugural de la Internacional" (AR)                 | 1869    |
| "Manifiesto inaugural de la Internacional" (AR)                 | 1870    |
| "La guerra civil en Francia" (AG)                               | 1871    |
| "La guerra civil en Francia" (AG)                               | 1871    |
| "Estatutos de la Asociación Internacional de Trabajadores" (AR) | 1872    |
| "Manifiesto del Partido Comunista" (KM)                         | 1872    |
| "Manifiesto inaugural de la AIT" (AR)                           | 1873    |
| "El Manifiesto Comunista" (KM)                                  | 1882    |
| "El capital" (K)                                                | 1886-87 |
| "La guerra civil en Francia" (AG)                               | 1886    |
| "Manifiesto inaugural de la Internacional" (AR)                 | 1886    |
| "Manifiesto del Partido Comunista" (KM)                         | 1886    |
| "Manifiesto del Partido Comunista" (KM)                         | 1886    |
| "El capital" (Kz)                                               | 1887    |
| "Misericordia de la filosofía" (MPh)                            | 1891    |
| "Manifiesto del Partido Comunista" (KM)                         | 1893    |
| "La guerra civil en Francia" (AG)                               | 1895    |
| "La guerra civil en Francia" (AG)                               | 1895    |
| "Manifiesto del Partido Comunista" (KM)                         | 1895    |
| "El capital" (K)                                                | 1897-98 |
| "Manifiesto inaugural de la Internacional" (AR)                 | 1901    |
| "Manifiesto del Partido Comunista" (KM)                         | 1901    |

2 Siehe Pedro Ribas, La primera traducción castellana de El capital, in: Cuadernos Hispanoamericanos, Nr. 420 (Juni 1985), S.201-210.

3 Folgende Abkürzungen werden dabei verwandt:

A = Auswahl; aB = Der achtzehnte Brumaire des Louis Napoleon; AG = Address of the General Council; AR = Address and Rules; AW = Ausgewählte Werke; AZ = Ansprache der Zentralbehörde an den Bund; DIE = Discours sur la question du libre échange; F = Ad Feuerbach; HF = Die Heilige Familie; Ip = L'indifferenza in materia politica; K = Das Kapital; Kz = Das Kapital, Zusammenfassung; KF = Die Klassenkämpfe in Frankreich; KM = Manifest der Kommunistischen Partei; KpÖ = Zur Kritik der politischen Ökonomie; LK = Lohnarbeit und Kapital; MPh = Misère de la philosophie; KHR = Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie; RP = Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei; SR = Die spanische Revolution.



| Titel:                                                   | Jahr: |
|----------------------------------------------------------|-------|
| "El capital" (Kz)                                        | 1903  |
| "El capital" (Kz)                                        | 1904  |
| "Discurso sobre el libre cambio" (DIE)                   | 1904  |
| "Manifiesto del Partido Comunista" (KM)                  | 1904  |
| "Manifiesto del Partido Comunista" (KM)                  | 1904  |
| "El capital" (Kz)                                        | 1905  |
| "El Manifiesto Comunista" (KM)                           | 1906  |
| "Precios, salarios y ganancias" (VP)                     | 1906  |
| "El capital" (Kz)                                        | 1907  |
| "Crítica de la economía política" (KpÖ)                  | 1910  |
| "Manifiesto del Partido Comunista" (KM)                  | 1912  |
| "El capital" (K)                                         | 1918  |
| "Manifiesto del Partido Comunista" (KM)                  | 1918  |
| "El capital" (Kz)                                        | 1922  |
| "Circular del Comité Central" (AZ)                       | 1923  |
| "Crítica de la economía política" (KpÖ)                  | 1923  |
| "La guerra civil en Francia" (AG)                        | 1923  |
| "La guerra civil en Francia" (AG)                        | 1923  |
| "La indiferencia en materia política" (Ip)               | 1923  |
| "Manifiesto inaugural de la Internacional" (AR)          | 1923  |
| "Manifiesto del Partido Comunista" (KM)                  | 1923  |
| "Precios, salarios y ganancias" (VP)                     | 1923  |
| "Manifiesto inaugural de la AIT" (AR)                    | 1924  |
| "Discurso sobre el libre cambio" (DIE)                   | 1927  |
| "La indiferencia en materia política" (Ip)               | 1927  |
| "Manifiesto Comunista" (KM)                              | 1927  |
| "Miseria de la filosofía" (MPh)                          | 1928  |
| "La revolución española" (SR)                            | 1929  |
| "El capital" (Kz)                                        | 1930  |
| "El Manifiesto Comunista" (KM)                           | 1930  |
| "El Manifest Comunista" (KM)                             | 1930  |
| "El Manifiesto Comunista" (KM)                           | 1930  |
| "El Manifiesto Comunista" (KM)                           | 1930  |
| "El capital" (K) <sup>4</sup>                            | 1931  |
| "El capital" (Kz)                                        | 1931  |
| "El capital" (Kz)                                        | 1931  |
| "La génesis del capital" (K, zwei Kapitel des 1. Buches) | 1931  |
| "La génesis del capital" (K, zwei Kapitel des 1. Buches) | 1931  |
| "Manifiesto del Partido Comunista" (KM)                  | 1931  |
| "Manifiesto del Partido Comunista" (KM)                  | 1931  |
| "Manifiesto del Partido Comunista" (KM)                  | 1931  |
| "Manifiesto del Partido Comunista" (KM)                  | 1931  |
| "Manifiesto del Partido Comunista" (KM)                  | 1931  |
| "Manifiesto del Partido Comunista" (KM)                  | 1931  |
| "El socialismo expuesto por Carlos Marx" (A)             | 1931  |
| "Trabajo asalariado y capital" (LK)                      | 1931  |
| "El capital" (Kz)                                        | 1932  |
| "El capital" (Kz)                                        | 1932  |
| "El capital" (Kz)                                        | 1932  |
| "El capital" (Kz)                                        | 1932  |

4 Es handelt sich um die erste spanische Übersetzung der drei Bücher des Kapital.



| Titel:                                                          | Jahr:   |
|-----------------------------------------------------------------|---------|
| "Critica del Programa de Gotha" (RP)                            | 1932    |
| "Manifiesto del Partido Comunista" (KM)                         | 1932    |
| "Manifiesto del Partido Comunista" (KM)                         | 1932    |
| "Manifiesto del Partido Comunista" (KM)                         | 1932    |
| "Manifiesto del Partido Comunista" (KM)                         | 1932    |
| "Precios, salarios y ganancias" (VP)                            | 1932    |
| "Precios, salarios y ganancias" (VP)                            | 1932    |
| "Tesis sobre Feuerbach" (F)                                     | 1932    |
| "Trabajo asalariado y capital" (LK)                             | 1932    |
| "Trabajo asalariado y capital" (LK)                             | 1932    |
| "Trabajo asalariado y capital" (LK)                             | 1932    |
| "Critica de la economía política" (KpÖ)                         | 1933    |
| "Miseria de la filosofía" (MPh)                                 | 1933    |
| "Salario, precio y ganancia" (VP)                               | 1933    |
| "Salario, precio y ganancia" (VP)                               | 1933    |
| "Trabajo asalariado y capital" (LK)                             | 1933    |
| "Trabajo asalariado y capital" (LK)                             | 1933    |
| "El capital" (K)                                                | 1934-35 |
| "Salario, precio y beneficio" (VP)                              | 1934    |
| "Salario, precio y beneficio" (VP)                              | 1934    |
| "Salario, precio y beneficio" (VP)                              | 1934    |
| "Trabajo asalariado y capital" (LK)                             | 1934    |
| "Trabajo asalariado y capital" (LK)                             | 1934    |
| "Trabajo asalariado y capital" (LK)                             | 1934    |
| "El capital" (K)                                                | 1935    |
| "El capital" (Kz)                                               | 1935    |
| "Precios, salarios y ganancias" (VP)                            | 1935    |
| "Critica del Programa de Gotha" (RP)                            | 1935    |
| "El 18 Brumario" (aB)                                           | 1935    |
| "Manifiesto del Partido Comunista" (KM)                         | 1935    |
| "Manifest del Partit Comunista" (KM)                            | 1935    |
| "El Manifiesto Comunista" (KM)                                  | 1935    |
| "Manifiesto Comunista" (KM)                                     | 1935    |
| "El socialismo expuesto por Carlos Marx" (A)                    | 1935    |
| "Critica del programa de Gotha" (RP)                            | 1936    |
| "El 18 Brumario de Luis Bonaparte" (aB)                         | 1936    |
| "Manifiesto inaugural" (AR)                                     | 1936    |
| "Manifiesto del Partido Comunista" (KM)                         | 1936    |
| "El Manifiesto Comunista" (KM)                                  | 1936    |
| "Manifest del Partit Comunista" (KM)                            | 1936    |
| "Manifiesto Comunista" (KM)                                     | 1936    |
| "El capital" (Kz)                                               | 1937    |
| "El capital" (Kz)                                               | 1937    |
| "Para la crítica de la 'Filosofía del derecho', de Hegel" (KHR) | 1937    |
| "La guerra civil en Francia" (AG)                               | 1937    |
| "La guerra civil en Francia" (AG)                               | 1937    |
| "Manifiesto inaugural de la AIT" (AR)                           | 1937    |
| "Manifiesto inaugural de la AIT" (AR)                           | 1937    |
| "Manifiesto Comunista" (KM)                                     | 1937    |
| "Manifiesto Comunista" (KM)                                     | 1937    |
| "El Manifiesto Comunista" (KM)                                  | 1937    |
| "Manifiesto Comunista" (KM)                                     | 1937    |



| Titel:                                  | Jahr: |
|-----------------------------------------|-------|
| "Manifiesto Comunista" (KM)             | 1937  |
| "Marx y la revolución española" (SR)    | 1937  |
| "Miseria de la filosofía" (MPh)         | 1937  |
| "Salario, precio y beneficio" (VP)      | 1937  |
| "Trabajo asalariado y capital" (LK)     | 1937  |
| "Crítica del Programa de Gotha" (RP)    | 1938  |
| "El 18 Brumario de Luis Bonaparte" (aB) | 1938  |
| "Economía política y filosófica" (?)    | 1938  |
| "Las luchas de clases en Francia" (KF)  | 1938  |
| "Manifiesto del Partido Comunista" (KM) | 1938  |
| "Manifiesto Comunista" (KM)             | 1938  |
| "Manifiesto Comunista" (KM)             | 1938  |
| "Manifiesto del Partido Comunista" (KM) | 1938  |
| "Obras escogidas" (AW)                  | 1938  |
| "Salario, precio y beneficio" (VP)      | 1938  |
| "Salario, precio y beneficio" (VP)      | 1938  |
| "Tesis sobre Feuerbach" (F)             | 1938  |
| "Trabajo asalariado y capital" (LK)     | 1938  |
| "Trabajo asalariado y capital" (LK)     | 1938  |

Ich sehe davon ab, die Liste der Übersetzungen von Werken Engels' hier anzuführen, denn sie würde, obwohl sie etwas kürzer ist, an dieser Stelle doch zu viel Platz einnehmen.

Aus den vorhergehenden Angaben kann man ersehen, daß in der Zeit von 1869 bis 1938 das "Manifest der Kommunistischen Partei" 45mal auf Spanisch erschienen ist.<sup>5</sup> Betrachtet man allerdings das Erscheinungsjahr, dann fällt auf, daß von diesen 45 Ausgaben nur 14 vor 1930 veröffentlicht worden sind. Das bedeutet, daß in den zwischen 1872 (Datum der ersten spanischen Übersetzung) und 1930 liegenden 58 Jahren nicht einmal ein Drittel der Übersetzungen erschienen ist, die dann in den zwischen 1930 und 1938 liegenden 9 Jahren zu finden sind. Mit anderen Worten: Während in den ersten sechzig Jahren der Rezeption des Maximus in Spanien nur alle fünf Jahre eine Ausgabe erscheint, so verfünffzehnfacht sich in den neun Jahren zwischen 1930 und 1938 die Zahl der Ausgaben des "Manifest". Dieser Zuwachs stellt jedoch keineswegs eine Ausnahme dar, die nur das "Manifest" betrifft, sondern auch bei den übrigen von mir ermittelten 900 Ausgaben marxistischer Werke von nichtspanischen Verfassern finden wir das gleiche Verhältnis von etwa einem Drittel der Auflagen vor 1930 und zwei Dritteln von 1930 bis 1938.

## 2. Der Ursprung des spanischen Marxismus

In Spanien wurde die Erste Internationale erst 1868 aufgrund der Septemberrevolution in der breiten Öffentlichkeit bekannt. Vor diesem Jahr kann man kaum von Kontakten zwischen der Internationale und den spanischen Arbeitervereinigungen sprechen. Bei den ersten ins Spanische übersetzten Schriften von Marx handelt es sich um die "Inauguraladresse der Internationalen Arbeiter-Assoziation" und "Der Bürgerkrieg in

<sup>5</sup> Ich lasse hier einige in Mexiko und Chile erschienene Ausgaben aus, weil nicht anzunehmen ist, daß sie in Spanien bekannt wurden.



Frankreich", die allgemein nicht der Autorenschaft von Marx, sondern der Internationale zugeschrieben wurden. Wie in den meisten europäischen Ländern wurde auch in Spanien der Name von Marx erst in Verbindung mit der Internationale bekannt. Diese Schriften wurden jedoch weder aus dem Deutschen als der Sprache von Marx noch aus dem Englischen als der am Sitz der Internationale gesprochenen Sprache, sondern aus dem Französischen übersetzt. Die französische Sprache war in Spanien das Mittel der kulturellen Kommunikation mit Europa, ein Mittel, das erst in der heutigen Zeit durch die englische Sprache ersetzt worden ist. Den Grund für diesen bedeutenden Einfluß des französischen Sozialismus in Spanien darf man aber nicht nur in der Sprache suchen, sondern man muß auch den Aufenthalt von Spaniern in Frankreich und von Franzosen in Spanien in Betracht ziehen. Man kann es als einen Glücksfall für die spanischen Internationalisten ansehen, daß Paul Lafargue nach Spanien flüchtete, um nach der Niederschlagung der Commune der Verfolgung durch die französische Polizei zu entgehen. Es existieren Dokumente, aus denen die Wichtigkeit der Rolle Lafargues bei der Verbreitung der Schriften von Marx und bei der Bekämpfung der Bakunisten klar hervorgeht. Somit ist Frankreich das Land, durch das der Sozialismus nach Spanien kommt. Und zwar werden nicht nur die Schriften von Marx aus dem Französischen ins Spanische übersetzt, sondern französische Texte werden sogar unübersetzt durch die spanische sozialistische Presse vertrieben.<sup>6</sup> Wenn man die ersten Jahre des offiziellen Organs der spanischen Sozialisten, des Wochenblattes "El Socialista" (1886-1939), analysiert, so sticht die Größe dieses französischen Einflusses sofort ins Auge. Die französischen sozialistischen Verfasser nehmen sowohl bei dem genannten Wochenblatt als auch bei den Broschürensammlungen der spanischen Sozialisten eine Vorzugsstellung ein: Nicht nur das Format des französischen "Le Socialiste" wird von "El Socialista" nachgeahmt, sondern sogar ein großer Teil der veröffentlichten Artikel ist ohne Quellenangabe der französischen Zeitung entnommen. Jules Guesde erfuhr in diesen Jahren eine besondere Beachtung. Seine Broschüre "La loi des salaires et ses conséquences" ist in den letzten fünfzehn Jahren des neunzehnten Jahrhunderts mindestens fünfmal auf Spanisch erschienen und stellt somit einen Beweis dafür dar, daß die spanischen Sozialisten auch ohne eine direkte Kenntnis der Werke von Ferdinand Lassalle lassalleanisch beeinflusst wurden.

Den größten französischen Erfolg hatte in Spanien die Zusammenfassung des "Kapital" zu verbuchen, die Gabriel Deville 1883 unter dem Titel "Le capital de Karl Marx. Résumé et accompagné d'un aperçu sur le socialisme scientifique" veröffentlicht hatte. Die spanische Übersetzung dieser Zusammenfassung wurde mehrmals gedruckt, aber erst durch die von 1903 an beim Sempere Verlag (Valencia) erschienenen Ausgaben erreichte sie eine weite Verbreitung. Betrachten wir dagegen die gesamte Zeitspanne von 1869 bis 1939, so ist es weder Guesde noch Deville, der die meisten spanischen Übersetzungen für sich verbuchen kann. Es sind die Arbeiten von Lafargue und Jean Jaurès, die während der ganzen Periode am meisten veröffentlicht wurden, wobei sich der Einfluß Lafargues zur Zeit seines Aufenthaltes in Spanien (1871/72) besonders bemerkbar macht. Durch seine publizistische Begabung erlangte Lafargue, der durch die Vielzahl seiner In-

6 Die französische Übersetzung des Kapital wurde in Spanien von dem Wochenblatt La Emancipación (1871-73) vertrieben.



teressen (Feminismus, Kunst, Literatur, Sprache) und seinen Esprit ein breites Publikum ansprach, eine große Popularität. Als Verfasser von Büchern und Broschüren nimmt Lafargue unter den französischen Marxisten den ersten Platz ein, während er, was Zeitungsartikel anbelangt, von Jaurès übertroffen wird. Der Einfluß des französischen Sozialismus in Spanien läßt sich an folgenden Beispielen ermesen:

1. Die erste Übersetzung des "Kapital" basierte nicht auf dem deutschen Originaltext sondern auf der französischen Fassung von J. Roy.
2. In der spanischen sozialistischen Presse werden französische Publikationen (Bücher und Zeitschriften) angekündigt, bei denen es sich oft um Übersetzungen ins Französische von nichtfranzösischen Verfassern wie Marx, Engels, Kautsky, Lenin, usw. handelt.
3. Eine große Anzahl der Artikel, die in spanischen sozialistischen Veröffentlichungen erscheinen, stammt aus der französischen Presse.<sup>7</sup>

Stellte Frankreich die Verbindung zu Europa dar, so war Deutschland die wichtigste Quelle, aus der Spanien mit der Theorie des Sozialismus versorgt wurde. Obwohl es kaum Beziehungen zwischen den spanischen und den deutschen Marxisten gab,<sup>8</sup> kann man doch seit dem Sozialistengesetz von einem Gefühl der Bewunderung und Sympathie für die deutschen Sozialisten sprechen. Blättert man die spanische sozialistische Presse der achtziger und neunziger Jahre durch, so merkt man bald, mit welchem Interesse die Stimmengewinne der deutschen Sozialisten bei Wahlen verfolgt wurden. Genau wie bei der spanischen macht sich auch bei der deutschen sozialistischen Presse ein gewisses Abhängigkeitsphänomen in Bezug auf die wichtigste Nachrichtenquelle bemerkbar: in beiden Fällen ist es die französische sozialistische Presse. Mit anderen Worten, sowohl die spanischen als auch die deutschen Sozialisten bedienen sich der französischen Medien, um durch sie Informationen über das Nachbarland zu erhalten.

Es ist nur natürlich, daß in der Liste der Übersetzungen Marx und Engels unter den deutschen Theoretikern den ersten Platz einnehmen.<sup>9</sup> Es gibt kaum einen wichtigen deutschen Marxisten, der nicht übersetzt wurde. Karl Kautsky gebührt dabei ein besonderer Platz. In der Zeit der Zweiten Internationale hielt man ihn für den Hüter des wahren Marxschen Denkens. Die 31 Ausgaben von spanischen Übersetzungen seiner Schriften sind ein Beweis seines Einflusses. Das erste auf Spanisch erschienene Buch Kautskys, die "Agrarfrage", scheint dabei von besonderer Wichtigkeit gewesen zu sein. Er verteidigt darin den Standpunkt, daß die Landwirtschaft bei der sozialen Revolution nur eine untergeordnete Rolle spiele und daß es unabwendbar zum Verschwinden der kleinen Landwirte kommen werde. Es fällt auf, daß die Kautskyschen Ideen über den sich notwendigerweise ergebenden Sieg des Proletariats und die unumgängliche Demokratie als Weg zum Sozialismus ein bedeutend größeres Echo fanden als die Schriften

7 Siehe S. Castillo, *Las relaciones de la prensa obrera francesa y El Socialista (1886-1890)*, in: *Revista de Trabajo*, Nr. 56 (1976), S. 85-136.

8 Im Gegensatz zu Frankreich gab es zwischen dem spanischen und dem deutschen Sozialismus kaum persönliche Kontakte, mit Ausnahme der flüchtigen Begegnungen, die die internationalen Kongresse notwendigerweise mit sich brachten.

9 Dieser Platz steht Marx und Engels nur in Bezug auf Bücher und Broschüren zu. Als Autoren von Artikeln und Fragmenten in der sozialistischen und kommunistischen Presse nehmen sie nach Jean Jaurès, Paul Lafargue und Emile Vandervelde einen untergeordneten Platz ein.



von Rosa Luxemburg über Massenstreik und Revolution. Abgesehen von "Massenstreik, Partei und Gewerkschaften", dessen spanische Übersetzung von Dezember 1908 bis September 1909 in "El Socialista" veröffentlicht wurde, findet man vor 1930 kaum eine Schrift von Rosa Luxemburg. Ab 1930 sind es besonders die kommunistisch orientierten Organisationen, die sich mit Rosa Luxemburg beschäftigen, von deren Schriften ich im Ganzen nur zehn spanische Übersetzungen (Bücher und Broschüren) gefunden habe.

Wenn wir die deutschsprachigen marxistischen Verfasser nach der Zahl ihrer spanischen Übersetzungen in dem Zeitraum 1869-1939 ordnen, so erhalten wir folgende Liste:<sup>10</sup>

| Autor:                          | Anzahl der Ausgaben: |
|---------------------------------|----------------------|
| Marx, Karl                      | 99 <sup>11</sup>     |
| Marx, Karl und Friedrich Engels | 49 <sup>12</sup>     |
| Engels, Friedrich               | 77                   |
| Kautsky, Karl                   | 31                   |
| Bebel, August                   | 14                   |
| Luxemburg, Rosa                 | 10                   |
| Beer, Max                       | 6                    |
| Bauer, Otto                     | 5                    |
| Sombart, Werner                 | 5                    |
| Mehring, Franz                  | 4                    |
| Zetkin, Clara                   | 4                    |
| Wolf, Michael                   | 3                    |
| Bernstein, Eduard               | 2                    |
| Noske, Gustav                   | 2                    |
| Pieck, Wilhelm                  | 2                    |
|                                 | <hr/> 313            |

Fügt man dieser Liste die Schriften von Autoren hinzu, von denen ich nur eine Übersetzung gefunden habe, so nähert man sich der Zahl 330, einer Zahl, die im Zeitraum von 1869-1939 nur von den sowjetischen Verfassern übertroffen wurde.

In den Jahren 1931-1939 wird Spanien regelrecht von sowjetischer Literatur überschwemmt. Schon in den 20er Jahren hatten die russische Revolution und die Sowjetunion als das Land, das den Kapitalismus besiegt und an dessen Stelle eine kommunistische Gesellschaftsordnung gestellt hatte, in Spanien ein großes Prestige erlangt, das die Diktatur Primo de Riveras bekämpfte. Breite Schichten der spanischen Bevölkerung glaubten dann mit dem Ende der Diktatur und dem Beginn der Republik den Zeitpunkt gekommen, da Spanien dem Beispiel der russischen Revolution folgen konnte. Durch die Verbreitung von Literatur, die nicht nur eine politische Botschaft enthielt, sondern die sich auch als Mittel einer ästhetischen, wissenschaftlichen und pädagogischen Er-

10 In der Liste werden nur diejenigen Autoren berücksichtigt, von denen ich mehr als eine Übersetzung gefunden habe.

11 Was Marx betrifft, so darf man nicht vergessen, daß ein so wichtiges Werk wie Die deutsche Ideologie nicht übersetzt wurde und daß Die heilige Familie erst 1938 in Argentinien auf Spanisch erschien, was wahrscheinlich bedeutet, daß dieses Werk Spanien nicht erreichte.

12 Die früher erwähnten 45 Ausgaben des Manifest sind in dieser Zahl enthalten.



neuerung verstand, wurde die Hoffnung auf eine Gesellschaft erweckt, die endlich eine Möglichkeit sah, die alten spanischen Unzulänglichkeiten auf dem Gebiet der Gleichheit und Gerechtigkeit auszurotten. So stellt sich also heraus, daß die sowjetischen marxistischen Verfasser die deutschsprachigen in den dreißiger Jahren überholen, wie aus der Liste der fünfzehn meistübersetzten Autoren klar hervorgeht:

| Autor:                            | Ausgaben (1869-1939): |
|-----------------------------------|-----------------------|
| Marx, Karl                        | 99                    |
| Marx, Karl und Friedrich Engels   | 49                    |
| Engels, Friedrich                 | 77                    |
| Lenin, Wladimir Iljitsch          | 97                    |
| Stalin, Jossif Wissarionowitsch   | 68                    |
| Trotsky, Lew Dawidowitsch         | 46                    |
| Lafargue, Paul                    | 36                    |
| Kautsky, Karl                     | 31                    |
| Jaurès, Jean                      | 29                    |
| Dimitroff, Georgi                 | 27                    |
| Deville, Gabriel                  | 26 <sup>13</sup>      |
| Bucharin, Nikolai Iwanowitsch     | 22                    |
| Guesde, Jules                     | 20                    |
| Losowski, Solomon Abramowitsch    | 16                    |
| Plechanow, Georgi Walentinowitsch | 16                    |
| Manuilski, Dmitri Sacharowitsch   | 14                    |

Mit Ausnahme von Plechanow und Michail Iwanowitsch Tugan-Baranowski war keiner der russischen oder sowjetischen Theoretiker vor 1919 ins Spanische übersetzt worden. Fast alle Übersetzungen sind in der kurzen Zeitspanne von 1930 bis 1938 erschienen. Italien steht — der Bedeutung seines Einflusses auf die spanischen Marxisten nach — an vierter Stelle. Enrico Ferri, Filippo Turati, Antonio Labriola und Palmiro Togliatti spielten eine wichtige Rolle, indem sie anfangs den Positivismus unterstützten, der sowohl für den italienischen wie auch für den spanischen Marxismus der Zweiten Internationale typisch war, und später, zur Zeit der Dritten Internationale, durch Togliattis Tätigkeit als Delegierter der Komintern. Der italienische Einfluß auf den spanischen Marxismus ist wahrscheinlich größer als eine bloße Liste der übersetzten Werke uns glauben machen könnte, denn oft stellt die italienische Sprache — besonders bei gebildeten Lesern — keine Schranke für die direkte Verständigung zwischen beiden Völkern dar. Trotz der relativ wenigen auf Spanisch erschienenen italienischen Schriften möchte ich behaupten, daß durch die menschlichen Kontakte und die Lektüre von italienischen Büchern und Zeitschriften ein wichtiger Einfluß sehr wohl vorhanden war. Dagegen stellt das Fehlen eines britischen Einflusses keine Überraschung dar, besonders wenn man bedenkt, daß zu dieser Zeit nicht einmal in England selbst von einer großen Bedeutung des Marxismus die Rede sein kann.

13 Diese Zahlenangaben, genau wie die vorigen, entsprechen dem gegenwärtigen Stand meiner Forschung, was bedeutet, daß sie möglicherweise noch Änderungen unterworfen sind.



### 3. Die Hauptzüge der spanischen Marx-Rezeption

Ich möchte jetzt einige Betrachtungen darüber anstellen, wie die Marx-Rezeption in Spanien sich vollzog. Dabei soll hier nicht auf das Problem eingegangen werden, das sich aus dem häufigen Mangel an Zuverlässigkeit oder Qualität der Übersetzungen ergibt. Teilweise habe ich dieses Thema andernorts schon behandelt. Wenn es darum geht, Begriffe genau zu definieren, so ist die Zuverlässigkeit einer Übersetzung natürlich von größter Bedeutung. Ich bin aber der Meinung, daß dieses Problem in den Anfängen der marxistisch orientierten Arbeiterbewegung nur von sekundärer Bedeutung war, da sich zu dieser Zeit die politische und gewerkschaftliche Tätigkeit hauptsächlich auf die Publikation von Zeitungen und Zeitschriften und Versammlungstätigkeit beschränkte. Ich möchte hier kurz auf folgende Themen eingehen:

- a) In welchem theoretischen Kontext erfolgte die Marxrezeption?
  - b) Gab das Marxsche Denken Anlaß zu einer Interpretation der spanischen Wirklichkeit und wenn ja, inwiefern?
  - c) Kann man in dem hier untersuchten Zeitraum von einem endogenen Marxismus sprechen?
- a) Der Marxismus wurde in Spanien im Kontext des Positivismus des neunzehnten Jahrhunderts rezipiert. Aus dieser Tatsache lassen sich einige Züge des frühen spanischen Marxismus erklären, denn im letzten Drittel des vorigen Jahrhunderts spielte der Positivismus in Spanien eine bedeutende Rolle. Der Positivismus brachte überhaupt auf geistigem Gebiet eine wichtige Wendung mit sich,<sup>14</sup> die nicht nur akademische Kreise sondern auch breite Schichten der übrigen Bevölkerung betraf. In den akademischen und kulturellen Zentren wie z.B. dem Madrider Ateneo bildete der Einfluß der materialistischen Ideen von Karl Vogts, Jakob Moleschott, Ludwig Büchner und Ernst Haeckel, der Psychologie von Gustav Theodor Fechner und Wilhelm Wundt, des Darwinismus, der Soziologie von Auguste Comte und Herbert Spencer die Grundlage für die wissenschaftliche Diskussion. Gleichzeitig waren diese Ideen in den Händen der Liberalen eine Waffe gegen den katholischen Integrismus und ein Argument gegen moralische und rechtliche Ideen, die eine ewige Ordnung in Natur und Gesellschaft bewahren wollten. So wurde der Ideenkampf zu einem politischen Kampf, der dem Positivismus in seinen verschiedenen Formen zu einer Popularität verhalf, die sich nur dadurch erklären läßt, daß er gerade jene Schranken niederriß, die der Integrismus gegen die Souveränität des Volkes errichtet hatte und um deren Aufrechterhaltung er sich beharrlich bemühte. Diese Popularität läßt sich anhand zahlreicher Beispiele nachweisen, die sowohl in der zeitgenössischen Presse wie auch in den Romanen von Benito Pérez Galdós oder Leopoldo Alas anzutreffen sind.

Die Verbreitung des Marxismus beginnt in den siebziger und achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts inmitten der kulturellen Wende, die der Positivismus mit sich brachte. Man kann also mit Recht sagen, daß der Positivismus den theoretischen Kontext bildete, in dem sich der Marxismus als soziale Theorie und Geschichtsphilosophie entwickelte. Und ich bin sogar der Meinung, daß den Marxisten dieses positivistische Klima besonders zusagte, denn sie wollten beweisen, daß der Sozialismus keine schwärmerische

14 Siehe D. Núñez, *La mentalidad positiva en España*, Madrid, 1975.



Phantasie sondern eine soziale Theorie auf wissenschaftlicher Grundlage war. Dafür stellte der Positivismus mit seinem Akzent auf der Wissenschaft eine angemessene Hülle dar.

In der ersten Marxbiographie, die in dem spanischen sozialistischen Organ "El Socialista" erscheint, wird ganz deutlich diese wissenschaftliche Seite als dem Marxschen Sozialismus innewohnende Eigenschaft hervorgehoben: "Marx und Engels haben den Sozialismus zu einer Wissenschaft gemacht, deren Theorien auf der gründlichsten Untersuchung der bestehenden sozialen Phänomene beruhen. Die Chemie, die Physik, alle Wissenschaften haben die gleichen Phasen durchlaufen wie der Sozialismus; nur nach einer sehr langsamen Bearbeitung haben sie die Domänen der Phantasie verlassen, um sich in die der geduldigen Beobachtung und positiven Deduktion zu begeben".<sup>15</sup> Und drei Jahre zuvor, als der spanische Sozialist Jaime Vera die erste theoretische Arbeit über den Marxschen Sozialismus abgefaßt hatte, war der wissenschaftliche Akzent noch offensichtlicher. Bei Vera wirken die Tendenzen, die Marx im Kapitalismus aufweist, wie eherne Gesetze, die unbedingt zum Zusammenbruch des Kapitalismus führen müssen.<sup>16</sup> Der positivistische Geist war auch in folgenden, weit verbreiteten Arbeiten enthalten: "Socialismo utópico y socialismo científico", die spanische Übersetzung des Lafargueschen Auszugs aus dem "Anti-Dühring", erfuhr zwischen 1886 und 1908 nicht weniger als 7 Auflagen, eine Anzahl, die nur vom "Manifest" übertroffen wird. Auch die spanischen Übersetzungen der Schriften des Italieners Enrico Ferri zeigen die Verbindung von Positivismus und Sozialismus, in der man einen besonderen Einfluß der evolutionistischen Biologie sehen kann. Der spanische Sozialist José Verdes Montenegro schrieb 1904 eine "Ethik",<sup>17</sup> in der dieser Einfluß so stark ist, daß er uns "eine Ethik ohne Metaphysik, eine Ethik nach Art und Weise der Physik oder jeder x-beliebigen anderen Wissenschaft"<sup>18</sup> anbieten will, wobei er sich auf die Soziologie und den organischen Evolutionismus jener Epoche stützt, während er die wirtschaftliche Struktur der Gesellschaft als Rahmen der sozialen Beziehungen kaum analysiert. Daraus resultiert dann ein Handbuch der Moral, in dem sowohl der Begriff der Ausbeutung als auch der der Gerechtigkeit fehlen.

Da ich hier nicht auf Einzelheiten eingehen kann, möchte ich in folgenden Thesen den von den spanischen Sozialisten verfochtenen theoretischen Kontext der Marxrezeption zusammenfassen:

1. Der Kapitalismus *muß* zugrundegehen, weil er seine historische Mission erfüllt hat.
2. Die Arbeiterklasse ist die gegenwärtige Trägerin des historischen Fortschritts.
3. Der Sozialismus ist das notwendige Resultat des notwendigen Zusammenbruchs des Kapitalismus.

b) Der Marxismus wurde in Spanien von Arbeitern rezipiert. Vor dem zweiten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts gab es kaum Intellektuelle in der sozialistischen Partei. Deshalb kann die Schwäche der Theorie für niemandem eine Überraschung bedeuten. Es sind die Arbeiter, die die sozialistische Presse (sowohl die Zeitungen wie auch die Zeit-

15 Carlos Marx, in: El Socialista vom 28.5.1886.

16 Siehe Jaime Vera, Informe a la Comisión de Reformas Sociales, Madrid 1884.

17 J. Verdes Montenegro, Boceto de ética científica, Alicante 1904.

18 A.a.O., S.3.



schriften) verlegen. Es ist in der Tat bemerkenswert, daß Drucker wie José Mesa, Pablo Iglesias oder Antonio García Quejido in der Lage waren, ihre Blätter zu halten, einige sogar über Jahrzehnte, wie "El Socialista" (1886-1939). Und das ist gerade der Beweis dafür, daß sich die Arbeiter durch das Fehlen von Intellektuellen in Partei und Gewerkschaft gezwungen sahen, deren Stelle einzunehmen.

Wenn man zu erklären versucht, warum es in den Schriften der spanischen Sozialisten so wenige Analysen der spanischen Wirklichkeit gibt, so scheint diese Abwesenheit von Intellektuellen ein wesentlicher Grund zu sein. Und man sollte auch als erstes die Tatsache festhalten, daß der spanische Marxismus vor 1930 keine umfassende Analyse der Landwirtschaft, der Industrie oder der sozialen Lage überhaupt zustande gebracht hat. So stellt sich also heraus, daß eine Ideenströmung, die sich als wissenschaftlich begründet und als Trägerin der neuen Gesellschaft versteht, den Aufgaben des Sozialismus kaum entsprechende wissenschaftliche Arbeit widmet. Die wenigen auffindbaren wissenschaftlichen Schriften sind entweder von Nicht-Sozialisten oder von Sozialisten ausländischer Herkunft verfaßt worden.

Ich möchte hier nur auf ein einziges Problem, das ich allerdings für entscheidend halte, eingehen, nämlich auf die Landwirtschaft. Um 1900 arbeiteten über zwei Drittel der spanischen Bevölkerung auf dem Lande und nur 15% in der Industrie. Die Industriearbeiter stellten also eine Minderheit dar, während die Bauern die große Mehrheit ausmachten. Trotzdem hatte man bei den Sozialisten oft den Eindruck, als existierten die Landarbeiter überhaupt nicht. Es ist nicht einfach zu erklären, warum man die Landarbeiter derart übersehen hat, aber es ist eine historische Tatsache, daß die Sozialisten erst 1918 ein Agrarprogramm verabschiedeten. Miguel de Unamuno, der einige Jahre lang Mitglied der sozialistischen Partei war, schrieb in den "Sozialistischen Monatsheften", daß der spanische Sozialismus außer seiner Irreligiosität noch eine weitere negative Tendenz aufweise, die darin bestünde, daß ihm ein ernsthaftes Interesse für die Agrarprobleme abginge.<sup>19</sup>

Das Übergehen der Bauern hatte wahrscheinlich verschiedene Ursachen. Man darf aber nicht vergessen, daß sich die Bauern, als Arbeiter der zukünftigen sozialistischen Gesellschaft, nicht von den Industriearbeitern unterscheiden sollten. Denn der frühe Marxismus ging davon aus, daß sich die Landwirtschaft langsam zu einer Industrie entwickeln würde. In einer solchen Landwirtschaft hören die Kleinbauern, Pächter, Großgrundbesitzer, usw. auf zu existieren und machen einer Art von Landwirtschaft Platz, die ihre eigenen historischen Charaktere aufgegeben hat, um die der Industrie anzunehmen. Diese Voraussetzungen spielten bei der Behandlung der Bauern bestimmt eine Rolle. Auf keinen Fall aber darf man vergessen, daß die spanischen Sozialisten bis 1918 weder ein ernsthaftes Studium der Landwirtschaft durchführten noch die Spezifik der landwirtschaftlichen Arbeit berücksichtigten.

In dem genannten "Informe" von Jaime Vera steht der Gegensatz von Bourgeoisie und Proletariat im Vordergrund, dagegen fehlen Hinweise auf die Bauern völlig. Das Schema Bourgeoisie — Proletariat, das aus dem "Kommunistischen Manifest" stammt und

19 Miguel de Unamuno, Der Sozialismus in Spanien, in: Sozialistische Monatshefte, Jg.1 (1897), S.475-487.



das eine so große Rolle in den schlichten Prinzipien des frühen Marxismus spielt,<sup>20</sup> verbindet sich mit einem anderen Begriffskomplex, in dem das Proletariat als Träger der wirklichen Interessen der Menschheit die progressive Tendenz der Geschichte verkörpert, weil es rationell die Produktionskräfte fördern und nutzen will. Der von Marx im Vorwort des ersten Buches des "Kapital" formulierte Satz: "Das industriell entwickelte Land zeigt dem minder entwickelten nur das Bild der eigenen Zukunft",<sup>21</sup> wurde von den frühen spanischen Sozialisten in der gleichen Richtung ausgelegt wie von den russischen, was zur Folge hatte, daß die Bauern, obwohl sie die Mehrheit ausmachten, nicht als Träger der Zukunft sondern als Überbleibsel der Vergangenheit angesehen wurden. Kautskys "Agrarfrage" erschien 1903 in spanischer Übersetzung. Das Buch wurde als Bestätigung der von den spanischen Sozialisten praktizierten Politik aufgefaßt. Man ging so weit, daß man die Idee des Großbetriebes als die Organisationsform der Landwirtschaft der Zukunft auf die andalusischen Latifundien übertrug, die sodann als beste Vorbedingung für die Sozialisierung angesehen wurde. So wurde die Landwirtschaft nicht als eigenständiges Problem verstanden, sondern als ein Gebiet, auf dem die Gesetze der Konzentration des Kapitals die gleiche Wirkung haben würden wie in der Industrieproduktion, als ein Problem also, das man beim damaligen Stand der Dinge noch nicht zu analysieren brauchte, weil es ja doch bald ganz anders aussehen würde, oder, wie man in "El Socialista" lesen konnte: "Man kann sagen, daß sich das Agrarproblem von selbst löst."<sup>22</sup>

Man muß also die konkrete Frage, ob die spanischen Sozialisten den Marxismus als Mittel die Wirklichkeit zu analysieren gebrauchten, verneinen, da die soziale Wirklichkeit des größten Teiles der spanischen Bevölkerung kaum direkt analysiert wurde. Vielmehr ging man von rezipierten allgemeinen Schemata aus. Erst als die steigende Zahl der Parteimitglieder aus dem Bauernstand es unmöglich machte, ihre Stimmen weiterhin totzuschweigen, sah sich die Partei gezwungen, ihre offizielle Haltung zur Agrarfrage zu ändern.<sup>23</sup> Das 1918 endlich gebilligte Agrarprogramm war das Resultat dieses Basisdruckes, doch kam darin der Kompromiß zwischen längst angenommenen Schemata und aktuell existierenden Problemen zu deutlich zum Ausdruck. Die brisanten Themen wie das des Grundbesitzes und des Elends der besitzlosen Landarbeiter blieben weiterhin ausgespart. Nach Malefakis war die Agrarfrage eine der wichtigsten wenn nicht die wichtigste Ursache überhaupt, die zum Bürgerkrieg von 1936-39 führte. Zwar wurde während der Republik eine Agrarreform unternommen, da sie aber nicht konsequent

20 Im Vulgärmarxismus der achtziger Jahre bildet der Gegensatz Bourgeoisie — Proletariat die Grundlage des Klassenkampfes, der Revolution und des notwendigen Sieges des Proletariats.

21 Zitiert nach: Karl Marx und Friedrich Engels, Werke. Hrsg. vom IML beim ZK der SED, 42 Bde, 3 Erg.bde, Berlin/DDR 1959-1985, Bd.23, S.12.

22 Zitiert nach: El problema agrario, in: El Socialista vom 18.9.1896.

23 In der sozialistischen Gewerkschaft Unión General de Trabajadores (UGT, 1888 gegründet) waren die Bauern kaum vertreten. Erst 1918 erreichten sie 11% der Mitgliedschaft. In den dreißiger Jahren, während der zweiten Republik, brachten sie es in der Gewerkschaft erstmalig zu einem entscheidenden Gewicht. Die Federación Nacional de Trabajadores de la Tierra (FNTT, 1930 als Filiale der UGT gegründet) bestand 1933 aus 450.000 Mitgliedern, was etwa die Hälfte der Gesamtmitgliedschaft der UGT ausmacht. Innerhalb der Partei waren die Bauern schon viel früher in größerer Zahl vertreten, aber obwohl ihr Anteil 1915 bereits 55% betrug, nahmen sie in der Parteiführung keine wichtige Stelle ein. Siehe E. Malefakis, *Agrarian Reform and Peasant Revolution in Spain*, Ann Arbor, Michigan 1970; P. Biglino, *El socialismo español y la cuestión agraria, 1890-1936*, Madrid 1986.



durchgeführt wurde, trug diese Tatsache noch dazu bei, der Geduld der Bauern ein Ende zu bereiten.

c) Die Frage, ob es während der Jahre 1869-1939 in Spanien einen endogenen Marxismus gab, läßt sich nicht ohne weiteres beantworten. Es ist zuerst nötig, klarzustellen, was man unter Marxismus verstehen will. Wenn man unter Marxismus eine philosophische Strömung oder eine methodologische Richtung der soziologischen und geschichtlichen Wissenschaften versteht, so würde ich sagen, daß man kaum von spanischem Marxismus sprechen kann. Wenn man unter Marxismus jedoch eine politische und soziale Bewegung versteht, an der sich die politische Praxis von Arbeiterorganisationen orientierte, kann man sehr wohl von spanischem Marxismus reden, was gleichbedeutend ist mit den gesellschaftlichen Zielen all jener Parteien und Gewerkschaften, die Ideen von Marx als Prinzipien ihres Handelns für sich in Anspruch nahmen.

Im Gegensatz zu Frankreich oder Deutschland konnte das Marxsche Denken in Spanien die theoretische Führung im Sozialismus sogar konkurrenzlos übernehmen, da es hier weder einen Proudhon noch einen Lassalle gab: Im akademischen Sinne kann man kaum von Theorieproduktion sprechen. Es mangelt zu dieser Zeit nicht nur an theoretischen Arbeiten über die Agrarfrage sondern auch an gründlichen Studien über Marx und sein Werk. — Es sind in erster Linie die spanischen Marxisten selbst, die die Theoriedefizite zur Sprache gebracht haben,<sup>24</sup> aber auch in der ausländischen Historiographie ist davon die Rede.<sup>25</sup>

Wenn man jedoch von den theoretischen Schwächen des spanischen Marxismus spricht, dann sollte man sich daran erinnern, daß es sich dabei eigentlich um eine Schwäche des spanischen Marxismus selbst handelt, da er zur Zeit der Ersten und Zweiten Internationale nur einen kleinen Teil der spanischen Arbeiterschaft zu seinen Anhängern zählen konnte. Für die bedeutende Gruppe von Intellektuellen, die ab 1910 in die sozialistische Partei eintraten, stellte dies jedoch kein Hindernis dar. Man hätte daraufhin große Verbesserungen auf theoretischem Gebiet erwarten können wie etwa Bücher über verschiedene Aspekte des Marxismus oder theoretische Zeitschriften. Auch eine Zunahme der Marxübersetzungen wäre eine logische Erwartung der Anwesenheit von Intellektuellen in Partei und Gewerkschaft gewesen, da einige von ihnen gute Kenntnisse der deutschen Sprache hatten. Aber hier haben wir gerade einen Beweis dafür, daß die Anwesenheit intellektueller Mitglieder keine Garantie für eine verbesserte theoretische Fundierung der Partei beinhaltete. Nach den Angaben, die ich gesammelt habe, ist das zweite Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts besonders arm an Marxübersetzungen. Keiner der Intellektuellen, die der sozialistischen Partei beitraten, übersetzte Marx, schrieb über ihn eine Monographie oder gründete eine neue theoretische Zeitschrift. Statt dessen gingen sie dazu über, einen großen Teil ihrer Artikel in der liberalen Presse zu veröffentlichen. Es wäre also falsch, als einzige Erklärung für die Schwäche der Theorie im spanischen Marxismus die Abwesenheit von Intellektuellen anzunehmen, denn wichtige Universitätsprofessoren wie

24 Siehe, z.B., R. Carande, Vorrede zu Michail Iwanowitsch Tugan-Baranowski, *Los fundamentos del marxismo*, Madrid 1915; Luis Araquistain, *El marxismo en España*, Toulouse 1957.

25 Siehe G.D.H. Cole, *A History of Socialist Thought*, London 1953-1960; P. Anderson, *Considerations on Western Marxism*, London 1976.



Julián Besteiro oder Fernando de los Ríos haben durch ihren Eintritt in die sozialistische Partei eher dazu beigetragen, den Geist des liberalen Republikanismus in die Partei hineinzutragen als den Marxismus als Theorie der Revolution zu verstehen.

Erst die dreißiger Jahre des 20. Jahrhunderts bringen uns eine lebendige Debatte über die spanische Lage, einen spektakulären Zuwachs der Marxübersetzungen und die Gründung einer erheblichen Anzahl marxistischer Zeitschriften. Zum ersten Male in der Geschichte Spaniens kann man von einer Popularität des Marxismus sprechen.<sup>26</sup> Ich kann hier nicht auf Einzelheiten eingehen, aber es gibt eine Menge Phänomene, die zeigen, daß der Marxismus endlich zu einer wichtigen sozialen, politischen und kulturellen Macht angewachsen ist. In diesem Sinne nähert er sich dem Anarchismus (und überholt ihn wahrscheinlich sogar), der in den fünfzig vorangegangenen Jahren eine weitaus größere Anziehungskraft besessen hatte. Diese Stärke des Marxismus (Presse, Bücher, Diskussionen im Parlament und in kulturellen Institutionen) besitzt zwei komplementäre Aspekte: Einerseits gewinnt der Marxismus in Katalonien, einer historischen Domäne der Anarchisten, erheblich an Bedeutung; andererseits aber kommt es mit seiner zunehmenden Stärke zu einer Aufsplitterung des Marxismus in verschiedene Richtungen: den Sozialismus der Zweiten Internationale, den Kommunismus der Dritten Internationale, den Trotzkismus. All diese Probleme sind Aspekte einer lebendigen, ja sogar leidenschaftlichen Debatte vor der Kulisse des deutschen und italienischen Faschismus, in der der Marxismus (besser gesagt, die Marxismen) eine bis dahin unbekannte Rolle spielt. Aus dieser Sicht könnte man vielleicht in den Jahren 1931-38 von einem endogenen Marxismus sprechen. Obwohl die meisten theoretischen Werke dieser Jahre weiterhin von Verfassern ausländischer Herkunft stammen, finden wir erstmalig ernsthafte Versuche, die soziale und politische Gegenwart im spanischen und internationalen Rahmen zu analysieren (z.B. Joaquín Maurín, Andrés Nin, Luis Araquistain), sowie wirtschaftliche Studien (z.B. Ramos Oliveira, "El capitalismo español al desnudo", 1935), wie sie die spanischen Marxisten zuvor nie durchgeführt hatten. Wenn der Bürgerkrieg diese Kulturströmung der dreißiger Jahre nicht unterbrochen hätte, wäre aus ihr wahrscheinlich eine große marxistische Kulturtradition entstanden. Selbstverständlich war der Marxismus als Theorie der Revolution, des Klassenkampfes und der Sozialisierung ein wichtiger Teil der geistigen Atmosphäre, in der der Bürgerkrieg im Jahre 1936 von der spanischen Rechten entfesselt wurde.<sup>27</sup>

26 Manuel Aguilar, der Verleger der ersten spanischen Ausgabe der drei Bücher des Kapital, berichtet in seinen Memoiren, daß er sich dank dieser 1931 erschienenen Ausgabe einen Chrysler Imperial leisten konnte: "Karl Marx verhalf mir zu dem *Chrysler Imperial*, als die dreitausend Exemplare in wenigen Monaten vergriffen waren." Vgl. ders., *Una experiencia editorial*, Madrid 1972, S.703. Der Preis der drei zu einem dicken Band gebundenen Bücher betrug 60 Peseten, was dem damaligen Arbeitslohn einer ganzen Woche entspricht.

27 Für einen Überblick über den spanischen Marxismus bis in die achtziger Jahre siehe Monserrat Galcerán Hugué, *Beschäftigung mit Marx und Engels in Spanien*, in: *Jahrbuch des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF)*, Jg.12 (1987), T.1, S.257-269.



## HERMANN WEBER 60 JAHRE

Von Werner Müller

Hermann Weber, Ordinarius für Politische Wissenschaft und Zeitgeschichte an der Universität Mannheim, wurde am 23. August 1988 sechzig Jahre alt. Er gehört ohne Zweifel zum kleinen Kreis der führenden Kommunismus- und DDR-Forscher; viele seiner Arbeiten sind häufig zitierte Standardwerke. Dem Forscher und Hochschullehrer blieb es immer (und bleibt es weiterhin) ein dringendes Anliegen, Wissenschaft nicht im vielbeschworenen "Elfenbeinturm" zu betreiben, sondern ihre Fragestellungen, Kontroversen und vor allem auch ihre Ergebnisse in der Öffentlichkeit zur Diskussion zu stellen. Daher engagiert er sich bereits seit Jahrzehnten auch in der Erwachsenenbildung, insbesondere in der Lehrerfortbildung und in der gewerkschaftlichen und politischen Bildungsarbeit.

Webers Werdegang widerspricht völlig der "Normalbiographie" eines deutschen Hochschullehrers. Aus einer Mannheimer Arbeiterfamilie stammend, verwehrten ihm die Nazis im Krieg den Abschluß der Lehrerausbildung. Nach dem Krieg politisch und journalistisch tätig, wurden Widersprüche und ungelöste Fragen in der kommunistischen Bewegung für den engagierten Publizisten Weber zum Anlaß, sich intensiv der Geschichte des deutschen und internationalen Kommunismus zuzuwenden. Die Verschleierung der verheerenden Stalinschen Säuberungen, die Bemühungen der Partei, bedeutende Theoretiker und Politiker wie Rosa Luxemburg oder Leo Trotzki aus der Parteigeschichte zu tilgen, bewogen ihn, sich intensiv mit der sowjetischen und der sich formierenden DDR-Geschichtsschreibung auseinanderzusetzen.

Dem akademischen "Außenseiter" Weber bot zunächst Prof. Dr. Peter Scheibert, später Prof. Dr. Erich Matthias, mit dem er 1965 nach Mannheim wechselte, die Möglichkeit zu eigenständiger Forschung. Lange bevor die DDR-Forschung an den Universitäten der Bundesrepublik einen festen Platz gefunden hatte, befaßte sich Weber zunächst an der Universität Marburg mit der historischen Entwicklung des zweiten deutschen Staates nach 1945. Das blieb niemals sein einziges Thema: Über lange Zeit hinweg ging er immer wieder der Frage nach dem "demokratischen Potential" und den Ursachen für die Durchsetzung bürokratisch-diktatorischer Strukturen im deutschen Kommunismus nach. Er verwies wiederholt auf die frühen, rasch verschütteten radikaldemokratischen Strömungen in der noch jungen kommunistischen Bewegung und insbesondere auf die Bedeutung von Persönlichkeit und Auffassungen Rosa Luxemburgs.

Die "Wandlung des deutschen Kommunismus" in den zwanziger Jahren bildete neben der Geschichte der DDR ein weiteres "großes" Thema. Hier analysierte Weber nicht nur die Umformung der KPD "von oben" (durch die Parteiführung um Thälmann und die Komintern) im Detail, sondern betrat auch über die "klassische" Organisations- und Politikgeschichte hinaus Neuland. Er griff auf strukturgeschichtliche und organisationssoziologische Methoden zurück, um die Durchsetzung stalinistischer Denkformen und Arbeitsweisen in der KPD zu belegen. Bahnbrechend wirkte seine Analyse von mehr als 500 Biographien führender Parteifunktionäre — ein Vorgehen, das mit großem Ertrag auch in der DDR-Forschung wieder aufgegriffen wurde.



Webers Konzeption wurde mehrfach angegriffen, vor allem von Autoren, die die "Bolschewisierung" der KPD (so der zeitgenössische Sprachgebrauch) als Reflex auf radikale Strömungen in der deutschen Arbeiterbewegung zu erklären suchten. Seine Edition der Rundschreiben des ZK der KPD an die Parteibezirke im damaligen Deutschen Reich aus den Jahren 1929 und 1933 belegte nachdrücklich nicht nur die Tragfähigkeit seiner Fragestellung, sondern auch die Schlüssigkeit seiner Urteile. Hier erbrachte er den Beweis dafür, daß die "ultralinke" Politik der KPD, die sich gleichermaßen gegen die Sozialdemokratie und die Freien Gewerkschaften ("Sozialfaschismus") wie gegen die Weimarer Republik und das parlamentarische System richtete, weder aus den Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung hervorgegangen war noch — viel schlimmer — ein taugliches Mittel zum Kampf gegen die tödliche Bedrohung durch den Nationalsozialismus darstellen konnte.

Ein seltenes "Forscherglück" kam Weber im Jahre 1968 zugute. Er fand im Nachlaß Paul Levis (der damals noch in der Buttinger-Bibliothek in New York aufbewahrt wurde) große Teile des als verschollen geglaubten Protokolls des Gründungsparteitages der KPD an der Jahreswende 1918/19. Es gelang ihm, aus zeitgenössischen Publikationen den Text vollständig zu rekonstruieren und er veröffentlichte erstmals das Protokoll. Ein Jahr später erschien dann im SED-eigenen Dietz-Verlag ein Nachdruck — freilich ohne Webers Pionierarbeit auch nur zu erwähnen.

Nach vielen Vorarbeiten erschienen in den letzten Jahren mehrere Werke, die Weber als den wohl kenntnisreichsten Historiker der Geschichte der DDR und der SED in der Bundesrepublik ausweisen. Daneben aber widmete er der DDR-eigenen Geschichtsschreibung besondere Aufmerksamkeit, registrierte deren mitunter langsame Fortschritte zu mehr Faktentreue, die allmähliche Überwindung der nicht selten penetranten "Parteilichkeit". Zugleich analysierte er den Aufbau einer neuen Wissenschaftsdisziplin in der DDR, den "Wissenschaftlichen Kommunismus", der, in der Bundesrepublik fast unbeachtet, inzwischen in allen DDR-Hochschulen seinen Platz gefunden hat. Wie weit aber auch hier die Entwicklung noch offen ist, zeigt die jüngste Zeit: Das Fach trägt nunmehr wieder, ohne daß das eingehender begründet worden wäre, die in der Ulbricht-Ära gebräuchliche Bezeichnung "Wissenschaftlicher Sozialismus".

Angesichts der traditionellen Informationsfeindlichkeit des "realen Sozialismus" und der fast vollständigen Unzugänglichkeit von DDR-Archiven für westliche DDR-Forscher versprechen nur langfristige und kontinuierliche Beobachtung und Analyse aller zugänglichen Informationen ein verlässliches Bild der politischen und gesellschaftlichen Realität in der DDR. Das hat Weber schon vor Jahren bewogen, sich für die Einrichtung einer dauerhaften Institution einzusetzen, in der die Geschichte und Politik der DDR kontinuierlich beobachtet und erforscht werden sollte, über die Zufälligkeit und Unbeständigkeit einzelner Forschungsprojekte hinaus. Mit Hilfe der Stiftung Volkswagenwerk konnte so 1981 der "Arbeitsbereich Geschichte und Politik der DDR" am Institut für Sozialwissenschaften der Universität Mannheim eingerichtet werden, der inzwischen als ständige Forschungseinrichtung in der Universität verankert ist. Weber leitet diese Institution seit ihrer Gründung.

Sein Interesse gilt seit jeher auch der Theorie und Ideologie der kommunistischen Bewegung. Er veröffentlichte mehrfach Sammlungen von Schriften Lenins und verfaßte eine



in großer Auflage verbreitete biographische Skizze dieses Revolutionärs. Der "Stalinismus", ein durch die gegenwärtige Entwicklung in der Sowjetunion aktuelles und viel diskutiertes Phänomen, wurde von ihm mehrfach thematisiert, nicht zuletzt auch mit den noch heute nachwirkenden Folgen der "Schauprozesse", der Säuberungen und Rehabilitierungen.

In den letzten Jahren hat sich Hermann Weber verstärkt der Erforschung der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung zugewandt. Er ist Mitherausgeber der großen Quelledition, die von Erich Matthias initiiert wurde und deren erster Band 1985 erschien. Das soll auch den Weg ebnen für eingehendere Untersuchungen sowohl der richtungsgewerkschaftlichen Dachverbände als auch der Einzelgewerkschaften. Unter Webers Leitung entsteht gegenwärtig eine Gesamtdarstellung der Geschichte des Verbandes der Fabrikarbeiter und der IG Chemie, Papier, Keramik, die 1990 erscheinen wird. Damit griff er nicht nur ein bislang wenig beachtetes Thema auf, sondern lenkte auch den Blick auf eine Organisation, die ursprünglich nur Ungelernte erfaßte, sich aber schon frühzeitig zu einer modernen Industriegewerkschaft wandelte.

Bei dieser Fülle seiner Forschungsaktivitäten kann nicht verwundern, daß Weber in eine größere Zahl wissenschaftlicher Gremien berufen wurde. Stellvertretend seien hier nur seine Mitgliedschaft in der Historischen Kommission zu Berlin und im Beirat des Instituts für Zeitgeschichte in München genannt.

Der Kommunismus- und DDR-Forscher Hermann Weber ließ sich nie einer "Schule" zuordnen. Er war und blieb stets offen für neue Fragestellungen und eine Vielfalt der Methoden. Er scheute sich auch nicht, dem "Zeitgeist" und "herrschenden Lehren" zuwiderlaufende Fragen zu formulieren. Seine wissenschaftliche Arbeit ging beständig von der Hypothese einer großen Komplexität gerade kommunistischer Staaten und Gesellschaften aus, denen Wandlungs- und Entwicklungsfähigkeit schwerlich abzusprechen war. Daher mißtraut Weber auch grundsätzlich "ewigen Wahrheiten"; die Dynamik gesellschaftlicher und geschichtlicher Entwicklung ist für ihn immer aufs neue konkret zu erforschen.

Auch als Hochschullehrer hat Weber auch nie "schulbildend" gewirkt. Weit über den Kreis der Mannheimer Universität, in der er sich insbesondere auch um interdisziplinäre Forschung bemüht, hinaus ist er als Gutachter tätig. Er hat auf diese Art und Weise Anstöße für die vielfältigsten Forschungsarbeiten gegeben, ohne diesen seinen "Stempel" aufdrücken zu wollen. Dieser Grundhaltung entspricht auch, daß der Kreis seiner Schüler eher klein ist. Weber blieb als Ordinarius und Forscher immer zu sehr Individualist, als daß er die notwendige und gebotene Betreuung wissenschaftlicher Arbeiten mit "Anleitung" im engeren Sinne verwechselt hätte.

Um die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses hat er sich beständig bemüht. Bis an die Grenzen seiner eigenen Arbeitskraft engagierte er sich in verschiedenen Forschungsprojekten, so über die obengenannten Forschungsfelder hinaus in Arbeiten zum Widerstand 1933-1945, zum Exil oder auch zu Problemen osteuropäischer Länder. Das ist ihm noch aus einem zweiten Grund wichtig, dient es doch zur (wenn auch nur temporären) sozialen Absicherung der wissenschaftlichen Mitarbeiter. Für Weber ist selbstverständlich, daß Wissenschaft eben nicht als "Gelegenheitsarbeit" betrieben werden kann, sondern, wie jede andere qualifizierte Arbeit auch, einer geregelten materiellen



Basis bedarf. Fast regelmäßig arbeiten an seinem Lehrstuhl Gastforscher aus dem Ausland, mehrfach inzwischen aus Japan und Korea. Der Individualist Weber zeigt also, welchen Wert er wissenschaftlicher Kooperation und grenzenüberschreitendem Meinungsaustausch zumißt. Im Rahmen des "Arbeitsbereiches Geschichte und Politik der DDR" wurden unter seiner Leitung inzwischen mehrere große Tagungen mit internationaler Beteiligung durchgeführt. Dafür konnten zuletzt auch Teilnehmer und Referenten aus osteuropäischen Staaten gewonnen werden. Dabei beschreitet er nicht unbedingt die ausgetretenen Pfade. So kam es in den letzten Jahren durch seine Aktivität zu Kontakten zwischen der Universität Mannheim und der Hochschule für Planung und Statistik in Warschau, die in eine größere Konferenz zu Fragen der Mitbestimmung und Selbstverwaltung der Arbeiter mündeten. Deren Fortsetzung ist geplant.

Das alles zeigt, daß Webers wissenschaftliches Werk mit 60 Jahren noch längst nicht abgeschlossen ist. An einen "Vor-Ruhestand" denkt er nicht — im Gegenteil. Es ist ihm zu wünschen, daß er seine vielfältigen Forschungen in Zukunft auch noch in guter Gesundheit fortführen kann.

## AUSWAHLBIBLIOGRAPHIE DER SCHRIFTEN VON HERMANN WEBER

**Bearbeitet von Petra Huber**

### 1. Monographien

- H.W. und Lothar Pertinax, Schein und Wirklichkeit in der DDR. 65 Fragen an die SED, Stuttgart 1958.
- Von Rosa Luxemburg zu Walter Ulbricht. Wandlungen des deutschen Kommunismus in Deutschland, Hannover 1961 (4., überarb. Neuaufl., Hannover 1970).
- Ulbricht fälscht Geschichte. Ein Kommentar mit Dokumenten zum "Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", Köln 1964.
- Veränderungen der innerparteilichen Struktur der Kommunistischen Partei Deutschlands (1924-1929), phil. Diss. Mannheim 1968.
- Von der SBZ zur DDR 1945-1968, Hannover 1968.
- Demokratischer Kommunismus? Zur Theorie, Geschichte und Politik der kommunistischen Bewegung, Hannover 1969 (2. Aufl. Berlin (West) 1979).
- Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, 2 Bde, Frankfurt/M. 1969.
- Lenin. In Selbstzeugnissen und Bilddokumenten, Reinbek bei Hamburg 1970 (64.-66. Tausend, März 1988).
- Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik. Gekürzte Studienausgabe, Frankfurt/M. 1969.
- H.W. und Fred Oldenburg, 25 Jahre SED. Chronik einer Partei, Köln 1971.
- Ansätze einer Politikwissenschaft in der DDR, Düsseldorf 1971.



- Lenin-Chronik. Daten zu Leben und Werk. Hrsg. von H.W. und Gerda Weber, München 1974 (Taschenbuch-Ausgabe München 1983).
- DDR. Grundriß der Geschichte 1945-1976, Hannover 1976 (6. erw. und erg. Aufl., Hannover 1984).
- SED. Chronik einer Partei 1971-1976, Köln 1976.
- Kleine Geschichte der DDR, Köln 1980.
- Hauptfeind Sozialdemokratie. Strategie und Taktik der KPD 1929-1933, Düsseldorf 1982.
- Kommunismus in Deutschland 1918-1945, Darmstadt 1983.
- Geschichte der DDR, München 1985 (3. Aufl. 1987).
- Die DDR 1945-1986, München 1988.

## 2. Editionen

- Der deutsche Kommunismus. Dokumente, Köln 1963 (3., neu bearb. Aufl. 1973).
- Karl Marx und Friedrich Engels: Das Kommunistische Manifest. Faksimile-Druck der Erstausgabe, Hannover 1963.
- Lenin. Ausgewählte Schriften. Hrsg. und eingeleitet von H.W., München 1963.
- Konflikte im Weltkommunismus. Eine Dokumentation zur Krise Moskau-Peking, München 1964.
- Die Kommunistische Internationale. Eine Dokumentation, Hannover 1966.
- Lenin. Aus den Schriften 1895-1923, München 1967 (2. Aufl. 1980).
- Völker hört die Signale. Der deutsche Kommunismus 1916-1966, München 1967.
- Der Gründungsparteitag der KPD. Protokoll und Materialien. Hrsg. und eingeleitet von H.W., Frankfurt/M. 1969.
- Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands 1946-1971, Hannover 1971.
- Das Prinzip Links. Eine Dokumentation zur Diskussion des demokratischen Sozialismus in Deutschland 1847-1973, Hannover 1973.
- Die SED nach Ulbricht, Hannover 1974.
- Politik für Mannheim. 100 Jahre SPD-Gemeinderatsfraktion. Hrsg. von H.W. und Jörg Schadt, Mannheim 1978.
- Rosa Meyer-Leviné, Im inneren Kreis. Erinnerungen einer Kommunistin in Deutschland 1920-1933. Aus dem Engl. von Barbara Bortfeldt. Hrsg. und eingel. von Hermann Weber, Köln 1979 (Taschenbuch-Ausgabe Frankfurt/M. 1982).
- Die Generallinie. Rundschreiben des ZK der KPD an die Bezirke 1929-1933. Eingel. von Hermann Weber. Bearb. von Hermann Weber unter Mitwirkung von Johann Wachtler (= Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd.6), Düsseldorf 1981.
- Unabhängige Kommunisten. Der Briefwechsel zwischen Heinrich Brandler und Isaac Deutscher 1949 bis 1967 (= Beihefte zur Internationalen wissenschaftlichen Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 6), Berlin 1981.
- Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie. Dokumente und Materialien zum Funktionswandel der Parteien in der SBZ/DDR 1945-1950, Köln 1982.
- Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Mannheim. Hrsg. von H.W. und Erich Matthias, Mannheim 1984.
- DDR. Dokumente zur Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik 1945-1985, München 1986.
- Heinrich Potthoff und H.W., Die SPD-Fraktion in der Nationalversammlung 1919-1920 (= Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd.7), Düsseldorf 1986.
- Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert. Begründet von Erich Matthias. Hrsg. von H.W., Klaus Schönhoven und Klaus Tenfelde, Köln 1985ff.



### 3. Buchbeiträge

- Zwischen allen Fronten, in: Das Ende einer Utopie. Hingabe und Selbstbefreiung früherer Kommunisten. Eine Dokumentation im zweigeteilten Deutschland. Hrsg. von Horst Krüger, Freiburg, Olten 1963, S.111-133.
- Einleitung, in: Ossip K. Flechtheim, Die KPD in der Weimarer Republik, Frankfurt/M. 1969 (2. Aufl. 1976), S.5-68.
- Nachwort, in: Anita Mallinckrodt Dasbach, Wer macht die Außenpolitik der DDR? Apparat, Methoden, Ziele, Düsseldorf 1972, S.347-349.
- Einleitung, in: Werner T. Angress, Die Kampfzeit der KPD 1921-1923, Düsseldorf 1973, S.7-10.
- Demokratischer Zentralismus. Probleme innerparteilicher Demokratie im deutschen Kommunismus, in: Systemwandel und Demokratisierung. Festschrift für Ossip K. Flechtheim. Hrsg. von Christian Fenner und Bernhard Blanke, Frankfurt/M. 1975, S.291-308.
- Stalinismus. Zum Problem der Gewalt in der Stalin-Ära, in: Entstalinisierung. Der XX. Parteitag der KPdSU und seine Folgen. Hrsg. von Reinhard Crusius und Manfred Wilke, Frankfurt/M. 1977, S.284-363.
- Die SPD-Fraktion im Mannheimer Gemeinderat 1945-1978. Einleitung, in: Politik für Mannheim, 100 Jahre SPD-Gemeinderatsfraktion. Hrsg. von H.W. und Jörg Schadt, Mannheim 1978, S.82-87.
- Der dritte Weg. Bahro in der Traditionslinie der antistalinistischen Opposition, in: Antworten auf Bahros Herausforderung des "realen Sozialismus". Hrsg. von Ulf Wolter, Berlin (West) 1978, S.145-164.
- Zwischen allen Fronten, in: Betrogene Hoffnung. Aus Selbstzeugnissen ehemaliger Kommunisten. Hrsg. von Konrad Löw u.a., Krefeld 1978, S.141-154.
- Die KPD und die linke Opposition in der Sowjetunion. Zur Problematik der Verflechtung des Stalinisierungsprozesses der KPD, der Komintern und der KPdSU, in: Die Sozialismusdebatte. Historische und aktuelle Fragen des Sozialismus. Einleitungs- und Diskussionsbd. zur Anthologie: Die linke Opposition in der Sowjetunion. Texte von 1923-1928. Hrsg. von Ulf Wolter, Bd.7, Berlin (West) 1978, S.160-179.
- DDR, in: Der Weg nach Pankow. Hrsg. von Horst Möller, München 1980, S.23-27.
- Trotzki in der aktuellen Diskussion (Nachwort), in: Leo Trotzki, Tagebuch im Exil. Köln 1979 (2. Aufl. München 1983), S.257-273.
- Formen der Opposition, in: Bundesrepublik Deutschland und Deutsche Demokratische Republik. Die beiden deutschen Staaten im Vergleich. Hrsg. von Eckhard Jesse, Berlin (West), 1980, S.227-230 (4., erw. Aufl. 1985).
- Der "sozialistische" deutsche Staat? in: a.a.O., S.213-218 (4., erw. Aufl. 1985).
- Demokratischer Kommunismus. Robert Havemann und die Problematik des demokratischen Kommunismus in der DDR, in: Ein Marxist in der DDR. Für Robert Havemann. Hrsg. von Hartmut Jäckel, München 1980, S.164-177.
- Die KPD als Sektion der Kommunistischen Internationale. Politische Auswirkungen der Strukturprobleme auf die Linke im politischen System der Weimarer Republik, in: Politische Parteien auf dem Weg zur parlamentarischen Demokratie in Deutschland. Entwicklungslinien bis zur Gegenwart. Festschrift für Erich Matthias. Hrsg. von Lothar Albertin und Werner Link, Düsseldorf 1981, S.177-194.
- Die KPD in der Illegalität, in: Widerstand und Verweigerung in Deutschland 1933 bis 1945. Hrsg. von Richard Löwenthal und Patrik von zur Mühlen, Berlin und Bonn 1982, S.83-101.
- Arbeiterbewegung, Wissenschaft und Hochschulen. Historische Aspekte zum Verhältnis von Arbeiterbewegung und Universitäten in Deutschland, in: Gesellschaft und Universität. Probleme und Perspektiven, Festschrift zur 75-Jahr-Feier der Universität Mannheim, Mannheim 1982, S.69-80.
- Zur Politik der KPD 1924-1933, in: Angelika Voß, Ursula Büttner und H.W., Vom Hamburger



- Aufstand zur politischen Isolierung. Kommunistische Politik 1923-1933 in Hamburg und im deutschen Reich, Hamburg 1983, S.185-256.
- Marx und die Gesellschaft der Zukunft. Zur Sozialismusvorstellung im Kommunistischen Manifest und zum heutigen realen Sozialismus, in: Ossip K. Flechtheim, Marx heute. Pro und contra, Hamburg 1983, S.234-252.
- Vorwort in: Sterben um zu leben. Politische Gefangene im Zuchthaus Brandenburg-Görden 1933-1945. Hrsg. von Walter Uhlmann, Köln 1983, S.9-17.
- Vorwort, in: Bernhard Wernet-Tietz, Bauernverband und Bauernpartei in der DDR. Die VdgB DBD 1945-1952, Köln 1983, S.9-17.
- H.W. und Manfred Koch, Opposition in der DDR. Bedingungen, Formen, Geschichte, in: DDR. Red. Hans Georg Wehling, Stuttgart u.a. 1983, S.132-145.
- Die Kommunisten, in: Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Mannheim. Hrsg. von H.W. und Erich Matthias, Mannheim 1984, S.245-347.
- Zur Politik der KPD 1929-1933, in: Kampflöse Kapitulation. Arbeiterbewegung 1933. Hrsg. von Manfred Scharrer, Reinbek bei Hamburg 1984, S.121-161.
- Die KPD im Kampf gegen die SPD und die NSDAP, in: Die nationalsozialistische Machtergreifung. Hrsg. von Wolfgang Michalka, Paderborn und München 1984, S.85-96.
- Die Ambivalenz der kommunistischen Widerstandsstrategie bis zur "Brüsseler Konferenz", in: Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler. Hrsg. von Jürgen Schmädke und Peter Steinbach, München und Zürich 1985, S.73-85.
- The Socialist Unity Party, in: Honecker's Germany. Ed. by David Childs, London 1985, S.1-14.
- Zwangsvereinigung oder freiwilliger Zusammenschluß? Zur Gründung der SED vor vierzig Jahren, in: Einheit oder Freiheit? Zum 40. Jahrestag der Gründung der SED, Bonn 1985, S.103-108.
- Traditionslinien und Neubeginn der deutschen Parteien 1945 — Am Beispiel der Arbeiterparteien, in: Politische Wissenschaft und politische Ordnung. Festschrift zum 65. Geburtstag von Rudolf Wildenmann. Hrsg. von Max Kaase, Opladen 1986, S.305-314.
- Geschichte der SED, in: Die SED in Geschichte und Gegenwart. Hrsg. von Ilse Spittmann, Köln 1987, S.6-42.
- De Geschiedenis van de DDR, in: De DDR het onbekende Duitsland. Hrsg. von Frits H. van Engeldorp Gastelaars, Delft 1987, S.37-53.
- De Organisatiestructuur van de DDR, in: a.a.O., S.54-93.
- Tyske sosialdemokrater og kommunister i eksil, in: Eksil i Norge, Arbeiderhistorie, Oslo 1987, S. 131-154; überarbeitete deutsche Fassung unter dem Titel: Ursachen und Umfang der deutschen Emigration nach 1933 unter besonderer Berücksichtigung von SPD und KPD im Exil, in: IWK, Jg.24 (1988), H.1, S.1-16.
- Horst Geyer als Wissenschaftler: Sport in der DDR, in: Bildung, Chancengleichheit, Demokratische Beteiligung. Festschrift für Horst Geyer, o.O., o.J., S.5-7.
- Vorwort, in: Michael Ruck, Die Freien Gewerkschaften im Ruhrkampf 1923, Köln 1986, S.7-9.
- Vorwort, in: Werner Müller, Lohnkampf, Massenstreik, Sowjetmacht. Ziele und Grenzen der "Revolutionären Gewerkschaftsopposition" (RGO) in Deutschland von 1928-1933, Köln 1988, S.11-15.

#### 4. Aufsätze

1956

- Die Rehabilitierung und ihre Grenzen, in: SBZ-Archiv, Jg.7 (1956), H.10, S.153-155, und in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament (künftig zitiert: APuZ), Jg.6 (1956), B 49, S.761-779 (Pseudonym W. Hermann).



Wird die Parteigeschichte umgeschrieben? Neue Betrachtungen zur "Geschichte der Arbeiterbewegung" im Osten, in: SBZ-Archiv, Jg.7 (1956), H.24, S.373-375 (Pseudonym W. Hermann).

### 1957

Die "Diktatur des Proletariats" und die Demokratie, in: Arbeit und Leben (= Beiträge zur Arbeiterbildung, Schriftenreihe des Arbeitskreises DGB/VHS Niedersachsen), 1957, H.3/4, S.37-45.

Das Eigentum und die Sozialisierung, in: a.a.O., S.47-54.

Die Entwicklung der Sowjetunion, in: a.a.O., S.10-20.

Die Ideologie des Stalinismus, in: a.a.O., S.21-35.

Manipulationen mit der Geschichte. Der Stalinismus herrscht nach wie vor in der östlichen Geschichtsschreibung, in: SBZ-Archiv, Jg.8 (1957), H.18, S.275-282.

Nach vierzig Jahren. Was bei den Feiern und Veröffentlichungen zum Jahrestag der Oktoberrevolution "vergessen" wurde, in: a.a.O., H.22, S.338-341.

Rosa Luxemburg im Zerrspiegel der SED. Neue Versuche, die Krise der stalinistischen Ideologie zu überwinden, in: a.a.O., H.16, S.246-250.

Eine neue Etappe der Entstalinisierung? Die jüngste Säuberung in Moskau ist bedeutsamer als Berijas Sturz, in: a.a.O., H.14, S.213-217.

Der verleugnete Stalinismus. Die SED verteidigt ihr System, in: a.a.O., H.9, S.130-133.

Von Lenin zu Chruschtschow. Zum 40. Jahrestag der Oktoberrevolution in Rußland, in: APuZ, Jg.7 (1957), B 43, S.705-736.

### 1958

Auf Stalins Spuren? Chruschtschow ist kein zweiter Stalin, in: SBZ-Archiv, Jg.9 (1958), H.8, S.121-124.

Die "monolithische Einheit der Partei". Eine Geschichte der Säuberungen in der Führung der KPD-SED, in: a.a.O., H.4, S.54-58.

Die Novemberrevolution und die SED. Die Diskussion der SED-Historiker über den Charakter der Novemberrevolution 1918, in: a.a.O., H.20, S.321-324.

Die SED sucht neue Traditionen. Zu einigen neueren Betrachtungen der Geschichte der KPD, in: a.a.O., H.18, S.287-290.

Die Situation in der Sowjetzone (DDR), in: Arbeit und Leben (= Beiträge zur Arbeiterbildung, Schriftenreihe des Arbeitskreises DGB/VHS Niedersachsen), 1958, H.3, S.20-50.

Die Wandlungen Walter Ulbrichts. Porträt eines Opportunisten, in: SBZ-Archiv, Jg.9 (1958), Nr.14, S.210-214.

### 1959

Dichtung und Wahrheit. Die SED und der 40. Gründungstag der KPD, in: SBZ-Archiv, Jg.10 (1959), H.2, S.25-28.

Von Rosa Luxemburg zu Walter Ulbricht. Wandlungen des deutschen Kommunismus, in: APuZ, Jg.9 (1959), B 31/32, S.389-427.

### 1960

Die Geschichte der russischen Révolution, in: Junge Gemeinschaft, Jg.12 (1960), H.7/8, S.17.

Historiker mit politischem Auftrag. Deutsch-sowjetische Historikerkonferenz in Berlin, in: SBZ-Archiv, Jg.11 (1960), H.2, S.24-26.

Historische und soziale Wurzeln des humanitären Sozialismus, in: Der dritte Weg (1960), H.5, S.2f.

Der Kleinbürger als Präsident, in: SBZ-Archiv, Jg.11 (1960), H.19, S.289-291.

Oppositionelle Jugend in der Sowjetunion, in: Der Volkswirt, Jg.14 (1960), H.37, S.2081-2083.



Eine neue Zeitschrift in Ost-Berlin. Geschichte der Arbeiterbewegung nach Parteidirektiven, in: SBZ-Archiv, Jg.11 (1960), H.13, S.194-198.

1961

Die Bedeutung des Marxismus in der Ost-West-Auseinandersetzung, in: Arbeit und Leben (= Beiträge zur Arbeiterbildung, Schriftenreihe des Arbeitskreises DGB/VHS Niedersachsen), 1961, H.1, S.5-43.

Lenin im Spiegel der SED. Die Herausgabe von Lenins Schriften in Deutschland und der Leninkult des SED, in: SBZ-Archiv, Jg.12 (1961), H.14, S.221-225.

Schatten der Geschichte, in: a.a.O., H.24, S.377-379.

1962

Die neue Geschichtslegende der SED. Zum "Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", in: SBZ-Archiv, Jg.13 (1962), H.20, S.313-318.

Rosa Luxemburg, in: Junge Gemeinschaft, Jg.14 (1962), H.4, S.7.

Rosa Luxemburg und der deutsche Kommunismus. Differenzen im frühen deutschen Kommunismus. Zum 43. Jahrestag der KPD-Gründung, in: SBZ-Archiv, Jg.13 (1962), H.1, S.5-8.

Ulbricht und die Geschichte der Arbeiterbewegung. Zum Entwurf des "Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", in: Der dritte Weg, Jg.4 (1962), H.9, S.4f. und H.10, S.5f.

1963

Ulbricht — ein neuer Mensch. Er folgte immer dem richtigen Führer, in: SBZ-Archiv, Jg.14 (1963), H.10, S.153-155.

Die Parteitage der KPD und SED, in: APvZ, Jg.13 (1963), B 2, S.3-32.

1964

16 Fragen an die SED, in: Vorwärts, Nr.28 vom 8.7.1964, S.11.

Geschichte, wie die Partei sie wünscht. Keine Antwort auf 16 Fragen der SED, in: Vorwärts, Nr.40 vom 30.9.1964, S.4.

"Mehr Freiheit" — Drüben verboten. H.W. über den Fall des Prof. Havemann, in: Der Gewerkschafter, Jg.12 (1964), H.5, S.172-174.

Der Spion, der aus dem Schatten kam. Dr. Richard Sorge und die SED, in: SBZ-Archiv, Jg.15 (1964), H.22, S.337.

1965

Uneinheitliche SED-Geschichtsschreibung. Bemerkenswerte Änderungen deuten Abkehr von bisherigen Methoden an, in: Vorwärts, Nr.50 vom 15.12.1965, S.15.

Ulbricht fälscht Geschichte, in: Der Gewerkschafter, Jg.13 (1965), H.7, S.256-259.

Die SED und die Dokumente. Bemerkungen zu einer Diskussion um die Edition von Dokumenten, in: Vorwärts, Nr.47 vom 24.11.1965, S.4.

1966

Abkehr vom Stalinismus, in: Gewerkschaftliche Umschau, Jg.10 (1966), H.9, S.202-203.

Die widerspruchsvolle SED, in: a.a.O., H.2, S.40-41.

1967

"DDR" oder DDR — Die Jugend bedrängt ihre Partei, in: Der Gewerkschafter, Jg.15 (1967), H.1, S.10-13 (Interview mit H.W.).

Kritisches zur Geschichtsschreibung der SED. Teil 2: Zwischen Stalinismus und Objektivität, in: a.a.O., H.2, S.60f.; Teil 3: Hat die Partei immer recht?, in: a.a.O., H.3, S.104f.



Auf hartem Kurs. Geschichte nach SED-Maß, in: Vorwärts, Nr.17 vom 27.4.1967, S.19.  
Weimarer Erfahrungen, in: a.a.O., Nr.1 vom 5.1.1967, S.4.

### 1968

Der Nachlaß Ernst Meyer, in: IWK, H.7 (Dez. 1968), S.63f.  
Die Stalinisierung der KPD 1924-1929, in: Politische Vierteljahrsschrift (künftig zitiert: PVS), Jg.9 (1968), H.4, S.519-543.  
Vor fünfzig Jahren: Die Gründung der KPD, in: Deutschland Archiv (künftig zitiert: DA), Jg.1 (1968), H.12, S.464-466.  
War das ein Wendepunkt? Die Gründung der KPD vor 50 Jahren, in: Vorwärts, Nr.51/52 vom 19.12.1968, S.13.  
Zu den Beziehungen zwischen der KPD und der Kommunistischen Internationale. Dokumentation, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Jg.16 (1968), H.2, S.177-208.  
Zum 50. Jahrestag der deutschen Novemberrevolution, in: Gewerkschaftliche Umschau, Jg.12 (1968), H.11, S.231-233.

### 1969

Clara Zetkin an Rosa Luxemburg. Ein unbekannter Brief, in: DA, Jg.2 (1969), H.6, S.666-670.  
Erste offizielle Rehabilitierung eines Stalin-Opfers durch die SED, in: a.a.O., H.3, S.319f.  
Januar 1919: Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ermordet, in: Der Gewerkschafter, Jg.17 (1969), H.1, S.6.  
Der Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, in: Gewerkschaftliche Umschau, Jg.13 (1969), H.1, S.3-5.  
Vor 50 Jahren. Aus dem Protokoll des Gründungsparteitages der KPD, in: Die Neue Gesellschaft, Jg.16 (1969), H.2, S.140-144.  
Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik (gekürzter Abdruck der Einleitung und des Kapitels "Die Struktur der KPD" aus: Die Wandlung des deutschen Kommunismus), in: APuZ, Jg.19 (1969), H.2, S.3-56.  
20 Jahre DDR. Bemerkungen zur Entwicklung und Situation des anderen Deutschland, in: Vorwärts, Nr.40 vom 2.10.1969, S.12.

### 1970

Ansätze zur Herausbildung einer Politikwissenschaft in der DDR. Teil 1, in: DA, Jg.3 (1970), H.11, S.1121-1136; Teil 2, in: a.a.O., H.12, S.1233-1249.  
Kommunismus in der Weimarer Republik, in: Die Neue Gesellschaft, Jg.17 (1970), H.2, S.257-261.  
Lenin und der Kommunismus von heute. Zum 100. Geburtstag des Begründers der Sowjetunion, in: Gewerkschaftliche Umschau, Jg.14 (1970), H.4, S.63-65.  
Der "Leninismus" zwischen Revolution und Bürokratie. Eine Betrachtung zum 100. Geburtstag Lenins, in: Vorwärts, Nr.17 vom 23.4.1970, S.12f.  
Die SED und die "Lenin-Fälschung", in: DA, Jg.3 (1970), H.7, S.774-778.  
Erich Matthias, Susanne Miller und H.W., Politik und Ziele der deutschen Sozialisten im Ersten Weltkrieg. Diskussionspapier, vorgelegt bei der Internationalen Tagung der Historiker der Arbeiterbewegung in Linz, September 1970.

### 1971

Der demokratische Kommunismus und die SED. Vor 100 Jahren wurde Rosa Luxemburg geboren, in: Die Zeit, Nr.10 vom 4.3.1971, S.11.



- “Freiheit ist immer nur die Freiheit der anders Denkenden”. Zum 100. Geburtstag Rosa Luxemburgs, in: *Die Neue Gesellschaft*, Jg.18 (1971), H.3, S.191f.
- 25 Jahre SED, in: *DA*, Jg.4 (1971), H.4, S.353-373.
- Die Gründung der SED, in: *Die Neue Gesellschaft*, Jg.18 (1971), H.4, S.235-237.
- Die SED auf dem Weg von der Einheitspartei zur stalinistischen Partei, in: a.a.O., H.6, S.400-402.
- Der Weg zu einer “Führungspartei”. Zum 25. Jahrestag der SED-Gründung, in: *Vorwärts*, Nr.16 vom 22.4.1971, S.5f.
- Wandlung des deutschen Kommunismus. Ideologie oder Realität?, in: *DA*, Jg.4 (1971), H.10, S.1050-1053.
- Wissenschaftliche Kritik oder politische Rechtfertigung einer Wandlung?, in: a.a.O., H.12, S.1261.
- Zwischen kritischem und bürokratischem Kommunismus. Unbekannte Briefe von Clara Zetkin, in: *Archiv für Sozialgeschichte* (künftig zitiert: AfS), Bd.11 (1971), S.417-448.

## 1972

- Historiker sollen Ideologie absichern, in: *Der Gewerkschafter*, Jg.20 (1972), H.12, S.469.
- Die KPD von 1933 bis 1945, in: *Die Neue Gesellschaft*, Jg.19 (1972), H.8, S.629-632.
- Ein Plagiat mit politischem Hintergrund — Ostberliner Verlag veröffentlicht frisierte Protokolle des Gründungsparteitages der KPD 1918/19, in: a.a.O., H.10, S.779-781.
- Schwankende Geschichtswissenschaft, in: *DA*, Jg.5 (1972), H.9, S.900.
- Schwankende Geschichtswissenschaft — eine Nachbemerkung, in: a.a.O., H.10, S.1021.
- Vision des demokratischen Kommunismus. Zum Tode Ernst Fischers, in: *Der Gewerkschafter*, Jg.20 (1972), H.9, S.329.
- H.W. und George Kennan: Aus dem Kadermaterial der illegalen KPD 1943, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, Jg.20 (1972), H.4, S.422-446.

## 1973

- Ein Buch macht Geschichte. Zum 125. Jahrestag des “Kommunistischen Manifests”, in: *Vorwärts*, Nr.9 vom 1.3.1973, S.17.
- Die DDR-Forschung nach dem Grundvertrag, in: *DA*, Jg.6 (1973), H.6, S.587-589.
- Der Streit um das KP-Gründungsprotokoll. Halbe Antworten und Verdrehungen. Viele DDR-Historiker können sich zu keiner klaren Stellungnahme durchringen, in: *Vorwärts*, Nr.29 vom 19.7.1973, S.5.
- Ein historisches Dokument im politischen Zwielficht. Zum Protokoll des Gründungsparteitages der KPD, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht*, Jg.24 (1973), H.10, S.594-597.
- Sozialdemokraten und Kommunisten. Die Haltung der Sozialdemokraten, in: *DA*, Jg.6 (1973), H.7, S.706-712.
- Auf die Gründer der KPD kann die SED ihre Tradition nicht begründen. Problematische Methoden der SED-Geschichtsschreibung am Beispiel des KPD-Gründungsparteitags — seltsame Wege eines Protokolls, in: *Vorwärts*, Nr.1 vom 4.1.1973, S.12.

## 1974

- Wo Sozialismus nur die Allmacht einer einzigen Partei bedeutet. Vor 25 Jahren: Gründung der Deutschen Demokratischen Republik, in: *Vorwärts*, Nr.40 vom 3.10.1974, S.10.
- 25 Jahre DDR. Staat der Arbeiter oder Diktatur der Partei?, in: *Metall*, Jg.26 (1974), H.21, S.11.
- 25 Jahre DDR. Kontinuität und Wandel, in: *DA*, Jg.7 (1974), H.10, S.1031-1035.
- Realistischere Einschätzungen der SPD durch kommunistische Ideologen, in: *Die Neue Gesellschaft*, Jg.21 (1974), H.9, S.774-776.



Die Stalinisierung des deutschen Kommunismus, in: Mannheimer Berichte aus Forschung und Lehre an der Universität Mannheim, Nr.8, Feb. 1974, S.217-226.

### 1975

H.W. und Erich Matthias, Die Stellung der Kommunistischen Internationale und der Sozialistischen Arbeiter-Internationale zur Einheitsfront, in: Internationale Tagung der Historiker der Arbeiterbewegung ("11. Linzer Konferenz" 1975), Wien 1978, S.41-57.

Aktionismus und Kommunismus. Unbekannte Briefe von Max Hoelz, Dokumentation, in: AfS, Bd.15 (1975), S.331-363.

Eine historisch-politische Sensation. Rosa Luxemburgs "Russische Revolution" in der DDR veröffentlicht, in: DA, Jg.8 (1975), H.4, S.349f.

Die SED und Rosa Luxemburg. Bemerkungen zur Veröffentlichung von Rosa Luxemburgs "Russische Revolution" in der DDR, in: Die Neue Gesellschaft, Jg.22 (1975), H.7, S.576-579.

Die SED und Wilhelm Pieck, in: DA, Jg.8 (1975), H.11, S.1191-1197.

SPD-Parteitage 1906 und 1975: Auf dem langen Weg der Reformen, in: Vorwärts, Nr.46 vom 13.11.1975, S.5. (Drang nach Einigkeit: Von Mannheim nach Mannheim).

Vor 100 Jahren: "Eine Partei für alle Arbeiter". Zur Vereinigung der Sozialdemokraten, in: Metall, Jg.27 (1975), H.10, S.13.

### 1976

Keine ideologische Koexistenz. Erich Honeckers Position nach dem IX. Parteitag der SED gestärkt, in: ÖTV-Magazin, 1976, H.7/8, S.41f.

Arbeiter haben wenig zu sagen. (Zum IX. Parteitag der SED), in: Gewerkschaftliche Umschau, Jg.20 (1976), H.4, S.12-13.

Die Partei erlaubt nun auch den Austritt. DDR: Das neue Programm der Sozialistischen Einheitspartei — ein Zukunftsprogramm oder das Festschreiben der gegenwärtigen Politik, in: Vorwärts, Nr.4 vom 5.1.1976, S.6.

### 1977

Stalinismus, in: APuZ, Jg.27 (1977), B 4, S.5-17.

### 1978

Die deutschen Kommunisten 1945 in der SBZ. Probleme bei der kommunistischen Kaderbildung vor der SED-Gründung, in: APuZ, Jg.28 (1978), B 31, S.24-31.

Der dritte Weg. Bahro in der Traditionslinie der antistalinistischen Opposition, in: DA, Jg.11 (1978), H.9, S.921-927.

Parteigeschichte als parteiliche Geschichte. Zur Funktion und zum Inhalt der "Geschichte der SED. Abriß", in: a.a.O., H.12, S.1291-1299.

Spartakus' Weg in die Isolierung. Rolle und Bedeutung der Kommunisten in der Deutschen Revolution, in: Vorwärts, Nr.45 vom 9.11.1978, S.16f.

Ulbricht sollte schon gehen. Der Aufstand vom 17. Juni verschaffte ihm eine Gnadenfrist, in: Vorwärts, Nr.24 vom 15.6.1978, S.29.

Zu den Entwicklungs- und Strukturbedingungen der DDR (Thesen), in: Kritik, Jg.6 (1978), H.17, S.115-126.

### 1979

Garantiertes Dasein zwischen Krise und Stabilität. Vor 30 Jahren: Gründung der DDR, in: Vorwärts, Nr.41 vom 4.10.1979, S.28.

H.W. und Werner Müller, Gegen-Anmerkungen zum Stand der DDR-Forschung: Aufgaben der Geschichtsbetrachtung, in: DA, Jg.12 (1979), H.11, S.1156-1159.



Kommunisten und Gewerkschaften in Deutschland — zu einigen historischen Aspekten kommunistischer Gewerkschaftspolitik, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Jg.30 (1979), H.8, S.509-517.

Kommunistische Gewerkschaftspolitik in der Weimarer Republik, in: Gewerkschaftliche Umschau, Jg.23 (1979), H.2, S.14-18; ÖTV-Magazin, 1979, H.4, S.39-42.

Die Unzufriedenheit ist gestiegen. Opposition in der DDR, in: Das Parlament, Nr.37 vom 15.9.1979.

Wer siegt im Streit der toten Revolutionäre? Zum 100. Geburtstag des Stalin-Feindes Trotzki, in: Vorwärts, Nr.46 vom 8.11.1979, S.28.

H.W. und Alexander Fischer, Periodisierungsprobleme der Geschichte der DDR, in: DA-Sonderheft "30 Jahre DDR". 12. Tagung zum Stand der DDR-Forschung in der Bundesrepublik 5.-8.6.1979, S.17-26.

# 1981

Erich Matthias 60 Jahre, in: IWK, Jg.17 (1981), H.3, S.409-413.

Geschichtsverständnis und seine Rolle in den Gesellschaftsordnungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik, schriftliche Stellungnahme, in: Zur Sache, H.2, 1981 (Deutsche Geschichte und politische Bildung, Öffentliche Anhörung des Ausschusses für innerdeutsche Beziehungen des Deutschen Bundestages 1981), S.21-30.

Neue Tendenzen in der SED-Geschichtsschreibung?, in: DA, Jg.14 (1981), H.8, S.802-804.

Wolfgang Frühwald, Wolfgang Schieder, Walter Hinck, Eberhard Lämmert und H.W., Leben im Exil. Probleme der Integration deutscher Flüchtlinge im Ausland 1933-1945, in: Historische Perspektiven, Bd.18, 1981, S.1-285 (= überarb. Vorträge des Kolloquiums "Geglückte und mißlungene Integration deutscher Emigranten in den Niederlassungsländern (1933-1945)", Sept. 1979).

# 1982

Die Generallinie der KPD 1929-1933, in: APuZ, Jg.32 (1982), B 48, S.3-18.

Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland und das Parteiensystem der SBZ/DDR, in: DA, Jg.15 (1982), H.10, S.1064-1079.

# 1983

"An allem ist zu zweifeln". Karl Marx und die Arbeiterbewegung. Zum 100. Todestag des großen Denkers, in: Der Gewerkschafter, Jg.31 (1983), H.3, S.46f.

Die DDR und Karl Marx, in: DDR-Report, H.5/6, 1983, S.282-285.

Erich Matthias gestorben, in: IWK, Jg.19 (1983), H.2, S.141f.

Nachruf auf Erich Matthias (1921-1983), in: PVS, Jg.24 (1983), H.2, S.253f.

Fehler, Versagen, Schuld? Ein Streitgespräch über die Rolle von SPD, KPD und Gewerkschaften am Ende der Weimarer Republik zwischen Ulrich Borsdorf, Frank Deppe, Michael Schneider und Hermann Weber, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Jg.34 (1983), H.4/5, S.285-304.

Warum gegen Hitler keine Einheitsfront? Über die (Un-)Möglichkeit einer Zusammenarbeit von KPD und SPD, in: Einheit (1983), H.2, S.8.

# 1984

Erzwungene Einheit. Die Gründung der SED, in: 1985. Kalender des Gesamtdeutschen Instituts, Bonn 1984.

"Genosse Steindrucker". Die SED und die Geschichte des deutschen Kommunismus, in: DA, Jg.17 (1984), H.5, S.456f.

Die Gründung der DDR, in: a.a.O., H.9, S.964-977.



Susanne Leonhard gestorben, in: *IWK*, Jg.20 (1984), H.2, S.155f.

1985

Neue Tendenzen? Ausdifferenzierungen der DDR-Geschichtsschreibung über den deutschen Kommunismus, in: *DA*, Jg.18 (1985), H.8, S.796-799.

1986

Die SED-Gründung, in: *Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, Jg.33 (1986), H.1, S.26-31.

Späte Totenehrung, in: *DA*, Jg.19 (1986), H.4, S.340.

Zwangsvereinigung oder freiwilliger Zusammenschluß? Zur Gründung der SED vor 40 Jahren, in: *Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, Jg.33 (1986), H.1, S.26-31.

1987

Vom "Wissenschaftlichen Kommunismus" zum "Wissenschaftlichen Sozialismus", in: *DA*, Jg.20 (1987), H.10, S.1017f.

Wie starb Felix Halle?, in: *a.a.O.*, H.6, S.568-571.

Einen Grundpfeiler unserer Demokratie miterrichtet. Prof. Hermann Weber zum 40jährigen Jubiläum der ersten überregionalen Konferenz zur Gründung der IG Chemie-Papier-Keramik, in: *Gewerkschaftliche Umschau*, Jg.31 (1987), H.1, S.26-29.

Zurück zum "Wissenschaftlichen Sozialismus". Nur eine terminologische Änderung in der SED-Ideologie?, in: *DA*, Jg.20 (1987), H.12, S.1295-1302.

1988

Nachruf auf Rose Frölich, in: *IWK*, Jg.24 (1988), H.1, S.1f.

## 6. Lexikonbeiträge

Geschichte der DDR, in: *DDR-Handbuch*. Hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehung, Köln 1975, S.460-466 (3. überarb. und erw. Aufl. 1985, Bd.1, S.535-545).

Demokratischer Sozialismus, Sonderartikel, in: *Meyers Enzyklopädisches Lexikon*, Mannheim 1978, Bd.22, S.163-167.

Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED), in: *a.a.O.*, S.168f.

Kommunistische Partei Deutschlands, in: *Staatslexikon*, Freiburg 1987, Bd.3, S.604-606.

Verschiedene Beiträge in: *Lexikon des Sozialismus*. Hrsg. von Thomas Meyer u.a., Köln 1986: Agitprop (S.11f.), Bolschewismus (S.93), Internationale Arbeiterhilfe (S.272), Kommunistische Partei Deutschlands (S.325-327), Rote Hilfe (S.535f.), Roter Frontkämpferbund (S.536), Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (S.335-338).

## 7. Sammelrezensionen

1965

Sozialistische Splittergruppen in der Weimarer Republik, in: *Neue Politische Literatur* (künftig zitiert: *NPL*), Jg.10 (1965), H.4, S.375-381.

1966

Das "zweite Deutschland" — differenziert betrachtet, in: *NPL*, Jg.11 (1966), H.2, S.126-140.

1967

Lenin und die Folgen (I), in: *NPL*, Jg.12 (1967), H.1, S.27-47.

Die SED und die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, in: *a.a.O.*, H.4, S.449-462.

50 Jahre russische Revolution im Spiegel der Literatur, in: *Der Gewerkschafter*, Jg.15 (1967), H.11, S.437.



Rosa Luxemburg — Leben und Werk, in: Der Gewerkschafter, Jg.15 (1967), H.1, S.36.  
Walter Ulbricht und die SED, in: NPL, Jg.12 (1967), H.3, S.390-392.

1968

Lenin und die Folgen (II), in: NPL, Jg.13 (1968), H.2, S.337-351.  
Sowjetkommunismus und Weltrevolution. 50 Jahre russische Revolution im Spiegel der Literatur,  
in: Die Zeit, Nr.10, vom 8.3.1968, S.11.

1969

20 Jahre DDR, in: NPL, Jg.14 (1969), H.3, S.301-320.

1970

Die DDR im Spiegel der SED. Geschichte und Geschichtslegende der DDR, in: Die Zeit, Nr.15  
vom 10.4.1970, S. Lit 13f.  
Die deutsche Novemberrevolution, in: DA, Jg.3 (1970), H.8, S.816-818.

1971

Deutsch-sowjetische Beziehungen, in: NPL, Jg.16 (1971), H.4, S.601-605.

1972

Lenin und die Folgen (III), in: NPL, Jg.17 (1972), H.2, S.194-209.  
Zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland, in: AfS, Bd.12 (1972), S.535-544.

1973

Deutsche Kommunisten (I), in: AfS, Bd.13 (1973), S.624-627.

1975

Trotski. Sammelrezension, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen, Bd.18 (1975), H.2, S.165-167.

1976

Neue Bücher zur Gründung der SED, in: DA, Jg.9 (1976), H.8, S.857-860.

1978

Eurokommunismus, in: DA, Jg.11 (1978), H.7, S.749ff.  
Lenin und die Folgen (IV), in: NPL, Jg.23 (1978), H.4, S.450-463.

1980

Deutsche Kommunisten (II), AfS, Bd.20 (1980), S.622-637.

1981

Erforschung des Exils, in: NPL, Jg.26 (1981), H.4, S.102-104.  
Eurokommunismus II, in: DA, Jg.14 (1981), H.11, S.1203-1208.

1983

Offenbacher Linke, in: NPL, Jg.29 (1984), H.1, S.123-124.

1985

Zur Ideologie der KPD in der Weimarer Republik. Neuere Literatur, in: IWK, Jg.21 (1985), H.2,  
S.203-208.  
Deutsche Kommunisten (III), in: AfS, Bd.25 (1985), S.670-677.

IWK 3/88



## **FORSCHUNGS- UND PUBLIKATIONSVORHABEN ZUR GESCHICHTE DER DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG UND ANGRENZENDER GEBIETE (76)**

**Bearbeitet von Franz Jean Frohn**

Die IWK versucht, systematisch alle Forschungs- und Publikationsvorhaben zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und angrenzender Gebiete zu erfassen. In der Rubrik "Forschungs- und Publikationsvorhaben zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und angrenzender Gebiete" werden regelmäßig die Ergebnisse dieser Erhebungen veröffentlicht, sofern diese Arbeiten noch nicht publiziert worden sind. Bei der weiten Verbreitung der IWK in Fachkreisen ist mit der Anzeige eines Forschungsvorhabens gewährleistet, daß es allgemein zur Kenntnis genommen, somit Doppelarbeit vermieden und Kooperation gefördert wird. Die Redaktion bittet daher alle Bearbeiter einschlägiger Projekte – die in Frage kommenden Themenbereiche sind nachstehend erläutert – um Ergänzung und Rücksendung des Fragebogens, der in jedem Heft als Anhang abgedruckt ist. Auf Wunsch werden Ihnen weitere Fragebogen von der Redaktion übersandt. Auch die Mitteilung von Projekten Dritter – unter Angabe von deren Anschrift – ist erwünscht. Juristische Bedenken hiergegen bestehen insofern nicht, als eine Titelanzeige in der IWK nur nach Vorlage des Fragebogens bei dem Bearbeiter erfolgt. Die Kriterien für die Aufnahme in das Projektverzeichnis sind nicht immer scharf abzugrenzen. Neben Projekten zur Geschichte der deutschen, österreichischen und schweizerischen Arbeiterbewegung, zur Geschichte der Internationale und zur Marx-Forschung finden verwandte Untersuchungen der Politologie und der empirischen Soziologie sowie Arbeiten zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte und zur Geschichte der sozialen Bewegungen Berücksichtigung, soweit sie sich mit den Problemen der Industrialisierung, Firmen- und Wirtschaftsgeschichte befassen. Einschlägige Vorhaben über andere Länder werden dann aufgenommen, wenn ein breiteres Interesse der deutschsprachigen Forschung vorausgesetzt werden darf oder wenn sie von Gelehrten der Bundesrepublik bearbeitet werden.

Die uns übermittelten Daten werden in der IWK veröffentlicht, um anderen Wissenschaftlern eine erste Information über das Projekt zu vermitteln und eine direkte und schnelle Kontaktaufnahme mit dem Bearbeiter zu ermöglichen. Die Speicherung erfolgt in Form einer Autorenkartei. Die Ergebnisse der Erhebung werden außerdem an das Informationszentrum Sozialwissenschaften, Bonn, zur Speicherung und Auswertung für dessen wissenschaftliche Zwecke und gegebenenfalls zur Aufnahme des Projekts in das jedes Jahr vom Informationszentrum publizierte Verzeichnis der "Forschungsarbeiten in den Sozialwissenschaften" weitergegeben. Sofern Projekte aus anderen Publikationen übernommen oder der Redaktion von Institutionen mitgeteilt worden sind, wird das am Ende der Projektmeldung vermerkt. Im übrigen beruhen die Meldungen und insbesondere die Nachträge auf den uns vom jeweiligen Bearbeiter übermittelten Daten. Die Richtigkeit der mitgeteilten Angaben, insbesondere die Genauigkeit von bibliographischen Angaben, kann die Redaktion aus Gründen der Arbeitsökonomie nicht überprüfen.

Die Angaben zu den einzelnen Projekten sind jeweils nach dem folgenden Schema geordnet:

- 0 Laufende Nummer des Projekts (in der IWK)**
- 1 Institution(en), in deren Rahmen die Forschungsarbeit durchgeführt wird**
- 2.1 Bearbeiter, Vor- und Zuname, Anschrift (Leiter unterstrichen)**
- 2.2 Bei Arbeiten zur Erlangung eines akademischen Grades: Name des Betreuers**
- 4 Stand der Forschungsarbeit**
- 5 Laufzeit des Projekts**
- 6 Art der Arbeit**
- 7 Auftraggeber der Forschungsarbeit**
- 8 Kostenträger**
- 9 (Arbeits-)Titel der Forschungsarbeit (ggf. Untertitel)**
- 10.1 Zeitraum, auf den sich die Forschungsarbeit bezieht**
- 10.2 Geographischer Raum, auf den sich die Forschungsarbeit bezieht**
- 11.1 Inhaltliche Ziele der Arbeit**
- 12 (Teil-)Veröffentlichungen der Arbeit bzw. deren Planung**
- 13 Nichtveröffentlichte (Zwischen-)Berichte, Manuskripte, Arbeitspapiere usw.**



- 14 Methodische Anlage (Vorgehensweise, Untersuchungsart, theoretischer Ansatz, Interview, schriftliche Befragung, Auswertung von Massendaten)
- 16 Benutzte Unterlagen (Quellenbasis: Archive, Archivalien, statistische Materialien, Zeitungen)
- 19 Hinweis auf Fundstelle oder mitteilende Institution

Eine dringende Bitte an unsere Leser:

Um die Berichterstattung über den Fortgang der gemeldeten Forschungs- und Publikationsvorhaben jeweils auf dem neuesten Stand zu halten, bittet die Redaktion dringend darum, ihr auch Mitteilungen über den Stand von bereits angezeigten Projekten zukommen zu lassen. Insbesondere wenn Arbeiten abgeschlossen, publiziert, Titel oder Gegenstand geändert oder aufgegeben wurden, bitten wir um Nachricht. Nur so können wir vermeiden, daß das Verzeichnis der Forschungs- und Publikationsvorhaben der IWK zu einem sogenannten Projektfriedhof ohne tatsächlichen Wert als Hilfsmittel für die Forschung wird. Bitte verwenden Sie den Projektfragebogen am Schluß dieses Heftes und füllen Sie diesen bitte möglichst vollständig und genau aus.

Redaktionsschluß: 14.7.1988

# I. PROJEKTVERZEICHNIS

## A. GESCHICHTSWISSENSCHAFT, HILFSMITTEL

—

## B. QUELLENVERÖFFENTLICHUNGEN, NEUDRUCKE, ÜBERSETZUNGEN

### 0 88-072

- 1 Stadtarchiv Nürnberg, Postfach, 8500 Nürnberg 1; Tel. 162770
- 2.1 WINKEL, Udo, Dr.; Kleinreutherweg 16, 8500 Nürnberg 10; Tel. 0911/163404
- 5 Beginn: 5/88, Ende: 6/89
- 6 Auftragsforschung; Edition
- 7 Stadtarchiv Nürnberg und IG Metall Verwaltungsstelle Nürnberg
- 8 Stadtarchiv Nürnberg und IG Metall Verwaltungsstelle Nürnberg
- 9 "Das rote Nürnberg" 1848-1890. Bd. II: Von der bürgerlich-demokratischen Revolution bis zum Fall des Sozialistengesetzes
- 10.1 1848-1890
- 10.2 Nürnberg
- 11.1 Quellenedition zur Nürnberger Arbeiterbewegung in diesem Zeitraum; Vorläufige Gliederung: 1. Die Revolution von 1848/49 in Nürnberg und die Anfänge der Arbeiterbewegung (1848-1851); 2. Vom Neubeginn der Arbeiterbewegung bis zum Sozialistengesetz, a) Die Dominanz der Fortschrittspartei (1861-1866), b) "Die Trennung der proletarischen von der bürgerlichen Demokratie" (Mayer) (1866-1869), c) Sozialdemokratie und Gewerkschaften (1869-1878); 3. Die Nürnberger Arbeiterbewegung unter dem Sozialistengesetz (1878-1890)

- 12 Veröffentlichung geplant zum Quellenbestand Arbeiterbewegung im Stadtarchiv Nürnberg
- 14 Auswahl und Bearbeitung relevanter Primär- und Sekundärquellen; Einführung in die Problematik 'Arbeiterbewegung in Nürnberg 1848-1890'
- 16 Primärquellen des StadtA und des StA Nürnberg, v.a. Magistrats-, Vereins- und Polizeivereinsakten; VereinsAe; Zeitschriften; Materialien der Nürnberger Bibliotheken, v.a. Presse der Arbeiterbewegung

### 0 88-073

- 1 SPD Hessen, Bahnhofstr. 61, 6200 Wiesbaden
- 2.1 BEIER, Gerhard, Dr. habil.; Wendelinsweg 2, 6242 Kronberg; Tel. 06173/4866
- 4 Abgeschlossen
- 6 Faksimile mit Beilagen
- 7 SPD Hessen
- 8 Bearb.
- 9 Frankfurter Volksstimme, Ausgabe vom 9. November 1918
- 10.1 1863-1918
- 10.2 Frankfurt/M. und Hessen
- 11.1 Rolle einer Parteizeitung in der Revolution
- 12 Veröffentlichung im Juli 1988 zum Frankfurt-Fest
- 13 Prozeßtext, EDV-Diskette
- 14 Faksimile, Chronik und Interpretation

## C. SOZIALISTISCHE THEORETIKER, BEITRÄGE ZUR IDEENGESCHICHTE

### 0 88-074

- 1 FU Berlin, FB Politische Wissenschaft, Ihnestr. 21, 1000 Berlin 33; Tel. 030/838-4970



- 2.1 LUTHARDT, Wolfgang, Dr.; Moselstr. 12,  
1000 Berlin 41; Tel. 030/8519435  
4 Laufend  
5 Ende: 9/88  
6 Eigenprojekt des Bearb.; Aufsatz  
8 Bearb.  
9 Elemente 'direkter' Demokratie als  
Möglichkeiten politischer Steuerung von  
Politikprozessen?

## D. BIOGRAPHISCHE BEITRÄGE

- 0 88-075  
1 Univ. Göttingen, Seminar für Politikwis-  
senschaft, Platz der Göttinger Sieben 3,  
3400 Göttingen  
2.1 WALTER, Franz, Dr.; c/o Univ. Göttingen  
5 Beginn: 3/88, Ende: 3/91  
9 Lebensgeschichte und Politik. Biographie-  
en sozialdemokratischer Politiker. Vom  
Kaiserreich bis zur Bundesrepublik  
10.1 1870-1988  
10.2 Deutschland und Österreich  
12 Lösche, Peter, Michael Scholing und  
Franz Walter (Hrsg.): Vor dem Vergessen  
bewahren. Berlin: Colloquium Verlag 1988  
0 88-076  
1 Univ. Düsseldorf, Philosophische Fak.,  
Historisches Seminar  
2.1 RÖNNEPER, Hans; Bismarckweg 2,  
4000 Düsseldorf 12  
2.2 Prof. Dr. Peter Hüttenberger  
4 Laufend  
5 Ende: 90  
6 M.A.; Diss.; Buchveröffentlichung  
9 Josef Gockeln  
10.1 1900-1958  
11.1 Leben und Wirken von Josef Gockeln,  
geb. 18.3.1900, gest. 6.12.1958, Düssel-  
dorf; Oberbürgermeister, Landtagspräsi-  
dent NRW, Bundestagsabgeordneter,  
Arbeitersekretär, Präsident der Katho-  
lischen Arbeiterbewegung Deutschlands  
und der Internationalen KAB  
16 Ae, Dokumente u.a.; Zeitzeugeninter-  
views

E. DARSTELLUNGEN ZUR GESCHICHTE  
DER DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG

## I. Allgemeine Darstellungen

Darstellungen über größere Zeiträume

- 0 88-077  
1 Univ. Bochum, Institut zur Erforschung  
der europäischen Arbeiterbewegung,  
Postfach 102148, 4630 Bochum 1  
2.1 FRIEDEMANN, Peter, Dr.; GOCH, Stefan  
4 Laufend  
6 Aufsatz  
8 Bearb.  
9 Arbeiterkultur: Tradition und Vermäch-  
tnis einer politischen Moral  
11.1 Literaturbericht; Zwischenbilanz der  
Diskussion "Abschied von der Arbeiter-  
bewegung"

- 0 88-078  
1 FU Berlin, FB Politische Wissenschaft,  
Inhnstr. 21, 1000 Berlin 33;  
Tel. 030/838-4970  
2.1 LUTHARDT, Wolfgang, Dr.; Moselstr. 12,  
1000 Berlin 41; Tel. 030/8519435  
5 Ende: 7/88  
6 Eigenprojekt des Bearb.; Aufsatz  
8 Bearb.  
9 Sozialdemokratie und Elemente 'direkter'  
Demokratie. Eine Problemskizze  
0 88-079  
2.1 BEIER, Gerhard, Dr. habil.; Wendelinsweg 2,  
6242 Kronberg; Tel. 06173/4866  
4 Abgeschlossen  
6 Eigenprojekt des Bearb.; Aufsatz  
7 Univ. Hamburg, Historisches Seminar  
8 Bearb.  
9 Arbeitskämpfe und gewerkschaftliche  
Aktion  
10.1 19. und 20. Jahrhundert  
10.2 Deutschland  
11.1 Möglichkeiten der Anwendung von Streik-  
theorie auf die Entwicklung von Arbeits-  
kämpfen  
12 Veröffentlichung im Rahmen des Berichts-  
bandes zur wissenschaftlichen Tagung  
anlässlich des 125. Gründungstages des  
ADAV vom 25. bis 28. Mai 1988 in  
Hamburg  
13 Prozeßtext, EDV-Diskette  
14 Literaturstudie; Streiktheorie des ADAV  
unter Schweitzer, Aktion und Aktions-  
wandel, exemplarische Interpretation  
0 88-080  
1 Univ. Göttingen  
2.1 DIECKMANN, Fritz-Udo; Bühlstr. 10,  
3400 Göttingen  
2.2 Prof. Dr. Peter Lösche  
5 Beginn: 88  
6 Diss.  
9 Die sozialdemokratischen Pressedienste  
im Kaiserreich und in der Weimarer  
Republik  
10.1 1870-1933  
10.2 Deutschland  
13 Dipl. Univ. Göttingen 1988  
16 IISG, Amsterdam; AdSD, Bonn; StadtA  
Köln  
0 88-081  
1 Univ. Freiburg/Br., Historisches Seminar  
2.1 HERRMANN, Volker; Dorfstr. 65,  
7801 Au  
2.2 Prof. Dr. Heinrich August Winkler  
4 Laufend  
5 Ende: 1/92  
6 Diss.  
9 Die Geschichte der Arbeitslosenversiche-  
rung 1927-1938  
10.1 1927-1938  
10.2 Deutschland  
11.1 Umfassende, systematische Analyse und



- Darstellung der Geschichte der ALV, eingebettet in die historischen gesamtgesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen; Rolle der Arbeitslosenversicherung in den politischen Auseinandersetzungen der Zeit; Stellenwert der ALV in den politischen Konzepten der handelnden Politiker; Auswirkungen der ALV-Politik (v.a. auf die Versicherten und die kommunalen Finanzen)
- 13 Herrmann, V.: **Arbeitslosenversicherung im Widerstreit. Studie zur Frühphase der Ära Brüning.** Staatsex., Univ. Freiburg/Br. 1986
- 14 Auswertung archivalischer und anderer Quellen
- 16 Deutsches Zentralarchiv Potsdam; BA Koblenz; verschiedene StadtAe; zeitgenössische Zeitschriften und Tageszeitungen
- II. Darstellungen in zeitlicher Folge
- a) Von den Anfängen bis zum Ende des Sozialistengesetzes
- 
- b) 1890-1914
- 
- c) Weltkrieg und Revolution
- 
- d) Weimarer Republik
- 0 88-082
- 1 FU Berlin, FB Politische Wissenschaft, Ihnestr. 21, 1000 Berlin 33; Tel. 030/838-4970
- 2.1 LUTHARDT, Wolfgang, Dr.; Moselstr. 12, 1000 Berlin 41; Tel. 030/8519435
- 5 Ende: 7/88
- 6 Eigenprojekt des Bearb.; Aufsatz
- 8 Bearb.
- 9 'Kollektive Demokratie' in der Weimarer Republik. Semikorporative Konzeption gesellschaftlicher Entpolitisierung?
- 10.1 1918-1933
- 10.2 Deutschland
- 0 88-083
- 1 Historische Kommission zu Berlin, Kirchweg 33, 1000 Berlin 38; Tel. 030/8160010
- 2.1 LÖSCHE, Peter, Prof. Dr.; WALTER, Franz, Dr.; c/o Univ. Göttingen, Seminar für Politikwissenschaft, Platz der Göttinger Sieben 3, 3400 Göttingen
- 4 Abgeschlossen
- 6 Aufsatz
- 8 DFG
- 9 Die Organisationskultur der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik
- 10.1 1918-1933
- 10.2 Deutschland
- 11.1 Milieuanalyse und Auseinandersetzung mit system- und modernisierungstheoretischen Interpretationen zur Arbeiterkultur (s.a. Proj.-Nr. 86-114)
- 12 Lösch, P. und F. Walter: **Zur Organisationskultur der Sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik**, in: Geschichte und Gesellschaft, Jg. 15 (1989), H. 1
- 16 AdS/FES, Bonn; Zeitungen; Zeitschriften; Jahrbücher; Protokolle; Zeitzeugen
- 0 88-084
- 1 Univ. Freiburg/Br., LS Neuere und Neueste Geschichte, Werthmannplatz, 7800 Freiburg/Br.; Tel. 0761/203-2376
- 2.1 WEICHLEIN, Siegfried; Starkenstr. 5, 7800 Freiburg/Br.; Tel. 0761/37683
- 2.2 Prof. Dr. Heinrich August Winkler
- 4 Geplant
- 5 Beginn: 12/88, Ende: 11/90
- 6 Diss.
- 9 Katholiken, Klasse, Klassenkampf. Sozialgeschichtlicher Ort, Problem und Wirkung des Linkskatholizismus in der Weimarer Republik
- 10.1 1918-1933
- 10.2 Deutschland
- 11.1 Sozialgeschichtlicher Aufweis des Desintegrationsprozesses im politischen Katholizismus; Linkskatholizismus in sozialgeschichtlichen Verstehenszusammenhang einbringen nach einer Reihe von Spezialuntersuchungen; Entstehungsbedingungen aufzeigen; Überprüfung der Validität seiner Deutemuster; Frage nach katholischen demokratischen Eliten; Verhältnisbestimmung zwischen sozioökonomischer Disposition, religiös-konfessioneller Motivationsstruktur und politischer Organisationsform; Arbeitshypothese: Desintegrationsprozeß im politischen Katholizismus vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Modernisierung
- 14 Sozialgeschichtlicher Ansatz
- 16 Kirchliche Statistiken; katholischè Verbandsstatistiken; Wahlergebnisse; katholische Arbeiterliteratur; Statistiken über Kirchlichkeitsgrad der Katholiken u.v.a.m.
- 0 88-085
- 1 Historische Kommission zu Berlin, Kirchweg 33, 1000 Berlin 38; Tel. 030/8160010
- 2.1 WALTER, Franz, Dr.; c/o Univ. Göttingen, Seminar für Politikwissenschaft, Platz der Göttinger Sieben 3, 3400 Göttingen
- 5 Beginn: 11/87, Ende: 3/89
- 6 Geförderte Forschung
- 8 DFG
- 9 Der Arbeiter-Samariter-Bund
- 10.1. 1918-1933
- 10.2 Deutschland



- 11.1 Vergleichende organisationssoziologische Fragestellung (s.a. Proj.-Nr. 86-114)
- 16 Zeitungen; Zeitschriften; Geschäftsberichte; Protokolle
- 0 88-086**
- 1 Historische Kommission zu Berlin, Kirchweg 33, 1000 Berlin 38; Tel. 030/8160010
- 2.1 REGIN, Cornelia, c/o GHS Kassel, FB Gesellschaftswissenschaften, Nora-Platiel-Str. 1, 3500 Kassel; WALTER, Franz, Dr., c/o Univ. Göttingen, Seminar für Politikwissenschaft, Platz der Göttinger Sieben 3, 3400 Göttingen
- 5 Beginn: 11/87, Ende: 12/88
- 6 Geförderte Forschung
- 8 DFG
- 9 Der Verband Volksgesundheit
- 10.1 1918-1933
- 10.2 Deutschland
- 11.1 Vergleichende organisationssoziologische Fragestellung (s.a. Proj.-Nr. 86/114)
- 14 Zeitungen; Zeitschriften etc.
- 0 88-087**
- 1 Univ. Bochum, Institut zur Erforschung der europäischen Arbeiterbewegung, Postfach 102148, 4630 Bochum 1
- 2.1 FRIEDEMANN, Peter, Dr.
- 4 Laufend
- 6 Aufsatz
- 8 Bearb.
- 9 Das Frankreichbild in der Arbeiterpresse 1919-1933
- 10.1 1919-1933
- 10.2 Deutschland
- 11.1 Wandel der "Feindbilder" durch gemeinsame soziale und ökonomische Interessenlagen?
- 12 Veröffentlichung vorgesehen in: Francia 1989
- 14 Auswertung von Massendaten
- 16 IGA; Zeitungsforschungsinstitut der Stadt Dortmund
- 0 88-088**
- 1 Univ. Frankfurt/M., Historisches Seminar, Gräfr. 76, 6000 Frankfurt/M.
- 2.1 GRÄSER, Marcus; Bergstr. 47, 6368 Bad Vilbel; Tel. 06101/84765
- 2.2 Prof. Dr. Lothar Gall
- 5 Beginn: 6/88, Ende: 12/88
- 6 M.A.
- 8 Bearb.; Stipendium der FES
- 9 Jugendliche Unterschichten und Fürsorgeerziehung in der Endphase der Weimarer Republik
- 10.1 1928-1933
- 10.2 Deutschland
- 16 Fachzeitschriften, zeitgenössische jugendkundliche Literatur, statistische Materialien, Publikationen der Fachverbände, Zeitungen
- e) 1933-1945
- 
- f) Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges
- 0 88-089**
- 1 Fernuniv. Hagen — GHS, FB Rechtswissenschaft, Lehrgebiet Bürgerliches Recht und Arbeitsrecht, Feithstr. 140, 5800 Hagen; Tel. 02331/804-2903/5
- 2.1 HENKE, Udo; Davidisstr. 7, 4600 Dortmund 1; Tel. 0231/513078
- 2.2 Prof. Dr. Thilo Ramm
- 5 Beginn: 6/88, Ende: 12/89
- 6 Diss.
- 8 Bearb.
- 9 Das Arbeitsrecht in der britischen Besatzungszone 1945-1949
- 10.1 1945-1949
- 10.2 Britische Besatzungszone (Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Hansestadt Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Hansestadt Bremen bis 31.12.1946
- 11.1 Darstellung der Entwicklung des gesamten Arbeitsrechts in der Zeit zwischen dem Ende des Deutschen Reiches und der Konstituierung der BRD; Gegenstand ist das kollektive und das Individualarbeitsrecht der Beschäftigten in der privaten Wirtschaft wie auch im öffentlichen Dienst; Darstellung der Normen, ihrer Entstehung, Veränderung, Wirkung auch unter rechtssoziologischem Blickwinkel unter Berücksichtigung der sozialen, wirtschaftlichen, politischen und besatzungspolitischen Besonderheiten
- 14 Rechtshistorischer, rechtssoziologischer und arbeitsrechtlicher Ansatz; zusammenstellen und strukturieren der maßgeblichen Normen und Umstände durch Auswertung und Analyse
- 16 Quellen und Quellensammlungen; Archiv- und Aktenmaterial staatlicher Behörden und von Tarifverbänden; zeitgenössische und spätere Literatur; ausgewählte zeitgenössische Tages- und Wochenpresse des nordwestdeutschen Raumes; Rechtsprechung; Gesetzgebungsmaterialien und amtliche Druckwerke
- g) B R D
- 0 88-090**
- 1 FU Berlin, FB Politische Wissenschaft, Ihnestr. 21, 1000 Berlin 33; Tel. 030/838-4970
- 2.1 LUTHARDT, Wolfgang, Dr.; Moselstr. 12, 1000 Berlin 41; Tel. 030/8519435
- 4 Laufend
- 5 Ende: 9/88
- 6 Eigenprojekt des Bearb.; Aufsatz
- 8 Bearb.
- 9 Institutionalisierung von Politikgestaltung



auf der Kommunalebene: Formen der  
Bürgerbeteiligung

- 10.1 Nach 1970
- 10.2 Bundesrepublik Deutschland

h) D D R

—

### III. Regionale und lokale Darstellungen

0 88-091

- 1 Univ. Bielefeld, Fak. für Geschichte,  
Postfach, 4800 Bielefeld 1
- 2.1 POHL, Karl Heinrich, Dr.;  
Tel. 0521/1063208
- 4 Abgeschlossen
- 6 Eigenprojekt des Bearb.
- 8 Univ. Bielefeld
- 9 Sozialdemokratie und Bildungswesen. Das  
"Münchener Modell" einer sozialdemokra-  
tisch-bürgerlichen Schulpolitik und die  
Entwicklung der Volks- und Fortbildungs-  
schulen in Bayern der Jahrhundertwende

- 10.1 1895-1914
- 10.2 Bayern; München
- 11.1 Auseinandersetzung mit dem "bayerischen  
Reformismus" in der Sozialdemokratie;  
Erhärtung der These vom "bayerischen  
Sonderweg" im Deutschen Kaiserreich;  
Analyse sozialdemokratischer Kommunal-  
politik in Bayern
- 12 Veröffentlichung geplant
- 13 Ms., Bielefeld 1988
- 16 Alle Münchener Ae; Münchener Post;  
MNN

0 88-092

- 1 DGB Kreis Northeim, Teichstr. 19,  
3410 Northeim
- 2.1 CHRISTMANN, Gottfried, Siemensstr. 58,  
4000 Düsseldorf 1, Tel. 776562; KÄDTLER,  
Jürgen, Rohnsterrassen 10, 3400 Göttingen
- 4 Abgeschlossen
- 5 Beginn: 84, Ende: 4/88
- 6 Monographie/Dokumentation
- 7 DGB Kreis Northeim
- 8 Bearb.; DGB und HBS
- 9 Arbeiterbewegung in Northeim 1890-1914
- 10.1 1890-1914
- 10.2 Northeim/Südniedersachsen
- 11.1 Organisationsgeschichtlich induzierte Spu-  
rensicherung: Arbeiterbewegung in der nicht-  
industrialisierten Provinz (Beispiel Beamten-  
kleinstadt); sozialdemokratisches Vereins-  
leben (Gewerkschaften, Kultur) ohne  
SPD-Ortsverein als organisierendes Zentrum;  
Einbezug regionaler und überregionaler  
Kommunikationszusammenhänge; Lebens-  
weise der Arbeiter im sozial eng kontrollier-  
ten kleinstädtischen Milieu (Wohnen, Ge-  
sundheit, Arbeitsbedingungen, Maßregelungen)
- 12 Veröffentlichung geplant
- 13 Christmann, G. und J. Kädtler: Northeim im  
Kaiserreich. Arbeiterbewegung in einer Be-

amtenkleinstadt 1890-1914. Ms., Göttingen  
1988

- 14 Organisations- und Sozialgeschichte; Aus-  
wertung schriftlicher Quellen
- 16 StadtAe Northeim und Göttingen, DGB-A,  
HStA Hannover, UB-Göttingen; Polizei-  
aktenbestände, Zeitungen, Jahrbücher,  
Broschüren, Literatur

#### a) Regional

0 88-093

- 1 Univ. Bielefeld, Fak. für Geschichte,  
Postfach, 4800 Bielefeld 1
- 2.1 POHL, Karl Heinrich, Dr.;  
Tel. 0521/1063208
- 4 Abgeschlossen
- 6 Eigenprojekt des Bearb.; Aufsatz
- 8 Univ. Bielefeld
- 9 Sozialdemokratie und Gewerbeinspektion.  
Zum Verhältnis von Staat, Arbeiterbewe-  
gung und Arbeitgebern im Bayern der  
Prinzregentenzeit
- 10.1 1886-1914
- 10.2 Bayern
- 11.1 Analyse des Verhältnisses von Staat,  
Kapital und Arbeitern in Bayern in der  
Prinzregentenzeit
- 12 Veröffentlichung geplant
- 13 Ms., Bielefeld 1988
- 16 Bayerische StAe München, Neuenburg,  
Nürnberg; Münchener Post; Berichte der  
Fabrikeninspektoren; Berichte des Mün-  
chener Gewerkschaftskartells

0 88-094

- 1 Univ. Wuppertal, Historisches Seminar,  
Gauss-Str. 20, 5600 Wuppertal 1
- 2.1 JUNG, Michael; Kriegerheimstr. 33,  
5600 Wuppertal 1
- 2.2 Prof. Dr. Karl-Hermann Beeck
- 5 Beginn: 5/86, Ende: 7/88
- 6 Diss.
- 8 Stipendium: Graduiertenförderungs-  
gesetz Land NRW
- 9 Insolvenz und Frühindustrialisierung.  
Untersuchung über Abwicklungsweisen,  
Häufigkeit und Stellenwert von Unter-  
nehmenszusammenbrüchen im anlaufen-  
den Industrialisierungsprozeß
- 10.1 1780-1850
- 10.2 Bergischer Raum (Wuppertal, Remscheid,  
Solingen)
- 11.1 Dargestellt werden die verschiedenen  
Abwicklungsmöglichkeiten von Unter-  
nehmenszusammenbrüchen, die zur  
Verfügung standen, die Vorgeschichte,  
praktische Durchführung und gesamt-  
gesellschaftlichen Auswirkungen exem-  
plarischer Insolvenzfälle und das quanti-  
tative Ausmaß der gerichtlichen Insol-  
venzprozesse; Analyse und Interpretation  
der Wechselwirkungen von Insolvenzen  
und frühem Industrialisierungsprozeß



- 14 Quellenkritische Auswertung von Zeitungen, zeitgenössischer Literatur und Akten der Kommunal-, Staats- und Wirtschaftsarchive mittels hermeneutischer, analytischer und quantitativer Methoden
- b) Lokal
- 0 88-095**
- 1 Univ. Köln, FB Geschichte
- 2.1 BUSEMANN, Wilfried; Adolfstr. 57, 5300 Bonn 1
- 2.2 Prof. Dr. Gerhard Brunn
- 4 Laufend
- 6 Eigenprojekt des Bearb.; Diss.
- 8 Bearb.
- 9 Geschichte der SPD in Bonn 1890-1972
- 10.1 1890-1972
- 10.2 Bonn (Alt-Bonn, Godesberg, Beuel, Landkreis Bonn)
- 11.1 Organisationsgeschichte im Zusammenhang mit Kommunalpolitik
- 14 Deskriptiv
- 0 88-096**
- 2.1 SCHLOSSMACHER, Norbert, Dr.; Am Draitschbusch 7, 5300 Bonn 2
- 4 Laufend
- 5 Ende: 7/88
- 6 Monographie mit Edition
- 9 Düsseldorf Sozialistenprozeß 1888
- 10.1 1888
- 10.2 Düsseldorf
- 11.1 Versuch einer Annäherung an das Gesamtphänomen "Geheimbundprozesse" aufgrund der sehr günstigen Quellenlage für das Düsseldorf Verfahren
- 12 Veröffentlichung voraussichtlich im Sommer 1988 in der Reihe "Die Arbeiterbewegung in den Rheinlanden"
- 0 88-097**
- 1 SPD Duisburg, Krummacherstr. 33, 4100 Duisburg 1
- 2.1 PIETSCH, Hartmut, Dr.; GREBER, Adolf; MEYER-SCHIFFER, Gisela; SCHERSCHEL, Horst; UNGKEIT, Reinhold; u.a.; H. Pietsch, Manteuffelstr. 16, 4100 Duisburg 1, Tel. 0203/356889
- 4 Laufend
- 5 Ende: 5/89
- 6 Monographie
- 7 SPD Duisburg
- 9 "Ein schwere Kampf ist's, den wir wagen". 125 Jahre Sozialdemokratische Partei in Duisburg
- 10.1 1864-1989
- 10.2 Duisburg
- 16 Staatliche Ae; Archivalien der Duisburger SPD; Zeitungen; Zeitzeugenbefragung
- 0 88-098**
- 1 Max-Planck-Institut für Geschichte, Hermann-Föge-Weg 11, 3400 Göttingen
- 2.1 KRIEDTE, Peter, Dr.
- 5 Beginn: 7/85, Ende: 12/88
- 6 Monographie
- 8 Max-Planck-Institut für Geschichte
- 9 Eine Stadt am seidenen Faden. Haushalt, Hausindustrie und soziale Bewegung in Krefeld in der Mitte des 19. Jahrhunderts
- 10.1 1815-1860
- 10.2 Krefeld
- 11.1 Sozialgeschichte der Krefelder Seidenweber unter Zugrundelegung des Proto-Industrialisierungsparadigmas [s.a. Proj.-Nr. 80-267 (4/84)]
- 12 Veröffentlichung vorgesehen 1989 im Verlag Vandenhoeck und Ruprecht, Göttingen
- 14 Aktenanalyse; deskriptive Statistik (u.a. Auswertung eines Einwohnerverzeichnisses und der Heiratsregister für ausgewählte Jahre)
- 0 88-099**
- 1 Univ. Bielefeld, Fak. für Geschichte, Postfach, 4800 Bielefeld 1
- 2.1 POHL, Karl-Heinrich, Dr.; Tel. 0521/1063208
- 4 Abgeschlossen
- 6 Eigenprojekt der Univ. Bielefeld; Aufsatz; Vortrag
- 8 Univ. Bielefeld
- 9 Soziale Struktur, Entwicklung und Politik der Münchener Arbeiterbewegung 1890-1914. Eine Skizze zum "Bayerischen Sonderweg" im Deutschen Kaiserreich
- 10.1 1890-1914
- 10.2 München
- 11.1 Anliegen der speziellen, reformorientierten Politik der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung auf der Basis einer Vielzahl sozialer, wirtschaftlicher und kultureller Besonderheiten der bayerischen Landeshauptstadt
- 12 Veröffentlichung geplant
- 13 Vortrag auf dem Historikerkongreß 1986 in Trier; Ms.
- 16 Münchener Staats- und Stadt-Ae; Publikationen von Gewerkschaften und SPD; Münchener Post
- 0 88-100**
- 1 SPD-Stadtverband Neuss, Neustr. 26, 4040 Neuss; Tel. 02101/24983
- 2.1 DIESLER, Peter; Annostr. 52, 4040 Neuss
- 5 Beginn: 5/88, Ende: 89
- 6 Auftragsforschung
- 7 SPD-Stadtverband Neuss
- 8 SPD-Stadtverband Neuss
- 9 Geschichte der Neusser Arbeiterbewegung
- 10.1 Ca. 1848-1988
- 10.2 Stadt Neuss
- 12 "hätten wir viele Dinge anders angefaßt. . ." 40 Jahre DGB Kreis Neuss. Bearb. von Peter Diesler. Neuss: [o.V.] 1985
- 13 Diesler, P.: Die Reorganisation der Ar-



- beiterbewegung in der Stadt Neuss  
1945/46. Dipl., Univ. Marburg, FB Politik-  
wissenschaft, 1988 [s.a. Proj.-Nr. 88/029  
(3/88)]
- 14 Archivalienauswertung
- 16 StadtA Neuss; HStA Düsseldorf; Friedrich-  
Ebert-Stiftung, Bonn; Zeitungen der  
Arbeiter- und Lokalpresse usw.
- 0 88-101**
- 1 Univ. Passau, Abt. Bayerische Landes-  
geschichte
- 2.1 LEICHT, Walter; Fuchsweg 6,  
8200 Rosenheim
- 2.2 Prof. Dr. Peter C. Hartmann; Prof. Dr.  
Peter Steinbach
- 4 Laufend
- 5 Ende: 89/90
- 6 Diss.
- 9 Sozioökonomische Strukturen und Wahl-  
verhalten in Rosenheim 1869-1933.  
Reichstags-, Landtags- und Gemeinde-  
wahlen in einer oberbayerischen Klein-  
stadt
- 10.1 1869-1933
- 10.2 Rosenheim
- 16 Statistische Zeitschriften und Jahrbücher;  
Verwaltungsberichte, Adreßbücher; Wahl-  
akten; Lokalpresse
- 0 88-102**
- 1 Stadtarchiv Solingen, Gasstr. 22b,  
5650 Solingen 1; Tel. 0212/810001
- 2.1 BORKES, Holger; Kantstr. 11,  
4100 Duisburg 11
- 5 Beginn: 8/87, Ende: 7/89
- 6 Auftragsforschung; geförderte Forschung;  
Monographie
- 7 Stadtarchiv Solingen
- 8 Stadtarchiv Solingen; Bundesanstalt für  
Arbeit, Nürnberg
- 9 Wirtschaftsstruktur und Arbeitsmarkt in  
Solingen
- 10.1 1848 bis in die Nachkriegszeit
- 10.2 Solingen
- 11.1 Entwicklung des Arbeitsmarktes – Formen  
der Vermittlung, materielle Hilfen usw.  
sowie ökonomische Krisen mit ihren Aus-  
wirkungen – in der für Solingen spezifi-  
schen Wirtschaftsstruktur (Geflecht hoch-  
qualifizierter Kleinbetriebe mit allmäh-  
licher Anpassung an allgemeine struktu-  
relle Entwicklungen)
- 12 Veröffentlichung vorgesehen 1989
- 14 Regionalgeschichtlicher Ansatz; Oral  
History; Archivalienauswertung
- 16 Archivmaterialien in Solingen, Düsseldorf  
etc.; Interviews
- 0 88-103**
- 1 Presse- und Informationsamt der Stadt  
Solingen, Rathaus Potsdamer Str.,  
5650 Solingen 1
- 2.1 WELLING, Edeltraut; Tübinger Str. 12,  
5000 Köln 60
- 5 Beginn: 9/86, Ende: 9/88
- 6 Auftragsforschung; geförderte Forschung;  
Monographie; Dokumentation
- 7 Presse- und Informationsamt der Stadt  
Solingen
- 8 Presse- und Informationsamt der Stadt  
Solingen; Bundesanstalt für Arbeit,  
Nürnberg
- 9 **Lebenssituation von Solinger Lieferfrauen**
- 10.1 Mitte 19. Jh. bis 30er Jahre des 20. Jh.
- 10.2 Solingen
- 11.1 Im Vordergrund steht die Erhebung von  
Primärdaten über die Liefertätigkeit der  
vorwiegend aus Heimarbeiterfamilien  
der Solinger Schneidwarenindustrie  
stammenden Lieferfrauen und über deren  
Stellung in der Familie in der Solinger  
Heimarbeiterschaft
- 12 Veröffentlichung vorgesehen 1988/89
- 14 Lokalgeschichtlicher Ansatz; Oral History;  
Archivalienauswertung
- 16 Archivmaterialien; Interviews
- 0 88-104**
- 1 Univ. Bonn, Geographisches Institut
- 2.1 PRASTHOFER, Gerd E.; Mönkemöller-  
Str. 56, 5300 Bonn 1
- 2.2 Prof. Dr. Wilhelm Matzat
- 5 Beginn: 4/88, Ende: 10/88
- 6 Dipl.
- 8 Bearb.
- 9 **Sozioökonomische Entwicklung der  
Gemeinde Wesseling im 19. und 20. Jahr-  
hundert**
- 10.1 19. und 20. Jahrhundert
- 10.2 Wesseling (Stadt in NRW)
- 11.1 Erstellung einer Sozialtopographie in  
mehreren zeitlichen Schnitten; Standort-  
faktoren und Initialfaktoren; Wechsel-  
beziehungen Gewerbe/Industrie – Sozial-  
struktur
- 14 Quellen- und Literaturforschung
- 16 Stadt- und Kreis-Ae; HStA Düsseldorf;  
Interviews
- F. DARSTELLUNGEN ZUR  
GESCHICHTE DER ARBEITER-  
BEWEGUNG ANDERER GEBIETE**
- Spanien**
- 0 88-105**
- 1 FU Berlin, FB Politische Wissenschaft
- 2.1 SZEBEHELYI, Marita, Dipl. Pol.;  
Framstr. 17, 1000 Berlin 44;  
Tel. 030/6245459
- 2.2 Prof. Dr. Ignacio Sotelo
- 4 Abgeschlossen
- 5 Beginn: 2/80, Ende: 6/88
- 6 Diss.
- 8 Bearb.; Stipendium des Forschungsinsti-  
tuts der Friedrich-Ebert-Stiftung
- 9 **Die Partei der Sozialisten Kataloniens  
(PSC-PSOE) und ihre Gründungsparteien.  
Zur Problematik des sozialistischen Ein-**



- heitsprozesses in Katalonien 1974-1978 mit ihren Wurzeln in der antifrankistischen Oppositionsbewegung
- 10.1 Vornehmlich 1974-1978/82
- 10.2 Katalonien/Spanien
- 11.1 Der Einheitsprozeß des katalanischen Sozialismus wird gekennzeichnet durch eine ideologische Konfliktachse (reformistischer, radikalsozialistischer und "traditionalistisch"-sozialistischer Ansatz) und eine quer zu ihr gelagerte "katalanische" Konfliktachse (Fusionierung gemäßigter, radikaler und nicht-katalanischer Kollektive und Ursprungsparteien) mitsamt der ihr eigenen parteiorganisatorischen Relevanz (föderalistische und konföderalistische Lösungsansätze); die in keinerlei ideologisches Schema preßbare "katalanische" Konfliktachse lastet als "politische Hypothek" auf Dauer auf dem PSC (PSC-PSOE) und zwingt diesen propagandistisch zu einem "politischen Doppelangebot"
- 12 Veröffentlichung geplant
- 14 Auswertung selbsterstellten parteiinternen Dokumentationsmaterials und zahlreiche Interviews mit maßgeblichen Parteiführern und Parteitheoretikern des PSC (PSC-PSOE)
- 13 Ms., ca. 940 S.
- 16 Ae in Barcelona: CES, CEHI-FIEHS, Equip de Sociologia Electoral; ParteiAe; private Dokumentationssammlungen etc.
- G. DARSTELLUNGEN ZUR GESCHICHTE DER INTERNATIONALE UND ZUR GESCHICHTE DER ARBEITERBEWEGUNG MEHRERER LÄNDER**
- 0 88-106**
- 1 Pathfinder Press (für Anchor Foundation), 410 West Street, New York, N.Y. 10014, USA
- 2.1 RIDDELL, John, Prof. Dr.
- 4 Laufend
- 5 Beginn: 8/83, Ende: 93
- 6 Eigenprojekt der Pathfinder Press (für Anchor Foundation)
- 7 Pathfinder Press (für Anchor Foundation)
- 8 Pathfinder Press (für Anchor Foundation)
- 9 The Communist International in Lenin's Time
- 10.1 1907-1923
- 10.2 International
- 11.1 Erstmalige Veröffentlichung in englischer Sprache der vollständigen Protokolle der ersten vier Kongresse der Komintern (1919-1923) sowie von Ergänzungsbänden über die Vorgeschichte der Komintern (1907-1919) und die Tätigkeit der Komintern zwischen den Kongressen (1919-1923)
- 12 Lenin's Struggle for a Revolutionary International. Documents: 1907-1916, The Preparatory Years. Hrsg. von John Riddell. New York: Pathfinder Press 1984. 624 S. —
- The German Revolution and the Debate on Soviet Power. Documents: 1918-1919, Preparing the Founding Congress. Hrsg. von John Riddell. New York: Pathfinder Press 1986. 560 S. — Founding the Communist International. Proceedings and Documents of the First Congress: March 1919. Hrsg. von John Riddell. New York: Pathfinder Press 1987. 424 S.
- 14 Besorgung (Beschaffung) von Dokumenten, Auswahl, Übersetzung und Erstellen von Anmerkungen und Kommentaren zu den Dokumenten
- 16 Archive
- 0 88-107**
- 1 Univ. Münster
- 2.1 SCHWARTZ, Michael; Ostenbree 15, 4400 Münster; Tel. 0251/329861
- 2.2 Prof. Dr. Hans-Ulrich Thamer
- 4 Laufend
- 6 Staatsex.; Aufsatz
- 8 Bearb.
- 9 Sozialdemokratie und Eugenik in der Weimarer Republik
- 10.1 Ca. 1890-1933
- 10.2 Deutschland (und Deutsch-Österreich)
- 11.1 Neu- oder Weiterentwicklung des Verständnisses von Sozialismus und Eugenik als komplementärer szientistischer Phänomene im Kaiserreich; Aufweis der Entwicklung einer speziell 'sozialistischen Eugenik' und deren Konsequenzen für die SPD-Politik 1919-1933
- 12 Veröffentlichung vorgesehen
- 13 Schwartz, M.: 'Verheißung und Drohung'. Sozialdemokratie und Eugenik in der Weimarer Republik. Staatsex., Univ. Münster 1987
- 14 Ideengeschichtlicher Aufriß sowie Versuch einer Sozialgeschichte der Ideen innerhalb der SPD; Rekonstruktion eugenischer SPD-Politik
- 16 Zeitgenössische Forschungsarbeit; Zeitschriften der SPD, nahestehender Verbände und Gruppen; Monographien; Protokolle
- 0 88-108**
- 1 Univ. München; Institut für Neuere Geschichte, LS Prof. Dr. Gerhard A. Ritter
- 2.1 ZARUSKY, Jürgen; Schleißheimer Str. 135 b, 8060 Dachau
- 2.2 Prof. Dr. Gerhard A. Ritter
- 4 Laufend
- 6 Diss.
- 8 Stipendium der Friedrich-Ebert-Stiftung
- 9 Deutsche Sozialdemokratie und Sowjetunion in der Zeit der Weimarer Republik
- 10.1 1918/19-1932/33
- 10.2 Deutschland, Sowjetunion
- 11.1 Beurteilung der sowjetischen Entwicklung innerhalb der deutschen Sozialdemokratie; "Fernwirkungen" dieser Entwicklung auf



- die SPD; Stellenwert in der Auseinandersetzung SPD – KPD; Stellung der Sowjetunion in den außenpolitischen Konzeptionen der deutschen Sozialdemokratie; Zusammenhang der ideologisch-politischen Auseinandersetzung mit dem "Modell Sowjetunion" und außenpolitischer Stellung der deutschen Sozialdemokratie zur Sowjetunion
- 13 **Zaruský, J.: Deutsche Sozialdemokratie und Sowjetunion 1920-1926.** Staatsex., [o.O., o.J.]
- 0 **88-109**
- 1 Norges Allmennevitsenskapelige Forskningsråd, Sandakerveien 99, N-0483 Oslo 4, Norwegen
- 2.1 FRØLAND, Hans Otto; c/o Historisk Institutt, Universitet i Trondheim, N-7055 Dragvoll, Norwegen
- 5 Beginn: 10/88, Ende: 7/91
- 6 Diss.
- 8 Norges Allmennevitsenskapelige Forskningsråd
- 9 **Tarif- und Einkommenspolitik in der BRD und Norwegen 1950-1965/66**
- 10.1 1950-1965/66
- 10.2 Norwegen, Bundesrepublik Deutschland
- 11.1 Strategien und Ziele bei Gewerkschaftsbewegung (DGB/LO), Arbeitgeber (BDA/NAF) und Regierung bei der Festsetzung der Löhne; Vergleich der Verhandlungssysteme
- 14 Komparative Methode; theoretischer Ansatz: "Labour Economics"
- 16 Amtliche Statistik; Archivalien/Akten; Mitgliedsblätter

## II. NACHTRÄGE

- 0 **869**
- 1 Univ. Rostock
- 2.1 ELSNER, Lothar, Prof. Dr.; c/o Univ. Rostock
- 4 Abgeschlossen
- 9 **Die Fremdarbeiterpolitik des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems in Westdeutschland. Zur Lage und zum Kampf der ausländischen Arbeiter in der Bundesrepublik (1955-1965)**
- 10.1 1900-1985
- 10.2 Deutschland
- 12 **Elsner, Lothar und Joachim Lehmann: Ausländische Arbeiter unter dem deutschen Imperialismus. 1900 bis 1985.** Berlin/DDR: Dietz Verlag 1988. 411 S.
- 13 **Habil., Univ. Rostock 1967 (3/88)**
- 0 **2412**
- 1 Deutsche Sporthochschule Köln; FU Berlin, Osteuropa-Institut
- 2.1 **LIEBER, Hans-Joachim, Prof. Dr.; Widdersdorfer Landstr. 1 b, 5000 Köln 40**
- 4 Abgeschlossen

- 6 Edition
- 8 Stiftung Volkswagenwerk; Wissenschaftliche Buchgesellschaft Darmstadt
- 9 **Lexikon zur Marx-Ausgabe**
- 10.1 1815-1883
- 10.2 Deutschland, Frankreich, England
- 12 **Marx-Lexikon. Zentrale Begriffe der politischen Philosophie von Karl Marx.** Hrsg. von Hans-Joachim Lieber und Gerd Helmer unter Mitw. von Rosemarie Krause-Braunack und Horst Dejas. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft 1988. XV, 715 S. (3/88)
- 0 **4094**
- 1 Univ. Salzburg, Institut für Geschichte, Mirabellplatz 1, A-5020 Salzburg
- 2.1 BOTZ, Gerhard, Prof. Dr.
- 4 Abgeschlossen
- 6 Monographie
- 9 **Politisch-soziale Konflikte in der Ersten und Zweiten österreichischen Republik 1918-1938, 1945-1975**
- 10.1 1918-1938, 1945-1975
- 10.2 Österreich
- 12 **Botz, G.: Krisenzonen einer Demokratie. Gewalt, Streik und Konfliktunterdrückung in Österreich seit 1918 (= Studien zur Historischen Sozialwissenschaft, Bd. 9).** Frankfurt/M. und New York: Campus 1987. 389 S. (3/88)
- 0 **5290**
- 1 Univ. München, Philosophische Fak. für Kunst- und Geschichtswissenschaften; St. Antony's College, Oxford
- 2.1 METZ, Karl Heinz, Dr. habil.
- 4 Abgeschlossen
- 6 Habil.
- 9 **Sozialpolitik und Gesellschaft. Die Herausbildung sozialpolitischer Institutionen und Konzeptionen in England von der Poor-Law Commission von 1833/34 zur Poor-Law Commission von 1905/09**
- 10.1 1795-1911
- 10.2 Großbritannien
- 12 **Metz, K.H.: Industrialisierung und Sozialpolitik. Das Problem der sozialen Sicherheit in Großbritannien 1795-1911 (= Veröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts London, Bd. 20).** Göttingen und Zürich: Vandenhoeck und Ruprecht 1988. 424 S.
- 13 **Habil., Univ. München 1982 (3/88)**
- 0 **79-0209**
- 1 FU Berlin
- 2.1 **HALMEN, Rainer M., Dr.; Kirchgasse 33, 1000 Berlin 44**
- 2.2 Prof. Dr. Urs Jaeggi
- 4 Abgeschlossen
- 6 Diss.
- 9 **Die politische Rolle des Beamtentums. Untersuchungen zur Sozialgeschichte**



- |     |                                                                                                                                                                                                                    |      |                                                                                       |
|-----|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------|---------------------------------------------------------------------------------------|
|     | nichts ausmachte" – Bremer Flugzeugbauer im Nationalsozialismus, in: 1999, H. 1/1988, S. 44-103                                                                                                                    | 4    | Abgeschlossen                                                                         |
| 13  | Pflegensdörfer, D.: Betriebsgeschichte "von unten" – Neue Wege in der historischen Unternehmensforschung. Projekt- und Literaturbericht. Ms., Univ. Bremen, Forschungsschwerpunkt Arbeit und Bildung, 23 S. (3/88) | 6    | Dipl.                                                                                 |
|     |                                                                                                                                                                                                                    | 8    | Bearb.                                                                                |
| 0   | 88-029                                                                                                                                                                                                             | 9    | Die Reorganisation der Arbeiterbewegung in der Stadt Neuss nach dem Zweiten Weltkrieg |
| 1   | Univ. Marburg, FB Politikwissenschaft, 3550 Marburg                                                                                                                                                                | 10.1 | 1945-1946                                                                             |
| 2.1 | DIESLER, Peter; Annostr. 52, 4040 Neuss                                                                                                                                                                            | 10.2 | Stadt – teilweise auch Kreis – Neuss                                                  |
| 2.2 | Prof. Dr. Georg Fülberth                                                                                                                                                                                           | 13   | Dipl., Univ. Marburg 1988 (3/88)                                                      |
- III. BISHER NICHT GEMELDETE, UNPUBLIZIERTE ARBEITEN, DIE IM INLAND VERFÜGBAR SIND
- Entfällt

## NEUE LITERATUR

**Methoden der Biographie- und Lebenslaufforschung.** Hrsg. von Wolfgang VOGES (= Biographie und Gesellschaft, Bd. 1). – Opladen: Leske & Budrich 1987. 421 S.

Bekanntlich hat die moderne Sozialgeschichte häufig erfolgreich Methoden der Sozialwissenschaften für die Historiographie fruchtbar zu machen versucht. Arbeiten, die versprechen, "einen Überblick über einige wesentliche Fragestellungen und Methoden empirischer Sozialforschung" zu geben (S. 11), werden deshalb auf das Interesse vieler Sozialhistoriker stoßen. Dies gilt um so mehr, wenn es sich dabei um Biographie- und Lebenslaufforschung handelt. Bei dem Stichwort "Biographie" werden die meisten Historiker "Individualbiographie" assoziieren. Darum geht es hier freilich nur zum geringeren Teil: Vorgestellt und diskutiert werden vorwiegend Forschungsstrategien und methodische Probleme bei der (Re-) Konstruktion typischer Lebensläufe bestimmter Personengruppen. Die in dem Bd. enthaltenen 16 Aufsätze, thematisch in vier Abschnitte gruppiert, dürften jedoch nicht nur die Historiker interessieren, die sich die Erforschung der Biographien ganzer Personengruppen zum Ziel gesetzt haben: Auch das Individuelle, das Untypische einer einzelnen Biographie läßt sich vielfach erst vor dem Hintergrund der Konstruktion typischer (kollektiver) Lebensläufe herausarbeiten. Im ersten Abschnitt geben W. Fischer/M. Kohli sowie K.-U. Mayer einen thematischen und methodischen Abriss der sozialwissenschaftlichen Biographie- bzw. Lebenslaufforschung. Im zweiten erörtern H.-P. Bahrtdt, H. Esser und W. Voges allgemeine methodologische Fragen einer an Biographie und Lebenslauf orientierten Sozialforschung (u.a. das Verhältnis von "qualitativen" und quantitativen Methoden sowie Probleme der Verknüpfung der verschiedenen Zeitdimensionen in der biographischen Sozialforschung). Auf besonderes Interesse dürfte ein Aufsatz von I. Oster stoßen, in dem sie "die Abstinenz von Frauen gegenüber quantitativen Verfahren und ihre Affinität zur hermeneutischen biographischen Analyse zu erklären" sucht und zu dem Ergebnis gelangt, daß die "Frontstellung falsch" sei: "Falls ein Ziel feministischer Wissenschaft ist, die je eigene Geschichte von Frauen aufzuarbeiten, dann liefern quantitative Verfahren die Markierungspunkte, mit der die objektive Zeit und ihre Trends näher bestimmt werden können, in denen sich subjektive Geschichte entfaltet. Der Vorwurf von Herrschaftswissenschaft [...] trifft hier nicht." (S. 112). Im dritten Abschnitt werden unterschiedliche Forschungsstrategien bei der Erhebung und Analyse qualitativer und quantitativer Daten am Beispiel der berufsbiographischen Forschung (I. Helling), der Untersuchung markanter biographischer Wendepunkte (E. Hoerning), der sogen. Verlaufsdatenanalyse (A. Diekmann) und der Kohortenanalyse (H. Renn) vorgestellt. Besonders spannend war die Lektüre des Aufsatzes von F.J. Brüggemeier (des einzigen Historikers unter den Autoren), nicht nur weil er anschaulich die methodischen Grundlagen der 'Oral History' skizziert und nicht verschweigt, daß bestimmte methodische Probleme dieses relativ jungen Zweiges der bundesdeutschen Historiographie nach wie vor ungelöst sind (vor allem: Repräsentativität der Aussagen und Kontrolle des 'Wahrheitsgehaltes' der Interviews); wichtiger sind die Passagen seines Aufsatzes, in denen er anhand von Interviews mit ehe-



maligen BDM-Mädchen und Ruhrbergleuten entwickelt, wie innovativ "Oral History" sein kann, da sie den Blick für Aspekte öffnet, die durch einseitige Optik aufgrund schriftlicher Überlieferungen, in denen ja überwiegend Intentionen, Ziele und Verhaltensnormen der jeweils Herrschenden ihren impliziten oder expliziten Ausdruck fanden, dem Historiker bisher verstellt waren. Im vierten Abschnitt werden einzelne Bereiche und spezifische Methoden der Biographie- und Lebenslaufforschung vorgestellt: die praxisbezogene sogen. Evaluationsforschung (M. Brater), die Kohortenanalyse (dargestellt an den je unterschiedlichen Berufsverläufen von Frauen aus drei Geburtskohorten, A. Tölke) und Untersuchungen zum Familienzyklus als wichtigem Bereich der Lebenslaufforschung (J. Marbach); in zwei weiteren Aufsätzen wird exemplarisch skizziert, wie mit Hilfe der biographischen Methode "deviante Karrieren" (nämlich die eines Wiener Berufskriminellen und die einer Prostituierten) bzw. psychisches Leid als Antwort eines Individuums auf krisenhafte Konstellationen analytisch erfaßt werden können (R. Girtler, H. Keupp).

Der Nutzen des – in erster Linie auch an Sozialwissenschaftler gerichteten – Büchleins hat für Historiker in bestimmter Hinsicht indes seine Grenzen: Spezifische Probleme, mit denen der (massen-)biographisch arbeitende Historiker konfrontiert ist, insbesondere das vielschichtige Problem der Quellendefekte, werden nicht thematisiert. Erschwert wird die Lektüre zudem häufig durch die (zum Teil sicherlich unvermeidlich) trockene Sprache und manchmal zu abstrakte Darstellung. Dennoch: ein wichtiges Buch für jeden, der sich mit methodischen Problemen biographischer Forschung vertraut machen will.

Rüdiger Hachtmann

LAZITCH, Branko, in collaboration with Milorad M. DRACHKOVITCH: **Biographical Dictionary of the Comintern**. New, Revised and Expanded Edition. – Stanford, California: The Hoover Institution Press 1986. LV, 532 S.

Nach dreizehn Jahren liegt nun eine Neuauflage des bekannten und bewährten Nachschlagewerkes zum Personal der kommunistischen Weltbewegung für das knappe Vierteljahrhundert der Existenz der Komintern vor. Obwohl im Zeitraum zwischen Erst- und Neuauflage kaum neue Forschungsergebnisse zur Komintern und ihrer Nebenorganisationen publiziert und noch viel weniger neue Quellen zugänglich wurden, gelang es den Herausgebern, manche Lücke zu schließen. Die Neuauflage enthält nun rund 750 (freilich höchst unterschiedlich detaillierte) Biographien; 35 sind gegenüber der Erstausgabe neu hinzugekommen, darunter nicht wenige Biographien japanischer und chinesischer Kommunisten. Wichtiger aber ist, daß es für die Neuauflage gelang, zusätzlich eine weit größere Zahl von Decknamen und Pseudonymen zu entschlüsseln. Selbstverständlich wurden die vorhandenen Biographien ergänzt und aktualisiert, soweit möglich.

Die Kriterien für die Aufnahme in dieses Dictionary blieben unverändert: Generell wurden die Redner oder Delegierten auf den Kongressen oder den Erweiterten Plenartagungen der Komintern verzeichnet, die zugleich eine bedeutsame Rolle in der kommunistischen Bewegung spielten. Damit wären rund 300 Biographien in das Nachschlagewerk aufzunehmen gewesen. Zusätzlich wurden noch aufgenommen: Mitglieder des Komintern-Apparates, seine Emissäre, die Sekretäre und Abteilungsleiter, die Leiter von Regionalbüros, nicht zuletzt, sofern ermittelt, die Leiter der illegalen Apparate (so Hans Kippenberger oder Auguste Havez), und, recht allgemein, die Leiter der bedeutenden nationalen Sektionen der Komintern.

Ferner wurden die Biographien der Führer der übrigen internationalen Organisationen, vor allem der Roten Gewerkschafts-Internationale (RGI) und der Kommunistischen Jugend-Internationale (KJI), darüber hinaus Absolventen der vier großen Komintern-Schulen in der Sowjetunion aufgenommen. Selbst wenn also im Einzelfall manche Abgrenzung schwierig erscheint und einige Fragen und Wünsche offen bleiben müssen, ist evident, welche Arbeit hier geleistet werden mußte, um eine derart große Zahl von Biographien aus einer ja notorisch informationsfeindlichen Weltbewegung zusammenzustellen.

In der Tat muß man sich bei einigen Biographien fragen, ob die Definition der Aufnahme-kriterien nicht zu Fehlschlüssen führen mußte. So finden sich etwa Angaben zu Arthur Crispian und Wilhelm Dittmann, die zwar auf einem Kongreß gesprochen haben, die man



aber (mit guten Gründen) in einem Handbuch der Komintern nicht suchen würde. Zugleich aber leuchtet ein, daß Vollständigkeit nicht erreichbar ist, zumindest unter den gegenwärtigen Umständen. Die von den Autoren angesprochenen Lücken finden sich selbstverständlich auch auf den unteren Ebenen der Hierarchie – und, wie es den Anschein hat, auf dem Feld der "Nebenorganisationen".

Leider finden sich in der Ausgabe aus dem Jahre 1973 wie auch in der von 1986 nur sehr allgemeine Quellenangaben. Zur Begründung nannten die Autoren 1973, daß sie viele Informationen von Beteiligten oder zeitgenössischen Kennern nur unter der Zusicherung der Vertraulichkeit erhalten hätten. Ob das für die Neuausgabe noch in gleichem Maße stichhaltig gewesen sein kann, mag bezweifelt werden. Die – im Grunde – fehlenden Quellenangaben sind das einzige, was den Informations- und Gebrauchswert des Lexikons mindert. Es wäre nun auf eine baldige dritte, überarbeitete Ausgabe zu hoffen, in der dieser Mangel beseitigt ist.

Werner Müller

**Aspects of International Socialism, 1871-1914.** Essays by Georges HAUPt. Transl. by Peter Fawcett with a Preface by Eric Hobsbawm (= Studies in modern capitalism; Etudes sur le capitalisme moderne). – Cambridge, London, New York, La Rochelle, Melbourne and Sydney: Cambridge University Press; Paris: Editions de la Maison des Sciences de l'Homme 1986. XVIII, 181 S.

Vor zehn Jahren, am 14. März 1978, starb Georges Haupt auf dem Flughafen von Rom. Allen, die ihn in seinem Pariser Seminar, auf wissenschaftlichen Tagungen oder im kleinen Kreis erlebt haben, wird er unvergessen bleiben: als einer der großen Anreger einer sozialhistorisch orientierten Arbeiterbewegungsgeschichte, als stets diskussionsoffener und hilfsbereiter Hochschullehrer und auch, wenn's drauf ankam, als solidarischer Genosse. In den 60er und 70er Jahren, als die Historiographie der Arbeiterbewegung einen einmaligen Aufschwung erlebte und sich zugleich inhaltlich und methodisch erneuerte, war Georges Haupt mit seinem stupenden Wissen, seiner Vielsprachigkeit und seinem international-vergleichenden Erkenntnisinteresse gleichsam die personifizierte "Internationale". Er wurde 1928 in einer jüdisch-ungarischen Familie in Satu Mare (Rumänien) geboren. 1944, als Sechzehnjähriger, kam er nach Auschwitz. Nach der Befreiung studierte er in Bukarest und Leningrad, begeisterte sich für den sozialistischen Aufbau und begann mit seiner Arbeit als Historiker. Aber 1958 entschloß er sich zur Flucht. In Frankreich schlug er sich als politischer Emigrant durch und erhielt nach einigen Jahren – wie so viele wissenschaftliche Außenseiter – eine Stelle an der von Fernand Braudel geleiteten "VIème" section der "Ecole des Hautes Etudes". Von hier aus entfaltete er seine einzigartige Wirksamkeit als Hochschullehrer, wissenschaftlicher Publizist und Vortragsreisender.

G. Haupt hat nur wenige und keine umfangreichen Bücher geschrieben: Seiner Arbeitsweise und der Vielfalt seiner Forschungsgebiete, die er jeweils gleichzeitig verfolgte, entsprach eher die "kleine" Form des Vortrags oder des Aufsatzes und darüber hinaus die langwierige, bescheidene Form der Dokumentation, der kommentierten Quellenedition. Würde man aber sein dennoch umfangreiches Oeuvre einmal komplett zusammenstellen, so ergäbe sich eine fragmentarische, aber hochkomplexe *Gesamtgeschichte* der internationalen Arbeiterbewegung zwischen ca. 1870 und 1920: Sicherlich die beste Darstellung, die es bisher gibt. Aber welcher Verleger wäre dazu gegenwärtig bereit? So ist es sehr zu begrüßen, daß nun neben den bereits vorliegenden französischen und italienischen Aufsatzsammlungen (die aber auch nur eine Auswahl darstellen!) ein englischer Sammelbd. erschienen ist, der sechs Texte von G. Haupt dem internationalen (= englischsprachigen) Publikum vorstellt, wobei ein einfühlsames Vorwort von Eric Hobsbawm auf die unvergessenen Leistungen des Autors hinweist. Mit nur einer Ausnahme ("War and Revolution in Lenin") sind die hier publizierten Beiträge schon seit längerem auf Deutsch zugänglich (wenn auch verstreut): "Zur Begriffsgeschichte des Wortpaares 'Marxist' und 'Marxismus'", in: "Forschungen zur osteuropäischen Geschichte. Festschrift Werner Philipp", Berlin 1978; "Die Kommune als Symbol und als Beispiel", in: "Studien zu Jakobinismus und Sozialismus", Berlin und Bonn 1974; "Führungs-partei? Die Ausstrahlung der deutschen Sozialdemokratie auf den Südosten Europas zur



Zeit der Zweiten Internationale", in: IWK, Jg. 15 (1979) H.1, S.1-30; "Internationale Führungsgruppen in der Arbeiterbewegung", in: "Herkunft und Mandat. Beiträge zur Führungsproblematik in der Arbeiterbewegung", Frankfurt und Köln 1976; "Lenin, die Bolschewiki und die Zweite Internationale, 1905-1914" in: "Jahrbuch Arbeiterbewegung", Bd.3, 1975.

Natürlich kann dieser Bd. nur einen ersten Einblick in das Werk von G. Haupt vermitteln, und leider fehlt eine Bibliographie, die die nicht-ingeweihten Leser zu weiterer Lektüre hätte anregen können (siehe dafür vorläufig das G. Haupt gewidmete Sonderheft des "Mouvement Social", Nr.111, 1980). Aber die aufgenommenen Beiträge sind durchaus exemplarisch: Sie dokumentieren Haupts materialorientierte Geschichtsschreibung, die weit über die bloße Institutionen- und Programmgeschichte hinausgeht und jenseits von "Höhenkammzitate" stets nach den sozialen Verhältnissen, den kollektiven Mentalitäten und Ideologien fragt. Sie zeigen außerdem, wie Haupt stets versucht hat, in den so reichlich vorhandenen Kontroversen und Kämpfen der sozialistischen Geschichte, jede normative oder gar parteipolitische "Einschätzung" zu vermeiden, um statt dessen die Ereignisse, die Menschen und die Ideen durch eine möglichst "radikale" Analyse an den Möglichkeiten der jeweiligen Situation wie auch an unserem heutigen Wissensstand zu "messen". Seine Texte sind damit immer auch Beiträge zu einer wissenschaftlich fundierten Selbstkritik der Arbeiterbewegung.

Es wäre zu wünschen, daß auch im deutschsprachigen Raum wenigstens ein Teil der bahnbrechenden Texte von G. Haupt in Buchform zugänglich gemacht würde, wobei neben den Beiträgen zur (im engeren Sinne) sozialistischen Geschichte auch die etwas weniger bekannten und bisher nicht übersetzten Aufsätze zur Gewerkschaftsgeschichte, zum Anarchismus und zu methodischen Fragen der Arbeitergeschichtsschreibung berücksichtigt werden sollten.

*Peter Schöttler*

AGARTZ, Viktor: **Wirtschafts- und Steuerpolitik. Expansive Lohnpolitik.** Hrsg. von Hans Willi WEINZEN. (Mit der Kontroverse Nell-Breuning SJ contra Agartz) (= DVK-Reihe Gewerkschaften, Bd.3). – Berlin: DVK-Verlag 1986. 139 S.

AGARTZ, Viktor: **Partei, Gewerkschaft, Genossenschaft.** Hrsg. von Hans Willi WEINZEN. – Frankfurt/M.: az-Verlag 1985. 239 S.

**Non-Market Socialism in the Nineteenth and Twentieth Centuries.** Ed. by Maximilian RUBEL and John CRUMP. – Houndsmills, Basingstoke, Hampshire and London: Macmillan Press 1987. XI, 187 S.

Die aktuelle Diskussion um die lohnpolitischen Zielsetzungen der Gewerkschaften und die Arbeitszeitverkürzung, wie sie nicht zuletzt anhand der Thesen von Oskar Lafontaine entbrannt ist, läßt ältere Auseinandersetzungen, die sich an den Namen Viktor Agartz (1897-1964) knüpfen, wieder in neuem Licht erscheinen. Agartz, der in den fünfziger Jahren wesentliche Impulse für die gewerkschaftliche Ideologie lieferte, ist mit seinem Schlagwort von der "expansiven Lohnpolitik" sozusagen der klassische "Anti-Lafontaine". Das gilt auch dann, wenn man den deutschen Gewerkschaften bescheinigen muß, daß sie seither im Vergleich zur Gewerkschaftspolitik anderer Industrieländer eine sehr gemäßigte Linie verfolgt haben, was nicht zuletzt zur relativ günstigen Preisentwicklung der bundesdeutschen Exporte und damit zum "Wirtschaftswunder", aber auch zur Exportabhängigkeit und zu riesigen Handels- und Leistungsbilanzüberschüssen, vielleicht aber auch zu einer gewissen Destabilisierung der weltwirtschaftlichen Entwicklung und zur größeren Rezessionsanfälligkeit der Industriewelt beigetragen hat.

Das Buch beginnt mit einer Einleitung von Weinzen, in der dieser nach kurzer biographischer Darstellung auf die Konzeptionen Agartz' eingeht, die dieser nach seinem Ausscheiden aus dem Bizonenwirtschaftsamt (1947), dessen Leiter er war, in den Jahren 1948-1955 in der Leitung des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts des DGB (zusammen mit Bruno Gleitze) vertrat. Als Anhänger Hilferdings verfocht Agartz den Gedanken der Sozialisierung für monopolistische Unternehmen (womit auch große Oligopolisten gemeint waren) und der Planung für die übrige Wirtschaft – eine Auffassung, die damals noch große Teile der Sozial-



demokratie mit ihm teilten. Über Naphtalis Idee der Wirtschaftsdemokratie hinaus, die ihm allzu evolutionär erschien, wollte er die überbetriebliche Mitbestimmung durch Einbau von Gewerkschaftsvertretern in regionale Wirtschaftskammern und einen Bundeswirtschaftsrat sichern, die die staatliche Planung beraten sollten. Daneben stand sein Konzept von der expansiven Lohnpolitik, die die Massenkaufkraft steigern, damit die Konjunktur hochhalten und gleichzeitig die Wirtschaft zur Rationalisierung zwingen sollte. Ferner sollte sie die Lohn-drift, d.h. die Überholung der Tarif- durch Effektivlöhne, bremsen und dem Betriebsfeudalismus (so nannte er Gewinn- und Eigentumsbeteiligung und betriebliche Sozialpolitik) entgegenwirken.

In diesem Buch wird neben einem Aufsatz von 1953 das Referat abgedruckt, das Agartz auf dem 3. Bundeskongreß des DGB (Frankfurt/M. 1954) vortrug und in dem er neben diesen Gedanken nur wenige Bemerkungen zu einer umverteilungsfreundlichen Steuerpolitik beisteuerte. Fast die Hälfte des Buches nehmen die Gegenargumente des katholischen Ökonomen und Jesuitenpaters Oswald von Hell-Breuning und ein gegen diese gerichteter Aufsatz von Walter Horn ein. Von Nell-Breuning geißelt Agartz' Ideen als "einen Irrgarten von Wahnvorstellungen und klassenkämpferischem Radikalismus", der vor 80 Jahren vielleicht aktuell gewesen wäre: Die Konjunktur würde auch ohne Planung gesteuert, allzu rasch steigende Löhne könnten das nur stören, und zudem wären die Investitionen, die für den Aufbau der deutschen Wirtschaft nach Kriegsende besonders wichtig waren, gebremst worden, wenn man der Agartzschen Forderung nach gleichmäßigem Anwachsen von privatem Verbrauch und Sozialprodukt entsprochen hätte. Allerdings gab Nell-Breuning zu, daß der Staat 1953 durch Anhebung der Gehälter seiner Bediensteten und der Renten bewußt einen Konsumstoß zur Hochhaltung der (von der US-Rezession bedrohten) Konjunktur ausgelöst habe; dafür sei allerdings die Bezeichnung "expansive Lohnpolitik" ein falsches Etikett. Bedauerlicherweise waren Agartzens wie Nell-Breunings Ausführungen nur zum geringeren Teil der ökonomischen Problematik gewidmet und enthielten zum größeren Teil ideologische Argumente – so z.B., zu den Fragen, ob es überhaupt eine funktionierende Marktwirtschaft gebe und was unter Kollektivismus zu verstehen sei.

Walter Horn, der Nell-Breunings anderen Veröffentlichungen nachspürt, meint, daß dieser sich eigentlich mit Agartz darin einig sei, daß es angesichts monopolistisch oder staatlich gebundener Preise (nach Agartz 55%, nach Nell-Breuning sogar 70% des Sozialprodukts) eine soziale Marktwirtschaft gar nicht gebe. Er weist nach, daß sich Nell-Breuning ähnlich wie Agartz scharf zu den Klassegegensätzen geäußert habe. Gegensätze sieht Horn darin, daß Agartz bei grundsätzlicher Bejahung der Mitbestimmung in dieser die Gefahr erkennt, daß sie als "Ersatzlehre" die grundsätzlichen Forderungen z.B. nach Vergesellschaftung in den Hintergrund rücken könne, während Nell-Breuning betont, Mitbestimmung setze Mitverantwortung voraus. Das "heiße Eisen" der Lohnpolitik habe Nell-Breuning eigentlich gar nicht angepackt. Wenn dieser Agartz entgegenhalte: "Zurück zu Hans Böckler!", so wisse er wohl nicht, daß Böcklers berühmte Münchner Programmrede von Agartz geschrieben worden sei! Ansonsten ist der Aufsatz Horns in großen Teilen eine Auseinandersetzung mit dem (etwas oberflächlichen) Adolf Weber, weil sich Nell-Breuning auf ihn berufen hatte. Statt "Expansive Lohnpolitik" hätte man den Bd. lieber "Marxistische Gewerkschaftsideologie kontra radikale katholische Soziallehre" betiteln sollen.

Zutreffender in der Überschrift und gleichzeitig reichhaltiger in der inhaltlichen Thematik ist der ebenfalls von H.W. Weizen herausgegebene Bd.: Viktor Agartz, "Partei, Gewerkschaft und Genossenschaft". Der Bd. beginnt mit einer Einführung aus der Feder des Herausgebers, in der auf 45 Seiten das neomarxistische Konzept Agartz' zur Wirtschaftsneuordnung, seine Strategie vor allem im Rahmen der Gewerkschaft, die besondere Betonung der expansiven Lohnpolitik, die Gründe für das Scheitern dieses Konzeptes und seine Wiederentdeckung durch Autoren wie Gransow, Krätke, Koolen und den Herausgeber dargestellt werden. Es folgt eine kurze biographische Notiz in Anlehnung an Arbeiten von Schäfer und Riesche. Dabei bleibt die Episode der gefälschten Dokumente, auf die Agartz in seinem Streit mit Bruno Gleitze hereinfiel und die 1955 zu seinem Ausscheiden aus dem Wirtschaftswissenschaftlichen Institut des DGB führte, hier unerwähnt, während die Anklage wegen landesverräterischer Konspiration, von der er 1957 vor dem Bundesgerichtshof freigesprochen wurde, erwähnt wird: Es wird gesagt, Agartz' Schlußwort sei "eine der großen Gerichtsreden" der Sozialdemokratie gewesen. Die abgedruckten Reden und Aufsätze um-



fassen 20 Seiten zur SPD (deren "Konkurs" er 1958 zu erkennen meinte), je 15 Seiten zu Gewerkschaften, Genossenschaften, bzw. Sozialisierung, 25 Seiten zu Planung und Staat, 35 zur Mitbestimmung. Ob die Sammlung ausreicht, Agartz als einen der führenden neo-marxistischen Autoren der Nachkriegszeit zu rehabilitieren, muß bezweifelt werden. Sehr viel inhaltsreicher und anregender ist das Werk: "Non-market Socialism in the Nineteenth and Twentieth Centuries". Es enthält eine Einleitung und sieben Aufsätze, davon zwei aus der Feder der Herausgeber. Das Buch ist dem Thema "Sozialismus ohne Marktwirtschaft" gewidmet, und in der Einleitung wird behauptet, das sei der eigentliche Sozialismus per se, denn der Markt könne im Sozialismus nicht existieren, weil dieser besage, daß die Gesellschaft sowohl die Produktionsmittel als auch die Produkte in Händen haben müsse und nichts mehr zwischen Unternehmen oder Individuen auszutauschen sei. Das ist zweifellos eine sehr einseitige Definition, die allenfalls mit dem Idealzustand des Zukunfts-"Kommunismus" der Bolschewiki identisch wäre, wobei deren heutige Praxis von diesen eben gerade als "Sozialismus" definiert wird und sehr wohl Unternehmen umfaßt, zwischen denen Güter und Dienstleistungen ausgetauscht werden.

Dieser einseitige Dogmatismus als Ausgangspunkt hat aber nicht daran gehindert, daß ein sehr anregendes Buch zustandegekommen ist. Den Vorwurf, man habe mit dem Fehlen des Marktes eine rein negative Definition gewählt, hält Rubel entgegen, die Sowjetunion sei ein staatskapitalistisches System. Er analysiert dann die "Sozialismen" des "Kommunistischen Manifestes" ("Feudaler, kleinbürgerlicher, konservativer, utopischer Sozialismus") und sieht im letztgenannten die eigentliche Verwandtschaft seiner Konzeption und die neue Weltordnung par excellence, Marx habe zu Unrecht die Utopisten kritisiert, habe allzu große Hoffnung auf das Proletariat gesetzt, von dem als historische Kategorie in unserer Zeit keine Spur bleibe, und man müsse mit Sorel sagen, daß die "apokalyptische Vision" des 32. Kapitels in Bd. 1 des "Kapital" nicht wissenschaftlich, sondern reine Hypothese sei.

Crump attackiert dann die "gemischte Wirtschaft" mit Teilnationalisierung, wie sie die Sozialdemokratie gefördert habe, aber auch den "Staatskapitalismus" der Leninisten, der in Osteuropa und der "Dritten Welt" aufgekommen sei: Beide seien bankrott, soweit es um die Interessen der Lohnempfänger gehe, und beide seien in Wirtschaftskrisen hineingeraten, weil sie nur alternative Methoden zur Organisation des Kapitalismus böten. Sozialismus bedeute Produktion für den Gebrauch und Verteilung nach Bedarf: "Die Menschen werden die Freiheit haben, aus den Läden ohne Kassen zu entnehmen, was sie brauchen, in der neuen Gesellschaft – Geld gibt es nicht" (S.43). Jeder kann verbrauchen, aber Arbeit soll freiwillig sein. Kapitalismus sei eine gesplante Gesellschaft – man müsse die globale menschliche Einheit verwirklichen. Diese Art eines paradiesischen Idealzustandes müsse aber auf einen Schlag, ohne "Übergangsgesellschaft" verwirklicht werden.

Pengam betrachtet die Anarchokommunisten, die an Dézamy (1854), Déjacque und Kropotkin anknüpfen und selbst Proudhons "ricardianischen Sozialismus" verwerfen, weil er noch Tauschwerte und "Entlohnung der Arbeitskraft" kennt. In Reinkultur wurde er in Mexiko von den Brüdern Magon in Niederkalifornien versucht und militärisch niedergeschlagen. Kropotkins Wort: "Die Revolution muß kommunistisch sein oder erstickt in Blut" wurde wahr – mit einem "und" statt "oder".

Coleman schildert den "Impossibilismus" – als Gegensatz zu denen, die schrittweise Fortentwicklung für möglich ("possible") halten. "Impossibilisten" sind also Anti-Reformisten, in der besonderen Spielart der britischen "Socialist League", die 1884 von der marxistischen Sozialdemokratischen Föderation Hyndmans abspaltete. William Morris zeichnet in dieser Gruppe eine Gesellschaft vor, in der alle Arbeit angenehm sein und jedermann freien Zugang zu den Produktionsmitteln haben würde – allerdings sollten in einer Übergangsperiode Eigentum und Geld weiter existieren. Daniel DeLeon und seine Socialist Labour Party wollten letzteres durch Arbeitszertifikate ersetzen; heute gibt es sie noch in den USA. Die größte Gruppe, die Socialist Party of Great Britain (1904) wollte mit ihrem "20th Century Manifesto" aus der Feder Panickers ein System der Gebrauchsgüterproduktion mit freier Verteilung verbinden. Trotz ihrer anarchistischen Tendenz stützt sich die Partei heute noch auf eine Art "puristischen Marxismus".

Verwandt ist sie dem "Räte-Kommunismus", den Mark Shipway in diesem Buch beschreibt und der im Rußland von 1905 und 1917 aufkam, um den Sowjets nur den Namen zu hinterlassen. Der Niederländer Anton Pannekoek entwickelte das theoretische Konzept hierzu,



wobei sich dies vom Parlamentarismus darin unterscheidet, daß jede Stufe der Vertretung die Räte der nächsthöheren Stufe aus ihren Reihen auswählt – ein pyramidenförmiges Gebilde in direkter Wahl, das ein Ausleseprinzip enthält. Die Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands (KAPD) verfocht dies; Karl Korsch stand ihr nahe. Paul Mattick in den USA war ihr Veteran. Sie hatte ebenfalls geldlose gesellschaftliche Produktion mit freier Verteilung auf ihre Fahnen geschrieben.

Adam Buick beschreibt ähnliche Gedankengänge des Italieners Amadeo Bordiga. Dieser Begründer der italienischen kommunistischen Partei, die sich 1921 von der PSI löste, wurde 1926 vom Pro-Stalin Gramsci verdrängt und 1930 als angeblicher Troztkist ausgeschlossen. Er verbrachte mehrere Jahre in faschistischen Kerkern und wurde doch nach 1945 wieder aktiv; 1970 starb er im Alter von 81 Jahren. Für ihn war Sozialismus gleichbedeutend mit dem Ausschluß jedweden Eigentums, und er sah die Marktwirtschaft als eine Art Kloake negativer menschlicher Qualitäten. Dennoch verband er mit seiner Vorstellung einer freien Assoziation von Produzenten und Konsumenten die Idee einer zentralen gesellschaftlichen Planung, die allerdings die Geldfunktion ausschalten sollte.

Ein eigenartiges Gebilde ist die von Mark Shipway beschriebene Internationale der "Situationalisten", die 1957 von Guy Debord und Ansgar Jörn in Künstler-, Literaten- und Bauhauskreisen in Paris gegründet wurde. Sie glaubte erneut, beflügelt durch die Ereignisse von 1958, an den revolutionären Gestaltungswillen des Proletariats und hatte bereits 1962 die Deutschen, die diesen Glauben nicht teilten, kurzerhand ausgeschlossen. Sie zeichnete sich durch Anerkennung der Hebung des Lebensstandards aus, meinte aber, der moderne Mensch verelende seelisch durch Langeweile und Beten. Hier liegt der modernste und wohl nachdenklichste Ansatz des Sozialismus. Allerdings haben alle diese Spielarten die Frage des Leistungsanreizes und der effizienten Verteilung ohne Verschwendung bei Wegfall von Geld und Markt nicht gelöst.

*Karl Kühne*

**Die Gewerkschaft. Organ für die Interessen der Arbeiter in städtischen Betrieben (Gasanstalten, Straßenreinigung, Kanalisations- Wasserwerke, etc.), auf Holz- und Kohlenplätzen und sonstige Arbeitsleute. Publikations-Organ des Verbandes der Arbeiter in Gasanstalten auf Holz- und Kohleplätzen und sonstige Arbeitsleute. Probenummer und Jahrgänge 1897-99.** Originalgetreuer Nachdr. Mit einl. Beiträgen von Dieter SCHNEIDER und Manfred SCHAR-  
RER (= Courier Reprint; Dokumente zur Geschichte der Gewerkschaften). – Stuttgart: Verlagsanstalt Courier 1986. 45, 278 S.

Anders als "Der Courier", das Organ der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter; ist "Die Gewerkschaft", deren Reprint Dieter Schneider und Manfred Scharrer vorgelegt haben, nahezu vollständig erhalten geblieben. Schon aus dem Untertitel wird ersichtlich, wie der Verband der Arbeiter in Gasanstalten und in anderen städtischen Betrieben sukzessive sein Aktionsfeld erweiterte. Zunächst sind es die Arbeiter in Gasanstalten, bei der Straßenreinigung, in Kanalisations- und Wasserwerken, die angesprochen werden sollen, dann folgen Elektrizitätswerke, etwas später die Arbeiter der Müllabfuhr, Park- und Gartenanlagen, dann die der Schlacht- und Krankenhäuser. 1899 schließlich erklärt sich der Verband zuständig für alle in Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten. Programm und Wirklichkeit klappten freilich weit auseinander. Ein Blick in den Versammlungsanzeiger weist auf, wo die Schwerpunkte des Verbandes lagen: 10 Filialen in Berlin, 2 in Stuttgart, Mannheim und Magdeburg, sowie Filialen in neun weiteren Orten (1899), darunter erstaunlicherweise Königsberg, aber keine einzige Stadt in Rheinland-Westfalen. Die Wasserkante und der Süden des Reiches waren kaum vertreten. Dieter Schneider berichtet in seinem einleitenden Beitrag über die Anfänge der Verbandspresse der Handels- und Transportarbeiter wie der Gemeindearbeiter, vom "Handels-Angestellten", den Handlungsgehilfen und Handelshilfsarbeiter 1892 gemeinsam herausgaben, über das "Correspondenzblatt", später umbenannt in "Handels-Hilfsarbeiter", bis hin zum "Courier", der am 15.1.1897 zum ersten Mal erschien. Diese Organe, und noch mehr "Die Gewerkschaft", förderten und verbanden die lokalen Organisationen, vor allem dort, wo die mündliche Ansprache aus den verschiedensten Gründen nicht möglich war.



Den Grundstein zum Verband der in Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter und Untergestellten legten die Berliner Gasarbeiter, wie Manfred Scharer in seinem einleitenden Beitrag herausarbeitet. In den 5 städtischen und 2 privaten Gasanstalten der Reichshauptstadt wurde in den 90er Jahren noch im Zweischichtensystem gearbeitet, 6 Tage in der Woche ein 12-Stundentag, Samstags alle zwei Wochen 18 Stunden. Gegen die Sonntagschicht richtete sich der erste Streik der Gasarbeiter im September 1896, von dem der Anstoß zur Gründung einer eigenen Organisation ausging. Zentrales Thema des Verbandes war zunächst die gesundheitsschädigende Arbeit in den Gasanstalten und der Versuch, mittels Arbeitszeitverkürzung Abhilfe zu schaffen – nicht immer stieß man auf Verständnis bei den Arbeitern, die Lohnneinbußen fürchteten. Besser als die Gasarbeiter waren die Kanalisationsarbeiter organisiert, die sich erst im Oktober 1897 dem Verband anschlossen, aber schon 1898 zu 70-75% organisiert waren. Der Schwerpunkt des Verbandes lag, wie Scharer nachweist, lange Zeit in Berlin. Von seinen 3.479 Mitgliedern, die er Ende 1899 hatte, kamen 1.677 aus der Reichshauptstadt. "Erstaunlich ist [...] daß eine Handvoll Berliner Gasarbeiter es wagt, einen nationalen Zentralverband zu gründen, noch dazu mit dem Anspruch, die Arbeiter aller Gemeindebetriebe organisieren zu wollen" (S.22) – von verschiedener Seite wurde das Unternehmen denn auch belächelt. Der Verband, in dem sich feste Strukturen erst um die Jahrhundertwende herausbildeten, überschritt 1903 freilich die Grenze von 10.000 Mitgliedern und ließ damit alle Zweifler verstummen. Was längere Zeit nicht verstummen wollte, war die Auseinandersetzung um die politische Orientierung des Verbandes, für den Streiks als gewerkschaftliche Kampfmittel nicht in Frage kamen. Das gab Anlaß zu heftigen Konflikten mit der Generalkommission, auf die Manfred Scharer ausführlich eingeht.

*Willy Buschak*

**Strategien der Deutschen Arbeitsfront.** Hrsg. von der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts. Bearb. und eingel. von Michael HEPP und Karl Heinz ROTH. Teil A: **Jahrbücher des Arbeitswissenschaftlichen Instituts der Deutschen Arbeitsfront 1936-1940/41.** [Reprint-Ausgabe]. Bd. 1: **Jahrbuch 1936.** Hrsg. vom Arbeitswissenschaftlichen Institut der Deutschen Arbeitsfront, Berlin. – München, London, New York, Oxford und Paris: K.G. Saur 1986. VI, 338 S.

Die Erforschung der Geschichte der Deutschen Arbeitsfront und ihrer Unterorganisationen, z.B. des Arbeitswissenschaftlichen Instituts (AWI), ist keineswegs so vernachlässigt worden, wie die überaus knappe Einleitung nahelegt. Die älteren Untersuchungen von H.J. Reichardt (Diss. 1956), H.G. Schumann (1958) oder T. Mason (1974, 1977) haben kürzlich mit den Studien von R. Giersch (Diss. Jena 1980) und M.L. Recker (1985) nicht nur bemerkenswerte Weiterführung gefunden, sondern es liegt zugleich eine Reihe z.T. etwas abgelegener publizierter Arbeiten vor, die entweder den Aufgabenbereich des AWI berühren (z.B. Friemert, 1980, oder Seubert 1978) oder die Jahrbücher des AWI entsprechend herangezogen haben (z.B. Sachse/Siegel/Spode/Spohn 1982). Diese Studien haben insgesamt gezeigt, daß trotz des Verlustes der DAF-Akten zum einen in Regional- und Verbandsarchiven eine bemerkenswerte "Ersatzüberlieferung" erhalten geblieben ist, daß zum anderen die reichhaltige gedruckte Literatur der 30er Jahre, nicht zu vergessen die oft sehr gehaltvollen Dissertationen, eine erstaunlich vielfältige interne Diskussion widerzuspiegeln vermögen. Den (z.T. als Manuskript) gedruckten Jahrbüchern und Denkschriften des AWI kommt dabei zweifellos eine zentrale Bedeutung zu.

Bislang ist aber die Tatsache noch völlig ungeklärt, daß die "eigentliche" Arbeitswissenschaft nicht im AWI, sondern in dem DAF-Amt für Berufserziehung und Betriebsführung von Prof. Arnhold (1933 aus der 1925 von der Industrie unter Arnholds Leitung gegründeten DINTA hervorgegangen) betrieben wurde. Trotz aller institutionellen und politischen Konkurrenz pflegte das AWI offenbar recht enge Beziehungen zu den Vertretern der bürgerlichen Sozialreform im Reichsarbeitsministerium, wie die wenigen namentlich gezeichneten Beiträge in den AWI-Jahrbüchern nahezulegen scheinen. Erst eine systematische Auswertung der Jahrbücher und Denkschriften des AWI (1936 z.B. über Lohnpolitik, Gewinnbeteiligung, Gehaltsbegrenzung, Urlaubsrecht, Verbrauchlenkung, Rationalisierung, Wirtschaftspsychologie)



wird zeigen, ob auch AWI und Arbeitswissenschaft/DINTA in einer wissenschaftsgeschichtlichen und personellen Kontinuität zur bürgerlichen Sozialreform der 20er Jahre oder zu den (meist aus den USA importierten) technokratischen Sozialstrategien standen, die in dem unkontrollierten, auf militärische wie "völkische" Effizienz ausgerichteten, radikalen Modernisierungswillen des Nationalsozialismus "nur" den bedenkenlos akzeptierten Erfüllungshelfen suchten und fanden (vgl. Hinrichs, 1981; Triebe/Mentrup, 1983; Ebbinghaus, 1984). Mit anderen Worten: Was war spezifisch nationalsozialistisch, und was war "systemneutrale", moderne Sozialtechnik mit Hilfe und im Dienste des Dritten Reiches? Es ist zu hoffen, daß die verdienstvolle Erschließung dieser zentralen Quellengruppe zu einer intensiveren Erforschung dieser Fragenkomplexe anregen wird.

*Gunther Mai*

DAHLMANN, Dittmar: **Land und Freiheit. Machnovščina und Zapatismo als Beispiele agrarrevolutionärer Bewegungen** (= Studien zur modernen Geschichte, Bd. 35). – Stuttgart: Franz Steiner Verlag Wiesbaden 1986. 296 S.

Ein Vergleich beider agrarrevolutionärer Bewegungen erscheint angesichts zahlreicher Ähnlichkeiten trotz räumlicher Distanz und unterschiedlichen politischen und sozioökonomischen Entwicklungsbedingungen überfällig. Beide Bewegungen entwickelten ähnliche Strategien, gingen Bündnisse ein, nahmen anarchistische Theoriekonzepte auf, praktizierten den Guerillakrieg und wurden geprägt durch einen jeweils herausragenden charismatischen Anführer. Beide entstanden in agrarischen Gebieten an der Peripherie von Staaten mit Zentralregierungen, und beide blieben auf diese Gebiete beschränkt. Ihre Träger waren Bauern, so daß sich ihre Revolutionsvorstellungen nicht an Klassenkampfkonzepten orientierten. Weder die Machnovščina und noch weniger der Zapatismo können jedoch vorbehaltlos der Geschichte des Anarchismus zugeschlagen werden: dazu blieben zu viele für den Anarchismus konstitutive Elemente uneingelöst. Beispielsweise setzten sich die antiautoritären und egalitären Vorstellungen nicht durch; hinzu kommt die Abhängigkeit beider Bewegungen (und von Bauernrevolten allgemein) von einem charismatischen Anführer und vor allem das Primat der militärischen Instanzen über die politischen und sozialen.

Dahlmann diskutiert die Unterschiede und Übereinstimmungen besonders an der Frage der Bedeutung von Entstehung und Funktion der Bündnisse für Aufstieg und Niedergang der Bewegungen. Es werden deren gesellschaftspolitische Zielvorstellungen herausgearbeitet und daraufhin überprüft, ob sich diese unter dem Praxisdruck verändern, ob sie scheitern oder sich durchsetzen lassen. Neben den lokalen und regionalen Wertvorstellungen, die föderative und auf Selbstverwaltung oder Genossenschaften hinzielende Organisationsmodelle beinhalten, wurden in unterschiedlicher Intensität anarchistische Vorstellungen aufgenommen. – Zwar greift Dahlmann bei seiner Analyse des Anarchismus auf die umstrittenen Theorieentwürfe Lösches und Hobsbawms zurück, kann jedoch deutlich machen, daß deren Verständnis der Trägerschaft anarchistischer Ideen als "rückwärts gewandt" oder "millenaristisch" sich nicht – wie eigentlich zu erwarten gewesen wäre – auf die beiden behandelten Bewegungen beziehen läßt. Die These Lösches, wonach Anarchismus als Reaktion deprivierter Schichten auf das Aufkommen des Kapitalismus entstehe, wird durch diese beiden Bauernbewegungen nicht bestätigt. Anarchismus als gesellschaftsverändernde Theorie wird vielmehr deshalb in diesen Bewegungen mehr oder weniger wichtig, weil seine Prinzipien – wie Dezentralisation, Selbstverwaltung, Ablehnung staatlicher Institutionen, Mißachtung von Gesetzen etc. – den momentanen Bedürfnissen der agrarrevolutionären Bewegungen entsprechen. Ein weiterer Grund dürfte darin liegen, daß der Anarchismus seine "revolutionären Subjekte" sehr vage mit "alle Unterdrückten" umschreibt und so einer Rezeption seitens einer Bauernbewegung keine theoretischen Hindernisse in den Weg legt. Falsch wäre es jedoch, daraus abzuleiten, daß die breite Masse der Bauern sich bewußt als Anarchisten identifiziert hätte, oder daß die Bewegungen als ganze anarchistisch gewesen wären und daher als für den Anarchismus typisch angesehen werden können. Lösches und Hobsbawms Analysen treffen allenfalls für den Bewußtseinszustand dieser Bauern zu, was jedoch keinen Schluß auf die politische Theorie des Anarchismus zuläßt, denn die anarchistische Forderung, mit traditionellen Werten zu brechen, und ihr Verweis auf neu zu schaffende Verhaltens- und Lebens-



weisen verhindern gerade die Identifikation der breiten Bauernmassen und erklären gleichzeitig, warum es vor allem die intellektuellen Führungsgruppen waren, die nach anarchistischen Prinzipien zu handeln versuchten oder solche in ihre Programmatik einfließen ließen.

Aus der Analyse eines Abwehrkampfes gegen die Zerstörung bisheriger Existenzgrundlagen kann ebenfalls nicht zwingend auf "rückständige Wertvorstellungen" geschlossen werden, wenn gleichzeitig Führungsgruppen Zielvorstellungen entwickeln, die über das Bestehende hinausweisen. Eine Führungsgruppe und mit ihr den Anarchismus allgemein wegen seiner Verbindung mit der Bauernbewegung als "rückständig" zu bezeichnen, halte ich für unzulässig. Was auf diese Weise bei Dahlmanns Arbeit nebenbei deutlich wird, ist das Desiderat einer zureichenden sozialgeschichtlichen Theorie des Anarchismus.

Daß trotz des Bezugs auf politische Theorien die lokalen Bedingungen und ihre einseitige Ausrichtung auf den agrarischen Bereich für die Bewegungen prägender waren und blieben, verdeutlicht ihre Stärke und Schwäche zugleich. Selbst da, wo sie sich mit dem industriellen Sektor beschäftigten, geschah dies vornehmlich aus einem Interesse an der Umstrukturierung der Produktion für die Bedürfnisse des agrarischen Bereichs. Verschaffte diese Rückbindung den Bewegungen lokale Bestätigung, so behinderte sie gleichzeitig ihre Ausdehnung auf die Arbeiterschaft oder die Städte. Deshalb ist die Untersuchung der Bündnisse ein interessanter Ansatzpunkt, um über die Chancen und Versäumnisse der beiden Bewegungen Aufschluß zu geben und ihr Scheitern besser zu erklären, als dies bislang durch den Verweis auf fehlende politische Weitsicht oder ungenügende militärische Mittel geschehen ist.

Wolfgang Haug

KÖNKE, Günter: **Organisierter Kapitalismus, Sozialdemokratie und Staat. Eine Studie zur Ideologie der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik (1924-1932)** (= Studien zur modernen Geschichte, Bd. 37). — Stuttgart: Franz Steiner Verlag Wiesbaden 1987. XII, 388 S.

FISCHER, Benno: **Theoriediskussion der SPD in der Weimarer Republik** (= Europäische Hochschulschriften, Reihe 31; Politikwissenschaft, Bd. 93). — Frankfurt/M., Bern und New York: Peter Lang Verlag 1987. 386 S.

Die vorliegenden theoriegeschichtlichen Dissertationen über die Weimarer Sozialdemokratie erscheinen zu ungünstigen Zeiten. Die Nachfrage nach ideengeschichtlichen Arbeiten über die sozialistische Bewegung ist in den letzten Jahren rapide gesunken; auch im wissenschaftlichen Diskurs spielen ideologiekritische Fragen nur noch eine untergeordnete Rolle. Vor einigen Jahren war das Interesse an einer ambitiös angelegten Gesamtdarstellung der theoretischen Diskussionen in der Sozialdemokratie, nach einem 'Steinberg für Weimer' gleichsam, noch groß. Doch ein solches Werk kam nicht; dafür erschien allerdings eine Reihe von Einzelstudien über das politische Selbstverständnis auf den jeweiligen Flügeln, in den Untergruppen und den Zeitschriften der SPD. Vieles davon war trefflich, und so entstand ein mosaikartig aufgebautes, bald vollständiges Bild von den ideologischen Debatten in der Sozialdemokratie der Zwischenkriegszeit.

Das mag das Déjà-vu-Erlebnis erklären, das man bei der Lektüre der beiden hier zu besprechenden Bücher empfindet. Nur in den seltensten Fällen hat man den Eindruck, etwas ganz Neues und Überraschendes gelesen zu haben. Die zentralen Thesen sind im Grunde bekannt und durchaus weit verbreitet (ohne in jedem Falle richtig zu sein), auch wenn die beiden Autoren, besonders Fischer, oftmals so tun, als hätten sie die gesamte Literaturmeinung widerlegt und etwas außergewöhnliches Originelles formuliert — doch welcher Verfasser einer Dissertation verzichtet schon auf diese Pose? Ohne Zweifel aber sind beide Untersuchungen in einem hohen Maße kenntnisreich; in ihnen steckt viel Arbeit. Beide Autoren interpretieren an den Quellen orientiert, intensiv, engagiert und eigenständig; Könke argumentiert streckenweise gar brilliant. Beide kritisieren sie die Position der sozialdemokratischen Mehrheitsströmung von links. Doch sie sind dabei weder formelhaft noch doktrinär, sondern weitgehend um Differenzierung und Offenheit bemüht. Das unterscheidet ihre Arbeiten von vielen Dissertationen der siebziger Jahre. Weder Könke noch Fischer identifizieren sich mit irgend-



welchen "positiven Helden" oder Flügeln; Kritik erntet die linke Parteigruppierung so gut wie die rechte; selbst Marx wird, bei Könke, seiner metaphysischen Visionen wegen gescholten (S.119). Verhaltene Sympathien zeigt der eine, Fischer, bestenfalls für Hermann Heller; der andere, Könke, hat ein gewisses Faible für Alexander Schiffrin, dem vielleicht begabtesten Theoretiker aus dem linken Zentrum der Weimarer SPD.

Im Mittelpunkt der Schrift von Könke stehen die innersozialdemokratischen Diskussionen über die Theorie des organisierten Kapitalismus, über das Konzept der Wirtschaftsdemokratie und über den WTB-Plan bzw. das Umbauprogramm von 1932. Könkes Anspruch geht über die traditionelle Ideologieggeschichte hinaus. Er will die Wechselbeziehungen zwischen den Ideen und den sozialen und gesellschaftlichen Strukturbedingungen herausarbeiten, die Einwirkung übergeordneter Zeitströmungen auf das spezifisch sozialdemokratische Bewußtsein deutlich machen. Um ein solches Programm kommt heutzutage wohl kaum ein Ideenhistoriker herum, will er nicht hoffnungslos unmodern erscheinen, doch nur den wenigsten gelingt es, ihr Vorhaben befriedigend zu realisieren. Könke indessen ist dazu in der Lage, ja in diesen Partien des Buches spielt er seine besonderen Stärken aus: seine umfassende Kenntnis der Literatur, seine souveräne Beherrschung des Stoffs. Allerdings unterliegt Könke in diesen Passagen auch seiner größten Schwäche: Er läßt sich oft von seiner Formulierungslust mitreißen und produziert bei alledem zwar noch glänzend geschriebene, gleichwohl nur schwer goutierbare Satzungenetze.

Könkes Urteil über die theoretischen Überlegungen der Weimarer Sozialdemokratie fällt im ganzen ausgesprochen negativ aus. Die besonders von Rudolf Hilferding inspirierte Staatstheorie hält er für eine lehrbuchmäßige Rezeption liberal-staatlicher Grundsätze. Dadurch aber hätte sich die Sozialdemokratie zu sehr auf den Parlamentarismus kapriziert, die emanzipatorische Funktion des Rechtsstaates überbetont, die autonome Interventionsfähigkeit des Staates überschätzt und die strukturelle Begrenzung staatlichen Handelns durch außerstaatliche Einflußsphären geradezu ignoriert. Auch im Konzept der Wirtschaftsdemokratie sieht Könke keinen großen Erkenntnisfortschritt. Das Konzept sei aus der Not geboren, letztlich ein Provisorium der durch das Scheitern der Arbeitsgemeinschaftspolitik in Zugzwang geratenen Gewerkschaftsbewegung, eine Bündelung dessen nur, was an Reformpolitik sowieso bereits geschehen sei. Die Sozialdemokratische Partei habe es dann nach einigem Zögern dankbar übernommen, um damit ihre konzeptionsarme Tagespolitik gleichsam strategisch legitimieren zu können. Stärker als andere Autoren arbeitet Könke den Einfluß des amerikanischen Modells der industriellen Wohlstandsgesellschaft auf das Konzept der Wirtschaftsdemokratie heraus. Seine Überlegungen dazu sind innovatorisch und anregend, aber auch recht spekulativ. Dem Umbauprogramm von 1932 kann Könke ebenfalls wenig abgewinnen. Spöttisch nennt er es einen "Rückzug aus dem realpolitischen Geschehen in die Sphäre des Bekenntnishaften" (S.220); überdies mißfallen ihm die hyperzentralistischen Intentionen des Programms. Die Niederlagen der Sozialdemokraten in den frühen 30er Jahren sind für ihn schließlich Resultat einer fehlerhaften, auf demokratische Integration orientierten Bündnis- und Koalitionspolitik in den Jahren zuvor.

Insgesamt legt man das Buch mit gemischten Gefühlen aus der Hand. Könkes Kritik am Umbauprogramm ist gewiß berechtigt. Überzeugend ist auch, das Konzept der Wirtschaftsdemokratie aus der Organisationsrealität und Praxis der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen zu erklären; insofern mag man es auch als eine Legitimationsideologie – positiver könnte man sagen: als eine identitätsstabilisierende Manifestation – und weniger als eine handlungsanleitende Transformationsstrategie auffassen. Doch ganz so naiv, wie Könke die sozialdemokratische "Parteiführung" beinahe durchgängig zeichnet, war sie nicht. Natürlich kannte man auch dort die außerstaatlichen Gegenmächte und Hemmnisse einer reformistischen Politik. Rudolf Hilferdings Auffassungen etwa waren viel vielschichtiger und realistischer – spätestens nach seinem zweiten Zwischenspiel als Finanzminister machte er sich keine Illusionen mehr über die engen Spielräume einer reformerischen Politik –, als es bei Könke anklängt. Liest man Könkes Ausführungen zur sozialdemokratischen Bündnispolitik (S.133-136), dann muß man annehmen, die SPD habe von 1919 bis 1930 durchweg und mit unverzagtem Optimismus Koalitionspolitik betrieben. Aber so war es ja wohl nicht. Unwillkürlich fragt man sich bei der Lektüre des Buchs immer wieder, wie denn nach Auffassung von Könke eine realistische sozialdemokratische Politik in Weimar hätte aussehen können. Falsch war nach Meinung des Autors die Bündnispolitik mit den Liberalen und dem



Zentrum, falsch die Politik zur Stabilisierung des republikanischen Staates, falsch die Politik der Reform; aber für ebenso verfehlt – genauer: unkreativ und perspektivlos – hält Könke die Alternativen der SPD-Linken. Der Autor dürfte durch den akademischen Antireformismus der 70er Jahre geprägt worden sein; allerdings glaubt er nicht (mehr) an die revolutionären Utopien und Losungen jener Zeit. Seine Wunschsynthese scheint die einer antireformistischen Realpolitik zu sein; doch er hütet sich, darüber nähere Auskünfte zu geben. Einiges ist dem Rezensenten zu unhistorisch, etwa die von Könke außerordentlich häufig gebrauchte Kategorie der "sozialdemokratischen Parteiführung". Dazu zählen dann Politiker wie Severing, Wels, Scheidemann, Wissell, Aufhäuser, Breitscheid, ja als Ideologe sogar Decker – Sozialdemokraten, alles in allem, deren Lebensgeschichte und Generationserfahrungen ganz erheblich voneinander abwichen und deren politische Mentalitäten und Positionen auch ganz unterschiedlich waren. Problematisch ist, den Sozialdemokraten vorzuwerfen, ihr Görlitzer Programm sei ein unzusammenhängendes Geflecht aus marxistischer, revisionistischer und liberaler Ideologie (S.45). Eine Partei wie die SPD ist schließlich weder eine Sekte oder eine kommunistische Avantgarde noch ein wissenschaftliches Institut; sie muß sozial und weltanschaulich bündeln, nicht ideologische Reinheit oder wissenschaftliche Konsistenz schaffen. Von Unverständnis für die Aufgaben einer Parteiführung zeugt auch die Kritik, der Parteivorstand habe es in der Weimarer Republik versäumt, die Ursachen der Spaltung im Ersten Weltkrieg innerparteilich offen zu diskutieren (S.37). Die Parteispitze wäre von allen guten Geistern verlassen gewesen, hätte sie das getan; eine solche Debatte hätte die Sozialdemokratie zerrissen. Eine Parteiführung hat nicht die Aufgabe, mit gesinnungsethischer Rigorosität eine quälende historische Identitätsfindung in Gang zu setzen: Sie muß die Organisation zusammenhalten, ihre Schlagkraft sichern und ausbauen und im übrigen nach vorn sehen.

Doch trotz dieser Einwände bleibt festzuhalten und dick zu unterstreichen, daß die Arbeit von Könke immer wieder durch außergewöhnlich scharfsinnige Betrachtungen imponiert; das Buch bereitet dem Leser über weite Strecken einen intellektuellen Genuß. Vieles exzerpiert man mit großem Vergnügen: so etwa die exzellente Analyse der Auffassungen Max Adlers (S.130/131); die pointiert formulierte Differenzierung zwischen den Positionen der Altrevisionisten um die Zeitschrift "Sozialistische Monatshefte" und dem kosmopolitischen Sozialliberalismus Eduard Bernsteins (S.108); die präzise Kritik an den Organisationsvorstellungen der "jungen Rechten" (S.18). Hier – und es gibt viele weitere Beispiele – besticht der Autor durch überaus gelungene analytische Reflexionen.

Verglichen damit ist die Arbeit von Fischer weniger virtuos. Auch unterscheiden sich die beiden Autoren im Temperament. Könke analysiert kühl, Fischer argumentiert sehr emotional, mit großem Eifer, aber auch mit der Neigung, seine Leser stets ein wenig belehren zu wollen. Er verteilt unaufhörlich Zensuren; einmal rügt er die historischen Akteure, einmal entschuldigt er ihr Tun, einmal demonstriert er helle Empörung. Eine etwas distanziertere Darstellungsweise, eine etwas geringere normative Verve hätte der Arbeit gewiß gut getan. In der Sekundärliteratur kennt sich Fischer nicht ganz so gut aus wie der darin allerdings ungewöhnlich beschlagene Könke. Nur so ist im übrigen das merkwürdige Urteil von Fischer zu verstehen, daß es eine "bis heute andauernde Unkenntnis über die Theoriediskussion der SPD in der Weimarer Republik" (S.233) gebe. Tatsächlich aber sind wichtige Publikationen der letzten Jahre dazu an Fischer spurlos vorbeigegangen. Dafür allerdings setzt er sich um so intensiver mit den zeitgenössischen Quellen auseinander; hier interpretiert er mitunter auch differenzierter und offener als Könke. So kommt etwa das Zwiespältige, Widersprüchliche und Gebrochene in der politischen Persönlichkeit Rudolf Hilferdings bei Fischer gut zum Ausdruck.

In der Arbeit von Fischer geht es ebenfalls im wesentlichen um die sozialdemokratischen Diskussionen über den organisierten Kapitalismus, die Staatstheorie, die Wirtschaftsdemokratie; außerdem beschäftigt sich der Autor noch ausführlicher mit der sozialdemokratischen Faschismusanalyse. Wie Könke so kritisiert auch Fischer die reformistische Staatstheorie als illusionär und "blauäugig" (S.90). Insgesamt aber wertet er die Theoriedebatte der Weimarer SPD nicht so negativ; er sieht wichtige Elemente der Neu- und Weiterentwicklung: so etwa die Revision der Zusammenbruchstheorie vor allem durch Hilferding, dann die besonders von Eduard Heimann entwickelten Überlegungen zu einer sozialistischen Marktwirtschaft und



schließlich die Impulse in der Demokratietheorie durch Hilferding, Heller, Fraenkel, Kampfmeyer und Max Adler.

Die Kapitel über Heimann und die Staatstheoretiker gehören zweifelsohne zu den stärksten Teilen des Buchs. Schwächer fällt dagegen der Abschnitt über die Faschismusanalyse aus. Daß die Sozialdemokraten, wie Fischer schreibt (S.237), die Eigenständigkeit und Kompromisslosigkeit der faschistischen Bewegung unterschätzt hätten, zählt zu den offenbar unausrottbaren Legenden. Auch in der Parteiführung, von halben Außenseitern wie Schiffrin ganz abgesehen, haben die meisten sich durchaus keine Illusionen über den Charakter eines nationalsozialistischen Regimes gemacht. Etwas eigentümlich wirkt, wie sehr Fischer die sozialdemokratische Linke vor dem Vorwurf der Republikdistanz in Schutz nimmt. Zumindest der Umfang des Rezensionsteils der IWK dürfte nicht ausreichen, wollte man alle Aussprüche linksoppositioneller Sozialdemokraten dokumentieren, die belegen, wie gleichgültig, distanziert, ja feindlich jedenfalls Teile des linken Flügels der Republik gegenüberstanden.

Fazit: Die Schrift von Könke erscheint dem Rezensenten brillanter und souveräner; dafür zeichnet sich die Untersuchung von Fischer durch quellennahe Intensität und eine mitunter größere interpretatorische Offenheit aus. Beide Arbeiten haben ihre problematischen Seiten, aber sie gehören zweifelsohne zu den wirklich fundierten und anregenden Publikationen zur Ideengeschichte der sozialistischen Arbeiterbewegung.

Franz Walter

MASER, Werner: **Friedrich Ebert, der erste deutsche Reichspräsident. Eine politische Biographie.** — München: Droemer Knaur 1987. 320 S.

WITT, Peter-Christian: **Friedrich Ebert. Parteiführer, Reichskanzler, Volksbeauftragter, Reichspräsident.** — Bonn: Verlag Neue Gesellschaft 1987. 174 S.

Es ist schon einigermaßen auffallend, daß trotz einer Renaissance biographischer Darstellungen eine umfassende Arbeit über Friedrich Ebert bisher fehlte. So begnügten sich "historische Publizistik und historisierende Politiker" — wie Witt einleitend mit spitzer Feder notiert — oft damit, "altersgraue Vorurteile" zu kolportieren. Angesichts dieser nüchternen Bestandsaufnahme überrascht es, daß fast zur gleichen Zeit zwei Werke erschienen, die sich der Biographie des ersten Reichspräsidenten annehmen und sich um eine Korrektur des Ebert-Bildes bemühen. Ihre gemeinsame Vorstellung hier, das sei vorweggenommen, fällt nicht leicht.

Bei Witts "biographischem Versuch" handelt es sich um die nur unwesentlich veränderte Neuauflage eines 1982 herausgegebenen Bdes, der auf der 1980 publizierten erweiterten Fassung seines Beitrages im 1971 erschienenen Gedenkb. zum 100. Geburtstag Friedrich Eberts beruht. Die dort beigegebenen Anmerkungen wurden jetzt durch weiterführende Literaturhinweise ersetzt. Obwohl man davon ausgehen kann, daß Maser Witts ältere Arbeiten kannte, fällt dessen als vollkommen neue Biographie angekündigtes Werk trotz Quantität hinter den bei Witt kontrovers diskutierten Forschungsstand zurück. Es ist zwar nicht unbedingt Kennzeichen populärwissenschaftlicher Abhandlungen der Art Masers, daß sie den momentanen Stand der Literatur reflektieren, doch die Kenntnis der publizierten Ebert-Zeugnisse, an Zahl ohnehin spärlich, darf man auch von derartigen Einführungen erwarten, zumal Maser seinen Anspruch sehr hoch setzt. So wären Spekulationen leicht zu vermeiden gewesen. Ein Blick in die bereits 1968 veröffentlichten Kriegsnotizen Eberts hätte Klarheit verschafft. Die Reise von Ebert und Braun zu Beginn des Ersten Weltkrieges brauchte dann nicht als eine Flucht Eberts mit der Familie gedeutet zu werden, und auch die von Maser aufgeworfene Frage, ob Ebert nach dem Urlaub im Juli auf Rügen noch kurz in Berlin gewesen sei oder nicht, läßt sich — nicht nur mit dieser Quelle — leicht beantworten.

Unkorrekte Datierungen und falsche Zahlen finden sich in ungewohnter Häufung. Dazu gesellen sich nicht wenige leicht vermeidbare Unachtsamkeiten. Da wird der Däne Stauning eine Seite nach der ersten Nennung zum Norweger, da werden Abschnitte von zwei Aufrufen Friedrich Eberts vom 9.1.1918 einfach vertauscht und zudem als ein Aufruf deklariert. Besonders störend wirken gewagte Interpretationen, die möglicherweise auf eine ungenaue Rezeption der Literatur oder auf den leichtfertigen Umgang mit den Sachverhalten zurückzuführen sind. Auf alle



Stellen einzugehen, die aus solchen Mißverständnisse resultieren, ist hier kaum möglich. Empfohlen sei die Lektüre der Abschnitte über die Wahlen zum Parteivorstand 1911 und 1913 sowie über die Stockholmer Konferenz. Nachprüfbar sind diese Passagen nicht. Im Anmerungsapparat finden sich keine Hinweise auf Belege. Ebenso wenig nachprüfbar sind solche Abschnitte, in denen Maser älterer Literatur widerspricht. Um nur ein scheinbar nebensächliches Beispiel zu nennen: Er hält es für nachweisbar, daß Heinrich Schulz in Bremen keine Gelegenheit ausgelassen habe, Ebert "Knüppel zwischen 'die Beine'" zu werfen, und seinen Freunden empfohlen, Eberts Lokal zu meiden. Da Schulz zu der Zeit, als Ebert die Gastwirtschaft führte (1894-1900), nicht in der Hansestadt ansässig war, darf man an der Richtigkeit dieser Beweisführung Zweifel hegen. Wie überhaupt die Charakterisierung von Schulz als "Intimfeind" Eberts selbst für die Zeit sachlicher Auseinandersetzungen gegen Ende von Eberts Bremer Periode (1904/05) kaum zutreffend ist.

Maser arbeitet ohnehin mit einer oft plakativen Schwarz-Weiß-Malerei, die ihn zu griffigen, aber wenig differenzierten Urteilen kommen läßt. Da gebärden sich die Unabhängigen im Rat der Volksbeauftragten "unentwegt laut und aggressiv revolutionär", wird Hugo Haase schlichtweg als "bolschewistenfreundlich" charakterisiert, selbst Scheidemann mit Beschreibungen wie "repräsentationssüchtig", "mit aufdringlich grotesker Eitelkeit" und "neurotisch auf Imageerhaltung bedacht" versehen. Derartige Wertungen dienen dann dazu, die handelnde Person Ebert in Kontrast zu stellen. Da macht Maser es sich zu einfach. Es fügt sich in die zu sehr auf die Person zugeschnittene Darstellung ein, wenn Maser Thesen produziert, die Witt differenzierter und genauer formuliert. So sieht Witt einen Grund dafür, daß die Beamten sich in den Tagen des Kapp-Lüttwitz-Putsches loyal gegenüber der Reichsregierung verhielten, in dem Vertrauensvorschuß, den Ebert ihnen seit Übernahme der Kanzlerschaft entgegengebracht hatte. Bei Maser ist zu lesen, daß die Niederschlagung des Putsches das Verdienst Eberts sei, weil ihm "die Gewerkschaften spätestens seit 1905 und die Beamtenschaft seit 1913" Dank schuldeten. Näheres führt er hier nicht an. Er läßt zudem weitere Fragen offen, die andere vor ihm bereits beantwortet haben. Wie kann eigentlich jemand, der nach den Bestimmungen des Wahlgesetzes in Bremen nicht wählbar ist, dennoch in die Bürgerschaft gewählt werden?

So legt man nach 300 Seiten Lektüre den Bd. enttäuscht aus der Hand. Er enthält wenig Neues, gewiß einige interessante Bemerkungen zu den Bedingungen, unter denen ein Handwerkersohn in den ersten Jahren des Kaiserreichs heranwuchs. Gerade die bisher wenig beleuchtete Zeit als Reichspräsident wird von Maser kaum erschöpfend dargestellt, wirft mehr Fragen auf, als Antworten zu geben, trotz eines wohlmeinenden Ansatzes.

Auch Witt läßt keinen Zweifel aufkommen, auch er bringt Sympathie für den ersten Reichspräsidenten auf, verschweigt dabei nicht die eigene Position und bewahrt dennoch kritische Distanz zur Person Eberts. Ihm geht es vor allen Dingen darum, den Entscheidungsspielraum der historischen Individualität gegenüber komplexen historischen Bewegungen und Interessen auszuloten. Er wirft ein im Rahmen einer Einführung hinreichendes Licht auf die Handlungsbedingungen gerade jener für die Bewertung von Eberts Politik so wichtigen Phase nach dem 9. November. Er beschreibt Möglichkeiten und Grenzen in der Zeit nach dem Sturz der Monarchie vor dem Hintergrund der damals aktuellen Probleme (Demobilisierung, Ernährung etc.), deren Lösung auch für Ebert Priorität besaß, und stellt im Gegensatz zur breiten Revolutionsliteratur den sozialpolitischen Bereich und die Erfolge der Revolutionsregierung auf diesem Gebiet in den Vordergrund. Ebert war nicht nur Konkursverwalter der kaiserlichen Hinterlassenschaft, sondern auch, wie hervorgehoben wird, "Wegbereiter der sozialen Demokratie". Dabei sieht Witt durchaus, daß Ebert die Gefahr, die von radikalen Kräften ausging, überschätzte und von daher sich des Militärs bediente. Aber nicht zuletzt linksradikale Aktionen gegen den beschlossenen Weg zur Nationalversammlung waren dafür ausschlaggebend, daß das Heer zu einem ordnungspolitischen Faktor werden konnte. Eberts Handlungen werden wohl sehr richtig unter dem Ziel gesehen, die Ausgestaltung der Republik der "Konstituanten" zu überlassen und den neuen Staat möglichst breiten Schichten offenzuhalten. Dies verlangte von der eigenen Partei und, was für den Fortbestand der Republik entscheidend sein sollte, von den anderen politischen Kräften Kompromißbereitschaft.

Das Verhältnis von SPD und Reichspräsident zieht sich bei Witt durch den zweiten Teil der Darstellung, in dem er die wichtigsten innen- und außenpolitischen Probleme unter dem



Blickwinkel der Handlungsprämisse Eberts beleuchtet. Dabei präsentiert er interessante Details, geschöpft aus dem Studium der verfügbaren Quellen, und einige sicherlich diskussionswürdige Thesen. So wirkt die in Anlehnung an die unveröffentlichten Erinnerungen von Wolfgang Heine getroffene Feststellung, Noske sei nach Niederschlagung des Kapp-Lüttwitz-Abenteuers der einzig geeignete Sozialdemokrat gewesen, der die Reichswehr in Griff bekommen und die von der Partei geforderten, von Ebert sehr wohl als notwendig erkannten Reformen des Militärs hätte durchsetzen können, angesichts der zur negativen Symbolfigur gewordenen Person des Reichswehrministers etwas befremdlich. Mit Blick auf das Resultat jedoch, daß eben kein Sozialdemokrat bereit war, das Schlüsselressort zu übernehmen, hat die Feststellung, daß es ein Fehler der Partei gewesen sei, gegen den Willen des Reichspräsidenten auf Noskes Ablösung zu drängen, doch einiges für sich. Witt sieht es resümierend als einen Erfolg des "Politikers der Mitte", daß nicht nur die Reichseinheit unter seiner Präsidentschaft gewahrt blieb, sondern auch die Republik nach 1925 eine Lebenschance besaß, weil Ebert "weiten Kreisen der Bevölkerung das Angebot zur gestaltenden politischen Mitarbeit" eröffnet hat. So dezidiert wie dieses Urteil ist der gesamte, engagiert, vielleicht in einigen Passagen zu komprimiert verfaßte "biographische Versuch", der mit einigen Legenden und festgeformten (Vor-) Urteilen aufräumt. Man kann mit gutem Gewissen auf ihn zurückgreifen.

Walter Mühlhausen

MÜLLER, Gerhard: **Für Vaterland und Republik. Monographie des Nürnberger Schriftstellers Karl Bröger.** — Pfaffenweiler: Centaurus-Verlagsgesellschaft 1986. XII, 523 S.

Die schon 1977 formulierte Feststellung, die Erforschung der der SPD nahestehenden Arbeiterliteratur der Weimarer Republik stehe noch ganz am Anfang,<sup>1</sup> ist in ihrem Aufforderungscharakter so aktuell wie eh. Noch immer herrschen verbreitet Unkenntnis und Desinteresse an diesem bedeutenden Bereich sozialistischer Kultur der Weimarer Republik. Vorhandene Forschungsansätze<sup>2</sup> trugen eher zur Desorientierung bei, indem wenig differenzierend der Versuch unternommen wurde, der Arbeiterliteratur eine konsequente Entwicklung vom Weltkriegsenthusiasmus zur Kollaboration mit dem Faschismus zu unterstellen; es wurde sogar versucht, ihr "inhaltlich antidemokratische und totalitäre Charakterzüge" (Rülcker) zuzuweisen. Max Barthels offene Sympathie für den Faschismus gilt auch heute noch als Beleg zur Diskriminierung einer ganzen literarisch-kulturellen Strömung. Das zunächst in der DDR formulierte Zugeständnis, die sozialdemokratisch eingestellte Literatur bedürfe einer besonderen Untersuchung, machte bald einem Neuaufguß des "Sozialfaschismus" in der Literatur Platz. In Brigitte Melzwigs schon im Titel irreführender "Bibliographie"<sup>3</sup> wurde dann auch konsequent fast die gesamte der SPD nahestehende Literatur unterschlagen. Das in der Bundesrepublik in den Nachwehen der Studentenbewegung gewachsene Interesse an der sozialistischen Literatur Weimars kaprizierte sich weitgehend auf den kommunistischen "Bund Proletarisch-Revolutionärer Schriftsteller" (BPRS) sowie dessen Organ "Die Linkskurve" und erschöpfte sich häufig in der Reproduzierung der im BPRS geführten theoretischen Debatten und dem Nachdruck proletarisch-revolutionärer Romane. Im Urteil über die sozialdemokratische Literatur schloß man sich unreflektiert der KPD-Polemik gegen die SPD-"Feierabendlyriker"<sup>4</sup> an. Eine Untersuchung der literaturtheoretisch aufschlußreichen SPD-Organen "Mitteilungen des Vereins Arbeiterpresse", "Kulturwille" oder "Die Bücherwarte" hätte zu durchaus differenzierteren Ergebnissen geführt und deutlich gemacht, daß von einem

1 Hans-Harald Müller, *Intellektueller Linksradikalismus in der Weimarer Republik*, Kronberg/Ts. 1977, S.3.

2 Christoph Rülcker, *Ideologie der Arbeiterdichtung 1914-1933. Eine wissenssoziologische Untersuchung*, Stuttgart 1970.

3 Brigitte Melzwig, *Deutsche sozialistische Literatur 1918-1945. Bibliographie der Buchveröffentlichungen*, Berlin/DDR und Weimar 1985.

4 Klaus Neukrantz, *Über die Feierabendlyriker*, in: *Die Linkskurve*, (1930) Jg. 2, Nr. 12, S. 17-22.



homogenen Charakter der Arbeiterliteratur keinesfalls die Rede sein konnte. Daß der überwiegende Teil der Arbeiterliteraten eben nicht zum Faschismus desertierte, wiesen Stieg/Witte<sup>5</sup> in ihrer Untersuchung nach und stellten erstmals Fragen nach den geistes- und literarhistorischen Zusammenhängen. Trommler<sup>6</sup> wies in seiner weit ausholenden Übersichtsdarstellung explizit nach, daß zwar die faschistische Propaganda einen, wenn auch geringen, Teil der Arbeiterliteratur für ihre Zwecke zu instrumentalisieren versuchte, die meisten Autoren sich aber distanzierten oder, wie Doberer, Krille, Zerfass, Schönlink, Brügel, Hofbauer, Kern, Luitpold, Osterroth, Preczang, Thoor u.a., ins Exil gingen. Das Phänomen des Exils eines quantitativ und qualitativ bedeutsamen Teils einer ganzen literarischen Richtung ist bisher auch von der Exilforschung kaum zur Kenntnis genommen worden. Eine Untersuchung dieses Teilbereiches des literarischen und politischen Exils nach 1933 würde vermutlich auch zu dem Ergebnis führen, daß weder die Geschichte der Arbeiterliteratur mit dem Jahr 1933 abrupt endete, wie Rülcker in bedenklicher Ahnungslosigkeit glauben machen will, noch es zutrifft, daß die exilierten Arbeiterschriftsteller diesen "individuellen Protest nicht literarisch formuliert[en] und damit sichtbar machten" (Rülcker). Trotz des inzwischen weit fortgeschrittenen Forschungsstandes zur Geschichte der SPD und der inzwischen relativ erfreulichen Materiallage<sup>7</sup> ist eine umfassende, differenzierende Darstellung der Weimarer Arbeiterliteratur nach wie vor überfällig. Allerdings ist seit einigen Jahren ein erneutes Forschungsinteresse zu verzeichnen, dem eine Reihe umfangreicher Einzeluntersuchungen zu verdanken ist. Nach Monographien über Julius Zerfass, Bruno Schönlink und Jesse Thoor<sup>8</sup> hat nun Gerhard Müller eine voluminöse, äußerst material- und kenntnisreiche Bröger-Monographie vorgelegt, die über ihren monographischen Charakter hinaus auch exemplarisch Einblick in die historisch-politischen Zusammenhänge der Arbeiterliteratur ermöglicht und als Maßstab für künftige Untersuchungen gelten kann.

Auf einen ausführlichen und minutiösen, durch eine Überfülle an bisher unpubliziertem Material abgesicherten biographischen Teil folgt eine bio-bibliographische Chronik, in der erstmals auch Brögers Verhalten nach 1933 über Vorurteil, Kolportage und Spekulation hinaus einer eingehenden Untersuchung unterzogen wird mit dem Ergebnis, daß Karl Bröger (1886-1944) sich zwar "nicht als Zeuge für einen effektiven antifaschistischen Widerstand eignet", er aber auch nie zum Überläufer und Kollaborateur wurde, daß vielmehr nach KZ-Haft, Degradierung und Reglementierung ein abruptes Abnehmen der literarischen Produktion zu verzeichnen ist. Im dritten, textkritischen Teil weist G. Müller detailliert nach, daß Brögers Arbeiten, mehr als die anderer Arbeiterschriftsteller, in unmittelbarer Beziehung zur Ideologie und Politik der SPD nach 1900 gesehen werden müssen. Müller legt eine bisher einzigartige Fallstudie zu der mit der sozialdemokratischen Bewegung verbundenen Literatur vor. Erstmals<sup>9</sup> wird auch Brögers äußerst umfangreiche journalistische Produktion untersucht: von den "Jungsozialistischen Blättern", die er bis 1924 entscheidend prägte, und der "Entschiedensten Schulreform" in der Frühphase der Weimarer Republik über seine redaktionelle Tätigkeit an der sozialdemokratischen Nürnberger "Fränkischen Tagespost" und dort entwickelter operativer Literaturformen bis hin zu einer aktivistisch-republikanischen Haltung als Mitbegründer und bis 1933 repräsentativer Sprecher des "Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold". Obwohl Bröger sich zeitweilig mehr als "wahrer Dichter" sah, denn als Parteischriftsteller, eignet er sich ganz besonders als Seismograph aller wesentlichen Etappen der deutschen Sozialdemokratie nach der Jahrhundertwende. So wenig wie es aber der Sozialdemokratie gelang, eine eigene sozialistische Literatur zu entwickeln, so wenig gelang es Bröger, sich von bürgerlichen Vorbildern zu lösen, denen er teilweise epigonal anhing. Seinen andauernden Versuchen, "Sozialismus

5 Gerald Stieg und Bernd Witte, *Abriß einer Geschichte der deutschen Arbeiterliteratur*, Stuttgart 1973.

6 Frank Trommler, *Sozialistische Literatur in Deutschland. Ein historischer Überblick*, Stuttgart 1976.

7 Hier sei besonders auf die Bestände des Dortmunder Fritz-Hüser-Instituts für deutsche und ausländische Arbeiterliteratur verwiesen.

8 Vgl. Rainer Bohn, *Ich bin ein Prolet und du ein Prolet. Julius Zerfass im Traditionswechsel der deutschen Arbeiterbewegung um 1910*, Echternach 1982; Jon Clark, Bruno Schönlink und die Arbeitersprechchor-Bewegung, Köln 1984; Gerdmaria Thom, *Rufer ohne Fahne. Der Dichter Jesse Thoor*, Wien 1986.

9 Fast vollständig übergangen wurde dieser wichtige Bereich bei Gudrun Heinsen Becker, *Karl Bröger und die Arbeiterdichtung seiner Zeit*, Nürnberg 1977.



als Kulturbewegung" aufzufassen, stand sein eigenes Streben entgegen, aus der Arbeiterklasse "aufzusteigen" und "Dichter" zu werden: darin wiederum durchaus konform mit den "offiziellen" literaturtheoretischen und -praktischen Vorstellungen der SPD, die – auf die Tagespolitik fixiert – wenig zur Herausbildung einer eigenen sozialistischen Literatur beitrug und damit versäumte, die existierende Arbeiterliteratur auf ein höheres Niveau zu führen. Immerhin leistete Bröger in der maßgeblich von Bruno Schönlink geprägten Arbeitersprechchorbewegung und der Entwicklung einer proletarischen Festkultur mit seinem Sprech- und Bewegungsschor "Rote Erde" (1928) einen wesentlichen Beitrag, den Glauben an den Sozialismus ästhetisch konsumierbar zu machen.

Brögers Hauptgattung aber war, trotz der Entwicklung auch zahlreicher Prosaformen, die Lyrik, die gerade in ihrer schwärmerisch-utopischen, idealistischen Wirklichkeitssicht wiederum nur vor der Folie der Politik des SPD-Parteivorstandes verständlich ist. Wesentlich geprägt durch die Lyrik etwa eines Gustav Falke ("reine Lyrik, wahre Dichtung") und des literarischen Expressionismus, sieht Müller gerade in dieser Epigonalität indes auch einen Grund, weshalb Brögers Dichtung nach 1933 zumindest partiell und fraktioniert vereinnahmt werden konnte. In diesem Spannungsfeld zwischen der Orientierung am überkommenen bürgerlichen Kanon und dem Bestreben, eine eigene proletarische Literatur zu entwickeln, liegt dann auch die Besonderheit der sozialdemokratischen Arbeiterliteratur. Diesen bisher unzureichend beachteten Zusammenhang explizit und detailliert herausgearbeitet zu haben, ist dann auch eines der Verdienste dieser Arbeit, die weit über die bisherige Forschung hinaus überaus reichhaltiges Belegmaterial und Ansätze für künftige Untersuchungen zur Arbeiterliteratur der Weimarer Republik liefern wird.

Werner Schartel

LEMKE-MÜLLER, Sabine: **Ethischer Sozialismus und soziale Demokratie. Der politische Weg Willi Eichlers vom ISK zur SPD** (= Politik- und Gesellschaftsgeschichte, Bd. 19). – Bonn: Verlag Neue Gesellschaft 1988, 253 S.

Nicht nur die hervorragende Quellenlage, sondern auch der Einfluß, den einige Mitglieder des "Internationalen Sozialistischen Kampfbundes" (ISK) nach dessen Auflösung 1945 in der SPD gewannen, hat schon eine ganze Reihe von Forschungsarbeiten zu dieser sozialistischen Splittergruppe angeregt. Wenn nun Sabine Lemke-Müller eine Arbeit vorlegt, die sich darauf konzentriert, den "politischen Weg" Willi Eichlers nachzuzeichnen, so ist dieser Text eines besonderen Interesses gewiß, war doch Eichler nicht nur von 1928 bis 1945 der unumstrittene politische Kopf des "Kampfbundes", vielmehr gelang es ihm, bei der Neuorientierung der Nachkriegs-SPD, wie sie sich im "Godesberger Programm" von 1959 niederschlug, im pluralistisch gewordenen Chor der sozialdemokratischen Ansätze an gewichtiger Stelle seine Stimme für einen "ethischen Sozialismus" zu erheben.

Eine Auseinandersetzung mit dem ISK und mit Willi Eichler ist von hohem politikwissenschaftlichen und parteigeschichtlichen Interesse. War der 1926 gegründete ISK eine Partei, die, wenn auch nicht inhaltlich, so doch in ihrem organisatorischen Aufbau eine ganze Reihe von Gemeinsamkeiten mit dem Modell einer leninistischen Kaderpartei aufweist, war er eine Partei, die in Weimar mit der Sozialdemokratie in einer Dauerfehde lag, weil diese aus der Perspektive des ISK in ihrer prinzipienlosen Anerkennung der bürgerlichen Demokratie vom authentischen Sozialismus abgewichen war, eine Partei, die eine wie immer geartete Zusammenarbeit zwischen Christen und Sozialisten aus prinzipiellen Erwägungen strikt ablehnte, so trug Willi Eichlers Engagement in der SPD nach 1945 ironischerweise dazu bei, daß hier jene Positionen gestärkt wurden, deren Vertreter eine konstruktive Orientierung der SPD auf der Grundlage der "wehrhaften Demokratie" durchzusetzen suchten, die einen Dialog zwischen Christentum und Sozialismus anstrebten, kurz: Positionen, die die Sozialdemokratie zu einer staatstragenden Partei der Bundesrepublik machten. Dies ist der Bogen, den Lemke-Müller nachzeichnet. Ziel ihrer Darstellung ist es, die Momente von Kontinuität und Bruch im politischen Denken und Handeln Eichlers herauszuarbeiten. These der Autorin ist, daß Eichler an seiner in Weimar geprägten politischen Grundposition auch als SPD-Politiker



festgehalten hat, daß, trotz des unübersehbaren Wandels in den praktischen und taktischen Aussagen, der Position Eichlers in den fünfziger und sechziger Jahren dasselbe philosophisch-politische Programm zugrundelag wie das des Führers der ethisch-sozialistischen Sekte ISK in den zwanziger und dreißiger Jahren.

Die Theorien des Göttinger Hochschullehrers Leonard Nelson, der eine anthropologische Fundierung von Ethik und Erkenntnistheorie formuliert hatte, die auf Kant und den Bur-schenschafts-Philosophen Jacob Friedrich Fries aufbaute, waren theoretische Grundlage der politischen Tätigkeit des ISK und seiner 1917 gegründeten Vorläuferorganisation "Internationaler Jugendbund" (IJB). Der Darstellung von Leonard Nelsons Lehre gilt der erste Teil der Arbeit Lemke-Müllers.

Drückte sich in der Lehre Nelsons, in ihrem schrillen Dogmatismus und rigiden Moralismus auch eher ein jugendbewegter Unbedingtheitsglaube aus, so beanspruchte Nelson mit seinen politischen Aktivitäten doch, daß sie Ergebnis einer philosophischen und somit wissenschaftlichen Politik seien. Im ISK wurden auf eigentümliche Weise Aufklärungsideologie mit reformpädagogischen Ansätzen, ein ultraliberales Wirtschaftsprogramm mit sozialistischem Gleichheitspathos, die Idee des Rechtsstaats mit einem zölibatären Ordens- und Kadergeist, führerschaftliche Organisation mit einem repressionsfreien internen Diskussionsklima amalgamiert. Nicht nur wegen seines Programms, sondern auch durch die hohen Anforderungen, die an Lebensweise und Einsatzbereitschaft der Parteimitglieder gestellt wurden, blieb der ISK zeit seiner Existenz eine Splittergruppe am linken Rand der sozialistischen Bewegung; allerdings hatte er – bedingt durch den hohen Schulungsstand und die Motivation der Kader – eine politische Präsenz und Schlagkraft, die die größerer politischer Organisationen oft weit übertraf.

Die Geschichte dieser Gruppe wird von Lemke-Müller nicht ohne Sympathie (vgl. S.15) geschrieben; mit ihren Detailkenntnissen aus den Akten des IJB/ISK im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung und aus der Sekundärliteratur versteht sie es besonders bei der Darstellung der Jahre vor 1933, Aktivitäten, Arbeitsweise und kulturelles Klima in der von der Persönlichkeit Nelsons stark geprägten Organisation plastisch werden zu lassen. Hier wie in den folgenden Teilen legt sie Wert darauf, die Position des ISK und besonders Eichlers zu den Themen Demokratie, Demokratiekritik und Kirche herauszuarbeiten.

Wurde der ISK schon Anfang 1933 verboten, so gelang es ihm und gelang es Willi Eichler, zunächst vom Saarland aus und später aus dem Pariser Exil, eine für die kleine Gruppe recht weitreichende Widerstandsarbeit in Deutschland aufzubauen und vor allem auch den Informationsfluß zwischen den Parteimitgliedern und -sympathisanten im Reich und im Exil zu organisieren. In Paris – ab 1939 in London – entfaltete Willi Eichler publizistische Aktivitäten, die dem ISK eine größere öffentliche Präsenz sicherten als dies seinem politischen Gewicht unter den linken Exilparteien und -organisationen entsprochen hätte: Der ISK blieb – trotz aller Anstrengungen der Exilführung – eine politisch eher unbedeutende Gruppe. Dies änderte sich erst, als die Sozialdemokratie in London sich dazu entschloß, die Zusammenarbeit mit den kleinen Parteien an ihrem linken Rand zu intensivieren, was dem ISK die Möglichkeit eröffnete, in der "Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien" an den Diskussionen über ein sozialistisches Programm für das Nachkriegsdeutschland mitzuwirken. Lemke-Müller zeichnet die Entwicklungen und Diskussionen im Exil-ISK sorgfältig nach, widmet daneben auch den tagespolitischen Auseinandersetzungen und taktischen Volten der Exilpolitik sowie der Darstellung der außenpolitischen Äußerungen Eichlers viel Raum. Sehr zurückhaltend ist die Autorin in der Zusammenfassung und Bewertung ihrer Ergebnisse, sowohl was die Aktivitäten der Partei als auch die Willi Eichlers selbst angeht. In den Teilen zum Exil-ISK sucht man ein wenig nach der großen Linie, es wäre gut gewesen, hier einiges zu straffen und Schlußfolgerungen mit Blick auf das Erkenntnisziel nicht nur anzudeuten, sondern auch auszusprechen.

Es bleibt z.B. in Lemke-Müllers Darstellung unklar, mit welcher strategischen Option Eichler 1945 den ISK auflöste und den Mitgliedern die Mitarbeit in der SPD empfahl. Sprechen einige der zitierten Dokumente dafür, daß für die ehemaligen ISKler der Übertritt keineswegs bedeutete, den gemeinsamen Kampf für die Durchsetzung ihrer spezifischen Überzeugungen – nun eben als mehr oder weniger verdeckt operierende Fraktion – aufzugeben (vgl. z.B. S.214),



so legt die Autorin auch dar, daß der ISK als Fraktion in der SPD keine Rolle spielte, vielmehr nur ein eher loser freundschaftlicher Kontakt der Ehemaligen bestehen blieb (vgl. z.B. S.215), der Relevanz höchstens auf personalpolitischer Ebene hatte. Ähnlich unentschieden bleibt die Darstellung zu Eichlers Demokratiebegriff. Laut Leonard Nelson galt bürgerliche "Demokratie" als Tyrannei der Mehrheit, die mit rechtsstaatlichen, sozialistischen Idealen notwendig in Konflikt gerate, und sie wurde deswegen vom ISK vehement bekämpft. Lemke-Müller vertritt die These, daß die Anerkennung der innerparteilichen Demokratie und dann auch der des Grundgesetzes bei Eichlers Übertritt in die SPD nicht auf eine grundsätzliche Neubestimmung seiner Position zurückzuführen sei, sondern ihr eher ein strategisches Kalkül über die Möglichkeiten des ISK inner- oder außerhalb der SPD zugrundelag. Dann aber zitiert sie auch – unkommentiert – eine Denkschrift Eichlers von 1945, in der er selbst Vorschläge für eine "Democratic Reconstruction of Germany" begründete. Schließlich vermag sie überzeugend darzulegen, daß erst das – gemessen an demokratischen Idealen – repressive Konzept einer "wehrhaften Demokratie", in der die verfassungspolitischen Grundformeln als "freiheitlich-demokratische Grund-Ordnung" (fdGO) demokratischer Disposition entzogen bleiben, Eichler den Weg bahnte, um mit der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland Frieden zu schließen. Bei solcherart Diskrepanzen wünscht man sich interpretatorische Hilfestellung durch die Autorin. Ein letzter inhaltlicher Einwand bezieht sich auf Lemke-Müllers Schilderung des Verhältnisses von Kirche und Sozialdemokratie in den ersten Jahren der Bundesrepublik. Gelingt es ihr überzeugend, den Wandel Eichlers vom kompromißlos kirchenfeindlichen Führer des ISK zum Stifter eines Dialogs zwischen Kirche und Sozialdemokratie darzustellen, und gelingt es ihr auch, die Gemeinsamkeiten zwischen dem überzeugungstreuen Idealismus des ethischen Sozialisten und den kirchlichen Ethiken herauszuarbeiten, so unterlaufen Lemke-Müller im einleitenden historischen Exkurs zu Kirche und Sozialdemokratie einige Irrtümer und historisch ungenaue Formulierungen (S.227ff).

Solche Einwände sollen den positiven Gesamteindruck aber nicht schmälern: Lemke-Müllers unpräzise und ohne Überhang an Wissenschaftsjargon vorgetragene Argumentation, die Fülle des Quellenmaterials und der Einsichten nicht nur in die Geschichte politischer Ideen und Ideologien, sondern auch in soziokulturelle und organisatorische Probleme zwischen ISK und SPD, all das macht das Buch unbedingt lesenswert. Dies gilt besonders für diejenigen, die Interesse an den Hintergründen und personell-organisatorischen Zusammenhängen der Ausdifferenzierung ideologischer "Ströme und Rinnsale" haben, die den Sozialismusbegriff der Volkspartei SPD nach dem Zweiten Weltkrieg mit prägten. Hierzu ist das Buch eine gewichtige Fallstudie.

Ein Vorwurf trifft den Verlag und die Friedrich-Ebert-Stiftung als Herausgeber der Reihe: Es ist schlicht eine Schlaperei, eine ideen- und parteihistorische Arbeit wie die hier besprochene ohne jedes Register zu veröffentlichen.

*Dieter Haselbach*

**HORMANN-RECKE/WEG, Birgit: Ludwig Müller – aus dem Leben eines Gewerkschafters. Ein Beitrag zur Geschichte der IG Chemie-Papier-Keramik.** Mit einem Vorwort von Hermann Rappe und Jürgen Walter. – Köln: Bund-Verlag 1986. 126 S.

Die hier angezeigte Arbeit entstand aus der Absicht, einen Gewerkschaftsfunktionär, der für viele unbekannt geblieben war, zu seinem 90. Geburtstag zu ehren. Der 1896 in Arheilgen bei Darmstadt geborene und zu Beginn des Jahres 1986 verstorbene Ludwig Müller begann seine Gewerkschaftskarriere mit dem Beitritt zum "Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder Deutschlands". Nach dem Ersten Weltkrieg Betriebsrat bei der chemisch-pharmazeutischen Firma Merck in Darmstadt und nach Weiter- und Fortbildungsmaßnahmen – u.a. Besuch der Fachschule für Wirtschaft und Verwaltung in Berlin (S.53) – Agitationsleiter der Zahlstelle Darmstadt des "Fabrikarbeiterverbandes". Nach seiner Entlassung durch die Nazis im Juli 1933 Gastwirt und Handelsvertreter in Darmstadt (S.89, S.93). 1945/46 aktiv am Wiederaufbau der Gewerkschaften beteiligt und Geschäftsführer der IG Chemie-Papier-Keramik in Darmstadt. Vom 2. Mai 1949 bis zu seiner Pensionierung war Müller stellvertretender Vorsitzender der IG Chemie-Papier-Keramik und Vize-



präsident der "Internationalen Föderation von Industriegewerkschaften und Fabrikarbeiterverbänden".

Einleitend sagt die Autorin, daß es ihr nicht um eine umfassende politische Biographie gehe, sondern um eine Dokumentation des gewerkschaftlichen Lebens Ludwig Müllers. Das ist legitim. Trotzdem hätte man – gerade was die Zeit nach 1945 angeht – etwas mehr Sorgfalt gewünscht. So avanciert Müller zu den "... Frauen und Männern der ersten Stunde, die die Gewerkschaften nach 1945 wieder aufbauten und prägten ..." (S.123). Gleichzeitig gehörte er dieser Gruppe von "Frauen und Männern der ersten Stunden" (S.99) nicht an, da er erst "... ab August 1946 aktiv am Aufbau der Gewerkschaft in Darmstadt mitgewirkt" (ebda.) habe. Um die Verwirrung vollständig zu machen, zitiert Hormann-Reckeweg aus einem Interview, in dem Müller über seine gewerkschaftlichen Aktivitäten gegen Ende des Jahres 1945 berichtet, also bereits 8 Monate vor dem vorher konstatierten Termin gewerkschaftlich tätig war. Wenig sorgfältig sind auch die Angaben über die "Zentralgewerkschaft Darmstadt": Der Autorin zufolge wurde die Erlaubnis zum Aufbau der "Zentralgewerkschaft" am 18. September 1945 erteilt, doch sei die Genehmigung bereits am 1. September 1945 (?) wieder zurückgezogen worden (S.98, S.101).

Die neueren Studien von Michael Fichter ("Besatzungsmacht und Gewerkschaften", 1982), Angelika Jacobi-Bettin ("Metallgewerkschaft Hessen", 1982) und Walter Mühlhausen ("Hessen 1945-1950", 1985) hat Hormann-Reckeweg leider nicht berücksichtigt, was bei ihr – beispielsweise bei der Herausbildung des autonomen Industrieverbandsprinzips – zu monokausalen – inzwischen überholten – Erklärungen führt (S.96f.). So bleibt die Arbeit auch als Dokumentation einer für viele Gewerkschafter exemplarischen Lebensgeschichte manches schuldig.

*Dieter Emig und Lutz W. Ewald*

MÜLLER, Paul: "Wir wollten die Welt verändern". Stationen im Leben eines Altsozialisten. – Frankfurt/M.: Athenäum 1987. 334 S.

Müller, 1904 in Frankfurt geboren, wurde schon früh in der Frankfurter Arbeiterjugend und dem Zentralverband der Angestellten (ZdA) politisch und gewerkschaftlich aktiv. Sein nun vorliegendes Buch umfaßt die Jahre 1926 bis 1950 und schließt an den 1984 erschienenen ersten Teil seiner Erinnerungen ("Kindheit und Jugend im alten Frankfurt") an. Politisch stand Müller auf dem linken Flügel der Frankfurter SPD. 1931 wurde er im Gefolge der SAP-Abspaltung aus der SPD ausgeschlossen, ohne der neuen Partei beizutreten. Sein Hauptbetätigungsfeld fand er im ZdA, für den er seit 1929 als Sekretär in Frankfurt gearbeitet hatte. Schon früh gegen den aufkommenden Nationalsozialismus aktiv, versuchte er nach dem 30. Januar 1933 den Zusammenhalt der jüngeren ZdA-Mitglieder zu erhalten und gemeinsam mit ihnen den Widerstand gegen den Nationalsozialismus zu entfalten. Dennoch blieb er Angestellter des gleichgeschalteten ZdA. Eine Tatsache, die – ebenso wie seine Kontakte zu Kommunisten – wohl das Mißtrauen mancher sozialdemokratischer Freunde geweckt hat. Noch 1933 kam es zu einer Verbindung zwischen Müller und Frankfurter Gewerkschaftssekretären, die bereits im März in die Schweiz geflohen waren. Von dort unterstützten sie nach Kräften den sozialdemokratischen Widerstand in ihrer Heimatstadt. Im Herbst 1934 mußte auch Müller mit seiner Frau nach St. Gallen fliehen. Dort hatte sich um den Sopade-Grenzsekretär Erwin Schoettle ein Kreis sozialdemokratischer Emigranten gebildet, die eine für das Schweizer Exil rege illegale politische Tätigkeit entfalteten. Neben der Herstellung eigener Zeitungen und Flugschriften ("Afa-Nachrichten", "Funke", "Roter Kurier"), die ins Reich geschleust wurden, traf man sich zu politischen Diskussionen, hielt Treffen mit den jeweiligen Verbindungsleuten im Reich ab, versuchte, die Interessen der deutschen Flüchtlinge in der Schweiz zu vertreten und organisierte mit Schweizer Freunden Hilfsaktionen für verhaftete Widerstandskämpfer und ihre Familien. Ideologisch stand der St. Galler-Kreis mehrheitlich der Gruppe "Neu Beginnen" nahe. Dies dürfte ein Verdienst Erwin Schoettles gewesen sein, der von Müller zu Recht als führender Kopf der deutschen Emigranten in der Ostschweiz beschrieben wird. Vielfältige Hilfe erfuhren die Emigranten durch die Schweizer Sozialdemokratie, deren Unterstützung bis hin zur aktiven Teilnahme an der politischen



Arbeit reichte. Mehr oder weniger intensive Kontakte bestanden wohl auch zu Edo Fimmen, Hans Jahn, Walter Schevenels oder Wim Spiekman, um nur einige Namen zu nennen. Müller zeigt, daß sich auch in der Schweiz sozialdemokratische Emigranten zu politischer Arbeit zusammengefunden haben. Er setzt damit einen deutlichen Kontrapunkt zur hauptsächlich in der DDR entstandenen Literatur über das Exil in der Schweiz, die die Gewichte doch recht einseitig zugunsten der kommunistischen Emigration verteilt hat. Dazu wird wieder einmal deutlich, wie schwer das Leben deutscher Emigranten angesichts der restriktiven Flüchtlingspolitik der Schweizer Regierung war, die ihnen jede politische Tätigkeit und jede Erwerbsmöglichkeit verboten hatte. 1940 wurde Müller wegen illegaler politischer Aktivitäten verhaftet, und dann, wie viele andere Flüchtlinge, bis zum Ende des Krieges interniert. Das Buch ist in einem lebendigen, engagierten Stil geschrieben, der zeigt, wie sehr sich der Autor bis heute dieser Phase seines Lebens verbunden fühlt. Leider finden sich etliche persönliche Spitzen gegen ehemalige Weggenossen, die den positiven Gesamteindruck doch stören. Dies gilt auch für einige Irrtümer und Fehlinterpretationen, bei denen man dem Autor, der sich auf umfangreiche persönliche Unterlagen stützen konnte, mehr Sorgfalt gewünscht hätte. Letztlich lenkt er aber den Blick auf die bisher wenig beachtete Arbeit deutscher Sozialisten im Schweizer Exil. Dazu trägt auch das Nachwort Walter Fabians bei, dem Müller in den Internierungslagern begegnet ist.

*Hermann Wichers*

**NAUJOKS, Harry: Mein Leben im KZ Sachsenhausen 1936-1942. Erinnerungen des ehemaligen Lagerältesten.** Bearb. von Ursel Hochmuth. Hrsg. von Martha Naujoks und dem Sachsenhausen-Komitee für die BRD. – Köln: Röderberg im Pahl-Rugenstein Verlag 1987. 344 S.

Am Beispiel des Konzentrationslagers Sachsenhausen wird der desolate Forschungsstand zur Geschichte der deutschen Konzentrationslager besonders deutlich. Denn die bislang vorliegenden "Studien" zu diesem Lager halten historischen Kriterien nicht stand und markieren nicht einmal den Beginn systematischer Forschungsarbeit.<sup>1</sup> Dabei kam dem ab 1936 nördlich Berlins errichteten KZ Sachsenhausen in der Nachfolge von Dachau, der ursprünglichen "Schule der Gewalt", schon bald eine zentrale Funktion für die Entwicklung des KZ-Systems in Deutschland und Europa zu. Hier wurde Häftlingsarbeit erstmals in industriellem Maßstab eingesetzt, das Lager diente dem 1939 geschaffenen Reichssicherheitshauptamt als Haftstätte und Exekutionsort, und Sachsenhausen wurde während des Krieges zum Experimentierfeld der SS für neue Methoden des Massenmords. Vor allem aber hatte seit 1938 die "Inspektion der Konzentrationslager", die 1942 als "Amtsgruppe D" in das SS-Wirtschaftsverwaltungshauptamt eingegliedert wurde, ihren Sitz in unmittelbarer Nähe des Häftlingslagers. Und so nahmen auch die grundlegenden Erlasse, Anordnungen und Befehle für das KZ-System der Kriegszeit ihren Ausgang in Sachsenhausen.

Natürlich kommt vor diesem Hintergrund und angesichts der desolaten Forschungslage den nunmehr vorliegenden Erinnerungen des langjährigen Lagerältesten Harry Naujoks besondere Bedeutung zu. Seit November 1936 hatte Harry Naujoks zu den Häftlingen des KZ Sachsenhausen gezählt und rückte im Frühjahr 1939 als "1. Lagerältester" an die Spitze der sogen. Häftlingsselbstverwaltung. Der 1901 in Hamburg geborene Kesselschmied gehörte schon vor 1933 zu den führenden Funktionären der Bezirksleitung "Wasserkante" der KPD und

1 Vgl. nur die offiziellen Darstellungen: Sachsenhausen. Dokumente, Aussagen, Forschungsergebnisse und Erlebnisberichte über das ehemalige Konzentrationslager Sachsenhausen. Hrsg. von der Zentralleitung des Komitees der Antifaschistischen Widerstandskämpfer in der DDR, 3. überarbeitete Auflage, Berlin [Ost] 1981, und Gerhard Finn, Sachsenhausen 1936-1950. Geschichte eines Lagers, Bonn 1985. Während der erstgenannte Bd. zahlreiche Fehler zur Organisations- und Institutsgeschichte des Lagers enthält und von Ansätzen zur Legendenbildung nicht frei ist, wird das zweite Bändchen von dem historisch unverantwortlichen Versuch des Verf. geprägt, die Verhältnisse im sowjetischen Internierungslager Sachsenhausen zwischen 1945 und 1950 mit der nationalsozialistischen Menschenvernichtung im KZ Sachsenhausen zwischen 1936 und 1945 gleichzusetzen.



übernahm nach der Befreiung 1946 die Funktion des KPD-Vorsitzenden in seiner Heimatstadt. Anschaulich schildert Harry Naujoks den Auf- und Ausbau des KZ Sachsenhausen, die Situation der stets besonders schikanierten "Zugänge" im Lager, das Leben in der Strafkompagnie und dem berüchtigten "Kommando Klinkerwerk". Für die Widerstandsforschung sind die Schilderungen der Gespräche zwischen Bernhard Bästlein, Franz Jacob und Julius Leber von besonderem Interesse (S.43ff), durch die möglicherweise schon im KZ Sachsenhausen der Grundstein für die im Vorfeld des 20. Juli 1944 angestrebte Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten gelegt wurde. Im Gegensatz zur älteren DDR-Literatur stellt Harry Naujoks auch die Tätigkeit und Bedeutung der "illegalen politischen Leitung" im KZ Sachsenhausen sehr differenziert dar. Die Fraktionskämpfe unter den deutschen Kommunisten nach dem Bekanntwerden des Hitler-Stalin-Paktes, die zeitweilig zur Bildung dreier verfeindeter Gruppierungen im Lager führten und von Hermann Langbein genau geschildert wurden,<sup>2</sup> verbergen sich im vorliegenden Buch allerdings hinter der Formulierung: "Es wurde eine lange und bewegende Diskussion, die bis 1941 dauerte" (S.138). Hier hat Harry Naujoks möglicherweise die eigene "Parteilichkeit" an einer offenen Darstellung der Auseinandersetzungen gehindert. Doch im übrigen sind es gerade detaillierte Beschreibungen von Einzelvorgängen im KZ Sachsenhausen, die seinen Erinnerungsbd. zu einem Gewinn gemacht haben. Mit welcher Genauigkeit Harry Naujoks dabei vorgegangen ist, zeigt etwa der Fall des leitenden Mitarbeiters der "Bekennenden Kirche" und ehemaligen Landgerichtsdirektors Dr. Friedrich Weißler, der wegen seiner jüdischen Herkunft 6 Tage nach der Einlieferung in den "Zellenbau" des KZ Sachsenhausen am 19.2.1937 zu Tode gemartert worden war. Harry Naujoks berichtet, daß einer der Täter, der "SS-Hauptscharführer Zeitler", im Zuge einer nachfolgenden Untersuchung aus dem Lager verschwand (S.50). Diese Darstellung ist absolut zutreffend – auch wenn der Häftling Naujoks natürlich nicht wissen konnte, daß der genannte SS-Schläger im Juli 1938 vom Landgericht Berlin in einem geheimen Verfahren zu der lächerlich geringen Strafe von einem Jahr Gefängnis wegen "Körperverletzung mit Todesfolge" verurteilt wurde.<sup>3</sup>

Neben solchen Einzelfällen werden von Harry Naujoks vor allem die Veränderungen der allgemeinen Lebensbedingungen im Häftlingslager eindrucksvoll geschildert: die zunehmende Überfüllung nach der Einlieferung von 6.000 sogen. Asozialen im Juni 1938 und von über 5.000 Juden nach den Progromen vom 9. November 1938, die seit Kriegsbeginn verschlechterte Ernährungslage, die Ankunft von 1.200 tschechischen Studenten im November 1939, die Polen-Transporte des Jahres 1940 mit insgesamt 13.000 Gefangenen und die Mordaktionen an etwa 18.000 sowjetischen Kriegsgefangenen im Herbst 1941, die das ganze Lager erschütterten. Als "1. Lagerältester" hatte Harry Naujoks einen besonderen Einblick in alle diese Geschehnisse. Ihm unterstand die "Häftlingsschreibstube", und er unternahm täglich Rundgänge zur Inspektion der einzelnen "Blocks". Als Lagerältester war Harry Naujoks aber auch für die Durchführung von Befehlen der SS verantwortlich. Und so durchzieht den ganzen zweiten Teil des Buches die Frage, ob man überhaupt als "Häftlingsfunktionär" mit der SS zusammenarbeiten durfte. Harry Naujoks hat sich diese Frage zwischen 1939 und 1942 auch selbst immer wieder gestellt – und sie bejaht. Denn sogar bei der Umsetzung von SS-Befehlen konnte manches für die Häftlinge erreicht werden. Es war nicht nur möglich, von SS-Angehörigen besonders schikanierte Gefangene in anderen Arbeitskommandos "verschwinden" zu lassen, sondern auch Hilfsaktionen für ganze Häftlingsgruppen zu organisieren. Und das tat Harry Naujoks – selbst wenn damit nur kleine Zeichen der Humanität einer Welt der Unmenschlichkeit gesetzt werden konnten. Sein Einsatz war dabei so umfassend und erfolgreich, daß er schließlich der SS-Lagerleitung unheimlich wurde. Am 1.10.1942 erfolgte daher die Absetzung des Lagerältesten Harry Naujoks und nach zwei Monaten Dunkelhaft im "Zellenbau" sein Abtransport in die Steinbrüche des KZ Flossenbürg.

2 Siehe Hermann Langbein, ... nicht wie die Schafe zur Schlachtbank. Widerstand in nationalsozialistischen Konzentrationslagern, Frankfurt/M. 1980, S.120f.

3 Vgl. die Restakte 1 P Ks 2/38g im Archiv der Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Berlin. Das Verfahren richtete sich allerdings gegen den SS-Oberscharführer Zeidler, wobei die geringfügige Abweichung des Dienstgrades und die phonetische Schreibweise des Namens im Erinnerungsbd. von Harry Naujoks sicher ebenso verständlich wie verzeihlich sind.



Hier endet die Darstellung des vorliegenden Bdes, mit dessen Niederschrift Harry Naujoks Anfang der 70er Jahre begonnen hat. Er bediente sich dabei stets auch der Hilfe und Unterstützung anderer überlebender Häftlinge des KZ Sachsenhausen. Doch als Harry Naujoks 1983 starb, hatte das handschriftliche Manuskript zwar weitgehend Form angenommen, aber an manchen Stellen waren noch Lücken zu schließen. Die weitere Bearbeitung hat dann die Hamburger Historikerin Ursel Hochmuth gemeinsam mit Mitgliedern des "Sachsenhausen-Komitees" übernommen. Und in einem Vorwort macht die Bearbeiterin dankenswerterweise auch darauf aufmerksam, daß der Ursprungstext beim Gegenlesen sowie durch Kürzungen und Umstellungen verändert wurde. Harry Naujoks' Erinnerungen sind daher mit besonderer quellenkritischer Vorsicht zu lesen. Ohnehin können relativ spät entstandene Erinnerungsberichte ehemaliger Häftlinge dokumentarische Darstellungen zum KZ-System natürlich nicht ersetzen. Aber gerade an solchen Untersuchungen mangelt es ja. Und so hat Harry Naujoks in seiner klaren und einfachen Sprache tatsächlich die bislang umfassendste Darstellung zum Geschehen im KZ Sachsenhausen zwischen 1936 und 1942 vorgelegt. Der Hamburger Kesselschmied leistete damit mehr als die "Nationale Mahn- und Gedenkstätte Sachsenhausen" seit ihrer Gründung und sämtliche Forschungseinrichtungen in Ost- und West-Berlin seit 1945. Das ist eine beschämende Bilanz. Und das vorliegende Buch sei daher nicht nur vielen Interessierten zur Lektüre anempfohlen, sondern auch den hochbesoldeten Historikern beiderseits der deutsch-deutschen Grenzen zur kritischen Reflexion über die eigenen Defizite.

Klaus Bästlein

**Proletariat. Kultur und Lebensweise im 19. Jahrhundert.** Hrsg. von Dietrich MÜHLBERG (= Kulturstudien: Sonderband 2). – Wien, Köln und Graz: Böhlau-Verlag 1986. 275 S., 297 Abb.

Dietrich Mühlberg, Professor an der Humboldt-Universität und Leiter einer Forschungsgruppe "Kulturwissenschaft", hat sich 1983 als Herausgeber eines Sammelbdes profiliert, mit dem die DDR-Forschung zur Arbeiterbewegung den Übergang von der Organisations- und politischen Geschichte zur Arbeiterkulturgeschichte vollzog. (Vgl. "Literatur und proletarische Kultur. Beiträge zur Kulturgeschichte der deutschen Arbeiterklasse im 19. Jahrhundert", Berlin/DDR 1983; vgl. meine Rezension in: IWK, Jg. 21 (1985), H. 1, S.96ff). Insbesondere wollte sich die Forschungsgruppe mit dem Begriff der "Lebensweise" gegen die westliche Mode der Alltagsgeschichtsschreibung ebenso absetzen wie gegen die These von der Verbürgerlichung der Arbeiterbewegung. "Lebensweise" sollte den Gesamtzusammenhang der Organisation und Kommunikation der sich herausbildenden Arbeiterklasse als dynamischen Prozeß fassen und so das verwirrende Faktum der Orientierung proletarischer Kultur an bürgerlichen Vorbildern als Moment der Aneignung und Umfunktionierung vorhandener Kulturpraxis verstehbar werden lassen. Dieser funktionale Aspekt, der bereits im zitierten Sammelbd. nur gelegentlich eingelöst wurde, ist hier nun gänzlich zurückgenommen. Vielmehr scheinen die Autoren mit einer gewissen Verspätung gegenüber der bundesdeutschen Alltagskulturforshung derart der Faszination des Materials verfallen zu sein, daß sich nun vor dem Leser ein opulentes Panorama ausbreitet, in dem sich von der Entwicklung der Industriearbeiterschaft bis zum Verhältnis von Arbeit und Freizeit, vom Kampf um den Achtstundentag bis zum Arbeitersportverein alle gängigen Themen finden lassen. Mangels einer organisierenden zentralen Fragestellung aber verbleiben sie oft genug im Beliebigen. So wird zwar der interessierte Laie mit der Fülle der Aspekte proletarischen Lebens bekanntgemacht, der Historiker und Politologe dagegen wird die vorhandenen Informationen zu oberflächlich und z.T. auch widersprüchlich finden. Besonders nachteilig macht sich die Tendenz der Verf. bemerkbar, in moralisierenden Unterstellungen möglichst alle Aspekte des proletarischen Alltags zum Positiven zu wenden. "Zank, Streit und Keilerei ebenso wie vorbehaltlose Unterstützung in der Not und Anteilnahme an Freud und Leid" gab es zwar, doch kann der Leser beruhigt sein: "Ganz sicher hielten die Frauen besonders fest zusammen." (S.74). Proletarierkinder lernten auf der Straße "Selbständigkeit, Unerschrockenheit, Reaktionsschnelle, Schlagfertigkeit, Witz, Begehrlichkeit und Behauptung in kollektiven öffentlichen Lebensformen." (S.85). Die oft genug bereits konstatierte Unterdrückung der Arbeiterfrau schließlich wird in



eine "gewichtigere Position und größere Verantwortung" und eine daraus resultierende "öffentliche Anerkennung" umgemünzt (S.77). Auf dieser harmonisierenden Ebene bleibt der Schwachpunkt aller Theorien von einer einheitlichen Arbeiterkultur – die Anziehungskraft bürgerlich-individualistischer Lebensformen – unerklärt. Unterdrückung, Leid und Gewalttätigkeit scheinen sich nur politisch als Widerstandspotential zu entfalten, während der proletarische Alltag unerschüttert in sich selbst ruht.

Im Vorspann des Böhlau-Verlages wird angekündigt, das Buch sei fern von jeder Heroisierung. Dies trifft nur zu für die Abkehr vom großen geschichtsmächtigen Individuum; statt dessen ist der Arbeiteralltag der neue Heros der Geschichte – eine Verschiebung, die nicht unbedingt einen Zuwachs an Erkenntnis bedeuten muß [vgl. auch die Literaturberichte in: *IWK*, Jg. 22 (1986), H. 3, S.318-356 und Jg. 24 (1988), H. 1, S.54-88].

*Claudia Albert*

**Hundert Jahre Rheinische Evangelische Arbeiterkolonie Löhlerheim: 1886-1986.** Redaktion: Heinrich BRUCKMANN. – Schermbeck: Rheinische Evangelische Arbeiterkolonie Löhlerheim, Marienthaler Str. 10, 4235 Schermbeck [1986]. 131 S.

In den letzten Jahren hat das Interesse auch der Fachwissenschaft an der Entstehung und geschichtlichen Entwicklung sogen. Arbeiterkolonien, die sich überwiegend in konfessioneller Trägerschaft befanden, überraschend zugenommen. Die Ursache daran liegt einmal in den sich häufenden 100jährigen Gründungsgedenktagen solcher Einrichtungen, deren Begehen meist mit der Herausgabe einer Festschrift wie der vorliegenden verbunden ist. Zum andern weckt im Kontext einer neu in Angriff genommenen Geschichte der Sozialarbeit und die einer Arbeitergeschichte, die nicht in der Arbeiterbewegungsgeschichte aufgeht, zunehmend die Aufmerksamkeit der Forschung. In der Tat waren es in erster Linie die Kirchen, die sich seit Ende der 1870er Jahre des 'Vagantentums' annahmen, also derjenigen auf Wanderschaft befindlichen Handwerker und Ungelernten, die aus persönlichen oder konjunkturellen Gründen den Anschluß an die Industriegesellschaft verloren hatten und nun ziellos von einer Notunterkunft bzw. von einem Obdachlosenäsy zum anderen zogen. – Die Arbeiterkolonien und ihre 1883 gegründete Dachorganisation, der noch bestehende "Zentralverband deutscher Arbeiterkolonien",<sup>1</sup> widmeten sich satzungsgemäß in den Jahren bis zur Jahrhundertwende ausschließlich "arbeitslosen aber arbeitsfähigen und arbeitswilligen [alleinstehenden] Männern", die durch landwirtschaftliche Tätigkeiten "sowie durch eine ernste sittlich-religiöse Einwirkung und durch eine strenge Hausordnung zu einem geordneten und arbeitssamen Leben" zurückgeführt werden sollten (S.33). In der überwiegend wissenschaftlichen Standards folgenden historischen Darstellung der Geschichte von Löhlerheim wird deutlich sichtbar, wie dieses Ziel der ökonomischen und sozialen Wiedereingliederung kurzfristig arbeitslos gewordener Männer nach 1900 mehr und mehr rein fürsorglicher Betreuung von älteren und (alkohol-)kranken 'Wanderern', resp. 'Brüdern der Landstraße' (Bodelschwingh) wich. Die Einführung der Erwerbslosenfürsorge im November 1918 entzog den ursprünglichen Intentionen vollends den Boden, da nun die meisten Arbeitslosen in den Städten blieben und keinen Grund sahen, sich dem – freilich strengen und auf soziale Disziplinierung angelegten – Reglement der Arbeiterkolonien einzufügen. In den Jahren der Weimarer Republik und des Dritten Reiches entwickelten sich Mischformen des Gründungsansatzes, d.h. Löhlerheim wie andere Einrichtungen dieser Art auch, nahmen sowohl gesunde und arbeitsfähige Arbeitslose auf wie auch solche, die keine Chance mehr auf Wiedereingliederung in den Arbeitsprozeß besaßen. Ende der 1920er Jahre spielte dann der Freiwillige Arbeitsdienst eine gewisse Rolle, der bald nach der Machtergreifung zwangsweise im Reichsarbeitsdienst aufging. Über die – möglich gewesene – Unterwerfung der Klienten von Löhlerheim unter die Bestimmungen des "Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses", das am 1. Januar 1934 in Kraft trat und den hier versorgten Personenkreis ausdrücklich mit in seinen Geltungsbereich hineinnahm, erfährt der Leser leider gar nichts. – Festschriften wie die vorliegende können nicht an den Vorgaben historisch-wissenschaftlicher Monographien gemessen werden. Über ihren engeren

1 Heute: Zentralverband sozialer Heim- und Werkstätten e.V.



Zweck hinaus weisen sie darauf hin, daß die Erforschung der Geschichte der unterständischen Wanderarmen und der sie betreuenden Institutionen noch immer ein Desiderat bildet.

*Jochen-Christoph Kaiser*

**“Das war ‘ne ganz geschlossene Gesellschaft hier”. Der Lindenhof: Eine Genossenschafts-Siedlung in der Großstadt.** Hrsg. von der Berliner Geschichtswerkstatt. – Berlin: Dirk Nishen Verlag in Kreuzberg 1987. 234 S.

Das Buch handelt von einer Neubausiedlung, die nach dem Ersten Weltkrieg in Berlin gebaut und von einer sozialdemokratisch dominierten Wohnungsgenossenschaft verwaltet wurde. Die Studie ist das Resultat eines mehrere Jahre dauernden Workshop-Forschungsprozesses junger Leute, die sich Lokalgeschichte gesellschaftskritisch aneignen wollen. Das Team wertete die erhalten gebliebenen schriftlichen Quellen (vor allem die Siedlungszeitschrift) aus; darüber hinaus schuf es sich seine eigenen Quellen in Form von intensiven Befragungen alter Bewohnerinnen und Bewohner. Dazu wählte es ein relativ aufwendiges Verfahren: Vorläufige Ergebnisse wurden zunächst in zwei kleineren Broschüren veröffentlicht; dann mietete die Geschichtswerkstatt in der Siedlung eine Wohnung und schuf damit gute Voraussetzungen für eine (nicht konfliktfreie) Kommunikation mit älteren Bewohnerinnen und Bewohnern. – Eine gemeinsam konzipierte, erfolgreich verlaufene Ausstellung über den Lindenhof begleitete schließlich die Herausgabe des Buches. – Die Auswahl der bearbeiteten Einzelthemen erfolgte mehr oder weniger unter systematischen Gesichtspunkten; dazwischen wurden jedoch locker konzipierte kleinere Bausteine geschoben. Verdichtete Analyse Teile wechseln so mit eher dokumentarisch gehaltenen Einlagen (z.B. Zeitungsberichte). Hierdurch und durch die vielen Fotos wird der lesefreundliche Charakter des Buches erhöht.

Was bedeutete ein solches Wohnquartier für die dort lebenden Menschen? Die Autoren und Autorinnen kommen zu dem Ergebnis, daß die in Interviews zum Ausdruck gebrachte Vorstellung vom Lindenhof als einer einzigen großen (sozialdemokratisch geprägten) Familie schon damals – in den zwanziger Jahren – eigentlich ein Traum war, der jedoch in jeder Gruppe unabhängig voneinander geträumt wurde und der rückblickend schließlich als damals gelebte Realität *erscheint* (S.35). Recherchen haben dagegen ergeben, daß die Siedlung gar nicht so einheitlich geschlossen war, daß es auch hier zu einer sozialen und politischen Binnendifferenzierung gekommen ist. Trotzdem waren die Nachbarschaftsbeziehungen damals intensiver als dann im Dritten Reich. Denn mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten wurden die Nachbarschaftsstrukturen zunehmend zerstört. Viele wurden nunmehr “vorsichtig und mißtrauisch, auch innerhalb der eigenen Kreise” (S.35). – Für die Zeit nach 1945 führte die “Wohnungsvergabe nach politischen Maßstäben” sowie die Gründung der SED zu scharfen Auseinandersetzungen innerhalb der Siedlung, die sogar noch bis heute in den Erinnerungen nachwirken. Seit 1947 wurde der Lindenhof wieder “sozialdemokratisiert”. Dieser Vorgang war mit einer schrittweisen Ausgrenzung der Kommunisten aus der Siedlung begleitet, – im Unterschied zu der Zeit der Weimarer Republik, als offenbar noch ein, wenn auch konfliktreiches, Mit- und Nebeneinander von Sozialdemokraten und Kommunisten innerhalb der Siedlung möglich war.

Die Studie vermittelt vielseitige Eindrücke von dem ehemaligen Leben in dieser relativ geschlossenen städtischen Siedlung. Offen bleibt hingegen die Frage nach der Repräsentanz eines solchen Quartiers in den zwanziger Jahren. Außerdem kommt die sozial- und kulturhistorisch wichtige Frage, ob und inwieweit bereits in den zwanziger und frühen dreißiger Jahren die neue Massenfreizeitkultur den Siedlungsalltag veränderte, zu kurz. Das Schwergewicht der aus diesem Buch zu gewinnenden Erkenntnisse liegt statt dessen auf den im allgemeinen sehr sorgfältigen Interpretationen subjektiver Realitätsdeutungen, wie diese sich in den Erinnerungen der Zeitgenossen und Zeitgenossinnen in der gebrochenen Form widerspiegeln. Dabei kann von einer Verklärung der Vergangenheit, wie dies häufig den Geschichtswerkstätten unterstellt wird, keine Rede sein.

*Adelheid von Saldern*



**Zur Geschichte der Bezirksparteiorganisation Gera der SED. Bd. 1: Von den Anfängen der Arbeiterbewegung bis zum August 1961.** Autorenkollektiv: Günter VOLKMANN und Karl-Heinz PETZKE (Gesamtleitung) u.a. – Gera: Bezirksleitung der SED 1986. 535 S.

Offenkundig liegt hier der erste einer auf mehrere Bde angelegten Gesamtdarstellung der SED-Entwicklung in einem thüringischen Bezirk vor. Mit der zeitlichen Begrenzung des vorliegenden ersten Bdes beginnen die Irritationen. Etwas weniger als die Hälfte des Textes entfällt auf die Vorgeschichte der SED, von dem Aufkommen der Arbeiterbewegung bis zur Gründung der thüringischen Landesorganisation im April 1946. Die ersten fünfzehn Jahre der Parteientwicklung bis zum Bau der Berliner Mauer gliedern sich in fünf große Kapitel, die jeweils den Zeitraum von drei oder vier Jahren umfassen. Die Zäsuren der Darstellung (1949, 1952, 1955 und 1958) folgen jeweils überregionalen Gesichtspunkten, also Entwicklungsetappen der DDR oder der SED. Insofern wird hier von der Anlage her eher eine regionale Illustration einer allgemeinen SED-Geschichte geboten als eine Regionalgeschichte. Diese Tendenz nimmt nun leider auch noch in den folgenden Kapiteln zu, zugleich reduziert sich der Informationswert auf Fragen der Organisationsentwicklung der regionalen Parteigliederungen. Noch für die ersten Nachkriegsjahre finden sich mehrfach Angaben zur Mitgliederentwicklung der SED in Thüringen, zur sozialen Zusammensetzung der Mitgliedschaft, zum Anteil von Frauen und Jugendlichen usw. Konkrete organisationsgeschichtliche Angaben werden für die späteren Jahre immer seltener.

Statt dessen findet man – wie häufig in vergleichbaren DDR-Publikationen – Pseudo-Präzisionen, Daten, die letztlich nichts aussagen, so etwa, daß nach dem V. Parteitag der SED (Juli 1958) "6 000 weitere Werktätige den sozialistischen Wettbewerb" aufnahmen, "weitere 15 000 Einzelverpflichtungen" zu verzeichnen waren und insgesamt über "120 000 Werktätige des Bezirks [...] im sozialistischen Wettbewerb standen" (S.434). Wohlgemerkt: Daten über die Mitgliederentwicklung der Parteien fehlen! Noch viel weniger informativ für den gesamten behandelten Zeitraum der SED-Entwicklung sind die Personenangaben. Als unbefangener Betrachter könnte man von einer Parteigeschichte Auskünfte über Vorstände, Führungspersonal oder auch markante Persönlichkeiten aus dem Parteileben erwarten. Diese fehlen für die Jahre vor 1961 fast vollständig, selbst für die Nachkriegszeit sind nur recht zufällige und lückenhafte Angaben zu finden.

In dieser Beziehung bietet die vorliegende Regionalgeschichte einer von der grundsätzlichen Problematik her schon interessanten Bezirks-Gliederung wenig Neues. Ein etwas günstigeres Bild bieten nur die Kapitel zur "Vorgeschichte" der SED. Selbstverständlich finden sich dort die bekannten holzschnittartigen Urteile, aber immerhin wird erwähnt, daß seit 1928 Ostthüringen eine "Hochburg" der "rechten" Kommunisten gewesen ist, die Sprecher der Abweichler werden hier auch namentlich genannt. Bei aller verzerrenden "parteilichen" Optik werden doch manche interessante Details zutage gefördert, eine größere Zahl von Personen (nicht nur Kommunisten, die der Parteilinie folgten) erwähnt. Ähnliches gilt für die Zeit nach der Novemberrevolution und für den Widerstand.

Insgesamt wäre festzuhalten, daß die ersten Kapitel des Bdes (für die Zeit bis 1946) inhaltsreicher und lesbarer sind als die, die das eigentliche Thema, die SED, betreffen. Umfangreiche Register und ein recht instruktiver Bildteil (leider in mäßiger Druckqualität) erleichtern zumindest die Suche nach neuen Informationen.

*Werner Müller*

**Arbeiterbewegung, Freidenkertum und organisierte Religionskritik.** Hrsg. von der Arbeitsgruppe "Ausstellungsprojekt" im D[deutschen] F[reidenker] V[erband]. Mitarb.: Ines HERRNBRODT u.a. – Berlin: Deutscher Freidenker-Verband, Landesverband Berlin, Hobrechtstr. 8/9, 1000 Berlin 44 [1983]. 54 S.

Das vorliegende Heft im DIN A4-Format erhebt nicht den Anspruch, neue wissenschaftliche Erkenntnisse über die sozialistische Freidenkerbewegung zu präsentieren, sondern ähnelt eher einer Kombination aus Werbebroschüre und Selbstdarstellung des Deutschen Freidenkerverbandes in Berlin. Deshalb erübrigt sich eine kritische Auseinandersetzung mit den ohnehin meist der Literatur entlehnten Thesen der Verf. zu Entstehung und Geschichte ihrer Organisation. Das gefällig aufgemachte Blatt enthält zahlreiche Reproduktionen von Bildern



historischer Persönlichkeiten sowie von Programmschriften freien Denkens und verzichtet – anders als die sozialistische Freidenkerbewegung bis 1933 – auf Polemik gegenüber dem weltanschaulichen Widerpart: Christentum, Kirchen und Religion überhaupt. Das gilt auch für den Abschnitt über die Stellung der Kirchen zum Dritten Reich, der die vielfältigen Formen von 'Widersätzlichkeit' einzelner Theologen und Amtsträger eher zu positiv wertet als umgekehrt. Ein ausführliches Kapitel, in dem lebensgeschichtliche Zeugnisse dominieren, ist dem 1944 in Brandenburg-Görden hingerichteten letzten Präsidenten des DFV, Max Sievers, gewidmet, dessen Leben und Wirken aber keineswegs verklärt, sondern durchaus nicht unkritisch gewürdigt werden. So vermag das Heft den erklärten Zielsetzungen seiner Verf. näherzukommen, den seit 1945 im Schatten der Partei und anderer sozialdemokratischer Vereinigungen stehenden Verband einer breiteren Öffentlichkeit wieder bekanntzumachen. – Es soll an dieser Stelle wenigstens darauf hingewiesen werden, daß die gleiche Berliner Organisation neuerdings regelmäßig eine eigene Zeitschrift mit dem programmatischen Namen "diesseits" herausgibt, die sich – anders als die oben vorgestellte Broschüre – vornehmlich aktuellen Fragestellungen widmet. Es scheint, als ziele diese publizistische Offensive einer längst für bedeutungslos gehaltenen Gruppierung auf all diejenigen, die in einer weitgehend säkularisierten Gesellschaft auf der Suche nach Sinnstiftung und weltanschaulicher Heimat sind. Dafür könnte die vorgestellte Publikation ein vielleicht später einmal historisch aufschlußreiches Indiz bilden.

*Jochen-Christoph Kaiser*

**Bibliographie zur Geschichte der Arbeiterbewegung des Ruhrgebiets.** Bearb. von Dirk JESSEN. Hrsg. vom Institut zur Geschichte der Arbeiterbewegung und Gemeinsame Arbeitsstelle RUB/IGM, Ruhr-Universität Bochum, Postfach 102 148, 4630 Bochum. – Bochum: Eigendruck 1985. 366 S.

**Staatliche Reaktionen auf politische Auseinandersetzungen in Bochum und Dortmund 1929-1933.** Bearb. von Peter LESSMANN. In Zusammenarb. mit dem Bundesvorstand der GdP und dem Arbeitskreis Regionalgeschichte des Instituts zur Geschichte der Arbeiterbewegung Bochum. – Bochum: Eigendruck 1984. 50 S.

ROHE, Karl: **Vom Revier zum Ruhrgebiet. Wahlen, Parteien, Politische Kultur.** – Essen: Verlag Reimar Hobbing 1986. 122 S.

Wer sich mit der politischen und sozialen Geschichte des Ruhrgebiets näher beschäftigen will, kann auf eine neue Bibliographie zurückgreifen, die am Institut zur Geschichte der Arbeiterbewegung entstanden ist und von Dirk Jessen bearbeitet wurde. Sie enthält weit über 1000 Nennungen, die durch umfangreiche Stichwortverzeichnisse gut erschlossen werden können. Besonders für die historische Bildungsarbeit wird sie eine lokal- und regionalgeschichtlich nützliche Ergänzung zu den großen, fortlaufenden Bibliographien von Dowe, Tenfelde/Ritter und Klotzbach sein, zumal sie auch unveröffentlichte Hochschulschriften verzeichnet und eine Kurzbeschreibung relevanter Archive und Institutionen enthält. Ebenfalls vom genannten Bochumer Institut unterstützt wurde eine kleine Studie von Peter Lessmann, ehemals Doktorand bei Hans Mommsen. Sie macht auf bestürzende Weise deutlich, daß Rechtsstaat und Rechtsfrieden durch gesetzliche Maßnahmen allein nicht bewahrt werden können. Während in vielen Städten des Ruhrgebiets die Exekutive noch republikfreundlich war, hatten maßgebende Kreise sich vom demokratischen Staatsgedanken schon verabschiedet oder sich erst gar nicht mit ihm angefreundet. Gegenüber der bewußt inszenierten, nationalsozialistischen Gewalt machte sich Fatalismus breit. Ein trauriger Höhepunkt der "Desavouierung der republikanischen Staatsgewalt" (S.25) war der skandalöse "Schwanenwall-Prozeß" in Dortmund vom August 1932, bei dem Schutzpolizisten verurteilt wurden, die gegen einen von Nazis angezettelten Krawall eingeschritten waren. Zurecht bezeichnete der liberale Dortmunder Generalanzeiger dieses Urteil als einen "Dolchstoß mitten ins Herz der Staatsraison" (S.46, Dok.9).

Als einer der besten Kenner des Ruhrgebiets darf Karl Rohe gelten. Sein neues Buch enthält vier Aufsätze, die teilweise bereits veröffentlicht, für die vorliegende Ausgabe jedoch überarbeitet wurden. Sie spiegeln zwei der wichtigsten Forschungsinteressen des Autors wider, die Erforschung der politischen Entwicklungsgeschichte des Ruhrgebiets und das



Konzept der politischen Kultur. Damit können sie gleichzeitig die Fruchtbarkeit dieses Konzeptes für die historische Forschung unter Beweis stellen.

Die historisch-politische Kulturforschung hat – ganz im Gegensatz zum landläufigen Bild des "roten Reviers" – vom erklärungsbedürftigen Befund auszugehen, daß gerade im Ruhrgebiet weder die Begriffe Arbeiterbewegung und sozialistische Arbeiterbewegung deckungsgleich waren, noch Industrialisierung und Wachstum der SPD parallel verliefen (S.14). Wie kam das Ruhrgebiet zur SPD?

Rohe führt hier eine beispielhaft diskursiv durchdachte, schrittweise Argumentation vor. Nachdem er die "Konfessions-" und "Säkularisierungsthese" diskutiert und weitgehend verworfen hat, schlägt er seine Theorie lokaler Milieus, nämlich eine Art "Zwei-Standbeintheorie", für die Entstehung der Ruhrsozialdemokratie vor (S.43-59): ein kleineres in protestantisch geprägten Städten mit hohem Bevölkerungszuwachs und eines in den Bergwerkdörfern mit einem bereits ausgebildeten, eigenständigen Milieu. Erst von diesem, nicht originär-sozialdemokratischen, sondern "besetzten" Bergarbeitermilieu (S.57) aus, gelingt der Einbruch in die Wählerschaft katholischer Konfession, was gleichzeitig die Schwäche der Sozialdemokratie im Ruhrgebiet in der Weimarer Republik erklärt.

In diesen Prozessen werden politisch-kulturelle Grundmuster sichtbar, die teilweise bis heute wirksam sind; eine traditionalistische, etatistische, industriebejahende und soziale Grundkomponente, die einen Traditionsbestand begründet, "der es ohne weiteres ermöglicht, eine lebenswerte und lebensfähige politische Kultur zu entwickeln." (S.101). Sicherlich ein Befund, der angesichts der gegenwärtigen Probleme des Ruhrgebiets ein wenig hoffnungsfroher stimmen mag.

*Stefan Immerfall*

**Geschichtstreff. Beiträge zur Geschichte der Bodenseeregion.** Hrsg. von Oswald BURGER und Elmar L. KUHN. 2 Bde (= Geschichte am See, Nr. 30, 1/2; Materialien zur Regionalgeschichte. Hrsg. vom Amt für Geschichte und Kultur des Bodenseekreises im Landratsamt Bodenseekreis). – Friedrichshafen: Kreisarchiv Bodenseekreis 1986. 675 S., fortl. Pag. (A-I).

RAICHLE, Gerhard, Martin SCHMOLZE, Elmar L. KUHN, Willi MÜLLER und Hendrik RIEMER: **Die "ausgesperrte" Geschichte. Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung und des Nationalsozialismus in Friedrichshafen.** 2., veränd. Aufl. (= Geschichte am See, Nr. 26; Materialien zur Regionalgeschichte). – Friedrichshafen: Kreisarchiv Bodenseekreis 1985. 360 S.

KUHN, Elmar L.: **Literaturverzeichnis zur Regional- und Lokalgeschichte des Bodenseekreises. Eine Auswahlbibliographie nicht nur für den Geschichtsunterricht.** 2., erg. Aufl. (= Geschichte am See, Nr. 35; Materialien zur Regionalgeschichte). – Friedrichshafen: Kreisarchiv Bodenseekreis 1986. 153 S.

Zu den auffälligsten Erscheinungen in der jüngeren Entwicklung der Geschichtswissenschaft gehört die breite und über die engen Grenzen der Wissenschaft hinausreichende Hinwendung zur Regional- und Alltagsgeschichte.<sup>1</sup>

Eine der produktivsten Gruppen zur Erforschung der "konkreten Totalität"<sup>2</sup> regionaler Gesellschaften ist die "Arbeitsgruppe des Projekts Regionale Sozialgeschichte" an der Universität Konstanz und der 1979 in Konstanz gegründete "Arbeitskreis für Regionalgeschichte". Gemeinsam mit den Volkshochschulen des Bodenseekreises, der Stadt Friedrichshafen und dem Kreisarchiv veranstaltete dieser in den Jahren 1980-1985 mehrere Vortragsreihen, deren wichtigste Beiträge in den beiden Bänden "Geschichtstreff" veröffentlicht wurden. Drei Gesichtspunkte bestimmten dabei die Auswahl der Themen:

- 1 Gert Zang, Die unaufhaltsame Annäherung an das Einzelne. Reflexionen über den theoretischen und politischen Nutzen der Regional- und Alltagsgeschichte (= Schriftenreihe des Arbeitskreises für Regionalgeschichte e.V., Nr. 6), Konstanz 1985.
- 2 Vgl. dazu Arbeitsgruppe des Projekts Regionale Sozialgeschichte, Neue Regionalgeschichte, Linke Heimattümelei oder kritische Gesellschaftsanalyse, in: Das Argument, Nr. 126 (1981), 239-252, hier S.242.



1. Den Autoren/innen ging es darum, die "Innenansicht der Geschichte" aus dem Blickwinkel der Normalbevölkerung zu schreiben" (Bd. 1, S.7) und durch die Nutzung sozialpsychologischer und wirtschaftswissenschaftlicher Theorieansätze über common-sense Erklärungen hinauszukommen. "Wichtiger aber wohl noch als der Einsatz neuer Methoden und Theorien ist die veränderte Perspektive der Regionalgeschichte, vor allem die Aufgabe harmonistischer Vorurteile und der Kirchturmperspektive in doppelter Hinsicht als Beschränkung aufs Lokale und den Blick von oben." (S.8)

2. Aufgrund ihres Interesses an "Strukturen langer Dauer" stehen Arbeiten über den Wandel der Agrarsozialstruktur, die Industrialisierung und insbesondere deren Auswirkungen auf Landwirtschaft, Handelswege und politische Prozesse im Mittelpunkt (S.9).

3. War die traditionelle Regionalgeschichtsschreibung eine konservative Fluchtborg und eine an harmonistischen Leitbildern orientierte Heimatgeschichtsschreibung, so gilt das Interesse der neuen Regionalgeschichtsschreibung nicht nur strukturellen Determinanten, sondern auch örtlichen Konflikten, "... in denen über alternative Wege gestritten wurde." (S.11).

Nach einleitenden Aufsätzen zu Theorie, Methode und Didaktik regionalgeschichtlicher Forschungen geben Elmar L. Kuhn und Meinrad Pichler einen kurzen Überblick über die Geschichte des Bodenseekreises und des heutigen Vorarlbergs (S.82-103). Ausführlich werden die Veränderungsprozesse der Agrarsozialstruktur, der Wandel von einer festgefügtten Wirtschaftsordnung zu einer am Markt orientierten Landwirtschaft, in einem Überblicksartikel beschrieben (S.111-212) und exemplarisch dargestellt (S.213-289). Die Beseitigung feudaler Fesseln und die durch neue wirtschaftliche Entwicklungen in Bewegung gekommene ländliche Gesellschaft eröffnete neue Freiheitsspielräume und Chancen für einen individuellen Aufstieg. Deutlich wird dies im Beitrag von Kuhn über das "Leben in Kehlen im 19. Jahrhundert – Die Musikanten und ihre Gemeinde" (S.290-321).

Doch der soziale und wirtschaftliche Wandel schuf nicht nur neue Freiheitsräume, sondern führte auch zu neuen Abhängigkeiten, wie Rudi Holzberger in seinem Aufsatz über das "Leben und Sterben eines Allgäuer Bergdorfes" zeigen kann (S.322-373). Zwei Aufsätze über städtische Konflikte in Überlingen schließen den 1. Bd. ab (S.375-446).

War die Lohnarbeit zu Beginn des 19. Jahrhunderts noch ein "Minderheitsphänomen" (Kocka), so ist die Entstehung der Arbeiterschaft und deren industrieller Kern als neue soziale Klasse eng mit der Industrialisierung verbunden. Wie Kuhn in seinem Beitrag über die Industrialisierung nachweist, führte diese im Bodenseekreis nicht zur Entwicklung eines Arbeiter-geschweige denn eines Klassenbewußtseins (S.465). Die Sozialstruktur wandelte sich zwar tiefgreifend, doch behinderte die "... Integration in die ländliche und städtische Umwelt [...] die Entstehung eines Kollektivbewußtseins." (S.465). Der relativ späte Start der Arbeiterbewegung in Friedrichshafen (S.527) findet so zumindest eine sozialstrukturelle Erklärung. – Weitere Beiträge beschäftigen sich mit der Revolution von 1848/49 (S.502-541), dem Leben und Wirken des Arbeiterfunktionärs Georg Dikreiter (S.542-577), der Kommunalpolitik in Friedrichshafen (S.578-624) und mit dem "Umgang mit dem Faschismus in einer Kleinstadt." (S.625-672).

Nimmt man die von Kuhn vorangestellten theoretisch-methodischen Prämissen (siehe Punkt 1-3) als Maßstab für die Beurteilung der in den drei Bden veröffentlichten Aufsätze, so fällt auf, daß der Bd. über die "ausgesperrte" Geschichte, der sich mit der Arbeiterbewegung und dem Nationalsozialismus in Friedrichshafen beschäftigt, qualitativ deutlich abfällt. Dies gilt nicht nur für den Artikel von Gerhard Raichle (S.7-24), für den man sich an manchen Stellen eine sorgfältige sprachliche Überarbeitung gewünscht hätte (S.22), sondern auch für die Beiträge von Martin Schmolze (S.25-124) und Hendrik Riemer (S.283-360). Schmolze beschäftigt sich in einem Aufsatz mit den Maifeiern in Friedrichshafen von 1908-1932. Akribisch werden die "Kampftage" aufgelistet, doch fehlt eine einleitende problemorientierte Fragestellung. Kirchturmperspektive und harmonistische Leitvorstellungen werden zwar durch die Themenstellung bereits durchbrochen, doch verbleibt dieser Beitrag aufgrund seiner fehlenden theoretischen Verortung im Rahmen dessen, was Detlev Peukert pointiert sozialistische Heimatgeschichtsschreibung nannte.

Auch Riemers Beitrag über den gewerkschaftlichen Wiederaufbau in Friedrichshafen 1945-1948 hat mir in ähnlicher Weise Probleme bereitet. Sicherlich hat sich auch bei ihm die Perspektive der Fragestellung geändert, doch wird die Frage nach dem gewerkschaftlichen Rekonstituierungsprozeß aus dem Theoriegebäude "linker" Gewerkschaftskritik abgeleitet:



Sozialistische Neuordnungsvorstellungen scheiterten nicht nur an den Besatzungsmächten, sondern auch an kompromißbereiten und pragmatischen Gewerkschaftsführern (S.338 und S.297). In Anlehnung an die Thesen der Restaurationsliteratur kritisiert Riemer, daß gewerkschaftliche Führungskader ihr "Weimarer Bewußtsein" nicht hätten verdrängen (S.297) und ihre "Vorurteile" nicht hätten überwinden können (S.298). Im Kern läuft also Riemers Argumentation auf die alte Denkfigur von der reformistischen Genügsamkeit gewerkschaftlicher Führungsgruppen hinaus. Mit der Abqualifizierung differierender politischer Positionen als "Weimarer (=falsches?) Bewußtsein", hat sich aber Riemer die sozialgeschichtlich interessante Fragestellung nach den spezifischen Ursachen von Bewußtseinsinhalten und damit auch die nach dem Handlungspotential der Arbeiterklasse im Nachkriegsdeutschland von vornherein verstellt. Einige Hinweise darauf hätte Riemer den beiden Aufsätzen von Kuhn über die Arbeiterbewegung in Friedrichshafen von 1919-1923 (S.249) und die Industrialisierung (Geschichtstreff, Bd 2, S.465) entnehmen können. Im Gegensatz zu Riemer vermeidet Kuhn jedoch vorschnelle Antworten und monokausale Interpretationsmuster und betont, daß es noch an sozialgeschichtlichen Studien fehlt, die über diese Frage Auskunft geben könnten. Erst die Verknüpfung von Struktur-, Bewußtseins- und Bewegungsgeschichte<sup>3</sup> kann uns der Beantwortung der Frage nach dem Handlungspotential der Arbeiterklasse näher bringen.

Die "Rekonstruktion des historischen Mikrokosmos" (Grebing) kann die inneren Zusammenhänge gesellschaftlicher Entwicklungen deutlich machen. Dafür liefern die vorliegenden Bde eine Reihe von guten und lesenswerten Beispielen. Allerdings werden auch die Grenzen lokal- und regionalhistorischer Forschung deutlich. Dies insbesondere dort, wo Quellen nicht problemorientiert befragt werden und wo es nicht gelingt, den postulierten Perspektivenwechsel der neuen Regionalgeschichtsschreibung auch methodisch einzulösen. "Geschichte über unten" schließt die Einbeziehung der "subjektiven Dimension" ein, will man nicht "alten Wein in neue Schläuche" gießen.

Die vorliegenden Bde geben einen ersten Überblick über die Geschichte der Bodenseeregion vom 18.-20. Jahrhundert. Dem historisch Interessierten steht darüber hinaus eine umfangreiche Auswahlbibliographie zur Verfügung, die es ihm ermöglicht, sich vertiefend in weitere Sach- und Themengebiete einzulesen.

*Lutz W. Ewald*

- 3 Klaus Tenfelde, Sozialgeschichte und vergleichende Geschichte der Arbeiter, in: Historische Zeitschrift, Sonderheft 15, Arbeiter und Arbeiterbewegung im Vergleich. Hrsg. von Klaus Tenfelde, München 1986, 13-62. hier S.55.

**GRÜTTNER, Michael: Arbeitswelt an der Wasserkante. Sozialgeschichte der Hamburger Hafendarbeiter 1886-1914 (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 63).** — Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1984. 331 S.

In seiner auf breiter Quellenbasis fußenden Dissertation geht Grüttner dem "strukturellen Zusammenhang von sozialer Lage, sozialer Bewegung und kollektiver Mentalität" nach (S.15). Auf diesem Weg diskutiert er stets die neuesten Ergebnisse internationaler Forschung und verknüpft in ertragreicher Weise Aussagen organisations- und alltagsgeschichtlicher Forschungen. Die Studie ist in zwei gleich große Teile untergliedert, wobei im ersten Arbeits- und Lebenssituation der Hafendarbeiter und im zweiten die Entwicklung der gewerkschaftlichen und Unternehmerorganisationen sowie Arbeitskämpfe im Hafen untersucht werden. Im Mittelpunkt seiner Überlegungen steht der für die damalige Hafendarbeit charakteristische, aber bisher kaum erforschte Typus des Gelegenheitsarbeiters. G. schildert ihn nicht als passives Opfer der unständigen Beschäftigungsverhältnisse, sondern betont, daß diese Arbeits- und Lebensweise beides war: "sowohl Quelle von materieller Unsicherheit, von Arbeitslosigkeit und Elend, wie auch Basis von Autonomie" (S.97). Bei der Suche nach den Ursachen der Militanz der Hafendarbeiter kann G. nachweisen, daß die Trennungslinie im Kampf- und Organisationsverhalten nicht durch die Pole gelernter bzw. ungelerner Arbeiter, sondern durch den Gegensatz zwischen ständig und unständig Beschäftigten bestimmt wurde. Hierbei führt er den hohen Gelegenheitsarbeiteranteil, geringe Betriebsverbundenheit und große Homogenität sowie stark subjektivierte Herrschaftsverhältnisse am Arbeitsplatz als Antriebskräfte



betrieblicher Widersetzlichkeit an (S.247). Unterstützt wurden diese Tendenzen durch den engen Zusammenhang von Produktions- und Reproduktionsbereich im Gängeviertel, dem Hauptwohngebiet der Hafenarbeiter. Ungeachtet der schlechten Wohnverhältnisse herrschte dort ein Zusammengehörigkeitsgefühl, welches z.B. Streikbrechern das Leben mehr als schwer machte (S.248).

Die meisten Gelegenheitsarbeiter verhielten sich sehr ablehnend gegenüber einer auf langfristige Perspektiven und Organisationsaufbau ausgerichteten Gewerkschaftspolitik (S.159 und S.245) und benutzten die Gewerkschaft nur zur Befriedigung aktueller Bedürfnisse (S.131, S.208 und S.245). Die Auseinandersetzungen mit der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung arbeitet G. dabei an vielen Stellen heraus (S.184ff und S.225ff). Trotz dieser Konfliktpunkte gelang es aber weder den Lokalisten noch syndikalistischen Organisationen, unter den Hafenarbeitern dauerhaft Fuß zu fassen (S.164 und S.233).

Das System der Gelegenheitsarbeit stellte die Hafenunternehmer gegen Ende des 19. Jahrhunderts vor immer größere Probleme. Entsprach diese Arbeitsweise bis dahin den Anforderungen des Hafenumschlages, so war sie nun bei den Bemühungen zur Steigerung der Arbeitsleistung ein Hindernis, da die Unständigen keine positive Bindung an irgendeinen Betrieb besaßen. Spätestens nach dem großen Streik von 1896/97 betrieben die Unternehmer daher eine Politik "präventive[r] Konfliktvermeidung", die neben der Schaffung eines loyalen Arbeiterstammes dessen Entfremdung von der Arbeiterbewegung zum Ziel hatte (S.255). Die Einführung der Kontraktarbeit im Jahre 1907 bildete den Höhepunkt dieser Strategie. Hierbei mußten die Kontraktarbeiter Beiträge zu einer Unterstützungskasse leisten. Als Gegenleistung gewährte man ihnen zwar höhere Löhne und feste Beschäftigungsverhältnisse, jedoch drohte bei der geringsten Verfehlung die fristlose Entlassung unter Einbehaltung des Sparguthabens (S.211). Auf diese Weise gelang es, Streiks unter diesen Arbeitern von nun an zu unterbinden. Ergänzt wurden diese Maßnahmen durch die Zentralisierung des Arbeitsnachweises, so daß die Unternehmer durch den 1906 gegründeten Hafenbetriebsverein arbeitsunwillige und aufsässige Hafenarbeiter von der Arbeit ausschließen konnten (S.216ff).

Bis zum Ersten Weltkrieg wurde die oben skizzierte Kluft zwischen festen und unständigen Hafenarbeitern soweit vertieft, daß G. hier die Keime für die Spaltung der Hafenarbeiterschaft nach 1918 bereits angelegt sieht (S.92, S.257). Insgesamt liegt hier eine Arbeit vor, die für weitere sozialgeschichtliche Forschungen zur Arbeiter- und Arbeiterbewegungsgeschichte Maßstäbe setzt.

Klaus Weinbauer

**FRANZEN, Hans-Joachim: Auf der Suche nach politischen Handlungsspielräumen. Die Diskussion um die Strategie der Partei in den regionalen und lokalen Organisationen der badischen Sozialdemokratie zwischen 1890 und 1914.** Bd. 1: Text; Bd. 2: Anmerkungen (= Europäische Hochschulschriften, R. 3: Geschichte und ihre Hilfswissenschaften, Bd. 321). – Frankfurt/M., Bern, New York und Paris: Peter Lang Verlag 1987. 721 S.

Das vorliegende Buch besteht aus einem 270 Seiten langen Textteil und einem Ergänzungsband mit 1.386 Anmerkungen sowie biographischen Notizen über die badischen Funktionsträger. Die Arbeit beruht vor allem auf der zeitraubenden Auswertung verschiedener regionaler Zeitungen (wobei die quellenkritischen Reflexionen etwas kurz geraten).

Baden galt als Kernland des sozialdemokratischen Reformismus in Wilhelminischer Zeit. Franzen gelingt es zu zeigen, daß die badische Reformpolitik der SPD sich auf eine breite Basis innerhalb der Mitgliederschaft gründete. Dies gilt für die Bernstein-Debatte, die Massenstreikfrage, die Budgetbewilligungen 1908 und 1910 sowie für die Großblockpolitik. Allerdings gab es auch innerparteilichen Dissens (bei der Massenstreikdebatte), ein Abbröckeln der reformistisch gesinnten Basis bezüglich der Budgetbewilligung von 1910, eine Unterdrückungspolitik des Parteivorstandes gegenüber Oppositionellen (Karl Marx-Clubs). Franzen vermerkt außerdem (wenn auch in pauschalisierender Weise), daß ein Teil der Parteibükratie die Reformstrategie mitgetragen, ein anderer Teil diese abgelehnt habe.

Mit Recht deutet Franzen die Entstehung der Reformstrategie als eine Suche nach politischen Handlungsspielräumen (vgl. auch den Titel der Arbeit). Ohne Zweifel kam der badischen Großblockpolitik der Charakter eines Experiments "hinsichtlich der Veränderbarkeit der politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in Deutschland auf dem Weg von Reformen zu"



(S.279). Gerade aber das Scheitern der Großblockpolitik am Ende der Wilhelminischen Zeit zeigt, wie die Herrschaftsträger selbst in Baden noch immer "ihre" Politik zu sichern wußten, ohne auf die Reformforderungen der Sozialdemokratie einzugehen. Daraus zog die badische SPD jedoch keine einschneidenden Konsequenzen. Etwaige in Gang gekommene Lernprozesse verkümmerten wohl wegen der vollständigen Veränderung der Gesamtsituation bei Ausbruch des Krieges, so daß man die Befürworter ehemaliger Reformpolitik erneut im Lager der reformistischen Burgfriedenspolitiker wiederfindet.

Insgesamt handelt es sich um eine sehr materialreiche Arbeit, die unser Wissen über Entstehung, Ablauf und Scheitern der sozialdemokratischen Reformstrategie in Baden verbreitert. Die im Anmerkungsband wiedergegebenen Zeitungsausschnitte stellen eine Fundgrube für weitere Studien, vor allem unter Vergleichsperspektiven mit anderen sozialdemokratischen Regionen, dar. Theoretische Überlegungen eher aussparend, liegt der Wert der Arbeit vor allem in der Nachzeichnung von Handlungs- und Diskussionsabläufen.

*Adelheid von Saldern*

**VESTRING, Sigrid: Die Mehrheitssozialdemokratie und die Entstehung der Reichsverfassung von Weimar 1918/1919** (= Arbeiterbewegung und Arbeiterkultur, Bd.18). – Münster: Lit-Verlag 1987. (6), IX, 548 S.

Dieser Bd. unterscheidet sich angenehm von den vielen emotional aufgeladenen Arbeiten, die die Phase des Übergangs vom Kaiserreich zur Weimarer Demokratie behandeln. Hier wird sorgfältig recherchiert, dokumentiert und sparsam kommentiert, wobei angestrebt wird, Leistung und Defizite der Mehrheitssozialdemokratie im Rahmen "technischer und organisatorischer Lebenskontinuität" zu betrachten. Einführend wird zu den gesellschaftspolitischen Grundansichten, dem Verfassungsverständnis, dem Parlamentsverständnis sowie den organisatorischen und sozialen Grundlagen der Partei vor dem Ersten Weltkrieg Stellung genommen. Fazit: Viele bis in die heutige Zeit hochinteressante Diskussionen, aber kein eigentliches Konzept zu den Fragen, die eine Partei entscheiden muß, wenn ihr die Macht überantwortet wird. Kautskys Zukunftsstaat, die Räteidee, die sozialistischen Formen der Wirtschaft, zu allem gab es Beiträge; Gestalt hatte nichts davon angenommen. Die Partei, die Jahrzehnte Junker- und Bürgertum zu erschrecken vermochte, hatte wohl doch nur die heimliche Sehnsucht, aus der vorhandenen Staats- und Gesellschaftsstruktur nicht länger ausgegrenzt zu werden und den Schritt zum Gegenstaat und zur Gegengesellschaft wohl deswegen nie zu Ende gedacht, weil sie ihn nicht zu Ende denken wollte. Insofern mußte der November 1918 die Partei überfordern. Sicher – und die Darstellung macht dies erneut deutlich –, optisch hatte die MSPD für kurze Zeit ungewollt und unerwartet die entscheidenden Drähte in der Hand. Das gilt allerdings nur dann, wenn man am zentralen Ort Berlin das Wirken der USPD und der KPD-Kräfte nicht als entscheidend betrachtet, die nicht zu leugnende Abhängigkeit vom Militär relativiert und auch zu übersehen bereit ist, daß eine zentrale Führungsfigur, auf die sich die Erwartungen der Massen hätten konzentrieren können, auf seiten der MSPD nicht vorhanden war; insofern war es für die Partei logisch, sich auf die Einberufung einer verfassungsgebenden Nationalversammlung zu konzentrieren, um der gewonnenen Macht eine demokratische Legitimation zu verleihen. Diese Orientierung bleibt auch dann unanfechtbar, wenn man – wie die Verf. – kritisch nachvollzieht, wie die Diskussion um die Rätebewegung, das Staatsneuordnungskonzept und die neuen Wirtschaftsstrukturen sich entwickelten.

Einer der wenigen Fixpunkte sozialdemokratischer Verfassungsdiskussion, der Einheitsstaat, wurde von den jeweiligen MSPD-Führern in den Einzelstaaten überall zugunsten der Identifikation mit den neuen Ämtern in den überkommenen Organisationsstrukturen aufgegeben. Hugo Preuss, demokratischer Staatssekretär des Reichsamtes des Innern, schlug noch die Auflösung des sozialdemokratischen Kritikobjektes Preußen vor, als sich die sozialdemokratischen neuen Amtsinhaber längst für seine Erhaltung aussprachen. Rudolf Wissell und sein Reichswirtschaftsamt kämpften die Sozialisierungsanhänger nieder, weil er und seine Beamten auf der Basis Erzbergerscher Kriegswirtschaftsvorstellungen die Wirtschaftsordnung der Zukunft planen wollten. Bei der Neuordnung der Wirtschaft, aber auch des Militärwesens, wurde der Rätegedanke trotz vorhandenen Rückhalts der MSPD in den Massen zurückgewiesen, weil sich die entscheidenden Sozialdemokraten längst für das rein parlamentarische System entschieden hatten. Erst der zunehmende Verlust von Wählerstimmen brachte die MSPD-Füh-



rung dazu, über Rätevorstellungen in der Verfassung überhaupt mit sich reden zu lassen. Dazu kam der Antagonismus zwischen MSPD und Gewerkschaften gerade in dieser Frage. Die MSPD suchte die Räte auf wirtschaftliche Fragen zu reduzieren, wo sie von den Gewerkschaften wiederum als Konkurrenz empfunden wurden, so daß diese eine politische Kompetenz der Räte propagierten, die wiederum von der MSPD als Störfaktor empfunden werden mußte.

Die Darstellung von Sigrid Vestring macht deutlich, daß wohl nicht mehr "drin" war, als historisch abgelaufen ist. Der unheilvolle Hang der deutschen Sozialdemokratie, sich selbst genug zu sein, und den Anspruch auf eine führende Rolle in Staat und Gesellschaft mehr verbal zu propagieren als tatsächlich zu praktizieren, setzte ihr nicht nur damals Grenzen. Deswegen klingen viele Thesen dieser historisch veranlaßten und zu begrüßenden Arbeit auch heute leider höchst aktuell.

*Klaus Riebschläger*

PEUKERT, Detlev, J.K.: **Jugend zwischen Krieg und Krise. Lebenswelten von Arbeiterjungen in der Weimarer Republik.** — Köln: Bund-Verlag 1987. 372 S.

BONDY, Curt: **Die Proletarische Jugendbewegung in Deutschland mit besonderer Berücksichtigung der Hamburger Verhältnisse. Ein methodischer und psychographischer Beitrag zur Jugendkunde.** Reprint der Ausgabe von 1922. Nachwort: Bodo Brücher (= Geschichte der Jugend, Bd. 11). — Münster: Lit-Verlag 1987. IX, 159 S.

Die vorliegende Publikation von D. Peukert ist das Ergebnis des gelungenen Versuchs, jenseits ideologischer Vorstellungen das in den Blick zu bekommen, was als "Lebenswelten von Arbeiterjungen in der Weimarer Republik" bislang kaum aufgearbeitet worden ist. Die Verwendung des an Habermas angelehnten Begriffs der Lebenswelt verweist bereits auf die Perspektive einer Geschichte "von unten" (S.13). Damit bildet die Arbeit — nach Aussage ihres Autors — sowohl eine Ergänzung wie ein Kontrastbild zu der Habilitationsschrift, die Peukert 1986 im selben Verlag unter dem Titel "Grenzen der Sozialdisziplinierung, Aufstieg und Krise der deutschen Jugendfürsorge von 1878 bis 1932" vorgelegt hat. Damit das Anliegen des Autors, die Individuen sprechen zu lassen, nicht in einer Apotheose des Subjektiven mündet, changiert D.P. im methodischen Zugriff, indem er fortwährend die subjektiven Daten — individuelle und kollektive Erfahrungen, Biographien, Lebenspläne, aber keine Interviews — mit ihren objektiven Rahmenbedingungen — demographische und sozioökonomische Daten — konfrontiert. Dem folgt der Aufbau jedes Kapitels, sowie des Buches insgesamt. Ziel ist eine idealtypische Verdichtung — im Sinne Max Webers —, wie sie im siebten Kapitel (S.285ff) "Lebensentwürfe" versucht wird. Den Auftakt der Arbeit bildet ein Kapitel zur demographischen Situierung der Arbeiterjugendlichen in der Weimarer Republik (S.29ff). Hier führt Peukert den Nachweis, daß die "Jugendgeneration der Weimarer Republik [...] schon durch ihre Geburtsumstände stigmatisiert" war (S.31).

Einerseits hatte die kriselnde und dann vor allem durch die umfangreichen Rationalisierungsmaßnahmen ab 1925 bedrängte Nachkriegswirtschaft bereits seit 1922 eine hohe Sockelarbeitslosigkeit aufzuweisen, andererseits drängten in der Weimarer Republik die geburtenstarken Jahrgänge aus dem "Babyboom" vor 1914 auf den Arbeitsmarkt, unter ihnen zunehmend auch junge Mädchen. Diese Situation änderte sich erst Anfang der dreißiger Jahre, als mit dem Ende der geburtenstarken Jahrgänge die Arbeitslosenzahlen einen automatischen Rückgang verzeichneten. Dann aber kam die Entlastung des Arbeitsmarktes ausschließlich den Nationalsozialisten zugute.

Mit dem folgenden Kapitel "Straßenjungen" (S.57ff) begibt sich Peukert in den inneren Lebensraum von Arbeiterfamilien, in denen sich die Kindheiten der Arbeiterjungen ausprägten. Hier schlug der Trend zur Kleinfamilie sich zunächst nieder im Überwiegen der kleinen Haushalte, mit drei oder vier Personen (S.60). Der Lebensstil in diesen Familien reichte von leichtem Wohlstand bis zu großer Not, je nachdem ob es sich um die Familie eines Facharbeiters, eines ungelernten Arbeiters oder eines Arbeitslosen handelte. Eine Steigerung des Lebensstandards war nur möglich durch die Mitarbeit der Ehefrau oder der älteren Kinder. Ein "Knappheitsregiment" (S.62) war daher die Regel. Man wohnte in kleinen Wohnungen, die, zumeist vor 1914 erbaut, aus Wohnküche und Schlafstube bestanden. Einen



dritten Raum, die repräsentative "gute Stube", war bereits für die meisten Familien unerschwinglich, ebenso die Wohnungen, die mit öffentlichen Mitteln erbaut wurden. Je ärmer eine Familie war, desto stärker bezog sich ihr Lebensstil auf das eigene Überleben, was den Eindruck des "Materialismus" hervorrief, der immer wieder die Kritik wohlmeinender Sozialpädagogen fand. Familienzentriertheit, ein harmonisches Familienleben, waren in den Familien der Ungelernten seltener als bei den Facharbeiterfamilien. Während hier ein patriarchalisch-autoritärer Ton vorherrschte, bestimmte dort ein autoritäres Verhalten das familiäre Miteinander. In vielen Familien bildeten daher Mutter und Kind die emotionale Kerngruppe, während der Vater nur als Störfaktor wahrgenommen wurde. Der Ort der Kinder war die Straße. Das ging nicht mit Aufsichtslosigkeit einher und war durchaus auch nicht ein eintöniger, öder, sondern, wie zeitgenössische Untersuchungen zeigen, ein komplexer und weitgespannter Erlebnisraum. Die Straßenbanden, die sich aus den selbstverständlichen peer-groups der Kinder hier leicht zusammenfanden, fungierten einerseits als schichtspezifische Sozialisationsinstanzen. Sie boten andererseits die Möglichkeit zur Flucht aus einem drückenden Lebensalltag, wobei der unvermeidliche Sprung ins Erwachsenenleben vor allem dem als "Kotenkönig" bezeichneten Bandenchef schwerfallen mußte, der dabei eine oft "glänzende Außenseiterrolle" aufzugeben hatte (S.82). An seinem Beispiel läßt sich deshalb besonders prägnant darstellen, weshalb reformpädagogische Maßnahmen gerade die Gruppierung nicht zu erreichen vermochten, um die sie sich vor allem bemühten.

Wenn mit Arbeiterjugend von Peukert die arbeitende männliche Jugend zwischen 14 und 25 Jahren gemeint ist (S.15), so bildet die Arbeitswelt einen wesentlichen jugendlichen Erfahrungsraum. Ihr ist das vierte und längste Kapitel der Untersuchung gewidmet (S.97-188). Peukert zeigt hier, wie sich die sozioökonomische Scheidelinie der Weimarer Republik zwischen Gelernten und Ungelernten einerseits, zwischen Beschäftigten und Arbeitslosen andererseits im Lebensgefühl der Jugendlichen niederschlug. Während die Lehrlinge trotz hoher Arbeitszeiten – 9,4% arbeiteten mehr als 60 Wochenstunden – ihrer Arbeit einen Sinn zumaßen und aus ihr Berufsstolz und Selbstbewußtsein zu beziehen vermochten, werteten die Ungelernten, für deren Berufswahl allein materielle Gründe ausschlaggebend waren, ihre Arbeit ausschließlich instrumentell, als Mittel zum Überleben. In einer Hamburger Untersuchung formulierten nur 2,3% der Ungelernten positive Zukunftsaussichten (S.167) und tatsächlich waren sie vor allem, wenn auch nicht ausschließlich, von der Massenarbeitslosigkeit der Zwischenkriegszeit betroffen.

Zu den besten Kapiteln des Buches zähle ich das fünfte Kapitel "Freie Zeit?" (S.189ff). Hier betont Peukert den Übergangscharakter, den die Freizeit für die Arbeiterjugendlichen in der Weimarer Republik hatte. Einerseits schlug sich das subjektive Bewußtsein, zur "Jugend" zu gehören, in der Arbeiterschaft durch, andererseits bildet sich Freizeit als räumlich abgegrenzter Bereich zur Arbeitswelt gerade erst heraus. In der begrenzten zur Verfügung stehenden Zeit mischen sich spontane Gesellungsformen mit kommerziellen und institutionellen Angeboten, von denen die Jugendlichen wechselnd Gebrauch machten. Im sechsten Kapitel wendet sich Peukert den Jugendlichen zu, die als "Menschen der Unordnung" von den Sozialpädagogen wahrgenommen wurden (S.245ff). Zu ihnen zählten die Mitglieder der Cliques, die jugendlichen Vagabunden, von denen vor allem während der Krise immer mehr registriert wurden, aber auch die jungen Kriminellen, deren Anzahl jedoch seit den ersten Nachkriegsjahren mit kleineren Schwankungen stetig zurückgeht. Das Buch wird beschlossen durch das bereits zu Anfang erwähnte Kapitel "Lebensentwürfe", in dem Peukert typisierte Selbstbilder vorstellt. Mehr als in einer Generalisierung ist das Anliegen des Autors jedoch zu sehen in der Entfaltung der Lebensvielfalt, des bunten Nebeneinanders unterschiedlicher Lebensformen – noch ganz traditionell, schon sehr modern –, durch das die Weimarer Republik vielleicht am ehesten charakterisiert werden kann. Anmerken möchte ich zuletzt noch etwas zur Methode. Im Einleitungskapitel legt Peukert dar, auf welche Quellen er zurückgreift. Darunter ist viel sozialwissenschaftlich erhobenes Material, mit dem es sozialhistorische Forschung seit den zwanziger Jahren wohl zum ersten Mal in größerem Maßstab zu tun bekommt. Das methodische Rüstzeug dieser frühen sozialwissenschaftlichen Studien war noch relativ grob; einen großen Raum nahm die einfache Präsentation der erhobenen Daten ein. Gerade darin, daß man sich noch kaum scheute, das breit dargelegte Material in normative Raster einzupassen, liegt die Brauchbarkeit dieser Quellen. Der Appell an die Wissenschaftlichkeit und die Kritik



an normativen Rastern – wie auch Detlev Peukert sie äußert – sollte nicht darüber hinwegtäuschen, wie schwierig eine Interpretation späterer soziologischer Arbeiten werden dürfte, in denen das Quellenmaterial oft nur noch punktuell und fragmentarisch durch die Verarbeitung schimmert.

Eine der Veröffentlichungen, auf die Detlev Peukert sich stützt, ist die Studie von Curt Bondy über die proletarische Jugendbewegung am Beispiel Hamburgs. Dem Verlag schien die Neuauflage der bei William Stern geschriebenen und 1921 veröffentlichten Dissertation vor allem deshalb wichtig, weil die Untersuchung Bondys – wie Bodo Brücher im Nachwort vermerkt – "als die erste empirische Untersuchung zur proletarischen Jugendbewegung gesehen werden" muß. Einen großen Raum nimmt auch in dieser Arbeit die Präsentation der Daten ein. Mit ca. 50 Seiten hat allein der Anhang einen beträchtlichen Umfang, aber auch im Text ist viel Quellenmaterial eingestreut. Der Untersuchung geht ein methodischer Vorspann voran. Der eigentliche Hauptteil zerfällt in drei Kapitel und beginnt mit einem kurzen historischen Abriss über die proletarischen Jugendorganisationen. Im umfangreichen zweiten Kapitel der Arbeit werden unter der Überschrift "Formen und Grundsätze der Lebensführung" die wichtigsten Erkenntnisse der Studie dargestellt. Hier führt Bondy einerseits statistisches Material an und setzt sich dann mit der Haltung der Organisationen zu diversen zeitgenössischen "Fragen", Reformfragen, Geschlechterfragen, Rassenfragen, Berufsfragen, auseinander. Im dritten Kapitel behandelt Bondy das geistige Leben in den Organisationen, die Haltung der Jugendlichen zur Bildung, zu Kunst und Musik. Die Ergebnisse der Untersuchung mögen irritieren, z.B., wenn mit sozialpsychologischer Argumentation den Mitgliedern kommunistischer Jugendorganisationen "Einfachheit und Beschränktheit der geistigen Struktur" (S.97) bescheinigt wird. Das mindert jedoch nicht unbedingt den Wert dieser Studie, wenn sie im Sinne der Herausgeber als historisches Dokument gelesen wird (S.156).

*Dagmar Reese-Nübel*

**SCHLEY, Cornelius: Die Sozialistische Arbeiterjugend Deutschlands (SAJ). Sozialistischer Jugendverband zwischen politischer Bildung und Freizeitarbeit.** (= Quellen und Beiträge zur Geschichte der Jugendbewegung, Bd. 30). – Frankfurt/M.: dipa-Verlag 1987. 363, XXVIII S.

**VOLLMERS, Georg: Der politische Anspruch der Sozialistischen Arbeiter-Jugend und ihre Praxis in Hannover** (= Projekt Arbeiterbewegung in Hannover. Arbeitspapier Nr. 8). – Hannover: Projekt Arbeiterbewegung in Hannover (Institut für Politische Wissenschaft, Schneiderberg 50, 3000 Hannover 1) 1986. 185, (14) S.

Cornelius Schley hat mit seiner Dissertation ein detailreiches, auf fleißiger und solider Quellenarbeit basierendes Werk vorgelegt, das durch pointiert vorgebrachte Argumentation zur Auseinandersetzung einlädt und eine Gesamtinterpretation der SAJ als Erziehungsverband leistet. Es ist der SAJ angemessen, das "handlungsleitende Selbstverständnis der SAJ" (S.24) in ihrer sozialistischen Erziehungsarbeit, die das Kernstück ihrer Aktivitäten bildete, zu sehen. Schley beansprucht mit seiner Arbeit, eine "Rekonstruktion und Interpretation der Praxis und Ziele der SAJ als sozialistischer Erziehungsverband innerhalb der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen" (S.27) und "im Rahmen der Gesamtstrategie der Sozialdemokratie" (S.24) zu erarbeiten. Er stellt sich dabei die zentralen, in der bisherigen Literatur über die Arbeiterjugendbewegung behandelten Fragen, nämlich inwieweit die Übernahme von Formen der bürgerlichen Jugendbewegung in der Freizeitarbeit der SAJ schon als "Verbürgerlichung" zu bewerten sei, inwieweit und ab wann man von einer Vereinnahmung durch die SPD sprechen könne, ob die stärkere Ausrichtung des Verbandes auf die Arbeiterbewegung im Laufe und die Betonung von politischer Bildungsarbeit und politischer Aktion am Ende der Weimarer Republik als "Politisierung" zu bezeichnen sei und inwieweit unterschiedliche Jugendgenerationen und Teilgruppen der Arbeiterjugend in der SAJ ihre Interessen und Bedürfnisse befriedigen konnten. Um es vorweg zu nehmen: Seine Antworten auf diese Fragen sind differenziert und doch pointiert.

Das Spannungsverhältnis zwischen den politischen, pädagogischen und kulturellen Ansprüchen der SAJ und den Interessen und Bedürfnissen von Arbeiterjugendlichen bildet ein strukturierendes Prinzip von Schleys Darstellung. Er stützt sich vor allem auf die reichsweiten Zeitschriften der SAJ sowie deren vielfältige Leitfaden- und "Ratgeber"-Literatur. Ergänzend zieht er einige regionale SAJ-Zeitschriften sowie Regionalstudien zurate. Die Praxis der SAJ in den



Gruppen und Ortsverbänden kommt somit nur mittelbar über die Reflexion praktischer Probleme und Entwicklungen meistens durch Verbandsfunktionäre und -intellektuelle in den Blick.

Es gelingt dem Autor, den Wandel im Selbstverständnis und in der Erscheinungsform der SAJ hineinzustellen in die sich verändernden gesellschaftlichen Rahmenbedingungen der Weimarer Republik, wobei die Einbettung der SAJ in die Sozialdemokratie und die Erfahrungs- und Bedürfnislagen unterschiedlicher Generationen von Arbeiterjugendlichen zentrale Faktoren für die Interpretation der Wirksamkeit der SAJ sind.

Schley gliedert seine Arbeit nach den in der Literatur unumstrittenen Phasen der Verbandsentwicklung. Für die Gründungsphase 1920/21 bescheinigt er der mehrheitssozialdemokratischen Arbeiterjugendorganisation (AJ) eine hohe Übereinstimmung mit den Interessen und Bedürfnissen weiter Teile der Arbeiterjugend. Die kultursozialistische Orientierung der AJ, für die die freie Entfaltung des Individuums in der Gemeinschaft praktizierten Humanismus und notwendige Voraussetzung zur Gesellschaftsveränderung darstellte, habe mit dem Lebensgefühl einer Jugend korrespondiert, die der existentiellen Gefährdung des Krieges entronnen, Jugendlichkeit zelebrieren wollte und in einer Aufbruchstimmung auf eine neue, bessere Gesellschaft gehofft habe. In dieser Konstellation sei es der AJ möglich geworden, zum Hoffnungsträger für Teile der Arbeiterjugend zu werden. So sei auch ihr schneller Mitgliederzuwachs in dieser Phase bis auf etwa 100 000 Mitglieder zu erklären. In den folgenden Jahren sei diese Übereinstimmung zwischen den Interessen der Zielgruppe der SAJ nach selbstbestimmter Freizeitgestaltung und dem Selbstverständnis der Organisation, die dieses jugendliche Streben als Wert an sich akzeptiert hätte, zusehends abgebaut worden. Schley behauptet, sie sei von einer zunehmenden Differenz zwischen den Ansprüchen der SAJ nach politischer Bildung und den Freizeitinteressen der Arbeiterjugend abgelöst worden. Hier allerdings ist kritisch zu fragen, ob Schley die innere Selbstverwaltung der mehrheitssozialdemokratischen Arbeiterjugendbewegung der frühen Weimarer Jahre nicht in einem zu idealisierten Licht betrachtet und den elitären Charakter ihres jugendbewegten Flügels nicht unterschätzt. Die SAJ wurde Ende Oktober 1922 als Zusammenschluß des mehrheitssozialdemokratischen Verbandes der Arbeiterjugendvereine (AJ) und der Sozialistischen Proletarierjugend (SPJ), die der USPD zugeneigt war, gegründet. Vergeblich sucht man bei Schley nach einer Auseinandersetzung mit der SPJ. Obwohl die AJ zum Zeitpunkt der Fusion 90 000 und die SPJ höchstens 15 000 Mitglieder aufwies, bildeten letztere doch ein aktives Element innerhalb der SAJ. Linkssozialdemokratische Intellektuelle und Funktionäre engagierten sich – von Schley auch einfühlsam beschrieben – in der Bildungsarbeit und beteiligten sich lebhaft an den innerverbandlichen Auseinandersetzungen. Deshalb ist es ein Manko, daß der Autor wohl die AJ betrachtet, die zweite Vorläuferorganisation der SAJ, die SPJ, aber links liegen läßt.

Die Jahre 1921-1924 firmieren unter dem Rubrum "Aufbau und Ausbau – Realisierung der Erziehungskonzeption". Der tendenziellen Gefahr zu entgehen, daß die AJ durch eine allzu jugendbewegte Praxis ihre Funktion als Vorfeldorganisation der Sozialdemokratie mit dem Ziel, sozialistische Bildung und Erziehung zu betreiben, verlöre, wirkten nun die "Traditionalisten" im Verein mit den linkssozialistischen Kräften gegen die "Jugendbewegten", um eine Annäherung der Organisation an die Sozialdemokratie zu erreichen. Anerkennung der SPD als politische Führungskraft, Proletarisierung der Sprache und z.T. des Erscheinungsbildes, vergrößerter Stellenwert der politischen Bildung und von Themen, die sich auf die Lage der Arbeiterklasse und den Kampf der Arbeiterbewegung bezogen, seien die Chiffren dieses Prozesses. Den innerverbandlichen Kompromiß für ein neues Selbstverständnis der SAJ, das die veränderten gesellschaftlichen Verhältnisse reflektiert, beschreibt Schley mit der Formel von der "Bildungs- und Freizeitarbeit als Mittel zum Zweck" der politischen Erziehung. Darin sieht der Autor bereits den Beginn einer fortschreitenden Aushöhlung des pädagogischen und politischen Selbstbestimmungsanspruchs der Jugendlichen. Die SAJ sei auf dem Wege "von der Bewegung der Jugend zur organisierten Jugendbewegung".

In den Jahren 1925-1928/29 sieht Schley die SAJ auf dem Rückzug ins sozialdemokratische "Lager" und somit in der Defensive. Vor allem durch den Widerspruch zwischen einer neuen Generation der Arbeiterjugend, die, unterstützt durch erweiterte Angebote der kommerzialisierten Massenkultur, ihre Freizeitorientierung verstärkte, und der zunehmend hervortretenden politischen Bildungsabsichten der SAJ sei sie in eine tiefe Krise geraten. Darauf hätte die SAJ



mit zwei Strategien reagiert: Zum einen legte sie ihren alten lebensreformerischen Rigorismus ab und tolerierte neue Formen der Massenkultur, öffnete sich auch für nun verstärkt auftretende Orientierungsbedürfnisse der Arbeiterjugend, indem sie emotionale Identifikationsmöglichkeiten schuf (z.B.: Fest- und Feierkultur, Uniformierung und die Übernahme der Falkenarbeit mit ihren Geboten und Symbolen, stärkere Autorität für den Gruppenleiter). Zum anderen setzte sie auf eine Verstärkung der erzieherischen und politischen Einwirkung und betrieb so Jugendpflege als Nachwuchsschule der SPD. Dieser Prozeß habe sich nach 1929 verstärkt fortgesetzt: Selbstbestimmungsmöglichkeiten der Jugendlichen seien weiter zurückgedrängt, die Bedürfnislage der Arbeiterjugend weniger berücksichtigt und die Erziehungs- und Bildungsfunktion der Organisation sei zunehmend durch die politische Agitation nach außen aufgesogen worden. Pointiert formuliert: die SAJ als Plakatklebekolonie für die SPD.

Schleys Meßlatte bildet ein im basisdemokratischen Sinne definiertes Verständnis von Selbstverwaltung, das unter den polarisierten politischen Verhältnissen für eine sozialistische Jugendorganisation nicht mehr aufrechtzuerhalten war. Wenn er für die Zeit nach 1925 ein Bild von "einer in ihrer Mehrzahl inaktiven Mitgliedschaft" (S.231) zeichnet, impliziert dies, daß die Mitglieder vor 1925 aktiver und selbstbestimmter gehandelt hätten. Es gibt fürwahr genügend Quellen, aus denen das Gegenteil sichtbar wird. Aber das wäre ja mit Schleys positiv besetzter Vorstellung eines basisdemokratischen Selbstverwaltungsmodells, das er für die ersten Weimarer Jahre ausgemacht hat, nicht zu vereinbaren. Ein zweites Problem: Wenn Schley den Erfahrungslagen, Interessen und Bedürfnissen von Arbeiterjugendlichen nachgeht, bezieht er sich zu einem Gutteil auf zeitgenössische jugendkundliche Untersuchungen, wie die von Dehn oder Dinse. Diese beziehen sich jedoch ausschließlich auf die großstädtische Arbeiterjugend, sind nicht auf die ländliche oder mittelstädtische Arbeiterjugend übertragbar und von ihrer methodischen Anlage her nicht in der Lage, unterschiedliche Schichten, Gruppen und Milieus der Arbeiterjugend mehr als impressionistisch zu differenzieren. Aber gerade, wenn es um die Frage geht, wie das Angebot der SAJ mit Interessen- und Bedürfnislagen bestimmter Schichten und Gruppen von Arbeiterjugendlichen korrespondierte, sind detaillierte Lokalstudien von Arbeiterjugendmilieus unerlässlich. Eine weitere, zunächst zwar in sich schlüssige und durchaus plausibel scheinende, aber letztlich eben doch nicht empirisch abgesicherte These ist die von der Entfaltung der kommerziellen Massenkultur ab Mitte der zwanziger Jahre und ihren entpolitisierenden und deaktivierenden Auswirkungen auf die "Masse" der Arbeiterjugend und einer damit einhergehenden Aushöhlung der Arbeiterkulturbewegung.

Die SAJ, so Schleys Resümee, habe zwar die kulturelle und politische Entwicklung der Republik nur gering beeinflussen können, doch habe sie einen wichtigen Beitrag zur inneren Stärkung der sozialdemokratischen Bewegung geleistet. — Es wären noch eine Reihe gewichtiger und weniger gewichtiger Einwände zu erheben und Fragezeichen zu setzen. Insgesamt jedoch ist Schleys Werk überaus anregend. Seine differenzierten und doch pointierten Interpretationen laden zu kontroverser Diskussion ein. Die Lektüre ist an keiner Stelle langweilig. Niemand, der in Zukunft ernsthaft über die Geschichte der Arbeiterjugendbewegung forschen will, wird dieses Buch übergehen können.

Wenn weiter oben der Ruf nach Lokalstudien laut wurde, so sei etwaigen Interessenten die Magisterarbeit von Georg Vollmers über die Hannoveraner SAJ als mahnende Lektüre anheimgegeben, um daraus zu lernen, wie man solche Lokalstudien tunlichst nicht anfertigen sollte. Vollmers wollte den politischen Anspruch der SAJ in Hannover und dessen Umsetzung in die Praxis untersuchen. Auf den ersten 100 Seiten liefert er einen Überblick über die geschichtliche Entwicklung der Arbeiterjugendbewegung auf Reichsebene und referiert einige Daten zur sozialen Lage der Arbeiterjugend in der Weimarer Republik. Dafür greift er im Wesentlichen auf ältere Literatur zurück und ist in einer unfruchtbaren Rechts- Links-Dichotomie befangen. Im zweiten Teil widmet er sich der Hannoveraner SAJ. Als Quellen standen Vollmers Berichte aus den zentralen SAJ-Zeitschriften "Arbeiterjugend" und "Der Führer" zur Verfügung. Die örtliche sozialdemokratische Tageszeitung "Volkswille" berichtete nur knapp über die SAJ, und Archivalien sind nur in einem unbedeutenden Ausmaß gefunden worden.

Vollmers führte neun Zeitzeugeninterviews durch, die nicht transkribiert wurden. Aus diesem Material fertigte der Autor eine chronologische Darstellung der Ereignisse und Diskussionen in der Hannoveraner SAJ an. Anschließend folgen kurze Beschreibungen der Praxisfelder Schulungs- und Bildungsarbeit, Kulturarbeit, Werbearbeit, Feste und Feiern, Schülerarbeit und des Verhältnisses der SAJ zur öffentlichen Jugendpflege. Vollmers zeichnet das Bild



einer Jugendorganisation, die "dem tagespolitischen Geschehen weitgehend fernstand, sofern es sich nicht um SPD-Werbung handelte" und deren "Tätigkeitsschwerpunkte sich im vom SAJ-Hauptvorstand vorgegebenen Bereich befanden" (S.154). Auch dort, wo es trotz der dürftigen Quellenlage Ansatzpunkte gäbe, greift der Autor keine der Fragen auf, die heute in der Forschung über die Arbeiterjugendbewegung diskutiert werden.

*Roland Gröschel*

**MAMMACH, Klaus: Widerstand 1939-1945. Geschichte der deutschen antifaschistischen Widerstandsbewegung im Inland und in der Emigration.** – Berlin [Ost]: Akademie-Verlag 1987. 444 S.

Mit dem vorliegenden Bd. hat Klaus Mammach seine 1984 erschienene Darstellung über den "Widerstand 1933-1939" für die Kriegszeit fortgesetzt. Die Arbeit ist in drei Hauptabschnitte gegliedert, nämlich die Zeit bis zum deutschen Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941, die Periode bis zur endgültigen Übernahme der militärischen Initiative durch die Rote Armee im Juli 1943 und die letzte Phase des Krieges bis zum Mai 1945. Diese Periodisierung erscheint durchaus sinnvoll, denn damit kann auch die Grundstimmung in der deutschen Bevölkerung während des Krieges berücksichtigt werden, die von der Euphorie der "Blitzsiege" über die Ernüchterung nach dem Überfall auf die Sowjetunion bis zur Apathie des "totalen Krieges" und der letzten Durchhalteparolen führte. Jeder der drei Hauptabschnitte des Buches ist wiederum in drei Bereiche untergliedert, in denen Klaus Mammach auf den Widerstand der "KPD und ihrer Bundesgenossen", der Sozialdemokraten sowie der "bürgerlichen und christlichen Hitlergegner" eingeht. Es kann dabei nicht überraschen, daß vor allem der kommunistische Widerstand umfassend behandelt und die Bedeutung seiner "Anleitung" durch die Parteiführung im Moskauer Exil betont wird. Doch so unbestreitbar die Tatsache ist, daß Kommunisten eben die meisten und opferreichsten Widerstandsaktivitäten entwickelten, so fragwürdig bleibt die These von der erfolgreichen "Anleitung" dieses Widerstands durch die Parteiführung in Moskau, denn die von dort stammenden Anweisungen erwiesen sich immer wieder als irritierend oder gar schädlich für die konkrete Widerstandsarbeit. Als im Herbst 1942 etwa die Parole "Bildet in Deutschland Arbeiter- und Soldatenräte!" propagiert werden sollte, reagierte Wilhelm Knöchel unter Hinweis auf die reale Lage im nationalsozialistischen Deutschland mit der empörten Frage: "Leben die in Moskau auf dem Mond?"<sup>1</sup> – Diese Frage allerdings wird man in der Darstellung von Klaus Mammach vergeblich suchen. Eine vergleichsweise umfassende Berücksichtigung finden dagegen Widerstandsaktivitäten von "bürgerlichen und christlichen Hitlergegnern." Und dabei verdient die differenzierte Schilderung der hinter dem Staatsstreichversuch vom 20. Juli 1944 stehenden Gruppierungen besondere Beachtung (S.350-357). Denn gerade in diesem Zusammenhang ist es in den vergangenen Jahren ja zu einigen durchaus bemerkenswerten Revisionen in der Geschichtsauffassung der DDR gekommen.

Klaus Mammach hat sein Buch als repräsentative Darstellung des deutschen Widerstands während des Krieges angelegt. Er geht dabei auch immer wieder auf den allgemeinen zeitgeschichtlichen Hintergrund und die nationalsozialistischen Verfolgungsmaßnahmen ein. Die Darstellungsweise selbst ist leicht verständlich und überwiegend von ideologischem Ballast frei, was die Lektüre recht angenehm macht. Bei der Beschreibung der einzelnen Widerstandsaktivitäten allerdings werden die Geschehnisse wie auf einer Perlenschnur aneinandergereiht, so daß ein weitgehend unstrukturiertes "Widerstands-Panoptikum" entsteht. Auf diese Weise hat Klaus Mammach manche inneren Zusammenhänge eher verschüttet. Die Aktivitäten der Hamburger Bästlein-Organisation etwa erscheinen auf den Seiten 55, 146f., 261 und 376 wie beziehungslose Einzelatome. Vor allem aber bleiben zahlreiche Fehler und Ungenauigkeiten zu beklagen, die wohl darauf zurückzuführen sind, daß Klaus Mammach die einschlägigen Quellen nur in eingeschränktem Umfang selbst ausgewertet und sich im übrigen auf die Sekundärliteratur verlassen hat. Er präsentiert denn auch einen Anmerkungsapparat, mit dem nur wenige der geschilderten Einzelheiten tatsächlich belegt werden. Und

1 Bericht von Wilhelm Knöchels Lebensgefährtin, Cilly Hausmann, im Besitz von Beatrix Herlemann, Hannover. Vgl. auch Beatrix Herlemann, Auf verlorenem Posten. Kommunistischer Widerstand im Zweiten Weltkrieg: Die Knöchel-Organisation, Bonn 1986, S.101.



gerade die unzureichende wissenschaftliche Absicherung und Fundierung der Darstellung erweist sich unter dem Strich als das größte Manko des vorliegenden Bdes. Wie gern hätte der Leser auf konkrete Quellenangaben statt auf allgemeine Literaturhinweise und nicht mehr nachvollziehbare Mikrofilm-Nummern des Potsdamer Zentralarchivs zurückgegriffen! Klaus Mammachs Buch ist also eine gute Lektüre, wenn man sich nur kurz über die gegenwärtigen Positionen der DDR-Geschichtsschreibung zum deutschen Widerstand in der Kriegszeit orientieren will. Für eine empirisch orientierte Widerstandsforschung aber bedeutet es keinen Fortschritt.

Klaus Bästlein

**Aktion T 4. 1939-1945. Die "Euthanasie"-Zentrale in der Tiergartenstraße 4.** Hrsg. von Götz ALY. — Berlin: Edition Hentrich 1987. 206 S.

KLEE, Ernst: "Euthanasie" im NS-Staat. Die "Vernichtung unwerten Lebens". — Frankfurt/M.: Fischer Taschenbuch Verlag 1985. 502 S.

**Dokumente zur "Euthanasie".** Hrsg. von Ernst KLEE. — Frankfurt/M.: Fischer Taschenbuch Verlag 1985. 342 S.

Der Gedenkstein im Berliner Tiergarten, ganz in der Nähe der berühmten Berliner Philharmonie, hat folgenden Text: "An dieser Stelle, Tiergartenstraße 4, wurde ab 1940 der erste nationalsozialistische Massenmord organisiert — 'Aktion T 4' genannt. Mehr als 200 000 wehrlose Menschen starben durch Gas, durch Schlafmittel, durch geplanten Hunger. Ihr Leben wurde als lebensunwert bezeichnet, ihre Ermordung hieß Euthanasie. Die Täter waren Wissenschaftler, Ärzte, Pfleger, Beamte und Angestellte der Justiz, der Gesundheits- und Arbeitsverwaltungen. Die Opfer waren arm, verzweifelt, aufsässig oder hilfsbedürftig. Sie kamen aus psychiatrischen Kliniken, Altenheimen und Kinderkrankenhäusern, aus Lazaretten, Lagern und Fürsorgeanstalten. Die Zahl der Opfer ist groß, gering die Zahl der verurteilten Täter". Ein bemerkenswerter Text. Er faßt eine furchtbare geschichtliche Wahrheit in verständlicher, zu Herzen gehender Weise zusammen.

Hinter jedem Wort oder Halbsatz eröffnen sich Abgründe — es ist schwer, in sie hineinzublicken und ebenso schwer, den Blick abzuwenden. Mehr als vier Jahrzehnte sind seither vergangen. Nun sterben auch die Täter allmählich aus, als Beamte zumeist wohlversorgt bis zu ihrem Ende. Zugleich wird möglich, was lange Zeit nicht gelingen wollte — die Aufarbeitung der historischen Wahrheit. Die dichten Netze der Täter und ihrer Sympathisanten in Verwaltung, Justiz und Medizin reißen. Verschwundene Akten kommen aus dunklen Archiven wieder zum Vorschein. Der Massenmord gewinnt Kontur. Eine neue Generation von Wissenschaftlern, die allermeisten waren zur NS-Zeit Kinder oder noch gar nicht geboren, nimmt sich des Themas an. Einige der Autoren — genannt seien Ernst Klee, Götz Aly, Karl Heinz Roth —, sind bereits durch einschlägige Veröffentlichungen bekannt. Die vorliegenden Bücher beweisen ihre herausragende Qualifikation und, wichtiger noch, das moralische Engagement. Dabei nehmen sich alle Autoren als Person sehr zurück: Es sprechen und schrecken die Fakten und Dokumente, von denen zahlreiche in Faksimile gedruckt wurden.

Dieser Weg, das Grauen sichtbar zu machen und dem Leser einen unmittelbaren Zugang zu allen Details zu ermöglichen, ist der einzig richtige. Sichtbar wird das Böse, vielfach in seiner ganzen Banalität. Da korrespondieren Bürokraten über Pfennigbeträge und Zuständigkeiten, Gehaltszulagen und Grabstellen. Besonders Ernst Klee ist es gelungen, als verschollen betrachtete oder jahrzehntelang versteckte Aktenbestände, auch zahlreiche Fotografien, aufzuspüren. Er dokumentiert den Alltag der Tötungsanstalt Grafeneck und schildert die Reaktionen der Täter und Opfer. Von den allermeisten blieb keine Spur. Um so verdienstvoller, daß die wenigen, deren Lebenszeugnisse in den Erinnerungen der Hinterbliebenen und auf ärmlichem Papier überdauert haben, in diesem Buch gesammelt sind.

In der von Götz Aly herausgegebenen Dokumentation über T 4 sind dankenswerterweise weit verstreute Zeugnisse, darunter wenig beachtete aus Polen und der Sowjetunion, gesammelt. Denn das Mordprogramm wurde durch den Krieg exportiert — in den überfallenen Ländern starben Zehntausende von Patienten, Hilflosen, Behinderten, Krankenhausinsassen, Tuberkulösen den "Gnadentod". Dort gab man sich beim Morden keine große Mühe mehr mit dem lästigen Vertuschen, das in Deutschland die breite Aktenspur legte: Anna Kuli-



kowska erinnert sich an das psychiatrische Krankenhaus im polnischen Gostynin während der Okkupationszeit (und an seinen höflichen deutschen Chefarzt Dr. W., der die Mordmaschinerie so lautlos bediente). Stanislaw Klodzinski schildert den Transport von 575 Häftlingen von Auschwitz in das "Sanatorium Dresden". Über die Ermordung der psychisch kranken polnischen und sowjetischen Zwangsarbeiter berichtet Matthias Hamann. Bedauerlich ist, daß zahlreiche Namen der Opfer und der Mörder verkürzt oder anonymisiert wiedergegeben werden. Ist das "Datenschutz"? Sind wir es den Ermordeten nicht schuldig, ihren vollständigen Namen zu nennen? Und verdienen die Täter nicht, mit vollem Namen am Pranger der Geschichte zu stehen?

In den genannten Büchern erfahren die (relativ) wenigen, welche offen oder versteckt den Mördern Widerstand leisteten, Gerechtigkeit. Nach 1945 waren sie vielfach totgeschwiegen worden. Hier kann man nachlesen, meist im Original, was wer wann wagte. Es sind tapfere Zeugnisse humaner Gesinnung. Es gehört wenig Phantasie dazu, sich auszumalen, wie – sagen wir: im Jahre 2000, wenn alle Mörder tot sind – die nachwachsenden Generationen auf diese anständigen Deutschen zurückkommen werden. Dann wird auch der Gedenkstein vor der Berliner Philharmonie enthüllt werden, womöglich sogar mit dem vorgeschlagenen Text. Noch gibt es dieses Denkmal nicht.

*Hans Halter*

**KLEIN, Michael: Antifaschistische Demokratie und nationaler Befreiungskampf. Die nationale Politik der KPD 1945-1953.** 2., durchges. Aufl. – Berlin (West): Verlag Veronika Körner 1986. 290 S.

Nach dem Zweiten Weltkrieg gehörte die KPD zu den mitgliederstärksten westdeutschen Parteien. Bei Landtagswahlen eroberte sie Direktmandate. In fast allen Länderregierungen war sie vertreten. – Zehn Jahre später traf das Verbotsurteil eine kleine isolierte Partei. Den Weg ins Abseits beschreibt Klein in seiner Berliner Dissertation, in deren Mittelpunkt die Stellung der westdeutschen Kommunisten zu drei "nationalen" Themenbereichen steht: die unmittelbaren Kriegsfolgen (Grenzfragen in Ost und West, Reparationen und Demontagen sowie die Flüchtlings- und Kriegsgefangenenproblematik), die Frage der deutschen Einheit vor und nach der Gründung der beiden deutschen Staaten und die Auseinandersetzung um die Wiederbewaffnung.

Eine Analyse der speziellen Situation Deutschlands war der nationalen Politik, die ab 1949 den Hauptinhalt der Parteitaktivitäten ausmachte, nicht vorausgegangen. Vielmehr – so die These des Verf. – hatte die KPD die Generallinie der kommunistischen Weltbewegung übernommen und mit deutscher Spezifik angereichert. Da die Generallinie in erster Linie dazu diente, die osteuropäischen Regime zu festigen, hatte sie mit der Wirklichkeit in den kapitalistischen Ländern wenig gemein.

Die UdSSR und die Volksdemokratien trugen die Probleme, die sie in ihrem Lande und in der weltpolitischen Auseinandersetzung mit dem amerikanischen "Lager" hatten, in alle Bruderparteien. Die "theoretische Fundierung" der Strategie der Herrschaftsstabilisierung in den Volksdemokratien trug erheblich zum Niedergang der KPD bei. Beispiele hierfür: die Ausmerzung alternativer Vorstellungen über den Weg zum Sozialismus, die Ausrichtung der Gewerkschaften auf die Parteipolitik und die Umwandlung der Bündnisse der Nationalen Front in Instrumente der kommunistischen Parteipolitik.

Auf der Grundlage wirtschaftlicher Verelendungstheorien gab die KPD ihrer nationalen Politik ab 1949 eine antikoloniale, antiamerikanische Stoßrichtung. Sie ähnelte der Strategie der Kommunisten in den Kolonien der Dritten Welt und in den von der deutschen Wehrmacht besetzten Ländern. Der "Hauptwiderspruch" verlief demnach bis auf weiteres nicht zwischen Lohnarbeit und Kapital, sondern zwischen der "versklavten" Nation auf der einen Seite und den ausländischen "Kolonialherren" sowie ihren einheimischen "Quislingen" auf der anderen.

Die nationale Politik eskalierte von einem moderaten antifaschistisch-demokratischen Reformkurs (1945) hin zur Propagierung des nationalen Befreiungskampfes der (west-)deutschen Bevölkerung (1952). Ihren organisierten Ausdruck fand die Programmatik in der Volkskongreßbewegung und der "Nationalen Front des demokratischen Deutschland". Während Gemeinsamkeiten mit der äußersten Rechten (bis hin zu Alt- und Neonazis)



gesucht wurden, führte die bündnispolitische Konzeption im Verhältnis zur Sozialdemokratie und zur Gewerkschaftsbewegung zum Aufflackern der "Sozialfaschismus"-These und einer RGO-nahen Taktik.

Ein besonderes Gewicht mißt Klein den Kampagnen für die deutsche Einheit und gegen die Wiederbewaffnung zu. Neuland betritt er, wenn er die Tätigkeit der wichtigsten Bündnisorganisationen des nationalen Kampfes beschreibt. Zum ersten Mal wird der "Westdeutsche Arbeitsausschuß" der "Nationalen Front des demokratischen Deutschland" in einer Monographie behandelt. In Hinblick auf andere Vereinigungen, die mittelbar mit Kommunisten zu tun hatten ("Deutsche Sammlung", "Bund der Deutschen"), wird so manches zeitgenössische Vorurteil ("Moskaus trojanische Kavallerie") nachträglich korrigiert.

Mit ihrer nationalen Konzeption – so Klein abschließend –, legte die KPD die Axt an ihre historischen Wurzeln. Entstanden als Gegenpol zu einer Sozialdemokratie, die während des Ersten Weltkrieges die Treue zu Staat und Nation dem Internationalismus und dem Klassenkampf übergeordnet hatte, war die KPD die distinkt "antinationale" Partei. Ihre Stärke beruhte stets auf der Zustimmung ihrer Mitglieder und Anhänger zu radikalen gesellschaftlichen Veränderungen.

Indem die KPD von der Propaganda für den Sozialismus ausdrücklich Abstand nahm, vertrat sie kaum Ziele, die nicht in der einen oder anderen Form auch von anderen Parteien angestrebt wurden. Von ihnen unterschied sich die KPD nur durch einen besonders ausgeprägten, gelegentlich ins Chauvinistische abgleitenden Nationalismus und ein stürmisches Bekenntnis zur DDR und zur UdSSR.

Die KPD scheiterte mit ihren nationalen Kampagnen gleich zweifach: erstens in der Bevölkerung, die der Partei den nationalen Alleinvertretungsanspruch nicht zugestand; zweitens in der weitgehend klassenkämpferisch ausgerichteten Mitgliedschaft, die keine schwarz-rot-goldene Ausrichtung ihrer Partei wollte. Die neue Politik ließ sich auch nur mit Unterstützung der SED gegen den Willen der Basis und des Parteivorstandes durchsetzen. 1951 war nahezu die gesamte Parteiführung ausgetauscht worden, wobei von da an auffallend viele Kader aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft den Ton angaben.

Schuld am Niedergang der Partei hatte nicht nur eine Politik, die in der Bevölkerung und der kommunistischen Mitgliedschaft gleichermaßen unpopulär war. Auch die politische Justiz der Bundesrepublik trug mit tausenden von Ermittlungsverfahren und Inhaftierungen von Kommunisten zur Ghettoisierung der KPD bei. Ein abschreckendes Beispiel für das Klima der frühen 50er Jahre ist eine Broschüre des Bundesministeriums für Gesamtdeutsche Fragen, die vor den kommunistischen "Bündnisorganisationen" warnte. In ihr wurden die Kommunisten mit Insekten verglichen, die es zu "zertreten" gelte (S.149).

*Manfred König*

**DREXLER, Alexander: Planwirtschaft in Westdeutschland 1945-1948. Eine Fallstudie über die Textilbewirtschaftung in der britischen und Bizone (= Zeitschrift für Unternehmensgeschichte, Beih. 44). – Stuttgart: Franz Steiner Verlag Wiesbaden 1985. XI, 282 S.**

Der Verf. der vorliegenden Göttinger Dissertation geht von der These aus, der rasche Abbau der Bewirtschaftung nach der Währungs- und Wirtschaftsreform von 1948 sei nicht so sehr dem Einfluß der USA oder dem Wiedererstarken "konservativer" (liberaler?) Kräfte zu verdanken, sondern auf "eine grundlegende Instabilität des Bewirtschaftungssystems" zurückzuführen. Er stützt sich vor allem auf die Akten des Bundesarchivs zu zentralen (bi-)zonalen Behörden. Verbandsarchive standen ihm nicht zur Verfügung, doch erwiesen sich die Fachzeitschriften als sehr ergiebige Quellen.

Auf dieser Grundlage zeichnet der Verf. zunächst ein akribisches Bild des Zustandes, der Struktur und der Entwicklung der Textilwirtschaft in den ersten Nachkriegsjahren. Was er hier an Informationen zusammengetragen hat, ist in seiner Konkretion vorzüglich geeignet, vorliegende, zumeist auf der mesoökonomischen Ebene angesiedelte Darstellungen zur Wirtschaftsgeschichte der Nachkriegszeit zu vertiefen und dort getroffene allgemeine Aussagen zu überprüfen. Eines dieser Ergebnisse ist, daß sich die wichtigsten Bereiche der Textilwirtschaft, die Garnproduktion und -verarbeitung, etwa ab März 1947 bis zur Währungsreform "im Aufwärtstrend befanden".



Zu einer differenzierten Betrachtung kommt der Verf. auch in der Frage der Wirtschaftsordnung. Während der Textilhandel schon früh die bestehende Bewirtschaftung durch die Einführung marktwirtschaftlicher Elemente auflockern wollte, lehnte die Textilindustrie bis zum Frühjahr 1948 jede Liberalisierung ab und vertrat auch gegenüber der Erhard'schen Reformpolitik einen skeptischen Standpunkt. Umstritten war, ob unter den *restriktiven* wirtschaftlichen Bedingungen der Nachkriegszeit Liberalisierung zu gerechten und wirksamen Lösungen des Versorgungsproblems führen könnte.

Eine weiterführende Perspektive oder wenigstens einen Ansatzpunkt für Mitbestimmung bei der Planung und Lenkung der Produktion sahen auch die Gewerkschaften in der Bewirtschaftung nicht, obwohl sie sie für eine Übergangszeit für notwendig hielten. Die Gewerkschaften überließen das Feld den Kammern und Verbänden, die ihr Monopol an Expertise in einer exklusiven, teils informellen Kooperation mit der Verwaltung wahrten. Vor dem Hintergrund schwieriger Organisationsfragen in der Formierungsphase der Gewerkschaften konzentrierten sich die Arbeitervertretungen auf die Verbesserung der Versorgungssituation und die Instandsetzung und Wiederankurbelung der Produktion, die stärker im Interesse ihrer Mitglieder zu liegen schienen, als der Versuch, die erstrebte "planmäßig gesteuerte Wirtschaft" mit Mitteln herzustellen, die offenbar nur für eine Übergangszeit Anwendung finden sollten. Wirtschaftlich gesehen hält der Verf. die Bewirtschaftung in der unmittelbaren Nachkriegszeit durchaus für sinnvoll. Er zeigt, daß kontraproduktive Effekte von positiven Wirkungen der Bewirtschaftung mehr als ausgeglichen wurden. Er macht aber auch plausibel, daß die angewandten Mittel auf einem höheren Niveau der arbeitsteiligen Organisation der Wirtschaft zwangsläufig die Entfaltung produktiver Möglichkeiten behindern mußten. Deshalb stand, "von den politischen Entwicklungen noch ganz abgesehen", 1948 eine Reform des Steuerungssystems auf der Tagesordnung. Bis dahin – so die Quintessenz der Studie – hatte sich "eine Bastardform der Planwirtschaft [... ] am Fundament des westdeutschen Wirtschaftswunders bewährt" (S.242).

Werner Abelshauser

**KRAU, Ingrid und Manfred WALZ: Wer weiß denn schon, was Kontischicht bedeutet. Zum Zusammenhang von Arbeit und Leben außerhalb des Werktores: Kooperatives Forschen in der Stahlindustrie** (= Schriftenreihe "Humanisierung des Arbeitslebens", Bd.62). – Frankfurt/M. und New York: Campus Verlag 1986. 317 S.

Die vorliegende Arbeit beruht auf einem Projekt, das von 1980 bis 1983 unter weitgehender Beteiligung Duisburger Schichtarbeiter durchgeführt wurde. Über ausführliche Interviews und Gespräche hinaus wurden eine Gruppe von 30 Stahlarbeitern am Forschungsprozeß beteiligt, gemeinsame Seminare veranstaltet, eine Ausstellung aufgebaut sowie eine Skulptur erstellt. Neben dieser beispielhaften Einbeziehung der Schichtarbeiter sind auch die erarbeiteten Ergebnisse sowie deren Präsentation überzeugend ausgefallen. Die Umsetzung ihrer Ergebnisse jedoch, d.h. Forderung nach Wohnungen, in denen die Bedürfnisse von Schichtarbeitern berücksichtigt werden, ist den Beteiligten nicht gelungen. So weit reicht ihr Einfluß nicht.

Das Projekt wurde in einer Phase konzipiert, als der noch vorhandene Reformelan der 70er Jahre auch die Gruppe der Schichtarbeiter erreichte. Öffentliche Mittel begannen in Arbeiterwohngebiete zu fließen, doch die beginnende Finanzkrise ließ diese Ansätze im Keim ersticken. Gleichzeitig setzte die Rationalisierung in der Stahlindustrie ein, die modernste Produktionsanlagen hervorbringt und zu Stilllegungen führt, von der ganze Orte betroffen sind. Dazu gehört vor allem Duisburg-Rheinhausen, wo das Projekt durchgeführt wurde. Für bessere Wohnungen ist vor diesem Hintergrund kein Platz mehr.

In der Studie werden mit Nachdruck die erheblichen Belastungen des vollkontinuierlichen Vierschichtsystems (= Kontischicht) herausgearbeitet: Auf 7 Mittagsschichten von 14-22 Uhr (Montag bis Sonntag) folgen 7 Nachtschichten von 22-6 Uhr (Dienstag bis Dienstag), unterbrochen von 42 Stunden Umstellzeit. Im Anschluß an die Nachtschichten stehen 72 Stunden Umstellzeit bis zum Beginn der 7 Frühschichten von 6-14 Uhr (Freitag bis Donnerstag). Danach gibt es vier freie Tage (95 Stunden), die zur Erholung, jedoch auch zur Umstellung auf die folgenden Mittagsschichten dienen, mit denen der Zyklus neu beginnt.

Ausführliche Zitate belegen, wie gravierend die Einschnitte des Konti-Systems in das Leben



der Schichtarbeiter und ihrer Familien sind, die gleich dreifach belastet werden. Das Schichtsystem verstößt gegen die biologische Uhr der Arbeiter, gegen die gesellschaftliche Zeiteinteilung ihrer Umgebung und gegen die im Tagesverlauf unterschiedliche Leistungsfähigkeit. In jungen Jahren wird versucht, möglichst weitgehend am normalen Tagesrhythmus teilzunehmen: "Wie oft hab' ich nur zwei oder drei Stunden Schlaf auf Frühschicht: Ich laß mir doch nicht vorschreiben, was ich mit meinem Leben mache [...] wenn Freunde und Bekannte ein Fest haben, dann beißt man mal in den sauren Apfel und hat eben nur drei Stunden Schlaf" (S.216). Nach einiger Zeit jedoch macht sich der Raubbau am Körper bemerkbar: Es fällt schwer abzuschalten und einzuschlafen, so daß die Pausen nicht hinreichend genutzt werden können: "Bei Nachtschichten bin ich ein toter Mann [...] die erste Nacht kann ich überhaupt nicht schlafen [...] dann schlaf ich zwei Stunden [...] dann bin ich wieder kaputt [...] Mittagessen, dann fallen mir die Augen zu [...]. Man braucht sich nicht zu wundern [...], wenn man überhaupt keine Initiative entwickelt, weil man es nicht kann" (S.180f.). Kontakte reißen ab. Freundschaften leiden und Versuche, am normalen Leben teilzunehmen, lassen sich schwer realisieren.

Ein Rückzug auf die eigene Familie setzt ein, und die Wohnung gewinnt eine entscheidende Bedeutung. In längeren Interview-Passagen und Grundrissen werden – in Abhängigkeit vom Lebenszyklus – einzelne Familien und deren Wohnungsnutzung bzw. Wohnungen vorgestellt, die sich in den meisten Fällen als ungenügend erweisen. Die Wände sind zu dünn, Schlaf- und Wohnzimmer oder Küche liegen zu eng beieinander; die Kinder müssen in ihren zu kleinen Zimmern äußerst ruhig sein, wie überhaupt der Tagesablauf der ganzen Familie auf die Bedürfnisse der Väter Rücksicht nehmen muß.

Abschließend werden Schlußfolgerungen zur Verbesserung des Wohnungsbestandes vorgestellt: Schallisolierung, flexiblere Raumnutzung zur Funktionstrennung und Nutzungserweiterung, Veränderungen des Wohnumfeldes und eine Vergrößerung der Wohnfläche durch An- und Ausbauten oder eine Zusammenlegung kleinerer Wohnungen. Diese Maßnahmen sollten durch die zuständigen Wohnungsgesellschaften umgesetzt werden, jedoch unter Mithilfe der Bewohner, um zu verhindern, daß an deren Ende nicht tragbare Mieterhöhungen stehen – wie so oft bei Modernisierungen der Fall. Die Forschergruppe hatte die Schlußfolgerungen mit den betroffenen Arbeitern und dem Betriebsrat, aber auch den Genossenschaften und zuständigen Ämtern diskutiert und Interesse sowie anfängliche Unterstützung gefunden, konnte sie jedoch nicht realisieren. Die Landesmittel erwiesen sich als unzureichend, während die Gesellschaften an einer Umwälzung der Kosten auf die Miete und einem allgemein höheren Mietpreinsniveau interessiert waren, "d.h. auch Wohnungsleerstände einzukalkulieren, wenn keine zahlungskräftige Nachfrage besteht. Diesen Konflikt mit den hüttenverbundenen Wohnungsbaugesellschaften mochte keiner der Ansprechpartner im Betrieb riskieren" (S.301).

Die Arbeit enthält all das, was man sich von einer derartigen Studie verspricht: eine gründliche Aufarbeitung des Themas unter Berücksichtigung des Lebenszyklus; eine Einbeziehung der untersuchten Arbeiter und ihrer Familien; eine Präsentation, die diese ausführlich zu Wort kommen läßt; eine Einbringung des Forschungsprozesses sowie der Ergebnisse in den Betrieb und die gewerkschaftliche (Bildungs)Arbeit und eine Reflexion der unterschiedlichen Bemühungen und ihrer Resultate. Daß die Ergebnisse nicht umgesetzt werden konnten, ist der Forschergruppe am wenigsten anzulasten. Die Krise der Stahlindustrie scheint keinen Raum für ihre Vorschläge zu lassen. Um so wichtiger sind die abschließenden Hinweise darauf, daß ein unzureichender Wohnungsbestand "auch an den Nerv der inneren Erneuerungskraft einer Region wie dem Ruhrgebiet" geht. Die erneuerungsbedürftige Wohnbausubstanz auf der einen und die Aktivierung des verfügbaren Arbeitskräftepotentials auf der anderen Seite böten die "Chance eines qualitativen Wachstums", das im Ruhrgebiet so bitter nötig ist.

*Franz Josef Brüggemeier*

**POHLE, Fritz: Das mexikanische Exil. Ein Beitrag zur Geschichte der politisch-kulturellen Emigration aus Deutschland (1937-1946)** (= Germanistische Abhandlungen, Bd.60). – Stuttgart: Metzler Verlag 1986. XIII, 495 S.

Um es vorweg zu nehmen: Pohles Arbeit wird für lange Zeit wohl das Standardwerk über die durch das Naziregime bedingte deutschsprachige Emigration nach Mexiko bleiben. Außer-



ordentlich detailliert und gestützt auf eine Fülle von bisher unbekanntem Material, wird in dieser Darstellung (die 1985 in Hamburg als Dissertation angenommen wurde) die politische und kulturelle Betätigung in einem Exilland nachgezeichnet, das als Auffangstation für diejenigen Flüchtlinge diente, welche aufgrund ihrer politischen Einstellung (Kommunisten oder als mit dem Kommunismus sympathisierend) keine Möglichkeit hatten, in den USA aufgenommen zu werden. Zum bedeutendsten Zentrum des KPD-Exils wurde Mexiko damit – womit aber schon die Crux bisher vorliegender Geschichtsschreibung begann. Denn vorwiegend unter diesem Aspekt hatte sich nämlich die DDR-Forschung (hier vor allem Wolfgang Kießling mit seinen verschiedenen Arbeiten) mit der Thematik des Mexiko-Exils beschäftigt. Fehlinterpretationen bis hin zur Geschichtsklitterung waren die Folge. Anders Pohle, dem es nicht darum geht, etwas zu beweisen, das nicht zu beweisen ist, sondern der sich allein auf Fakten beruft, die ihm seine ausgedehnte Forschungstätigkeit (darunter auch Aufenthalte in Mexiko selbst) einbrachten. Dies zur Quellenlage. Noch wichtiger aber ist, was Pohle mit der Materialfülle, die er anhäufen konnte, anstellt – in imponierender Weise anstellt. Nicht seinen Zettelkasten breitet er nämlich aus, sondern er schafft Kontext. Exil-Monographien verleiten oft dazu, segmentär darzustellen. Pohle tut dies nicht, sondern schlägt einen weiten Bogen von der politischen Entwicklung in Mexiko selbst (mit eingeschlossen Leben und Betätigung der dort schon längere Zeit ansässigen Deutschstämmigen) bis hin zu den Nachwirkungen in den Jahren nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Damit erscheinen die Probleme und die Aktivitäten der Hitler-Flüchtlinge nicht isoliert, sondern eingebunden (auf diese Weise in ihrer Bedeutung auch relativiert) in die Vorgänge in und um Mexiko, das ja zum Beispiel auch Tausende spanischer Republikaner aufnahm, deren Zahl die der deutschsprachigen Emigranten bei weitem übertraf. Zentralen Raum nehmen in Pohles Darstellung logischerweise diejenigen Organisationen ein, die das "andere Deutschland" repräsentieren sollten: die "Liga Pro-Cultura Alemana en México", die Ausschaltung dieser Vereinigung, dann die "Bewegung Freies Deutschland in Mexico", schließlich die "Union Deutscher und Österreichischer Sozialisten in Mexico" – dazu exponierte Persönlichkeiten, zu denen nicht nur Anna Seghers, Ludwig Renn und Egon Erwin Kisch zählten, sondern vor allem auch Heinrich Gutmann, Otto Katz (Pseudonym: André Simone) und Paul Merker. Geschildert werden Erfolge, aber auch die zahlreichen Reibungspunkte zwischen Personen und Organisationen, zwischen national bis nationalsozialistisch gestimmten Auslandsdeutschen und Kommunisten, mit der jüdischen Emigration und auch dem Zionismus: und dies vor dem Hintergrund mexikanischer Politik, dem zwiespältigen Verhältnis zur Sowjetunion und den Bemühungen um eine Gestaltung Deutschlands nach Kriegsende. Erst durch eine solche Darstellung wird die Exilsituation als solche verständlich, die ja nichts Partielles ist, sondern ihre Spannung in sehr hohem Maß aus den Feldern Herkunfts- und Aufnahmeland bezieht. Einziges kleines Manko: Man hätte sich einen umfangreicheren Bild- und Dokumentenanhang gewünscht wie auch gesondert Kurzbiographien der wichtigsten Persönlichkeiten des Mexiko-Exils. Der hohen Qualität von Pohles Arbeit tut dies aber insgesamt keinen Abbruch.

*Helmar Klier*

**SCHÖFFER, Peter: Der Wahlrechtskampf der österreichischen Sozialdemokratie 1888/89-1897. Vom Hainfelder Einigungsparteitag bis zur Wahlreform Badenis und zum Einzug der ersten Sozialdemokraten in den Reichsrat (= Studien zur modernen Geschichte, Bd. 34). – Stuttgart: Franz Steiner Verlag Wiesbaden 1986. XVI, 826 S.**

Trotz mancher beachtlicher Ergebnisse der letzten Jahre ist die Geschichtsschreibung zur österreichischen Arbeiterbewegung noch immer ein Forschungsfeld, das wenig erhellte Teilgebiete aufweist. Zu sehr sind gewichtige Einzelthemen (Konstituierungsphase, nationale Frage, Austromarxismus, Arbeiterkultur, Widerstand) im Vordergrund gestanden, um schon jetzt auf eine gleich dichte Aufarbeitung aller Zeitabschnitte verweisen zu können. Besonders unterbelichtet ist bisher die Zeit zwischen dem Hainfelder Einigungsparteitag und dem Ersten Weltkrieg geblieben. Es ist das Verdienst Peter Schöffers, hier zumindest z.T. eine empfindliche Lücke zu schließen. Der Wahlrechtskampf war die politische Kernfrage nach Hainfeld, obwohl ihm, wie Schöffers richtig betont, im Hainfelder Programm selbst nur "ein eingeschränkter Stellenwert" (S.77) zugewiesen worden war. Einige Jahre später hatte jedoch die alte radikale, syndikalistische Fraktion so weit an Einfluß verloren, daß ihre Bedenken gegen



den Parlamentarismus nicht mehr die Linie der Partei prägen konnten.

Schöffers beschreibt umfassend sowohl Österreichs politische Entwicklung des letzten Jahrzehnts im 19. Jahrhundert als auch die politische Formierung der Sozialdemokratie. Eine Schlüsselstellung nimmt dabei die Generalstreikdebatte ein – einerseits war die Generalstreikdrohung das entscheidende Kampfmittel einer noch auf außerparlamentarische Aktionsformen beschränkten politischen Bewegung, andererseits aber stand der Generalstreik in einer Traditionslinie, von der Victor Adler und mit ihm die Mehrheit der Partei abrücken wollte. Nicht zuletzt über die Maidemonstrationen jener Jahre läßt sich dieser Zwiespalt eindrucksvoll schildern.

Peter Schöffers hat zu dieser Thematik ein Buch mit über 800 Seiten vorgelegt, das aus einer Dissertation bei Prof. Grothusen, Hamburg, hervorgegangen ist. Es kommt dem Autor dabei sicherlich auch darauf an, jedes Dokument, jeden Beleg auch zu verwenden. Die Arbeit ist daher breit, oft etwas langatmig, dafür aber so materialreich, daß selbst der Kenner der Materie sich über die genaue Ausleuchtung bisher dunkler Ecken und Nischen freuen kann. Schon allein die Vorüberlegungen zur Arbeit und die Schilderung der Quellen- und Literaturlage nehmen über 50 Seiten ein, sind aber ein wichtiger Forschungsbericht. Der Laie unter den Lesern wird allerdings sicher von solchen Einstiegen nicht gerade ermuntert.

Ein zweiter Abschnitt schildert die historischen Voraussetzungen, während der Hauptteil auf über 600 Seiten, die in drei chronologische und einen zusammenfassenden Unterabschnitt zerfallen, der Politik der Sozialdemokratie in der Wahlrechtsfrage und der Reaktion der Herrschenden gewidmet ist. Ein weiterer Hauptabschnitt bietet den wichtigen Ausblick bis zur Einführung des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts für Männer im Jahre 1907.

Als Grundlagenarbeit ist hier ein Buch vorgelegt worden, an dem kein Weg für all jene vorbeiführt, die zur politischen Geschichte der Arbeiterbewegung forschen wollen. Die eher billige Version der Herstellung (sichtlich simpel eine Vervielfältigung des Dissertationstextes) ist hier kein Nachteil. Das Buch richtet sich nicht an den Laien, sondern an ein Fachpublikum. Es sollte in keiner einschlägigen Bibliothek fehlen.

*Helmut Konrad*

**The Federal Republic of Germany and the United States. Changing Political, Social, and Economic Relations.** Ed. by James A. COONEY, Gordon A. CRAIG, Hans Peter SCHWARZ and Fritz STERN. – Boulder and London: Westview Press 1984. XII, 253 S.

Wenngleich dieses Buch bereits vor einigen Jahren erschienen ist, so gewinnt es doch an Aktualität, wenn man es z.B. mit Helmut Schmidts: "Menschen und Mächte" vergleicht, das 1987 publiziert wurde, und das auf vielen Seiten das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und den USA anspricht. Helmut Schmidt redet dabei in wärmsten Tönen von der Großzügigkeit und Aufgeschlossenheit der Menschen in den USA, die in den vierziger Jahren mit Care-Paketen dem besiegten Deutschland zu Hilfe eilten und heute noch hunderttausende von Soldaten zu seinem Schutz in Europa unterhalten – aber er verschweigt nicht, wie Unstetigkeit und Eigenwilligkeit der amerikanischen Politik die Verbündeten immer wieder vor den Kopf gestoßen haben, die unter Carter, aber auch unter Reagan nur allzu oft gar nicht konsultiert wurden, obwohl es um ihre lebenswichtigen Interessen ging und geht.

Die Autoren der meisten Beiträge des hier zu besprechenden Buches stoßen in das gleiche Horn. Da ist zunächst die Einführung von James A. Cooney zum Gesamtzusammenhang der Beziehungen zwischen Deutschland und den USA. Er gibt einen Überblick über die Beiträge zu diesem Bd. und kommt zu dem Schluß, daß die Amerikaner die sowjetische Bedrohung erheblich ernster einschätzen als die Europäer: "Europa ist zufrieden mit einer Abschreckung, die ein Minimum von Vertrauen verbürgt ('low-confidence deterrent')", "dieweil die USA eine Abschreckung wünschen, die ein Höchstmaß an Vertrauen ('high-confidence deterrent') sichert". Die Deutschen sind "Nettoimporteure von Sicherheit", und sie haben gegenüber Franzosen und Briten den Vorteil, daß sie keine Verpflichtungen in Übersee haben. Die Frage ist aber, ob die Deutschen ihre begrenzte Autonomie auf die Dauer als eine Segnung ansehen werden, und ob die Bundesrepublik nicht mehr "Manörfähigkeit" anstreben sollte.

Gordon A. Craig geht davon aus, daß Deutschland und die USA eigentlich ursprünglich Außen-seiter in der Weltpolitik waren – also eine Art von Hinterwäldlern. Dann aber sei die Aufklä-



rung in die USA gekommen, und in Deutschland habe sie sich nicht recht durchgesetzt. Die Amerikaner redeten von der Regierung des Volkes durch das Volk und für das Volk – die Deutschen vom Staat als einer Art mystischer Komponente mit brutalem Einschlag. Die Deutschen haben die Außenpolitik den Fachdiplomaten als Exponenten des Staates überlassen, die Amerikaner wollten auch hierin den Willen des Volkes zum Tragen bringen, auf Kosten von Kohärenz und Kontinuität.

Richard Löwenthal geht in seiner Analyse der kulturellen Zusammenhänge weit zurück, und er meint, heute sei die Bundesrepublik nicht mehr mit einer Vermittlerrolle zwischen Ost und West belastet. Das ist das genaue Gegenteil der Meinung Helmut Schmidts! Löwenthal sieht in der Friedensbewegung eine "nicht kulturelle und daher nicht fundamentale Gefahr". Hans-Peter Schwarz kommt in einem langen, mit Material aus Meinungsumfragen gesättigten Artikel zu dem Schluß, die Bindungen zum Westen seien in der BRD trotz einer starken Minderheit von Mittelschichtintellektuellen, die der Industriegesellschaft und der parlamentarischen Demokratie "entfremdet" seien, besonders stark. Kein anderes Land habe so gemäßigte nationale Gefühle. Demgegenüber sieht Jürgen Moltmann in einem Beitrag zu "Religion und Politik" die Gefahr, daß der "amerikanische Traum zu einem Albdruck werden könnte, wenn er sich als Ideologie der amerikanischen Hegemonie entpuppt". Die heutige Sicherheitspolitik drohe so zu entarten, daß alle Probleme der Welt nur noch in Pro- oder Antikommunismus gesehen werden, in Vernachlässigung der brennenden Probleme der Dritten Welt.

Sidney Jones und Reimut Jochimsen behandeln ökonomische Fragen: Ersterer meint, beide Länder seien sich zwar einig in der Verfechtung von Marktwirtschaft und Freihandel, aber nicht über den richtigen "Mix" von Geld- und Fiskalpolitik und auch nicht über den Ost-West-Handel, und die Deutschen müßten manchmal die Interessen der EG gegen die USA vertreten, auch wenn sie sich nicht ganz mit ihren Interessen deckten. Jochimsen dagegen weist auf die Strukturschwierigkeiten der Bundesrepublik und ihre größere Exportabhängigkeit hin. Er stellt fest, daß in den USA von 1927 bis 1982 17 Millionen Arbeitsplätze geschaffen wurden, die weil die Beschäftigung in der Bundesrepublik stagnierte; die amerikanischen Reallöhne seien seit 1962 nur um 0,5% pro Jahr gewachsen, die bundesdeutschen aber um 3,2%. Er klagt über das zinstreibende hohe Haushaltsdefizit der USA, das Kapital aus Europa ansaugt, ohne die von monetaristischer Geldpolitik ausgelöste Rezession zu überwinden; den Aufschwung seit 1983, den Reagans "Rüstungskeynesianismus" auslöste, konnte er noch nicht erkennen. Die Beiträge von May, Joffe, und Schlesinger behandeln Sicherheitsprobleme und die NATO in Gegenwart und Zukunft. Biedenkopf meint hierzu, daß die Bedingungen, die das atlantische Bündnis entstehen ließen, sich gründlich geändert haben; Selbstverteidigungswille und Übernahme der damit verbundenen Lasten müßten auf europäischer Ebene zum Tragen kommen.

In diesen letztgenannten Beiträgen wird neben der "deutschen Frage", die auch vorher in diesem Bd. auftaucht – mit Gräfin Dönhoffs Wort, wonach die Deutschen im "Wartesaal der Geschichte" säßen – das ganze "Drama" der SS-20-Debatte aufgerollt. Joffe bemerkt, Deutschlands "Offensivfähigkeit" habe "seit jeher seine Defensivstärke übertroffen", und er meint, nicht zuletzt deshalb habe Adenauer sich mit "taktischen Kernwaffen" auf deutschem Gebiet begnügt, aber den Russen "ein bemerkenswertes Signal" gegeben, insofern er Kernwaffen mit mittlerer Reichweite, die russisches Gebiet erreichen konnten, nicht haben wollte. Mit dieser Taktik und "dem Diplomaten Helmut Schmidt" sei "der Verteidigungsintellektuelle Helmut Schmidt" zusammengestoßen, als er mit der Stationierung der Pershing II nur auf westdeutschem Boden eine direkte "amerikanisch-westdeutsche Achse" heraufbeschwor, die nicht nur die Linke, sondern schließlich auch der "große Alte" seiner Partei, Herbert Wehner, ablehnte. Mit dem INF-Vertrag zwischen Washington und Moskau ist diese Problematik zwar zur historischen Makulatur geworden; aber es bleiben zwei Fragen: die, ob die NATO-Doktrin von der nuklearen "forward defense" auf dem deutschen Glacis noch gilt, und der von Biedenkopf formulierte Zweifel, ob die USA noch die Zerstörung Chicagos riskieren würden, um Bonn zu retten.

Fritz Stern meint in seinem Schlußwort, neben dem Wirtschaftswunder gebe es das politische Wunder, daß (West)Deutschland von Adenauer bis Helmut Schmidt mit mehr politischem Talent, mehr Stabilität und Klugheit auf allen Ebenen regiert worden sei als Gesamtdeutschland zu irgendeiner Zeit in der deutschen Geschichte. Er erinnert aber daran, daß ein un-



kontrollierter Rüstungswettlauf zur Einäschung beider Deutschland führen könne, und daß die Zweifel an der Führungsfähigkeit der USA gewachsen seien. Helmut Schmidt habe die "Angst" als irrational definiert. Amerikanisches Streben nach unerreichbarer Überlegenheit und sowjetisches Umwerben der Westdeutschen haben die Sorge vor nuklearem "Overkill" nicht bannen können; das Bündnis dürfe nicht in eine "schrittweise Scheidung" hingleiten, sondern müsse eine Lösung im Sinne größerer europäischer Autonomie und Mitsprache finden. — Das Buch, das aus der Washingtoner Tagung des Wilson-Center (21/22.9. 1983) hervorging, leidet zwar etwas unter der Koppelung ökonomischer und militärisch-diplomatischer Fragestellungen, gibt aber einen hochinteressanten breiten Überblick.

Karl Kühne

LÖNNE, Karl-Egon: **Politischer Katholizismus im 19. und 20. Jahrhundert** (= edition suhrkamp, Bd. 1264: N.F. Bd. 264: Neue Historische Bibliothek). — Frankfurt/M.: Suhrkamp Verlag 1986. 339 S.

Die Beschäftigung mit dem politischen Katholizismus impliziert grundsätzlich auch die Frage nach dessen "Leistungen und Versagen". In der unverändert kontroversen Diskussion hierüber zeigt sich teilweise ein — vielfach auch methodisch bedingtes — Abstrahieren von historischen Entwicklungen, wodurch die negativen Aspekte in der Gesamtwertung tendenziell stärker in den Vordergrund treten. Im Gegensatz dazu hat Lönne in der vorliegenden Studie die Entwicklungslinien für den politischen Katholizismus in Deutschland, Italien und Frankreich aus den politisch-ideologischen, sozio-ökonomischen und kulturellen Rahmenbedingungen herausgearbeitet. Das Ergebnis ist eine komprimierte, zugleich aber differenzierende und auf wohlfundierten Wertungen beruhende Analyse des komplexen Problemkreises. Die gesellschaftlichen Veränderungen infolge der Französischen Revolution schienen zunächst einen rapiden Machtverlust der katholischen Kirche und einen Rückgang des Einflusses der Katholiken insgesamt zu bedingen. Aber der Katholizismus stellte sich im Verlauf des 19. Jahrhunderts der Herausforderung und trug letztlich zu einer Demokratisierung im Sinne einer politischen Mobilisierung breiter Bevölkerungsschichten bei. So erfolgte in Deutschland durch den Kulturkampf schließlich die "Konstituierung des politischen Katholizismus", während in Frankreich erst gegen Ende des Ersten Weltkriegs der Aufschwung gelang. L. sieht den Katholizismus im Deutschen Kaiserreich in einer besonderen Ausgleichsfunktion: Die Zentrums-partei konnte — nicht zuletzt aufgrund ihrer Heterogenität — einerseits zwar eine Eruption des politisch-gesellschaftlichen Konfliktpotentials verhindern, andererseits aber keine entscheidenden Impulse zu dessen Abbau durchsetzen; somit hielt sie das "System künstlich in der Schwebe". Unter den veränderten Rahmenbedingungen der Weimarer Republik blieb das Zentrum eine tragende, zunächst auch gegen den Nationalsozialismus resistente Kraft, die sich dann aber — ähnlich wie in Italien — nach dem Ausgleich zwischen Kurie und Hitler bzw. Mussolini den neuen Machthabern unterordnen mußte. Den erneuten Aufschwung des politischen Katholizismus in Westdeutschland (nunmehr im überkonfessionellen Rahmen), Italien und Frankreich nach dem Zweiten Weltkrieg schreibt der Verf. der Parteikonzeption von der politischen Mitte zu. Die Strategie des Ausgleichs der gesellschaftlichen Kräfte verschafft dem politischen Katholizismus zwar weiterhin Integrationskraft, verstärkt zugleich aber auch die Tendenz zu Kompromissen in Richtung der Erhaltung des Status quo. L. beurteilt die künftige politische Gestaltungskraft des Katholizismus abschließend zu Recht sehr vorsichtig, da die Entwicklung entscheidender Faktoren nur schwer abzuschätzen ist — wie z.B. die Auswirkungen des rapide fortschreitenden Säkularisierungsprozesses oder die weitere Orientierung der Politik an religiösen Wertvorstellungen.

Der lesenswerten, mit einem knappen Anmerkungsapparat und einer Auswahlbibliographie versehenen Darstellung ist ein möglichst breites Publikum zu wünschen, zumal hier ein vergleichender Beitrag zur Entwicklung in verschiedenen europäischen Staaten vorliegt. Insofern hätte es eine informative Abrundung der Gesamtthematik bedeutet, wenn auch die Entwicklung des politischen Katholizismus in Österreich in die Studie einbezogen worden wäre.

Hans Dieter Denk



## MITTEILUNGEN, ERGÄNZUNGEN UND BRIEFE AN DIE REDAKTION

### Answer to Mr. Fletcher

In IWK 4/87, pp. 573-4, a review appeared of "The German Unemployed", edited by Richard J. Evans and Dick Geary. The review was written by Roger Fletcher. We are writing to question whether the IWK should have agreed to print the review. "The German Unemployed" had already been reviewed in IWK 2/87, pp. 278-9, by Hans-Günter Thien. Herr Thien's review was lengthy, and critical but fair, and we do not think that the IWK needed to have reviewed the book a second time. Mr. Fletcher reviewed the book in question in virtually identical terms in "The Times Higher Education Supplement", 5 June 1987, and "German Studies Review", Vol. 10, No. 3 (October, 1987). We accept that Mr. Fletcher did not inform the editors of the IWK that he was also reviewing the two books for two other journals, and that had they known, the editors would not have printed the review. We consider Mr. Fletcher's behaviour to be an abuse of the reviewer's privilege and a violation of normal academic standards and conventions. Scholarly journals are dependent on the good faith of their contributors in ensuring that they do not print material that has already appeared elsewhere. Editors and authors of books are entitled to expect that their publications will receive reviews from a wide range of opinion, and that different journals will not find their precious reviewing space abused in this way.

We welcome informed criticism, but when a reviewer makes unsubstantiated, misleading and in some cases factually inaccurate comments about the book in question, then protest is in order. Mr. Fletcher remarks that the book contains 'translation idiosyncracies'. He provides no substantiation for this claim, nor does he provide examples of the alleged 'idiosyncracies'. He gives no evidence to support his assertion that the book advances 'less than wholly convincing claims regarding originality'.

Equally serious are his wildly inaccurate comments on the contents. A glance at the Table of Contents would have shown that the book does not just 'deal with the unemployed during the Great Depression'; chapters 1,2,3,4,5 and 9 deal wholly or in part with the previous nine years of the Weimar Republic. It is not true, as Mr. Fletcher claims, that the book only contains local studies; in fact, chapters 1,2,4,7 and 10 cover the whole of Germany. Nor are the local studies 'principally on Hamburg'. Chapters 6 and 11 are indeed on Hamburg, but chapter 9 is on Altona as well as Hamburg (an important distinction in the Weimar years), chapter 3 is on Augsburg, chapter 5 is on Frankfurt, and chapter 8 is on Berlin.

It is not true that the book contains 'lame party-political jibes'. Nowhere in the book is there any explicit reference, either critical or supportive, to a present-day political party. Mr. Fletcher's assertion that the modest and cautious attempts which the book makes to remind readers of the relevance of its contents in our own age of mass unemployment 'fall flat' is as unsubstantiated as any of his other allegations; indeed, he never even mentions what these attempts are. Nor does Mr. Fletcher provide any evidence in support of his claim that chapter 10 is anchored 'in a bog of speculation and wishful thinking'. His charge that Anthony McElligott, on page 254, suggests the communists might have been able to establish a dictatorship in 1933 is false: Mr. McElligott said no such thing on page 254 or on any other page. Nor is it true that chapters 2 and 8 are 'a re-hashing of work that has already appeared [...] elsewhere in a different form'. Both chapters are original contributions specially written for the volume, and have not been submitted to any other outlet of publication, unlike Mr. Fletcher's review. That there is a contradiction between the documentary and statistical material used by Richard Bessel in chapter 2 is not a sign of the author's tendency 'to roam rather indecisively and fruitlessly between two contradictory sources' but, rather, is the point of the article, which Mr. Fletcher seems not to have understood.

Most offensive is Mr. Fletcher's arrogant dismissal of some of the contributors to "The German Unemployed" as 'relatively unknown and undistinguished' and their contributions as 'pedestrian [...] spin-offs from [...] thoroughly predictable doctoral dissertations'. We regret that Mr. Fletcher has chosen to denigrate the contribution of doctoral dissertations to historical scholarship, and their authors. Dissertations are the means by which much if not most original research into unpublished source material is carried out, and their importance for the advancement of knowled-



ge cannot be overestimated. We would like to reaffirm our confidence in the high quality of the work published in "The German Unemployed" by Richard Bessel, Elizabeth Harvey, Heidrun Homburg, Helgard Kramer, Anthony McElligott, Merith Niehuss, Detlev Peukert, Eve Rosenhaft and Birgit Wulff. If some of these authors are indeed 'relatively unknown', then we think their work deserves to be better known, and we hope that its publication in the book has contributed to this process. Whether or not the contributors are 'unknown' is any case irrelevant: the articles should be assessed on their own merits, not on the status of their authors.

No editors, including those of the IWK, should have permitted Mr. Fletcher to abuse his position as reviewer to stigmatise individual historians, instead of using it to deal with the contents of the book in question. In his review, Mr. Fletcher attacks a group of alleged 'scions of the Oxbridge intellectual establishment', consisting of 'Geoff Eley, David Blackbourn, Richard Evans, Dick Geary and Ian Kershaw', who supposedly 'parade a passionate commitment to left-wing ideology and Gramscian culturalist methodology'. He insinuates that they have made their careers by 'mutual quotation of each other' in a 'spirit of intrigue'. We would like to point out that the historians mentioned in no way constitute an organized group, and are on record as disagreeing with one another in many respects. Any common ground in their approaches to modern German history has little to do either with being products of Oxford or Cambridge or with Gramscian theory. Only one of them, Geoff Eley, would explicitly describe himself as a Marxist or a Gramscian. The intellectual influences on these historians are very diverse, including Weber, the Frankfurt school, the "Annales", the History Workshop and so on, and one can search the footnotes to the entire published work of more than one of them in vain for even a single reference to Gramsci. They do not quote each other any more than they quote many other historians. None of them teaches in Oxford or Cambridge; Ian Kershaw studied at Liverpool and learned his German history while in Manchester, and Geoff Eley's doctorate is from Sussex.

We are sorry that Mr. Fletcher has chosen not to respect the scholarly integrity of the authors whose work he reviews, and that he has attempted to denigrate it by indulging in inaccurate personal observations. He should have checked his facts first and backed up his criticism with firm evidence. We concede that the book in question is not without its faults, but we also think that the contents of it deserve to be taken seriously. We regret that the IWK saw fit to publish the review.

*Richard J Evans*

*Dick Geary*



# IWK Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung

Im Auftrage der Historischen Kommission zu Berlin herausgegeben von Henryk Skrzypczak

Anschrift: Historische Kommission zu Berlin, IWK-Redaktion, Kirchweg 33, D-1000 Berlin 38,  
Telefon 030 31 10 11

## MITTEILUNG ÜBER EIN PROJEKT ÜBER DEN STAND EINES BEREITS ANGEZEIGTEN PROJEKTS

Titelverzeichnis Nr. ....

1. **Institution(en)**, in deren Rahmen die Forschungsarbeit durchgeführt wird (z.B. Institut, Referat, Fachbereich Lehrstuhl)\*

Bezeichnung/Name, Anschrift, Tel.-Nr.:

\* Bei Forschungsarbeiten ohne Verbindung mit einer Institution Name des durchführenden Forschers. Bei Arbeiten zur Erlangung eines akademischen Grades außerdem Bezeichnung der Institution des Betreuers.

- 2.1 **Bearbeiter**. Vor- und Zuname, Anschrift, Tel.-Nr. (Leiter bitte unterschreiben):

- 2.2 Bei Arbeiten zur Erlangung eines akademischen Grades: Vor- und Zuname des Betreuers (Doktorvater o.ä.):

4. **Stand** der Forschungsarbeit ☐ laufend ..... ☐ geplant ..... ☐ abgeschlossen .....  
☐ eingestellt ..... ☐ sonstiges .....

5. **Laufzeit** von ..... bis ..... ungefährer Zeitpunkt der schriftlichen Fixierung des Ergebnisses  
(Monat/Jahr) (Monat/Jahr)

6. **Art** (Mehrfachankreuzen möglich):

|                            |                          |                            |                          |                   |                          |
|----------------------------|--------------------------|----------------------------|--------------------------|-------------------|--------------------------|
| Auftragsforschung .....    | <input type="checkbox"/> | Gutachten .....            | <input type="checkbox"/> | Edition .....     | <input type="checkbox"/> |
| geförderte Forschung ..... | <input type="checkbox"/> | Habilitationsschrift ..... | <input type="checkbox"/> | Monographie ..... | <input type="checkbox"/> |
| Eigenprojekt von 1. ....   | <input type="checkbox"/> | Dissertation .....         | <input type="checkbox"/> | Aufsatz .....     | <input type="checkbox"/> |
| Eigenprojekt von 2.1 ....  | <input type="checkbox"/> | Diplomarbeit .....         | <input type="checkbox"/> | sonstiges .....   |                          |
| Staatsexamensarbeit .....  | <input type="checkbox"/> | Magisterarbeit .....       | <input type="checkbox"/> |                   |                          |

7. Hat die Forschungsarbeit einen **Auftraggeber**? ja ☐ nein ☐  
Wenn ja, bitte genaue Bezeichnung und Anschrift angeben:

8. Wer trägt die **Kosten** der Forschungsarbeit? (Mehrfachankreuzen möglich)

|                                            |                          |                        |                          |                                 |
|--------------------------------------------|--------------------------|------------------------|--------------------------|---------------------------------|
| Die in Frage 1 genannte Institution .....  | <input type="checkbox"/> | andere Geldgeber ..... | <input type="checkbox"/> | Bitte Bezeichnung und Anschrift |
| Bearbeiter .....                           | <input type="checkbox"/> |                        |                          |                                 |
| Auftraggeber .....                         | <input type="checkbox"/> |                        |                          |                                 |
| Deutsche Forschungsgemeinschaft .....      | <input type="checkbox"/> | • Stipendium .....     | <input type="checkbox"/> | Bezeichnung und ggf. Anschrift  |
| bzw. Sonderforschungsbereich der DFG ..... | <input type="checkbox"/> |                        |                          |                                 |
| Stiftung Volkswagenwerk .....              | <input type="checkbox"/> |                        |                          |                                 |



---

9. (Arbeits-) **Titel** der Forschungsarbeit (ggf. Untertitel):

☐ Thema geändert, neuer (Arbeits-)Titel:

---

10.1 ggf. **Zeitraum** (z.B. 1933 bis 1945), auf den sich die Forschungsarbeit bezieht:

10.2 ggf. **Geographischer Raum** (z.B. Köln, Bayern, Österreich), auf den sich die Forschungsarbeit bezieht:

---

11.1 **Inhaltliche Ziele** (spezielle Fragestellungen, Hypothesen, Zwischenergebnisse):

---

12. Liegen aktuelle (Teil-) **Veröffentlichungen** der Arbeit vor (z.B. Buch, Aufsatz) oder sind sie geplant? ja ☐ nein ☐  
Wenn ja, bitte bibliographische Angaben (Verfasser, Titel, Ort, Verlag, Jahr):

---

13. Liegen nichtveröffentlichte (Zwischen-) **Berichte**, Manuskripte, Arbeitspapiere vor? ja ☐ nein ☐  
Wenn ja, bitte bibliographische Angaben (Verfasser, Titel, Ort, Jahr):  
(Hier auch Hochschul- und Staatsexamensarbeit, Dissertation, Habilitationsarbeit angeben)

---

14. **Methodische Anlage** (Vorgehensweise, Untersuchungsart, theoretischer Ansatz, Interview, schriftliche Befragung, Auswertung von Massendaten)

---

16. **Benutzte Unterlagen** (Quellenbasis: Archive, Archivalien, statistische Materialien, Zeitungen)

---

Mit der Speicherung, Weitergabe und Veröffentlichung der in dem Fragebogen enthaltenen Angaben für wissenschaftliche Zwecke bin ich einverstanden.

.....  
(Ort, Datum)

.....  
(Unterschrift)



# *international review of social history*

ISSUED BY THE INTERNATIONAAL INSTITUUT VOOR SOCIALE GESCHIEDENIS, AMSTERDAM

The journal is edited by the International Institute of Social History, Amsterdam, and appears three times a year. Since its inception in 1956 it has become the leading journal on the history of social classes and social relations, the European labour movement occupying a preponderant place.

Each issue of about 130 pages provides articles and studies by experts of international standing. As a special feature, entitled "Documents", the journal carries hitherto unpublished source materials, for which it can draw on the rich collections of the International Institute of Social History. Moreover, each issue includes a comprehensive descriptive bibliography of current literature on social history and related themes.

Articles are written in English, German and French.

*Subscription:* D.fl. 85 per annum (plus postage)

*Single copies:* D.fl. 30

*Published:* Three times per annum

*Available through your bookseller or direct from the publishers*

**VAN GORCUM**

P.O. Box 43  
9400 AA Assen, The Netherlands





1  
Ihme-Tuchel  
Beate  
Friedbergstr. 23  
1000 Berlin 19

Historische Kommission zu Berlin, IWK-Redaktion, Kirchweg 33, D 1000 Berlin 38

Anzeige

Dirk H. Müller

## **Gewerkschaftliche Versammlungsdemokratie und Arbeiterdelegierte vor 1918**

Ein Beitrag zur Geschichte des Lokalismus, des Syndikalismus  
und der entstehenden Rätebewegung

Großoktav, X, 374 Seiten Leinen DM 88,—  
ISBN 3 7678 0650 9

Der Autor, der sein Interesse in seinem ersten Buch über die „Opposition der Jungen“ den Minoritäten am Rande und dann — kraft Parteiausschluß — bald außerhalb der Sozialdemokratie gewidmet hatte, wendet sich in der vorliegenden Studie einer Minderheit innerhalb der Gewerkschaftsbewegung zu, die nicht nur als Phänomen sui generis, sondern auch als doppelter Übergang innerhalb der historischen Kontinuität einer „Handwerker“- beziehungsweise Arbeiterbewegung gelten kann, dem Lokalismus respektive Syndikalismus. Als „Übergang“ von der zünftigen zur gewerkschaftlichen Interessenvertretung und als Basis der sich herausbildenden Rätebewegung stellt der Lokalismus insofern ein fesselndes Objekt für das Studium der Geschichte der Arbeiterbewegung dar, als offenbar gerade die Minderheiten auf neuralgische Punkte, Verwerfungen und Bruchlinien in Entwicklung und Kontinuität einer umfassenden und historisch langzeitigen Erscheinung, wie der Geschichte der Arbeiterbewegung im weitesten Sinne, aber auch auf ständig offene und theoretisch niemals endgültig lösbare, wenn auch vielfach praktisch entschiedene Probleme in Ideologie und Praxis des Sozialismus verweisen, obschon der Verfasser nicht verfehlt, die eigenen Widersprüche, an denen sich Minoritäten abarbeiten, in ein gebührendes Licht zu rücken.

Berufliche Kristallisationskerne des Lokalismus waren die Bauhandwerker und unter ihnen insbesondere die Maurer und Zimmerer sowie die Metallarbeiter, seine lokalen Zentren besonders Berlin und Halle und einige vereinzelte Industrieregionen, wie das Gebiet um Solingen. Dirk H. Müller stellt in seinem Werk ausführlich die basisdemokratischen Institutionen des sich herausbildenden Lokalismus und deren Vorläufer dar, wie den Platzdeputierten der Berliner Zimmerer, die ökonomischen Versammlungsbewegungen und die Verzahnung dieser Institutionen mit der sich gleichfalls parallel zum Lokalismus entwickelnden Zentralisierung in der deutschen Gewerkschaftsbewegung sowie die Integration dieser Institutionen in die zentralisierten Gewerkschaften. Insbesondere waren es Probleme der Organisation, der Führung und der Finanzierung von Streiks und deren Folgen, aber auch die Frage von politischen Streiks, die zur Differenzierung zwischen gewerkschaftlichem Lokalismus und Zentralismus geführt haben und diese auch aufrechterhielten, die aber nicht ausreichten, um den Lokalismus zum Verschwinden zu bringen. Der Autor zeigt auf, daß es vielmehr Linien der Weiterentwicklung zu syndikalistischen Gewerkschaftsformen und — über die Revolutionären Obleute — zur Rätebewegung gegeben hat, für deren Entstehung er die sogenannte Spontaneitätsthese, das heißt die Vermutung, es handle sich bei ihr um völlig neue Schöpfungen aus der revolutionären Situation der Zeit heraus, entschieden zurückweist. Insofern läßt sich vorhersagen, daß das Buch neben seinen sonstigen Verdiensten auch zu einer lebhaften Forschungsdiskussion führen dürfte.